Blätter für deutsche und internationale Politik

Karl D. Bredthauer
Ziehen die Amerikaner ab?

Abrüstung, Verhandlungen und sicherheitspolitische Alternativen aus sowjetischer Sicht
Ein Gespräch mit Professor Michail Milstein

Guido Grünewald
Zur Geschichte des Ostermarsches der Atomwaffengegner

Frank Niess
Die Maschen des „sozialen Netzes"
Zur Konjunkturgeschichte des Sozialstaates

Helmut Ridder
Im Gedenken an Hermann Rauschning (1887–1982)

Hermann Rauschning
Kontinuität des Irrtums

3'82

März 1982 Einzelheft 6,50 Im Abonnement 4,75 DM
Für Studenten, Wehrpflicht- und Zivildienstleistende 4,25 DM

Pahl-Rugenstein Verlag Köln

März 1982

CHRONIK DES MONATS FEBRUAR 1982 257

KOMMENTARE UND BERICHTE

Ziehen die Amerikaner ab? ..... *Karl D. Bredthauer* 260

„Wir würden nicht zögern, den ersten Schlag zu führen"
Neues über amerikanische Atomkriegsplanungen ..... *Bernd Greiner* 262

Eine Hand wäscht die andere
Von Steuergeschenken, Parteienspenden und Sparappellen ..... *Jörg Goldberg* 266

Gespräche in El Salvador ..... *Ursula Junk* 269

Im Gedenken an Hermann Rauschning (1887–1982) ..... *Helmut Ridder* 272

Kontinuität des Irrtums ..... *Hermann Rauschning* 275

HAUPTAUFSÄTZE

„Auf der Grundlage der Gleichheit
und der gleichen Sicherheit ..."
Abrüstung, Rüstungsbegrenzungs-Verhandlungen
und sicherheitspolitische Alternativen aus sowjetischer Sicht
..... *Professor Michail Milstein im Gespräch mit Karl D. Bredthauer* 284

Zur Geschichte des Ostermarsches
der Atomwaffengegner ..... *Guido Grünewald* 303

„Dem Gegner Dreck in die Augen schleudern"
Nitze, Rostow, Burt, Perle – Ansichten amerikanischer
Abrüstungsexperten ..... *Heinrich W. Ahlemeyer* 323

Proteste sind nicht genug
Die Bundesrepublik braucht eine Alternative zur NATO-Politik ..... *Harold Rasch* 329

Noch einmal: Polen und die Friedensbewegung ..... *Jo Leinen* 341

Die Maschen des „sozialen Netzes"
Zur Konjunkturgeschichte des Sozialstaates ..... *Frank Niess* 343

Der alltägliche Reaganismus
Ein Monat US-Politik in Pressemeldungen ..... *Klaus Naumann* 361

WIRTSCHAFTSINFORMATION

Die wirtschaftliche Entwicklung in der BRD im Jahre 1981
(Wirtschafts- und sozialstatistische Daten) ..... *Jörg Goldberg* 375

MEDIENKRITIK

Go West ..... *Günter Giesenfeld* 380

DOKUMENTE

Dokumentation zu den Ostermärschen 1982: „Für einen neuen Höhepunkt der Friedensbewegung Ostern '82." Erklärung des Komitees für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit vom 26. Januar 1982 (Wortlaut); „Friedens-Manifest '82" vom 2. Februar 1982 (Wortlaut); „Mobilmachung fürs Überleben". Fünf Anregungen zu Handlungsperspektiven gegen Atomraketen, vorgelegt von der Deutschen Friedensgesellschaft – Vereinigte Kriegsdienstgegner im Januar 1982 (Auszüge) 381

Blätter für deutsche und internationale Politik

Monatszeitschrift · Siebenundzwanzigster Jahrgang · Heft 3/1982

Herausgegeben von

RUDOLF HICKEL
JÖRG HUFFSCHMID
GERHARD KADE

REINHARD KÜHNL
JUTTA MENSCHIK
REINHARD OPITZ

MANFRED PAHL-RUGENSTEIN
HELMUT RIDDER
GERHARD STUBY

Mitbegründet von

HILDE BENTELE
HERMANN ETZEL
GERHARD GOLLWITZER

HERMANN RAUSCHNING
HANS RHEINFELDER
ROBERT SCHOLL

FRITZ STRASSMANN
KARL GRAF V. WESTPHALEN
ERNST WOLF

Redaktion

KARL D. BREDTHAUER
KLAUS NAUMANN
PAUL NEUHÖFFER

Pahl-Rugenstein Verlag Köln Gottesweg 54

Chronik des Monats Februar 1982

1. 2. – U S A. Der für Lateinamerika zuständige Unterstaatssekretär Enders vom Außenministerium kündigt vor einem Senatsausschuß die Lieferung von Militärgütern im Wert von 55 Mill. Dollar an El Salvador an. Enders, der von einer „Notstandshilfe" spricht, vertritt die Ansicht, in El Salvador werde die „entscheidende Schlacht um Lateinamerika" geführt. – Am 8. 2. legt Präsident Reagan dem Kongreß ein Budget in Höhe von 757,6 Mrd. Dollar für das am 1. Oktober 1982 beginnende Haushaltsjahr vor. Der Militäretat wird um 43,7 Mrd. Dollar (nach Abzug der geschätzten Inflation um 13,2%) auf 258 Mrd. Dollar erhöht. Der Anteil der Militärausgaben am Bruttosozialprodukt soll innerhalb der nächsten fünf Jahre von 5 auf 7% ansteigen. Ebenfalls am 8. 2. kündigt der Präsident in einem Brief an den Kongreß seine Absicht an, die Produktion neuer chemischer Kampfmittel aufzunehmen. – Am 24. 2. weist Reagan in einer Rede vor der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) in Washington auf die „vitalen Interessen" der USA in Zentralamerika hin und fordert vom Kongreß zusätzliche Mittel zur Verwendung in dieser Region. Der Präsident richtet heftige Angriffe gegen Kuba und Nicaragua.

– B R D / G r i e c h e n l a n d. Der griechische Ministerpräsident Papandreou kommt nach Bonn, um mit Bundespräsident Carstens, Mitgliedern der Bundesregierung sowie mit

dem SPD-Vorsitzenden Brandt zu konferieren. Auf einer Pressekonferenz erklärt Papandreou in Anwesenheit von Bundeskanzler Schmidt, sein Land sehe sich aus wirtschaftlichen Gründen gezwungen, einen Sonderstatus („special relationship") innerhalb der Europäischen Gemeinschaften anzustreben. Griechenland werde den übrigen EG-Mitgliedern in nächster Zeit entsprechende Vorschläge unterbreiten.

2. 2. – Abrüstung. Der Abrüstungsausschuß (Comittee on Disarmament/CD) tritt in Genf zu seiner Frühjahrstagung zusammen. Der Ausschuß beginnt zunächst mit einer Generaldebatte. – Am 18. 2. unterbreiten die Staaten des Warschauer Vertrages bei den am 28. Januar d. J. wiedereröffneten Verhandlungen über einen Abbau von Truppen und Rüstungen in Mitteleuropa in Wien (zur Vertagung vgl. „Blätter", 1/1982, S. 5) einen neuen Vorschlag, der die Begrenzung der Zahl der Soldaten im Reduzierungsgebiet auf je 900 000 Mann vorsieht. In einer ersten Etappe sollen 20 000 sowjetische und 13 000 amerikanische Soldaten aus Mitteleuropa abgezogen werden.

3. 2. – UdSSR. Vor einer Delegation der Sozialistischen Internationale unter Leitung von Kalevi Sorsa (Finnland) erläutert KPdSU-Generalsekretär Breschnew die sowjetische Position zur Abrüstung. Breschnew schlägt bei dieser Gelegenheit u. a. vor, die atomaren Mittelstreckenwaffen auf beiden Seiten schrittweise bis zum Jahre 1990 um zwei Drittel „oder um noch mehr" zu verringern. Auf jeder Reduktionsstufe müsse das Gesamtpotential beider Seiten im Gleichgewicht gehalten werden.

4.–11. 2. – Vatikan. Der Primas der polnischen katholischen Kirche, Erzbischof Jozef Glemp, hält sich im Vatikan auf, um mit Papst Johannes Paul II. die Lage in Polen zu erörtern. Glemp wird von den Erzbischöfen Frantiszek Macharski (Krakau) und Henryk Roman Gulbinowicz (Wroclaw) begleitet. – Vom 12.–19. 2. besucht der Papst die afrikanischen Staaten Nigeria, Benin, Gabun und Äquatorialguinea.

5. 2. – Bundestag. Bundeskanzler Schmidt stellt sich im Parlament einer Vertrauensabstimmung nach Art. 68 des Grundgesetzes. Anlaß ist ein von der Koalition am 3. 2. beschlossenes „Beschäftigungsprogramm". Die Regierung erhält die Stimmen aller 269 Abgeordneten von SPD und FDP, 225 Abgeordnete der CDU/CSU-Fraktion stimmen gegen den Antrag. Die beiden früheren SPD-Abgeordneten Hansen und Coppik bleiben der Abstimmung fern.

– UNO. Mit 86 gegen 21 Stimmen bei 34 Enthaltungen und in Abwesenheit von 16 Delegationen verabschiedet die Generalversammlung auf einer Sondersitzung in New York (vgl. „Blätter", 2/1982, S. 131) eine Resolution, in der alle UN-Mitglieder aufgefordert werden, die wirtschaftlichen und handelspolitischen Beziehungen mit Israel abzubrechen, Hilfeleistungen aller Art zu stoppen, sowie die diplomatischen und kulturellen Kontakte zu Israel einzustellen. UN-Generalsekretär de Cuellar wird beauftragt, alle zwei Monate über die Fortschritte bei der Verwirklichung der Resolution zu berichten.

– Angola/Kuba. Die Außenminister Paulo Jorge (Angola) und Isidoro Malmierca (Kuba) erklären in einem gemeinsamen Kommuniqué nach Besprechungen in Luanda, die kubanischen Truppen sollten aus Angola abgezogen werden, sobald die Gefahr einer Invasion Südafrikas beseitigt sei. Zu den Voraussetzungen für den Abzug gehöre die Unabhängigkeit für das noch von Südafrika verwaltete Namibia.

7. 2. – Costa Rica. Bei den Wahlen erreicht die bisher oppositionelle Partei der Nationalen Befreiung (PLN) die Mehrheit. Neuer Präsident wird der PLN-Vorsitzende Luis Alberto Monge, der den amtierenden Präsidenten Rodriga Carazo Odio (Christdemokrat) ablöst, der aus verfassungsrechtlichen Gründen nicht mehr kandidiert hatte.

9. 2. – KSZE. Das Folgetreffen der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) wird nach längerer Unterbrechung (vgl. „Blätter", 1/1982, S. 6) in Madrid fortgesetzt. Auf der ersten Sitzung, an der zahlreiche Außenminister aus westlichen und neutralen Staaten teilnehmen, kommt es zu heftigen Auseinandersetzungen über die Lage in Polen. Entsprechende Äußerungen westlicher Redner, unter ihnen Bundesaußenminister Genscher, werden vom stellvertretenden polnischen Außenminister Jozef Wiejacz, der den Vorsitz der Eröffnungssitzung führt, als „Einmischung" zurückgewiesen. Durch Vermittlung Österreichs einigen sich die Teilnehmerstaaten auf eine Fortsetzung der Konferenz; die Schweiz hatte eine Vertagung für mehrere Monate angeregt.

11. 2. – Frankreich. Mit der Verkündung im Amtsblatt der Regierung tritt das Gesetz über die Nationalisierung von fünf Industrie-

unternehmen, mehreren Großbanken sowie von zwei Finanzgesellschaften in Kraft. Die Nationalversammlung hatte einen entsprechenden Gesetzentwurf am 5. 2. in letzter Lesung verabschiedet.

17. 2. – Simbabwe. Ministerpräsident Robert Mugabe entläßt seinen Koalitionspartner Joshua Nkomo (vgl. „Blätter", 4/1980, S. 386) sowie weitere Kabinettsmitglieder, die alle der Patriotischen Front angehören. Die Maßnahme wird mit einer angeblichen Beteiligung Nkomos an Plänen für einen Umsturz begründet. – Am 22. 2. bezeichnet Nkomo seine Entlassung durch Mugabe als „unverantwortlich". Der Schritt des Ministerpräsidenten könne „ein Feuer im Lande entfachen".

18. 2. – Irland. Bei vorgezogenen Neuwahlen (vgl. „Blätter", 2/1982, S. 131) kann keine der Parteien die absolute Mehrheit erreichen. Die stärkste Regierungspartei, die Fine Gail unter Ministerpräsident Garret Fitzgerald, erhält 63 (bisher 65), ihr Koalitionspartner, die Labourpartei, erhält 15 (15) Mandate. Die Fianna Fail unter Oppositionsführer Charles Haughey zieht mit 81 (78) Abgeordneten in das Parlament (166 Abgeordnete) ein.

19. 2. – Finnland. Präsident Koivisto (zur Wahl vgl. „Blätter", 2/1982, S. 131) vereidigt ein neues Koalitionskabinett, dem wiederum Vertreter der Sozialdemokraten, des Zentrums, der Schwedischen Volkspartei und der Volksdemokraten und Kommunisten angehören. Ministerpräsident ist Kalevi Sorsa (Sozialdemokrat). Das Außenministerium übernimmt der Vorsitzende der Schwedischen Volkspartei, Pär Stenbäck.

19.–22. 2. – Polen / BRD. Der SPD-Fraktionsvorsitzende Wehner führt in Warschau vertrauliche Gespräche mit polnischen Politikern. Gesprächspartner sind u. a. das Politbüromitglied Barcikowski, Außenminister Czyrek, der stellvertretende Ministerpräsident Rakowski, sowie Ministerpräsident Jaruzelski.

20. 2. – Mexiko. Während eines Aufenthalts in Nicaragua fordert Präsident Lopez Portillo auf einer Massenversammlung in der Hauptstadt Managua die Aufnahme von Friedensverhandlungen zwischen der Regierung Duarte und der Opposition in El Salvador sowie den Abschluß eines Nichtangriffspaktes zwischen den USA und Nicaragua. Mexiko stelle sich als Vermittler in beiden Krisen zur Verfügung und könne mit einer ganzen Reihe realistischer Vorschläge aufwarten.

23. 2. – Dänemark. Mit knapper Mehrheit (52%) entscheidet die Bevölkerung der autonomen Provinz Grönland in einem Referendum gegen eine weitere Mitgliedschaft in den Europäischen Gemeinschaften. Die Beteiligung liegt bei 75%. Nach Bekanntwerden des Abstimmungsergebnisses heißt es in Kopenhagen, die Regierung werde entsprechende Verhandlungen mit den EG-Institutionen in Brüssel aufnehmen. Der formelle Austritt Grönlands (Mitglied der EG als Teil Dänemarks seit 1973; vgl. „Blätter", 2/1973, S. 106) könne frühestens zum 1. Januar 1984 erfolgen.

24.–25. 2. – Polen. Das Zentralkomitee der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei (PVAP) befaßt sich in Warschau mit der Lage im Lande und diskutiert den Entwurf eines programmatischen Dokuments mit dem Titel „Wofür wir kämpfen und wohin wir gehen". Parteisekretär und Ministerpräsident Jaruzelski erklärt in seinem Referat u. a., angesichts der anhaltenden innenpolitischen Spannungen müsse der Ausnahmezustand weiterhin in Kraft bleiben. – Vom 26.–27. 2. tagt das Parlament (Sejm). Auf der Tagesordnung stehen Gesetze zur Wirtschaftsreform sowie zur Einführung eines Verfassungsgerichts. In einer Entschließung unterstreichen die Abgeordneten die Notwendigkeit einer nationalen Verständigung zwischen allen gesellschaftlichen Kräften.

– Frankreich / BRD. Bundeskanzler Schmidt kommt in Begleitung mehrerer Kabinettsmitglieder, darunter Bundesaußenminister Genscher, zu Konsultationen mit der französischen Regierung nach Paris. Eine zum Abschluß der Gespräche zwischen Schmidt und Präsident Mitterrand veröffentlichte Deklaration behandelt u. a. die Ost-West-Beziehungen, die Beziehungen zwischen Europa und den USA sowie die Lage der Europäischen Gemeinschaften. Als Reaktion auf die anhaltende amerikanische Hochzinspolitik werden gemeinsame Maßnahmen angekündigt. Zum bilateralen Verhältnis heißt es, beide Seiten wollten ihre Außenpolitik noch stärker aufeinander abstimmen und den Meinungsaustausch über sicherheitspolitische Fragen vertiefen.

27.–28. 2. – Iran / Irak. Nach einem Aufenthalt in Bagdad setzt der frühere schwedische Ministerpräsident Olof Palme in Teheran seine Bemühungen fort, den Konflikt zwischen beiden Staaten beizulegen und zunächst einen Waffenstillstand zu erreichen. Palme verhandelt im Auftrag der Vereinten Nationen.

Ziehen die Amerikaner ab?

Zweimal innerhalb weniger Wochen hat der Botschafter Ronald Reagans in Bonn, Arthur F. Burns, die Bundesbürger davor gewarnt, Washington könne, wenn sie so weiter machten, seine Truppen aus der Bundesrepublik abziehen. Auf der Internationalen Wehrkundetagung in München hat jetzt auch US-Verteidigungsminister Weinberger sich, als Gast auf deutschem Boden, nicht gescheut, in die gleiche Kerbe zu hauen.

In der Reagan-Administration ist man also auf den Geschmack gekommen – auf den Geschmack an einer Propaganda-Formel, deren Rezeptur die NATO- und USA-Lobby in den hiesigen Medien und Parteien, vor allem im CDU/CSU-Einzugsbereich, seit Monaten vorgeführt hat:

– Entweder – heißt es da – Bonn schließt sich dem Reagan-Programm einer nie dagewesenen Aufrüstung und Sozialdemontage rückhaltlos an, egal ob dann aus heute schon zwei Millionen Arbeitslosen vier oder sechs Millionen werden, die es in Deutschland ja auch schon einmal gegeben hat – oder die Amerikaner ziehen ihre Truppen aus der Bundesrepublik ab . . .

– Entweder Bonn beteiligt sich, wider besseres Wissen, ohne Wenn und Aber an der von Reagan angeordneten Liquidation der Politik friedlicher Koexistenz zwischen Ost und West, egal was aus den vielbeschworenen „Früchten der Entspannung" wird – beispielsweise in Westberlin, im Berlin-Verkehr, in den innerdeutschen Beziehungen, und egal, was aus dem Frieden in Europa wird – oder die Amerikaner ziehen ab. . .

– Entweder Bonn ordnet sich der amerikanischen „Führungsmacht" bedingungslos unter, gleichgültig, ob die Bundesrepublik zur Drehscheibe der US-Interventionen in aller Welt, im Nahen und Mittleren Osten ebenso wie in Afrika und wer weiß, wo noch, wird; egal, ob sie zum atomaren Schießplatz, zum Lager- und potentiellen Einsatzgebiet chemischer Kampfstoffe aus den USA wird – oder die Amerikaner ziehen ab. . .

Die Liste läßt sich fast beliebig verlängern. Könnte man beim Wort nehmen, was da angedroht wird, so hieße das: Bonn braucht nur eine halbwegs vernünftige, wenigstens annäherungsweise an den Interessen des eigenen Landes orientierte Politik zu machen und schon ist erreicht, was Pessimisten in der Friedensbewegung für prinzipiell unerreichbar halten: Die Amerikaner ziehen ab! Einfach so? Mit ihren Tausenden von Atomsprengköpfen, mit ihren chemischen Kampfstoffen, mit ihren trommelfellerschütternden Kampfflugzeuggeschwadern, ihren Panzerkolonnen, womöglich mit den Bauplänen für die „Startbahn West" in Frankfurt, der zentralen Umschlagstelle ihrer für Europa, den Vorderen Orient und Nordafrika bestimmten Interventionstruppen? Sie ziehen einfach ab? Womöglich mitsamt CIA-Filialen und Propagandasendern wie „Liberty" und „Free Europe"? Mit Besatzungsvorbehalten und Abhörrechten?

Sollte Washington es der Bundesregierung so leicht machen, sich mit den enttäuschten Anhängern ihrer früheren Friedens-, Entspannungs- und Abrüstungsversprechungen auszusöhnen? Bonn braucht nur seine Verpflichtungen aus den Ostverträgen, eigentlich sogar nur den frisch unterschriebenen Erdgasvertrag mit Moskau leidlich einzuhalten,

und schon erfüllt Reagan die dringendsten Wünsche der Friedensbewegung? Keine Truppen mehr – also auch keine neuen und keine alten Raketen mehr? Atomwaffenfrei über Nacht?

So einfach, fürchte ich, wird die Sache, trotz aller als Schreckensvisionen gemeinten Hoffnungsschimmer, die Weinberger, Burns und Co. erwecken mögen, nicht sein. Im Gegenteil. Die Amerikaner denken nicht im Traum daran, ihre Truppen und Atomsprengköpfe aus unserem Land abzuziehen. Sie treiben unermüdlich die Stationierung weiterer Atomwaffen, Hunderter neuer Mittelstreckenraketen („Nachrüstung") auf unserem schon heute atomwaffengespickten Boden voran; jetzt sollen die neuen chemischen Kampfstoffe hinzukommen; und von einem „Strahlenteppich" quer durch unser Land, von Flensburg bis zum bayerischen Wald ist die Rede...

Nein, statt eines Abzugs der Amerikaner und der sonstigen ehemaligen (?) Besatzungstruppen, worüber 37 Jahre nach Kriegsende, 27 Jahre nach der Souveränitätserklärung der Bundesrepublik, 10 Jahre nach der Ratifizierung der Gewaltverzichtsverträge mit dem Osten und 9 Jahre nach der Aufnahme beider deutscher Staaten in die UNO, 7 Jahre nach Unterzeichnung der KSZE-Schlußakte wohl in der Tat langsam ernsthaft nachzudenken und zu verhandeln wäre, geschieht das genaue Gegenteil:

Für diesen Monat steht uns die Unterzeichnung eines Abkommens zwischen Bonn und Washington ins Haus, das die Zahl der US-Truppen auf deutschem Boden künftig „im Krisenfall" mehr als verdoppeln soll! 6 weitere Divisionen GI's sollen dann über Frankfurt (womit die Startbahn West natürlich rein garnichts zu tun hat!) eingeflogen und in unser enges kleines Land gestopft werden, wo atomare und chemische Waffen schon überreichlich auf sie warten... (Es handelt sich um das sogenannte Host Nation Support-Abkommen. Mehr darüber in der Dokumentation von Klaus Naumann im vorliegenden Heft.) Ähnliche Abkommen werden auch anderen europäischen NATO-Staaten aufgehalst!

Man sieht: ein Bild vervollständigt sich, das erschauern macht: Obwohl seit 37 Jahren kein Krieg mehr in Europa geführt wurde und kein europäischer Staat sich an der kriegerischen Austragung von Konflikten mit seinen Nachbarn interessiert zeigt, wird mitten im Frieden eine regelrechte zweite Besatzung Westeuropas durch die USA vorbereitet. Als Vorsichtsmaßregel, um in Washingtoner Sicht zu wohlhabend, zu entspannungsfreundlich und zu unabhängigkeitslüstern werdende Bündnispartner, die sich aus der Rolle von Atomkriegsgeiseln befreien wollen, notfalls mit massiven militärischen Machtmitteln in die Vasallenrolle zurückstoßen zu können?

Nichts könnte die Geringschätzung der Europäer, speziell der Deutschen, und ihres gesunden Menschenverstandes durch Weinberger und seinesgleichen besser demonstrieren, als der Versuch, sie mit der leeren „Drohung" eines Truppenabzugs in Angst und Schrecken zu versetzen. So etwas kommt von den servilen Treuebeschwörungen unserer Regierenden gegenüber Washington, ganz egal, wer dort regiert – Genschers „atlantische Schicksalagemeinschaft"! – und davon, wenn Weinberger oder Reagan sie für bare Münze, gar für die Meinung der deutschen Bevölkerung nehmen! Die verschiedendsten Meinungsumfragen sprechen, besonders seit Carter und Reagan den Westen auf Kollisionskurs treiben, eine andere Sprache. Selbst die Forderung nach Neutralität – absolutes Tabu aller Bonner Parteien – findet, wenn man den Demoskopen glauben darf, ja heute bereits die mehr oder weniger ausgeprägte Zustimmung von fast der Hälfte der Bundesbürger. In der Friedensbewegung – und, durch sie angestoßen, in größer werdenden Teilen der politischen Öffentlichkeit – wird heute bereits offen

über Alternativen zur bisherigen NATO- und US-Abhängigkeit, über Disengagement, Neutralisierungsmöglichkeiten, atomwaffenfreie Zonen – oder, wie jüngst auf dem Kölner Treffen der FDP-Linken, über die Möglichkeit einer zunächst beide deutsche Staaten umfassenden Zone in Europa, die freigemacht wird von allen chemischen Kampfstoffen – gesprochen.

Jeder einigermaßen nüchtern Denkende weiß, wenn über solche Alternativen nachgedacht wird, daß die USA ihre Faustpfänder in Europa nicht aus freien Stücken aufgeben werden; schon allein aufgrund der massiven Kapitalinvestitionen, mit denen sie den halben Kontinent durchdrungen haben – vor allem aber als strategisches Glacis und als Aufmarschgelände für den „Endkampf" mit der Sowjetunion, den allzuviele „Think Tanks" der in Washington Regierenden heute erklärtermaßen für unvermeidlich halten. Wenn mit dem weltpolitischen Widerpart zugleich einer der wirtschaftlichen Hauptrivalen, Westeuropa, zu radioaktiver Asche verbrennen würde, die USA aber dank ihrer „weitblickenden" Vorbereitungen einigermaßen unversehrt als „Sieger" und damit endlich unangefochten als „Number one worldwide" aus dem begrenzten Schlagabtausch hervorkämen – für zuviele Amerikaner, in Positionen höchster „Verantwortung", wäre das durchaus keine Tragödie, die mit allen Mitteln verhindert werden muß!

Aber für uns! Und da die Amerikaner nicht abziehen werden – wenn die Europäer nicht selber sehr viel Energie und Verstand darauf verwenden, diesen Abzug zu erreichen –, gibt es für niemanden in der Bundesrepublik den geringsten Grund, sich durch die leere Drohung Washingtons in irgendeinem Punkte von der Durchsetzung legitimer Eigeninteressen – und das *Überleben* dürfte allemal dazu gehören! – abhalten zu lassen. Das gilt erst recht für die Friedensbewegung, für die mit jedem neuen Schritt Washingtons zur Herrichtung des „europäischen Theaters" immer deutlicher wird, daß inmitten verdoppelter US-Truppenmassen, chemischer Kampfstoffe und nuklearer Waffenlager aller Art die geplanten neuen Erstschlagsraketen „Cruise Missiles" und Pershing II tatsächlich im Krisenfall wie die noch fehlenden Zünder eines Pulverfasses von unvorstellbaren Dimensionen wirken müßten.

„Euroshima"! – Oder die Abkehr der Deutschen und Europäer von einem Spiel, in dem für sie nur die Rolle der Opfer vorgesehen ist, und die unbeirrbare, volle Konzentration auf die noch mögliche Verhinderung der „Nachrüstung", auf die Schlüsselfrage, in der sich so gut wie alle wesentlichen militärischen, außen- und innenpolitischen Konflikte und Alternativmöglichkeiten heute konzentrieren. Noch ist Zeit...

Karl D. Bredthauer

„Wir würden nicht zögern, den ersten Schlag zu führen"

Neues über amerikanische Atomkriegsplanungen

In den 50er Jahren umschrieb Außenminister J. F. Dulles die Politik des Kalten Krieges mit den Worten: „Die Fähigkeit, bis zum Rand des Abgrundes zu gehen, ohne in den Krieg hineingezogen zu werden, ist die notwendige Kunst. ... wenn man sich fürchtet, zum Abgrund zu gehen, dann ist man verloren."[1]) Was aber würden die USA tun, wenn die Konfrontation am „Rand des Abgrunds" eskaliert, wenn die Risikopolitik des Kalten Krieges einen Schießkrieg provoziert?

1) Zit. nach „Life" v. 16. 1. 1956, S. 78.

Amerikanische Pläne für diesen Fall waren bisher nur aus den Jahren 1945–49 bekannt[2]). Jetzt hat der amerikanische Historiker David Alan Rosenberg erstmals Dokumente aus den 50er Jahren vorgestellt.[3]) Es handelt sich um zwei erst jüngst für die Öffentlichkeit freigegebene Texte; beide fassen stabsinterne Besprechungen atomarer Einsatzpläne zusammen.

Dokument I ist die persönliche Mitschrift des Marine-Captains William B. Moore, angefertigt für seinen vorgesetzten General, George C. Wright. Moore protokollierte eine streng geheime, mehrstündige Instruktion („briefing"), die die Luftwaffe dreißig hohen Offizieren der Teilstreitkräfte erteilte. Es ging um die Planungen des Strategischen Luftkommandos (Strategic Air Command – SAC) für den Kriegsfall; die Sitzung fand am 15. März 1954 im SAC-Hauptquartier, Offutt Air Force Base, Omaha (Nebraska), statt. Auf Anfrage von Rosenberg bestätigte der damalige Leiter von SAC, General Curtis LeMay, im Oktober 1980, daß Moores Protokoll Ablauf und Inhalt des „briefings" „ohne größere Fehler" wiedergebe.

Bei *Dokument II* handelt es sich um einen Vortrag des Luftwaffengenerals Samuel E. Anderson vor den Vereinigten Stabschefs am 6. April 1955. Anderson faßte darin die Ergebnisse einer Studie (Report No. 12 der „Weapons Systems Evaluation Group" des Verteidigungsministeriums vom Februar 1955) zusammen, die sich mit der Art und den Auswirkungen eines atomaren Angriffs auf die UdSSR beschäftigte.

Nach Rosenberg hätten die in beiden Dokumenten beschriebenen Offensiven im Kriegsfall ohne Verzögerung begonnen werden können. Die damals diskutierten Zielkomplexe und militärisch operativen Aufgabenstellungen waren für die Kriegsplanungen des Strategischen Luftkommandos in den Jahren 1954–56 typisch.

Vergleicht man diese Dokumente mit den Planungen aus der Zeit des amerikanischen Atomwaffenmonopols (1945–49), so ergeben sich trotz aller Unterschiede im Detail erstaunliche Parallelen im Grundsätzlichen. Genau genommen, handelt es sich um eine Fortschreibung und Präzisierung der ursprünglichen Pläne: Ungeachtet der Tatsache, daß Mitte der 50er Jahre auch die UdSSR über Atom- und Wasserstoffbomben verfügt, spekulieren die amerikanischen Planer nach wie vor darauf, den *Sieg im Atomkrieg* davonzutragen und die UdSSR als unter sozialistischen Vorzeichen regenerationsfähige Gesellschaftsordnung zerstören zu können. Die Gemeinsamkeiten im einzelnen:

– Im Mittelpunkt der materiellen *Vorbereitungen* auf den Kriegsfall stehen der Ausbau der atomaren Bewaffnung und der strategisch-taktischen Luftüberlegenheit; vorgeschobene Basen außerhalb des amerikanischen Territoriums gelten als unverzichtbar. Die Aufgaben der Teilstreitkräfte sind aus den atomaren Einsatzplänen abgeleitet.

– Strategisch geht es darum, im Kriegsfall mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln die vorab von der zivilen Führung festgelegten, allgemeinen *politischen Kriegsziele* einzulösen. Dabei wird auf das Memorandum Nr. 5410/1 des Nationalen Sicherheitsrates vom März 1954 Bezug genommen. Die dortigen Anforderungen lauten: *Während des Krieges* so weit wie möglich die Fähigkeit der UdSSR zur Kriegsführung einschränken; die internationale sozialistische/kommunistische Bewegung zerschlagen; die Völker der UdSSR und der „Satellitenländer" von ihrer Regierung trennen und

2) In deutscher Sprache dokumentiert bei: Bernd Greiner/Kurt Steinhaus (Hrsg.), Auf dem Weg zum Dritten Weltkrieg? Amerikanische Kriegspläne gegen die UdSSR. Eine Dokumentation, Köln 1980.

3) David Alan Rosenberg, „A Smoking Radiating Ruin at the End of Two Hours": Documents on American Plans for Nuclear War with the Soviet Union, 1954–55, in: „International Security", Winter 1981/82, Vol. 6, Nr. 3, S. 7–39.

für die Kriegsziele des Westens (Sturz der Parteidiktatur) gewinnen; eine im Vergleich zu den späten 40er Jahren neue Anforderung lautet, jede sowjetisch-chinesische Allianzbildung zu verhindern; die *Nachkriegsregelungen* müßten in erster Linie die militärische Entmachtung ehemaliger Feindstaaten sicherstellen; im übrigen seien verschiedenste Vorgehensweisen für folgende Probleme offenzuhalten: Kapitulationsbedingungen, Grenzrevision, politische Organisationsstruktur und Zusammensetzung der Regierungen in ehemaligen Feindstaaten, Unabhängigkeit für nationale Minderheiten in der UdSSR und Osteuropa, direkte amerikanische Beteiligung beim gesellschaftspolitischen und ökonomischen Wiederaufbau.

– Die *Kriegsursache* muß keineswegs ein irgendwie gearteter militärischer Übergriff gegen die USA und/oder ihre Verbündeten sein. Möglicherweise machen auch *politische Positionsverluste* den Rückgriff auf kriegerische Mittel unausweichlich. Auf frühere amerikanische „Erstschläge" (gegen die Engländer im 18./19. Jahrhundert, gegen die Indianer und Spanier) hinweisend, meinte LeMay: „Ich möchte klarstellen, daß ich nicht für einen Präventivkrieg plädiere; jedoch glaube ich, daß wir nicht zögern würden, den ersten Schlag zu führen, wenn die USA weit genug in die Ecke gedrängt sind." (Dokument I, S. 27) Und auf die Frage nach der Reaktion auf ein mögliches Wiederaufflammen des Koreanischen Bürgerkriegs: „Es gibt keine geeigneten strategischen Bombenziele in Korea. Jedoch würde ich einige Bomben an geeigneten Stellen in China, der Mandschurei und dem südöstlichen Rußland abwerfen." (ebd.)

– Wie in den Kriegsplänen der späten 40er Jahre wird für den konkreten *Kriegsverlauf* in beiden Dokumenten der *prä-emptive Schlag* favorisiert. Die übliche Definition des Präemptiv-Schlages (Angriff in Erwartung einer unmittelbar bevorstehenden feindlichen Militäraktion) hilft hier nicht viel weiter. Wichtiger als die formale Definition ist die politische Herangehensweise amerikanischer Strategen an das Problem: Erstens ist das eine Prä-Emption rechtfertigende Verständnis „kommunistischer Aggression" politisch und militärisch sehr weit gefaßt und im Grunde willkürlich interpretierbar. In jedem Fall nötige diese „Aggression" zu einer Politik „am Rand des Abgrundes"; das jederzeit damit verbundene Kriegsrisiko müsse notwendig eingegangen werden. Kommt es schließlich zu diesem stets ins Kalkül gezogenen Krieg, dann gibt es zweitens für die USA – völlig unabhängig vom anfänglichen kriegerischen Konfliktverlauf und der Art der sowjetischerseits eingesetzten Mittel – keine Alternative zu einem *umfassenden Ersteinsatz* der zur Verfügung stehenden *Atomwaffen* jeder Kapazität.

– Die in beiden Dokumenten referierte *Zielauswahl* entspricht der Konzeption des präemptiven Schlages und knüpft an die in den späten 40er Jahren entwickelten Kriterien an. Das Schwergewicht liegt darauf, das sowjetische *Kriegspotential* (Kodename: BRAVO) sowie die militärisch nutzbaren *Industrieanlagen* (Schwerindustrie, Raffinerien) vollständig zu zerstören (Kodename: DELTA).

Dabei wird unterstellt, daß man die Kapazitäten zur Kriegsführung erst dann effektiv ausschalten und die Verluste für die USA erst dann minimieren könne, wenn der Einsatz der sowjetischen Atomwaffen und der Bomberflotte von vornherein verhindert wird. Daher müsse mit Atomwaffen ein präemptiver Schlag gegen das sowjetische A-Bomben-Arsenal und gegen die Flugplätze geführt werden (Dokument I nennt 409 Flugplätze als Ziel, Dokument II geht von 645 aus). „Wenn die Sowjets daher einen solchen Schlag (mit Atomwaffen; d. Verf.) führen, bevor unsere Offensive begonnen hat oder bevor unsere Bomben ihre Ziele getroffen haben, wird die US-Offensive wahr-

scheinlich die sowjetischen atomaren Kapazitäten nicht wesentlich verringern. *Daher ist der Faktor Zeit lebenswichtig.*" (Dokument II, S. 33; Hervorh. v. Verf.)

– Die *operativen Ausführungsbestimmungen* für den Bombeneinsatz („Strike Plans") verwischen freilich de facto jede Unterscheidung zwischen militärischen und industriellen Zielen: die Einsatzpläne sehen eine *flächendeckende Massenvernichtung* vor, die zusammen mit der Zerstörung des Militärpotentials auch und gerade die Zivilbevölkerung treffen würde. Das Strategische Luftkommando hatte „einige hundert strike plans" (Dokument I, S. 25) vorbereitet. Bei „optimalem" Verlauf würde mit 150 B-36 und 585 B-47-Langstreckenbombern und einem Maximum von 750 Bomben die UdSSR aus mehreren Himmelsrichtungen gleichzeitig angegriffen. Auf den Überraschungseffekt spekulierend, glaubt man das sowjetische Frühwarnsystem durchbrechen und in den folgenden *zwei (!) Stunden* alle anvisierten Ziele zerstören zu können. (Dokument I, S. 24/25.) Captain Moore in seinem Protokoll: „Der abschließende Eindruck war, daß *praktisch ganz Rußland nach zwei Stunden nichts weiter wäre als eine rauchende, radioaktive Ruine.*" (ebd., S. 25.)

Dokument II referiert die von den Vereinigten Stabschefs vorgeschlagenen Einsatzpläne. 118 von insgesamt 134 größeren Städten sollten der ersten Welle von Atomangriffen zum Opfer fallen – 60 Millionen Tote, 17 Millionen Verletzte. (Dokument II, S. 30/31.)

– Als *dritten Zielkomplex* (Kodename: ROMEO) nennen beide Dokumente *sowjetische Truppenverbände* außerhalb der UdSSR: Die Planungen für den „schlimmsten Fall" gehen davon aus, daß die UdSSR in der Anfangsphase des Krieges möglicherweise nach Westeuropa, Nah- und Fernost mit konventionellen Verbänden vorstoßen werde. Die Aufgabe der westalliierten Truppen wäre es dann, die sowjetischen Verbände großräumig zu umfassen und so weit zusammenzudrängen, daß sie mit Atomwaffen in einem Schlag aufgerieben werden können. Gerade die Vereinigten Stabschefs drängten auf diesbezügliche Planungen und forderten z. B. die Bereitstellung von 235 *Atombomben zum Einsatz* gegen die Sowjets *auf westeuropäischem Territorium* allein in der ersten Kriegsphase (die weiteren Forderungen: 170 Atombomben für das Zielgebiet Südeuropa und Nahost, 100 bis 150 für Fernost.) (Dokument II, S. 35.)

Dabei ist wichtig zu wissen, daß die USA im Vergleich zu 1949 ihr Atomwaffenpotential drastisch erhöht hatten. Nach Rosenberg verfügten sie 1955/56 schätzungsweise über 2000 einsatzfähige Atombomben und eine begrenzte Zahl verwendbarer H-Bomben. Auch wenn sich die Pläne der 50er Jahre in der Anlage kaum von ihren Vorgängern unterscheiden, so bleibt doch ein wichtiger Unterschied festzuhalten: Mit der um ein Vielfaches höheren Zahl an Bomben, Trägersystemen und Zielobjekten schien sich die Option auf einen bereits in der Anfangsphase vernichtenden, in extrem kurzer Zeit zu exekutierenden Atomkrieg zu eröffnen.

– Folglich wurden *Kriegsdauer* und *Erfolgsperspektiven* sehr optimistisch beurteilt. Den Erfolg des anfänglichen, zermürbenden Bombardements unterstellt (vgl. Dokument I, S. 28), glaubte General LeMay, daß unter Umständen der Sieg bereits am Ende der ersten Kriegsphase, d. h. nach dreißig (!) Tagen, möglich sei.) (Dokument I, S. 27.)

– Über diese militärischen Planungen hinaus sind beide Dokumente auch *politisch* aufschlußreich. Einige Beispiele:

– General LeMay machte unmißverständlich klar, daß es wegen grundsätzlicher militärstrategischer Notwendigkeiten amerikanischerseits *keine politische Verzichtserklärung* auf den Einsatz von *Atomwaffen* geben könne. „Für mich ist

es undenkbar, daß es jemals zu diesem Punkt kommen wird." (Dokument I, S. 27.)

– Die *politische Kontrollkompetenz* der zivilen über die militärische Führung ist sehr eingeschränkt. Haben die Vereinigten Stabschefs bereits in Friedenszeiten weitgehende Freiheit bei der Auswahl atomarer Zielkomplexe in der UdSSR, so sollten im Kriegsfall die präsidialen Entscheidungsbefugnisse zugunsten des Strategischen Luftkommandos und in erster Linie seines Leiters, Curtis LeMay, eingeengt werden. „General Old stellte fest, daß die Art und Weise der Kriegsführung seitens SAC *allein General LeMay bekannt ist und daß er in der jeweiligen Situation und abhängig von den vorliegenden Bedingungen darüber entscheiden wird.*" (Dokument I, S. 25; Hervorh. im Original.) Zur Erinnerung: LeMay hatte vorgeschlagen, bei einem neuen Korea-Krieg Atomwaffen gegen China und die UdSSR einzusetzen; während des Vietnam-Krieges sprach er davon, man solle dieses Land „in die Steinzeit zurückbomben" (wahrscheinlich hatte er noch immer das Bild einer „rauchenden, radioaktiven Ruine", innerhalb zweier Stunden in Schutt und Asche gelegt, vor Augen).

Der Präsident hatte somit lediglich die Atomwaffen zur Verwendung freizugeben – im Kriegsfall aufgrund vorliegender Planungen ein ohnehin nicht zu umgehender Schritt. Zeitpunkt und Art und Weise des Einsatzes wären aber seiner Kontrolle entzogen gewesen.

Gerade in politischen Krisensituationen, also klassischen Vor-Kriegsperioden, kann eine solche Kompetenzverteilung zu verheerender Konflikteskalation treiben: nämlich dann, wenn die zivile Führung – im Vertrauen auf die Siegvisionen der Militärs – glaubt, das Einsatzrisiko steigern und immer näher an den „Abgrund" herantreten zu können. Gerade dann kann sich die Illusion der Erpreßbarkeit des unterlegen geglaubten Gegners in atomarer Apokalypse auflösen.

Mit diesen Dokumenten wird nicht nur einsichtig, warum Dulles meinte, ohne Schaden für die eigene Gesellschaft bis zum „Abgrund" gehen und unter Umständen auch Krieg führen zu können. Zugleich erhellt der Sinn seiner Rede im Januar 1954, als er davon sprach, die USA würden im Fall kommunistischer „Aggression" „an Orten und Zeitpunkten unserer Wahl" „massiv vergelten". Bis auf eine rhetorische Nuance bestätigen die Dokumente die Androhung „massiver Vergeltung": Es ging nicht um „massive Vergeltung", sondern um präemptive *massive Entwaffnung*, es ging bei der Vorbereitung auf den Kriegsfall nicht um Verteidigungs-, sondern um *Vernichtungsplanung*.

Bernd Greiner

Eine Hand wäscht die andere

Von Steuergeschenken, Parteienspenden und Sparappellen

Ausgerechnet aus der „Bild-Zeitung" mußte die Regierungskoalition die neue Hiobsbotschaft erfahren: zwei amtierende Minister (Lambsdorff und Matthöfer), ein FDP-Bundestagsabgeordneter (Riemer, ehemaliger Wirtschaftsminister in Nordrhein-Westfalen) und der Chef des Bundeskanzleramtes stehen im Verdacht „passiver Bestechung", die Bonner Staatsanwaltschaft ermittelt gegen sie. Betroffen ist auch Eberhard von Brauchitsch, persönlich haftender Gesellschafter des Friedrich-Flick-Konzerns und designierter Nachfolger des BDI-Präsidenten Rodenstock. Er hat daraufhin auf den Amtsantritt verzichtet. Der BDI hat in

In der „New York Times" bemerkt der Kolumnist Anthony Lewis, die Pressekonferenz des Präsidenten in der vergangenen Woche sei ein Desaster gewesen. Und doch halte sich die amerikanische Presse mit Kritik noch immer zurück, sie behandle ihn mit Glacéhandschuhen. Warum das so sei, fragt der Autor. Als wichtigsten Grund führt er dann an: „Einige der Reporter und Redakteure, die Reagan beobachten, sind erschrocken über das, was sie sehen. Sie sehen einen Mann, der ohne ausreichende Informationen handelt. Sie sehen einen Mann mit einem anekdotischen Bild der Welt, der in El Salvador Lektionen anwendet, die er aus der Geschichte Vietnams, so wie er sie sich vorstellt, gelernt hat. Sie sehen einen Mann, der auf komplizierte Fragen simple Antworten gibt. Sie sorgen sich um ihr Land, und sie finden es zu peinlich, sich selbst und der Öffentlichkeit einzugestehen, daß die ungeheure Macht der Führung in solchen Händen ist." („Die Welt" vom 24. Februar 1982)

Wirtschaftsinformation

Die wirtschaftliche Entwicklung in der BRD im Jahre 1981

(Wirtschafts- und sozialstatistische Daten)

Das Jahr 1981 war auch in der Bundesrepublik von den Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise gekennzeichnet, die in der ersten Jahreshälfte 1980 eingesetzt hat. Das Bruttosozialprodukt (BSP), das immer noch als der wichtigste Indikator des Wirtschaftswachstums gilt, ist zurückgegangen, allerdings war der Rückgang nur geringfügig.

Tabelle 1
Bruttosozialprodukt 1981

	In Mrd. DM		*In % gegenüber dem Vorjahr*	
	Real[1])	*Nominal*	*Real*[1])	*Nominal*
BSP	*894*	*1549*	*– 0,3*	*+ 3,8*
Privater Verbrauch	*493*	*862*	*– 1,1*	*+ 4,9*
Staatsverbrauch	*159*	*325*	*+ 1,9*	*+ 6,9*
Anlageinvestitionen	*206*	*355*	*– 2,9*	*+ 1,2*
Export	*297*	*492*	*+ 8,5*	*+ 14,3*

1) In Preisen von 1970.
Quelle: Wirtschaft und Statistik", 1/1982, S. 13.

Scheinbar haben dieses Mal die meisten Prognosen vom Jahresanfang in etwa richtig gelegen: allgemein war ein Rückgang des BSP um etwa 0,5 % erwartet worden. Nur der „Sachverständigenrat" hat mal wieder danebengetippt: er hatte eine Fortsetzung des Wachstums um 0,5 % prognostiziert. Die Treffsicherheit der Prognosen hat sich allerdings gegenüber den Vorjahren keineswegs erhöht, die „Wachstumsrate" ist eigentlich nur zufällig richtig geschätzt worden. So waren die Prognostiker allgemein davon ausgegangen, daß es auch nach einem Rückgang im ersten Halbjahr 1981 zur Jahresmitte eine deutliche Belebung geben würde. Diese ist ausgeblieben. Stattdessen waren für das ganze Jahr 1981 Stagnationstendenzen kennzeichnend.

Außerdem war allgemein mit einem steigenden privaten Verbrauch und stagnierenden Exporten gerechnet worden: tatsächlich ging der private Verbrauch – erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik – zurück, die Exporte stiegen sprunghaft an.

Der Rückgang des BSP um real 0,3 % ist vergleichsweise milde ausgefallen, allerdings ist zu berücksichtigen, daß in den Bereichen der materiellen Produkte die Einbrüche tiefer waren: der Beitrag des warenproduzierenden Gewerbes und des Sektors Handel und Verkehr zum BSP sanken um 1,3 bzw. 1,8 %, während die Bereiche Dienstleistungen und Staat um 3 bzw. 1,9 % expandierten. Es ist bekannt, daß gerade hier erhebliche Berechnungsschwierigkeiten existieren.

Charakteristisch für die Gesamtentwicklung 1981 war das Auseinanderfallen von Inlands- und Auslandskonjunktur. Während die inländische Nachfrage weiter zurückging, stieg die Auslandsnachfrage kräftig an. Insgesamt stagnierte die Produktion im Jahresverlauf von 1981, in saisonbereinigter Betrachtung war das BSP im ersten Quartal 1981 gleich hoch wie im vierten Quartal. Auch die Industrieproduktion, d. h. die Produktion im produzierenden Gewerbe, stagnierte im Jahresverlauf, lag allerdings im Jahresdurchschnitt niedriger als im Vorjahr.

Tabelle 2
Produktion im produzierenden Gewerbe

	Veränderungen in % gegenüber dem Vorjahr	
	1980	*1981*
Grundstoffe und Produktionsgüter	*– 3,6*	*– 3,3*
Investitionsgüter	*+ 2,3*	*– 0,3*
Verbrauchsgüter	*– 1,2*	*– 4,8*
Insgesamt	*– 0,4*	*– 1,8*

Quelle: „Monatsberichte der Deutschen Bundesbank", 2/1982, S. 65.

Obwohl die Impulse aus dem Export außergewöhnlich kräftig waren und selbst die optimistischsten Erwartungen übertrafen, lösten sie keine Belebung der Gesamtkonjunktur aus und blieben auch ohne positive Auswirkungen auf die Inlandsnachfrage: ein deutlicher Beleg der Tatsache, daß isoliert auf Exporterfolge gerichtete wirtschaftspolitische Konzepte zur Lösung der inneren wirtschaftlichen Probleme untauglich sind. So hat die Tatsache, daß das Leistungsbilanzdefizit 1981 fast halbiert werden konnte und für 1982 wieder eine ausgeglichene Leistungsbilanz zu erwarten ist, keineswegs eine Lockerung der Hochzinspolitik oder gar eine Abkehr vom Kurs der sozialen Demontage gebracht.

Wesentlich für die entstabilisierende Rolle, die die private Nachfrage 1981 gespielt hat, ist die Einkommensentwicklung. Erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik ist es zu einem deutlichen Rückgang der Reallöhne gekommen.

Tabelle 3
Löhne und Gehälter

	1979	1980	1981
Tariflohn und Gehalsniveau[1])	+ 4,8	+ 6,6	+ 5,4
Bruttolohn- und gehaltssumme	+ 7,4	+ 7,9	+ 4,4
Nettolohn- und gehaltssumme	+ 7,7	+ 6,4	+ 3,9
Je Beschäftigten	+ 5,9	+ 5,0	+ 4,6
Reallöhne[2])	+ 1,8	− 0,5	− 1,3
Arbeitsproduktivität[3])	+ 3,3	+ 1,0	+ 0,9

1) Auf Monatsbasis.
2) Nettolohn- und gehaltssumme je Beschäftigten, bereinigt um den Anstieg im Preisindex der Lebenshaltung für alle Haushalte.
3) Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen.
Quelle: „Wirtschaft und Statistik", lfd.; eigene Berechnungen.

Trotzdem sind auch die Unternehmergewinne, gemessen an den „Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen", zurückgegangen. Dies ist aber keineswegs einfach eine Folge zu hoher Lohnkosten, wie z. B. Bundesbankpräsident Pöhl in einem Beitrag in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung" behauptet: „Investitionen gibt es in unserem Wirtschaftssystem nicht ohne Gewinne. Und Gewinne enstehen, wenn die Erträge höher sind als die Kosten. Der wichtigste Kostenfaktor aber sind nun einmal die Löhne." (FAZ v. 27. 2. 1982) Gegen diese Plattheiten muß festgestellt werden: 1980 und 1981 sind die Unternehmensgewinne zurückgegangen, weil Produktion, Absätze und Kapazitätsauslastung gesunken sind. In einer solchen Situation steigen anfangs die Lohnstückkosten, da es erfahrungsgemäß eine gewisse Zeit in Anspruch nimmt, die Beschäftigung der rückläufigen Produktion „anzupassen". Außerdem gibt es Kostenbestandteile, die gegenüber der Produktions- und Absatzmenge fix sind, die bei rückläufigem Absatz also automatisch ansteigen.

Diese Unterscheidung zu machen, ist von entscheidender Bedeutung für die wirtschaftspolitische Therapie. Folgt man den Ratschlägen von Pöhl, so ist alles Heil von einer Senkung der „Lohnkosten" zu erwarten. Dies würde – Pöhl vergißt zu erwähnen, daß Löhne und Gehälter eben auch volkswirtschaftliche Nachfrage sind – die Absatzaussichten weiter schrumpfen lassen, damit aber auch die Investitionen. Alle bisherigen Untersuchungen bestätigen, daß die Investitionen, namentlich arbeitsplatzschaffende Erweiterungsinvestitionen, ganz entscheidend von den Absatz-

Tabelle 4
Lohnquoten[1])

	Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit		*Nettolohn- und gehaltssumme*	
	Tatsächliche Lohnquote	*Bereinigte*[2]) *Lohnquote*	*Tatsächliche Lohnquote*	*Bereinigte*[2]) *Lohnquote*
1971	69,1	56,4	44,3	36,2
1974	72,6	58,9	43,5	35,3
1979	70,9	56,5	40,9	32,6
1980	72,2	57,2	41,1	32,6
1981	73,3	58,0	41,1	32,7

1) Anteil der Einkommen der abhängig Beschäftigten am Volkseinkommen.
2) Bereinigt auf Grundlage der Beschäftigungsstruktur von 1950.
Quelle: „Wirtschaft und Statistik", lfd.; eigene Berechnungen.

aussichten bestimmt werden. In einer Periode rückläufiger Produktion, unterausgelasteter Kapazitäten und hoher Arbeitslosigkeit würde eine Politik der Lohnstückkostensenkung die Krisenspirale nur weiter antreiben. Zudem hat die Bundesbank selbst in ihren Analysen festgestellt, daß die Gewinnentwicklung sehr differenziert verlaufen ist. Während bei den großen Unternehmen nur leichte Rückgänge bzw. z. T. sogar weitere Gewinnverbesserungen registriert wurden, verschärften sich die Finanzprobleme bei zahlreichen kleineren und mittleren Unternehmen bis hin zum Konkurs.

Der krisenbedingte Anstieg der Lohnquote war Mitte 1981 beendet, seither geht sie wieder zurück. Die „Anpassung" von Löhnen und Beschäftigung an den gesunkenen Absatz ist nun vollzogen.

Entgegen allen offiziellen Prognosen hat sich die Inflation bis zum Jahresende 1981 weiter beschleunigt. Dies trotz einer Beruhigung der Rohstoffpreise, sogar die Rohölpreise sind in den letzten Monaten etwas zurückgegangen. Allerdings haben die internationalen Ölkonzerne die bis Mitte 1981 anhaltende Abwertung der DM gegenüber dem Dollar genutzt, um die Mineralölpreise in der Bundesrepublik kräftig anzuheben.

Tabelle 5
Preise

	Veränderungen in % gegenüber dem Vorjahr		
	1979	*1980*	*1981*
Lebenshaltung[1])	+ 4,1	+ 5,5	+ 5,9
Industrielle Erzeugerpreise	+ 5,0	+ 7,6	+ 7,7
Landwirtschaftliche Erzeugerpreise	+ 2,1	+ 1,7	+ 6,0
Einfuhrpreise	+ 12,9	+ 17,1	+ 14,0

1) Alle Haushalte.
Quelle: „Wirtschaft und Statistik", lfd.

Angesichts zahlreicher angekündigter Preis- und Verbrauchsteuererhöhungen ist auch im laufenden Jahr keine Preisberuhigung zu erwarten.

Die Lage am Arbeitsmarkt hat sich im Laufe des letzten Jahres rasch immer bedrohlicher gestaltet.

Tabelle 6
Beschäftigung und Arbeitsmarkt[1])

	1979	*1980*	*1981*
Erwerbstätige	25519	25741	25505
Abhängig Beschäftigte	21945	22242	22082
Registrierte Arbeitslose	876	889	1272
„Stille Reserve	579	620	801

1) In 1000 Personen.
Quellen: „Wirtschaft und Statistik", 1/1982, S. 12; „IAB-Mitteilungen" 1/1981, S. 56.

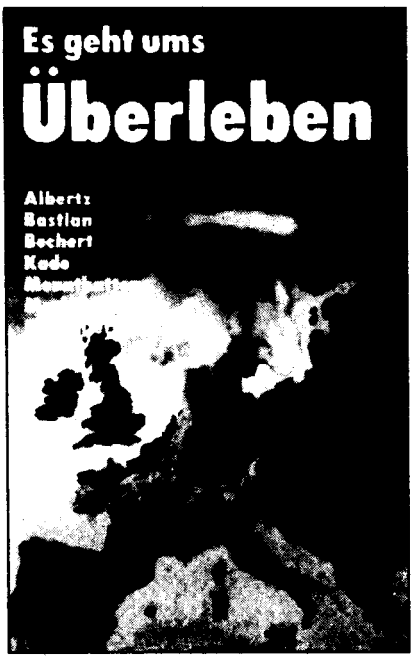
Im Januar/Februar 1982 erreichte die registrierte Arbeitslosenziffer fast die Zweimillionen-Marke, im Jahresdurchschnitt 1982 werden zwischen 1,6 und 1,7 Millionen registrierter Arbeitsloser erwartet, während die „stille Reserve" auf etwa 950 000 ansteigen wird. Damit wird die tatsächli-

che Arbeitslosigkeit 1982 bei etwa 2,6 Millionen liegen, eine Ziffer, die selbst in den pessimistischsten Prognosen erst für 1985 erwartet worden war.

Die 1980 einsetzende zyklische Krise hat sich im weiteren Verlauf sehr ungewöhnlich gestaltet. Nach einem Einbruch, der bis zum Jahresende 1980 anhielt, stagnierte die Produktion bis zum Jahresanfang 1982. Der ursprünglich im Sommer 1981 erwartete Aufschwung wird nun für den kommenden Sommer 1982 erhofft. Zur Zeit gibt es aber noch keine Anzeichen, daß die anhaltende Stagnation bald überwunden werden könnte. Die inländische Nachfrage ist weiter rückläufig, die Zinsen sind bis jetzt hoch geblieben. Die Auslandsnachfrage expandiert zwar weiter, es ist aber angesichts anhaltender Krisenerscheinungen in der kapitalistischen Weltwirtschaft mit einer Abschwächung der positiven Exportimpulse zu rechnen. Lediglich von der Vorratsbildung sind gewisse positive Anstöße zu erwarten, nachdem die Läger im vergangenen Jahr stark reduziert worden sind.

Krisenverschärfend wird dagegen die Ausgabenpolitik der öffentlichen Haushalte wirken, bei der sich die Folgen der „Operation '82" absatzbeschränkend bemerkbar machen werden. Möglich sind zeitweilige Investitionsimpulse als Folge der im Rahmen des „Beschäftigungsprogramms" der Bundesregierung geplanten Investitionszulage, die die Unternehmer zum Vorziehen mancher Investitionsprojekte veranlassen mag. Wie schon die Erfahrungen mit der befristeten Investitionszulage von 1975 zeigen, wird dem bald ein „Investitionsloch" folgen, so daß dann Belebungstendenzen eher gestört würden.

Jörg Goldberg



Warum wir die Atomraketen ablehnen.

Beiträge von Heinrich Albertz, Ulrich Albrecht, Gert Bastian, Karl Bechert, Anton-Andreas Guha, Gerhard Kade, Dieter S. Lutz, Achim Maske, Alfred Mechtersheimer, Lord Louis Mountbatten, Erwin Müller, Martin Niemöller, Nino Pasti, Helmut Ridder, Meindert J. F. Stelling sowie Dokumente, Stellungnahmen aus dem politischen, gewerkschaftlichen und kirchlichen Bereich. Chronologie und Begriffserklärungen.

Herausgegeben von Karl D. Bredthauer und Klaus Mannhardt.

prv-aktuell. Kleine Bibliothek, Band 224
182 Seiten, DM 9,—

Pahl-Rugenstein

Im Gedenken an Hermann Rauschning (1887–1982)

Von Helmut Ridder

Am 8. Februar 1982 ist er gestorben, im 95. Lebensjahr, auf seiner Farm in Portland/Oregon, USA. Knapp hat sich anläßlich seines Todes die westdeutsche Presse daran erinnert, daß der in Thorn (Westpreußen) geborene Offizierssohn, selbst preußischer Kadett, Dr. phil und Landwirt, seit 1932 Vorsitzender des Danziger Landbundes, im Sommer 1933 mit den Stimmen der Nazis zum Senatspräsidenten (Regierungschef) des damaligen Freistaats Danzig gewählt, ein Jahr später radikal mit diesen gebrochen und aus der Emigration in mehreren Büchern mit ihnen abgerechnet hat. Im Deutschland der ersten Nachkriegsjahre wurden am bekanntesten „Die Revolution des Nihilismus" (1938), „Gespräche mit Hitler" (1939; seither in über 40 Sprachen übersetzt), „Das Tier aus dem Abgrund" (Orig. „The Beast from the Abyss", 1940). Noch einen weiteren Satz hat sich (nur) „Der Spiegel" (Nr. 7/1982) abgerungen: über Rauschnings vergeblichen Versuch, in den 50er Jahren „mit seiner Idee von einem unabhängigen, wiedervereinigten Deutschland in der Bundesrepublik politisch Fuß zu fassen", und über die Rückkehr des „Enttäuschten" in die USA. Da gab es also zwischen der Wehrmachtskapitulation vom 8. Mai 1945 und der geschichtslosen Gegenwart der „freiheitlichsten" aller Demokratien doch noch etwas, wovon der kurzgeschorene Verstand der im Dienst der Politikmacher die dazu gehörende öffentliche Meinung Machenden sich gemeinhin nichts träumen läßt?

Ja, das gab es, und damit es nicht in Geschichten von und über Personen zerfließt, sondern Geschichte, gegenwärtige Vergangenheit, Lebensluft demokratischer Ideologiebildung und Handlungsfähigkeit wird, müssen einer Jugend, der die Geschichte vorenthalten wurde, die aber für die falschen Töne der „freiheitlichen" Systemverrottung sensibilisiert ist, und einer Gesellschaft, die mit der Notbremse der Psychologisierung ihrem Abgleiten in den Sumpf Einhalt zu gebieten versucht, einige Zusammenhänge verdeutlicht werden.

Hermann Rauschning zählte zu den frühesten Mitherausgebern dieser Zeitschrift und hat in den Jahren um die Wende zu den 60ern einige dreißig Artikel für sie geschrieben. Auch das durfte natürlich nicht erwähnt werden, denn die „Blätter" sind zwar ein nicht wenig gelesenes Organ, dürfen aber gemäß Kartellvereinbarung der dominierenden Formierungskräfte nicht genannt oder zitiert werden. . . Sonst müßte man sich ja auch mit der unbequemen Tatsache auseinandersetzen, daß z. B. der Kirchenkampftheologe Ernst Wolf aus Göttingen, daß der große Romanist alter philologischer Schule Hans Rheinfelder, daß der Vater der von den Nazis ermordeten Geschwister Scholl, deren Namen die Bundesrepublik zur verlogenen Dokumentation ihres „Antifa-

schismus" mißbraucht, daß ein engagierter Bayern-Politiker wie Hermann Etzel (an der sich mit bierseligem blau-weißem Flitter schmückenden CSU, die der Bayern-Partei mit dem „Spielbanken-Skandal" schließlich hinterrücks den Todesstoß versetzt hat, ist nicht nur die genuin liberale „bayerische Aufklärung" des frühen 19. Jahrhunderts so vorbeigegangen, wie an der CDU die demokratischen Vermächtnisteile des Zentrums), kurz daß es viele reinblütig „bürgerliche" Konservative von zeitgeschichtlichem Rang gewesen sind, die sich den „Blättern" als einem von ihnen als patriotisch-republikanische Notwendigkeit angesehenen Unternehmen verschrieben hatten. Zusammengefunden hatte sich hier ein aktiver Kern der Widerständler gegen die von Konrad Adenauer seit den „Erdrutsch-Wahlen" zum Bundestag von 1953 (= verfassungsändernde Zwei-Drittel-Mehrheit für die Regierungsparteien) von der Höhe personal-plebiszitär legitimierter politischer Macht betriebene Vollendung der Eingliederung der Bundesrepublik in den interkontinentalen antikommunistischen Kreuzzug. Mit ihnen waren die Sympathien der schon resignierenden, von ihren Erkenntnissen überwältigten und darunter leidenden wirklichen Kenner des „christlichen Abendlandes" (Reinhold Schneider: „Winter in Wien"!).

In den Anfängen der Bundesrepublik wurden diese Persönlichkeiten nicht zuletzt durch den skrupellosen Umgang des Kanzlers mit der Wahrheit und mit der Ehre seiner Gegner weggebissen. Adenauers Ächtungsdiktat erfaßte selbst noch die hilflosen und inkonsistenten Versuche um Alternativen einer deutschen Politik, die Heinrich Brüning von einer Kölner Professur aus unternahm. Seit das Werk vollbracht ist, wird das Nachkriegswirken dieser Persönlichkeiten systematisch aus dem Gedächtnis der Zeitgenossen gelöscht und zugleich ihr Widerstand gegen den im konkret-historischen „Dritten Reich" realisierten deutschen Faschismus oder ihre Verfolgung durch denselben hochstilisiert – Manifestation der ideologischen Verdrängung antidemokratischer Kontinuität: Das politische System der Bundesrepublik muß als *die* (einzige), einer tiefen historischen Zäsur folgende Realisation von Demokratie erscheinen; wie dieses Wunder mit dem massenhaft aus dem „Dritten Reich" in die öffentlichen Ämter übernommenen Personalbestand (Prototyp Globke!) soll vollbracht worden sein, darf nicht einmal gefragt werden; das „Dritte Reich" selbst erscheint als eine 1933 nach einer ebenso tiefen Zäsur plötzlich durch ein böses Wunder erfolgte Anlandung; und alles, was es vorher an (im „Dritten Reich" nur fortgesetzten und hochgesteigerten) antidemokratischen Teilrealisationen gegeben hat, verwandelt sich in ebenso wunderbarer Weise in Vorläufe zu der – nunmehr „freiheitlichen" – Demokratie der Bundesrepublik!

Die materiell nicht käuflichen und nach 1945 ideologisch nicht mehr korrumpierbaren Persönlichkeiten, von denen hier gehandelt wird, waren Empiriker und Moralisten. Sie schlossen aus der unschwer zu konstatierenden Benebelung des im „Wirtschaftswunder" arrivierenden Publikums, aus der „Gier" der sich durch Diffamierungs-Hilfsdienste Emporbarzelnden, aus „dieser ganzen keuchenden Streberei und Liebedienerei" auf die Aktualität einer

„Kontinuität des Irrtums" (so Hermann Rauschning in dem nachfolgend wieder abgedruckten Aufsatz von 1962). Die Welt der zu ihrer Jugendzeit noch verfemt gewesenen Soziologie, die Welt des wissenschaftlichen Sozialismus, ja die Welt der wissenschaftlichen Politikanalyse überhaupt war ihnen verschlossen. Zwischen ihnen und den wenigen alten und den etlichen jungen sozialistischen Kräften, die diese Welt kannten, lag ein tiefer Graben, der nicht überbrückt wurde. Der effizienteste objektive Verhinderer des Brükkenbaus heißt SPD. An ihr nämlich, und mit ihr im Abseits, arbeiteten sich die Kräfte auf der anderen Seite des Grabens ab, an einer SPD, der im Stehen neben der politischen Macht das „Hochstoßen" das Vordringlichste aller Ziele war und die, Godesberg erst im Visier, dann im Panier, den Wandel durch Umarmung verfolgte, ohne zu begreifen, daß die für einen demokratischen Ertrag solcher Politik erforderlichen Zeiträume von mindestens einer Generation nicht zu haben sind. An einer SPD, deren nach Godesberg folgerichtiger späterer Eintritt in die „Große Koalition" die nach der Gründung der Bundesrepublik Deutschland zweitgrößte Katastrophe der gesamtdeutschen Nachkriegsgeschichte darstellt. Denn hinter dem vordergründig als eine Öffnung „nach links" erscheinenden Vorgang steckt die gerade von dem neuen Partner bewirkte Wiederauffrischung des abebbenden Antikommunismus, der kraft seines kreuzzüglerischen Gehalts antidemokratisch ist, steckt die Umprägung auch tradierter vordemokratischer in definitiv antidemokratische herrschende Mentalitätsstrukturen und begann die Ära, in der Regierung endgültig zum entpolitisierenden staatlichen Management verkommt. Und diese Sozialdemokratie hatte sich wieder einmal just in dem Augenblick von sich selbst emanzipiert, in dem der sie in ihrer „keuchenden Gier" nicht erreichende Flügelschlag der großen Weltgeschichte die Richtigkeit der von ihr preisgegebenen Politik bestätigte – mit dem Erscheinen von Kennedy (der ermordet wurde, als er zu denken begonnen hatte und damit nicht aufhören wollte), von Johannes XXIII. („im Stehen gestorben", wie er es selbst vorausgesehen hat – eines der frommen „christlich-abendländischen" Blätter unseres Landes erblickte darin das Wirken des „Fingers Gottes"), von Chruschtschow (er durfte ehrlicher Staatsrentner werden – aber das war eben in der Sowjetunion).

Die spät genug von der integrierten SPD ab- oder ausgestoßene und damit in ihren Kräften teilweise freigesetzte Jugend hat es nicht vermocht, das politische Potential der konservativen Republikaner, das ihr wegen seiner theoretischen Defizite bestenfalls uninteressant erschien, zu verarbeiten und fruchtbar zu machen. Sie hat die Indolenz der die Nachhut der Arbeiterbewegung umklammernden bürokratischen Apparate nicht soweit erschüttern können, daß die Gewerkschaften nicht jeweils im entscheidenden Augenblick doch den Weg des Opportunismus gewählt hätten. Was sie letztlich allein für die in der zweiten Hälfte der 60er Jahre wirksam werdende Verbreiterung und Dynamisierung von demokratischem Bewußtsein geleistet hat, ist beachtlich und großenteils von Dauer. Aber die Realitätsblindheit, mit der etwa jungakademische Marxisten sich zur „Vorhut der Arbeiterbewegung" auf-

schwangen und den gewonnenen wissenschaftlichen Erkenntnisschlüssel handhabten, der die inhaltliche Erfassung der von den konservativen Moralisten intuitiv erfühlten Kontinuität des Antidemokratismus ermöglichen müßte, betraf nicht nur den Stellenwert der politischen Ethik, er zeitigte auch Retorten-Revolutionen, wie die „Studentenrevolte", die, von den Machthabern mit Genugtuung zu „Reform" verarbeitet, die „industriegesellschaftliche" Depravierung der Hochschulen und anderer Institutionen erleichtert hat. Und konnten dabei die einen den eingeimpften Antikommunismus nicht ausstoßen, an dem die insofern ganz unbefangenen konservativen Republikaner nie gelitten haben, so verhinderte den andern ein reaktiver „Antifaschismus" die Entschlüsselung der „Kontinuität des Irrtums", den auf den Begriff zu bringen der bürgerlich-republikanische Konservatismus nicht fähig gewesen war und der, auf den historischen und wissenschaftlichen Begriff gebracht, eben der deutsche Antidemokratismus ist.

Es ist kein Graben zwischen Königskindern gewesen, dessen Zuschüttung die Kraft und Sehvermögen absorbierende Sozialdemokratie verhindert hat. Denn sie haben gar nicht zueinander kommen wollen, die bürgerlich-republikanischen Alten und die mit ihren akademischen Marxismen später auf den Plan der politischen Praxis getretenen Jungen. Die „Blätter", vor 27 Jahren in jener zweiten Legislaturperiode des Deutschen Bundestags als ein Organ gegründet, das der Praxis die Fähigkeit vermitteln sollte, zwischen Schein und Sein der Legitimation des auf die Weisung der Besatzungsmächte zurückgehenden westdeutschen politischen Systems zu unterscheiden, sind von dem Auseinanderklaffen nicht unberührt geblieben. Sie haben auch die Zeit der Retorten-Revolutionen nicht unverarmt und unbeschädigt überstanden. Wer es noch nicht weiß, mag sich das durch nachdenkliches Rückblättern vor Augen führen. Gerade weil Geschichte sich nicht wiederholt, muß aus der Geschichte gelernt werden. Hermann Rauschning, der mit Herzblut für diese Zeitschrift gearbeitet hat, schulden wir noch die Durcharbeitung einer großen lehrreichen Lektion.

Kontinuität des Irrtums*)

Von Hermann Rauschning

Ein Schicksalsgenosse aus den bitteren Jahren der Emigration, auf dessen Urteil ich besonderes Gewicht lege, warf mir vor kurzem wegen meines letzten Aufsatzes in den „Blättern" vor, daß ich Adenauer zu so etwas wie einen Hitler zu machen versuche. Das sei er nun einmal nicht. Wer aber versuche, ihn als so etwas Ähnliches abzustempeln, der verscherze damit die Willigkeit auch des gut gesonnenen Lesers, seinen Gedanken zu folgen, sie mögen sonst so gut und richtig sein, wie sie mögen. Für jemanden, der sich der Verantwortung für jedes Wort bewußt ist, der sich bemüht, seine politischen

*) Zuerst erschienen in: „Blätter", 8/1962. Gekürzte Fassung.

schwangen und den gewonnenen wissenschaftlichen Erkenntnisschlüssel handhabten, der die inhaltliche Erfassung der von den konservativen Moralisten intuitiv erfühlten Kontinuität des Antidemokratismus ermöglichen müßte, betraf nicht nur den Stellenwert der politischen Ethik, er zeitigte auch Retorten-Revolutionen, wie die „Studentenrevolte", die, von den Machthabern mit Genugtuung zu „Reform" verarbeitet, die „industriegesellschaftliche" Depravierung der Hochschulen und anderer Institutionen erleichtert hat. Und konnten dabei die einen den eingeimpften Antikommunismus nicht ausstoßen, an dem die insofern ganz unbefangenen konservativen Republikaner nie gelitten haben, so verhinderte den andern ein reaktiver „Antifaschismus" die Entschlüsselung der „Kontinuität des Irrtums", den auf den Begriff zu bringen der bürgerlich-republikanische Konservatismus nicht fähig gewesen war und der, auf den historischen und wissenschaftlichen Begriff gebracht, eben der deutsche Antidemokratismus ist.

Es ist kein Graben zwischen Königskindern gewesen, dessen Zuschüttung die Kraft und Sehvermögen absorbierende Sozialdemokratie verhindert hat. Denn sie haben gar nicht zueinander kommen wollen, die bürgerlich-republikanischen Alten und die mit ihren akademischen Marxismen später auf den Plan der politischen Praxis getretenen Jungen. Die „Blätter", vor 27 Jahren in jener zweiten Legislaturperiode des Deutschen Bundestags als ein Organ gegründet, das der Praxis die Fähigkeit vermitteln sollte, zwischen Schein und Sein der Legitimation des auf die Weisung der Besatzungsmächte zurückgehenden westdeutschen politischen Systems zu unterscheiden, sind von dem Auseinanderklaffen nicht unberührt geblieben. Sie haben auch die Zeit der Retorten-Revolutionen nicht unverarmt und unbeschädigt überstanden. Wer es noch nicht weiß, mag sich das durch nachdenkliches Rückblättern vor Augen führen. Gerade weil Geschichte sich nicht wiederholt, muß aus der Geschichte gelernt werden. Hermann Rauschning, der mit Herzblut für diese Zeitschrift gearbeitet hat, schulden wir noch die Durcharbeitung einer großen lehrreichen Lektion.

Kontinuität des Irrtums*)

Von Hermann Rauschning

Ein Schicksalsgenosse aus den bitteren Jahren der Emigration, auf dessen Urteil ich besonderes Gewicht lege, warf mir vor kurzem wegen meines letzten Aufsatzes in den „Blättern" vor, daß ich Adenauer zu so etwas wie einen Hitler zu machen versuche. Das sei er nun einmal nicht. Wer aber versuche, ihn als so etwas Ähnliches abzustempeln, der verscherze damit die Willigkeit auch des gut gesonnenen Lesers, seinen Gedanken zu folgen, sie mögen sonst so gut und richtig sein, wie sie mögen. Für jemanden, der sich der Verantwortung für jedes Wort bewußt ist, der sich bemüht, seine politischen

*) Zuerst erschienen in: „Blätter", 8/1962. Gekürzte Fassung.

Ansichten ständig an der Wirklichkeit auszurichten, der auch nicht in der Illusion lebt, daß es überhaupt d i e politische Lösung oder die allein richtige Beurteilung einer konkreten Frage geben könne, ist das ein Vorwurf, der ihn zu einer noch schärferen Prüfung seiner Urteile und Motive veranlassen wird. Gewiß habe ich nicht Adenauer mit Hitler persönlich verglichen. Darüber ein Wort zu verlieren, wäre Zeitverschwendung. Mein Kritiker meinte das auch nur in einem übertragenen Sinne, nämlich daß ich die Adenauersche Politik in ihren sich über kurz oder lang auswirkenden Folgen für ähnlich verhängnisvoll halte wie die nationalsozialistische. Was Adenauer persönlich anlangt, so stehe ich nicht an, gerade gegenwärtig, wo sein Ansehen gelitten hat, hervorzuheben, daß man ihm das, was gemeinhin als persönliche Größe gilt, nicht absprechen kann. Mehr noch, man wird ihn angesichts des fortschreitenden persönlichen Autoritätsverlustes und der offensichtlichen Hinfälligkeit der in die erste Phase seiner Politik der Stärke gesetzten Hoffnungen als eine tragische Figur der deutschen Geschichte respektieren. Auch als Gegner wird man ihm Achtung zollen statt der bei ordinären Seelen üblichen Schadenfreude über den Fall eines Großen. Schon allein aus dem Grunde sympathisieren wir menschlich mit Adenauer, weil seine persönliche Tragik nur der Ausdruck des abermaligen tragischen Ungenügens und Irrens des deutschen Volkes ist.

Ganz anders aber steht es mit dem sachlichen Vorwurf wegen einer verfehlten Außen- wie Innenpolitik, die das deutsche Volk zwar äußerlich von den Trümmern der Hitlerkatastrophe befreit und es in Luxus und Wohlleben geführt hat, in seiner innerlichen, geistigen, moralischen, politischen und sozialen Existenz es aber mitten in den Trümmern der alten vom Nationalsozialismus zerschlagenen, niedergeknüppelten Werte und Normen steckengelassen und abermals in die Sättel der apokalyptischen Reiter gesetzt hat, in der Annahme, daß es dann schon reiten werde. Ja, in vollem Bewußtsein der Schwere des Vorwurfes wiederholen wir: die Adenauersche Politik – von einer Hitlerschen Majorität des deutschen Volkes in freiwilliger Gleichschaltung der Hauptparteien getragen –, muß, wenn sie nicht noch rechtzeitig gestoppt wird, in eine neue Katastrophe führen, die nicht geringer, die schlimmer als die Hitlersche für Deutschland, wenn nicht sogar für die ganze Welt sein wird. Daß Adenauer eine solche Entwicklung nicht will, versteht sich von selbst. Daß seine Absichten die besten sind, wird niemand bezweifeln. Aber daß die guten Absichten nicht durch die richtigen Einsichten getragen sind, daß er die voraussichtlichen Folgen seiner Politik nicht realisiert, daß er nicht gewahr wird, wie seine besten Intentionen das Gegenteil von dem zeitigen, was er damit beabsichtigt, das macht seine Tragik und unser Elend aus. Wir, die wir noch die gesicherten Zeiten der drei Kaiser des Zweiten Reiches, die wir den Ausbruch des Ersten Weltkrieges nicht als unmündige Jünglinge oder Knaben, sondern als urteilsfähige Männer erlebt haben – wir, die wir selber vom Brand des Irrtums versehrt wurden, sehen klarer als die jüngeren Generationen, welch schauerliche Anziehungskraft in der „Tendenz zum Extrem" liegt, welch unentrinnbarer Zwang in der „Logik im Schrecken" steckt. Wir, die wir bereits zweimal an den Irrtümern der Zeit teilgenommen und uns dem Verhängnis ausgeliefert haben, sind mißtrauischer und hellsichtiger dem Sog gegenüber, den „falsche Tendenzen" im geschichtlichen Leben der Völker (wie übrigens auch im persönlichen Leben) ausüben. Wir gewahren, daß in einem furchtbaren Wiederholungszwange zum dritten Mal anzuheben beginnt, was schon zweimal durch das Verdikt der Geschichte als ein Grundirrtum gerichtet ist.

Was ich dem Adenauer-Regime zum Vorwurf mache, ist, um es auf einen Nenner zu bringen, „Die Kontinuität des Irrtums". Der Ausdruck stammt von Hans Herzfeld („Die moderne Welt. 2. Teil: Weltmacht und Weltkrieg"). Es ist die „permanente Verken-

nung der Realität" (Fritz Frischer, „Griff nach der Weltmacht. Die Kriegszielpolitik des kaiserlichen Deutschland 1914/18"), die sich als ein schleichendes Erbübel vom kaiserlichen Deutschland über die Weimarer Republik durch die Katastrophe des „Dritten Reiches" bis in die Bundesrepublik weitergeschleppt hat. Bethmann-Hollweg, der viel verlästerte Reichskanzler, steht allein unter den verantwortlichen Politikern Deutschlands, insofern er diesen Grundirrtum nicht nur erkannte, sondern auch bekannte, als er 1916 vor dem Hauptausschuß des Reichstages erklärte, daß die Deutschen nicht dem Fehler entgangen wären, „die Kraft unserer Feinde zu unterschätzen" und „unsere gewiß gewaltigen Kräfte im Verhältnis zu der übrigen Welt zu überschätzen". Zur Verkennung der Macht tritt die Verkennung der Lage Deutschlands in der Mitte des Kontinentes und der Folgerungen, die sich daraus ergeben, die Verkennung der historisch und geographisch bedingten Funktionen Deutschlands in der Gemeinschaft der europäischen Nationen. Zweimal hat dieser Grundirrtum zu einer politischen Konzeption geführt, die eine Katastrophe heraufbeschwor. Er hat auch zum dritten Mal zu einer Politik geführt, in der sich bereits die Züge einer künftigen Katastrophe abzuheben beginnen. Das Scheitern der ersten Phase einer illusionistischen „Politik der Stärke" – mit ihrem Nahziele der Wiederherstellung der Einheit Deutschlands und Revision der Ostgrenzen – hat nicht dazu geführt, die eigene Konzeption einer Überprüfung auf ihre Angemessenheit zu unterziehen, vielmehr zum Beginn einer zweiten Phase, in der Bonn die Wiederaufrüstung zu einer Großmacht erstrebt. Ähnlich wie, trotz der Erkenntnis Bethmann-Hollwegs 1916, die Kriegszielpolitik des kaiserlichen Deutschland, in der Kontinuität des Irrtums verharrend, bis ins bittere Ende fortgesetzt wurde.

Fragt man nach den Zielen, nach den Objekten einer deutschen Politik überhaupt und den Linien, in denen ihre Verwirklichung erstrebt wird, so ist es erstaunlich, wie zäh sich Ansichten und Hoffnungen über einen Zeitraum von fünfzig Jahren und weltumstürzende Katastrophen konserviert haben, ja wie gedankenarm, wie dürftig an Einfällen die professionellen Politiker sind. Die Politik Bonns ist in entscheidenden Zügen die des kaiserlichen Deutschlands. Dieselben außenpolitischen Perspektiven verbanden so verschiedene Geister wie den, ob seiner politischen Weisheit etwas zu Unrecht glorifizierten, Gustav Stresemann und Adolf Hitler. Als im Herbst 1918 in dem beginnenden Debakel die noch zu realisierenden Kriegsziele Deutschlands erörtert wurden, ergab sich als rettender Ausweg die gemeinsame Frontbildung Deutschlands mit den Westalliierten gegen den Bolschewismus, um, mit den Worten Albert Ballins, des großen Reeders und Freundes Wilhelms II., „die wirtschaftlichen Werte des Ostens für Europa zu sichern als gemeineuropäisches Interesse der Wirtschafts- und Finanzkreise". Und wenn Gustav Stresemann als sein „Nahziel" die Rückgewinnung des status quo ante 1914 erklärte und als geheimes Fernziel einen großdeutschen Staat, in dem „neben unseren Volksgenossen auch Angehörige fremder Nationalitäten unter deutsche Hoheit gestellt" werden würden, so ist die Verwandtschaft mit der Hitlerschen Konzeption, aber auch mit der Bonner Politik offensichtlich. Wie er im Hinblick auf den zu erwartenden Zusammenbruch Polens sich auf kein „Ostlocarno" einlassen wollte, so weigert sich Adenauer, den Status, der durch Niederlage und Nachkriegspolitik entstanden ist, anzuerkennen, in der Erwartung eines Erweichens der sowjetischen Position oder auf Grund weiter gesteckter Ziele der eigenen Machtpolitik. Was ist die anti-bolschewistische Politik Bonns anderes als eine zeitgemäße Variante dieser immer wieder auftauchenden Ideen und Vorstellungen! Wie ein roter Faden durchzieht das schlecht gedrehte vielstrangige Tau der deutschen Politik die Vorstellung einer Liquidation Rußlands als Großmacht, um die eigene Großmachtstellung zu erringen oder den Weltfrieden unter der wohltätigen Hegemonie der Westmächte zu begründen oder doch wenigstens die Folgen der eigenen Irrtümer und Niederlagen zu reparieren.

Zwar erstrebt Bonn keinen großdeutschen Staat mehr, dafür aber eine „Dritte Macht Europa". Es ist abermals ein „Griff nach der Weltmacht", wenn auch nicht als ausschließlicher eigener Besitz, so doch um entscheidend an ihr zu partizipieren. Dabei entging es den Politikern Bonns, die sich auf die Überwindung des Nationalismus etwas zugute hielten, daß Machtpolitik Machtpolitik bleibt, ob im Namen einer Nation oder einer Gruppe von Nationen geführt. Sie wird darum nicht besser, wenn sie auf einer falschen Einschätzung der Realität beruht. Und was die anti-bolschewistische Einheitsfront der Westmächte anlangt, so ist es den Taktikern des Bonner Regimes nicht eingefallen zu fragen, ob das, was der Bundesrepublik gleichsam als Geschenk der Geschichte in den Schoß fiel – nämlich nicht mehr wie 1918 die „gemeinsame Frontbildung" den Westmächten „aufsuggerieren" oder bloß auf sie, mit Hitler in seinen Bunkertagen, hoffen zu müssen –, nicht ein Danaergeschenk sei, ob nicht am Ende hinter der Politik der Rückdrängung Sowjetrußlands ein ähnlicher Fehler der Westmächte wie der von Deutschland zweimal begangene stecke; ob nicht die Zuversicht, „diesmal auf der richtigen Seite zu stehen", eine arge Illusion sei.

Aber es nicht nur die Kontinuität des Irrtums, die Adenauer mit seinem Regime vorzuwerfen ist, es ist vielmehr die Steigerung des Irrtums bis zur völligen Verblendung in der Verkennung der Realität. Die Adenauersche Politik hat die fundamentale Änderung des Wesens der Machtpolitik überhaupt nicht in Rechnung gestellt. Sie ist an der Krise der politischen Macht als an etwas Irrelevantem vorbeigegangen und betreibt Machtpolitik wie im 19. Jahrhundert. Wenn man einen Bonner Würdenträger wie Herrn Gerstenmaier ausgerechnet in der Evangelischen Akademie Loccum dozieren hört, daß die Grundbedingung einer echten politischen Konzeption „echte Macht" sei, so kann man nicht anders, als über ein solches Vorbeileben an den großen Umwälzungen unserer Zeit, über eine solche Verkennung der Realität verzweifeln. Was ist „echte Macht"? Will das der Herr Bundestagspräsident im Hinblick auf die Problematik der Anwendung der ultima ratio regis unter dem Albdruck der Atomwaffenzerstörung definieren? Kann er es? Ist es damit getan, daß die Bundesrepublik an der Kontrolle über die Atomwaffen der NATO partizipiert? Oder heißt es eine eigenständige Atommacht zu werden, oder, da es schwierig wäre, den Vorsprung der bereits arrivierten Atommächte einzuholen – wie der einst besser überlegende Emigrant Haffner in der „Welt" vorschlägt –, statt der nuklearen Sprengkraft lieber gleich die Entwicklung neuer, sie weit übertreffender und mit Lichtgeschwindigkeit ins Ziel zu bringender Zerstörungsmittel in Angriff zu nehmen und damit nicht nur den Vorsprung der alten Atommächte einzuholen, sondern sie zu überholen? Experimente mit „Laser" und „Maser" – was immer das ist –, wären hoffnungsvoll. Der Gedanke, daß es Sowjetrußland zur Entwicklung einer solchen „Macht der Drei", um an einen einst populären Namen zu erinnern, nicht kommen lassen wird, ist für solche Machtpolitiker belanglos. Bedenken kommen ihnen nicht, daß selbst mit einer adäquaten Atomwaffe Klein-Europa Sowjetrußland gegenüber wegen seiner größeren Verwundbarkeit infolge der Engräumigkeit seiner Industrielandschaft immer der Unterlegene sein wird. Die sich selbst und die Bonner Politik decouvrierende Äußerung des Bundestagspräsidenten zeigt eindeutig die Zwangsläufigkeit der Entwicklung in denselben Militarismus, in denselben Willen zur Macht, in dieselben Großmachtambitionen, zu derselben Vergötzung der „nackten Gewalt", an denen das kaiserliche Deutschland, an denen das Dritte Reich zu Grunde gegangen sind. 1914 konnten wir noch im guten Glauben ins Feld ziehen, daß in den Reichen der Welt leider die Macht entscheide. Wir wußten es nicht anders. Wir konnten sogar noch mit gutem Gewissen Gebietserweiterungen als Siegespreis gutheißen, um als Großmacht eine breitere Existenzgrundlage zu gewinnen. Solche Ideen waren damals noch zeitgerecht. Noch bestanden das Britische Em-

pire und die anderen großen Kolonialreiche, und wenige in den Nationen empfanden darüber Gewissensskrupel. Anders war es schon 1933. Es hatte sich bereits herausgestellt, daß, mindestens auf europäischem Boden, politische Probleme nicht mehr durch nackte Gewalt zu lösen waren. Wer zögernd und voller innerer Bedenken den „nationalen Aufbruch" mitmachte, tat es bereits mit einem schlechten Gewissen. Er konnte sich allenfalls mit der falschen Überlegung rechtfertigen, daß wer in der großen Wandlung nicht zum bloßen Amboß absinken wollte, Hammer werden müsse. Noch hatte sich die nackte Gewalt durch ihre Mittel nicht paralysiert. Wer aber 1954 eine „Politik der reinen Macht" treiben zu können glaubte, es gar 1962 noch tut, der kann es weder mit einem guten noch einem schlechten Gewissen, sondern nur in völliger Blindheit gegenüber den ungeheuren Revolutionen unserer Zeit tun, die, unter und mit der kommunistischen, das politische und soziale Gefüge der Welt und die machtpolitischen Beziehungen der Völker von Grund auf ändern; der ist blind gegenüber den heute schon sichtbaren Machtverschiebungen und den Grenzen politischen Machtstrebens und Machtdenkens im Stile des 19. und der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts, auch wenn er Afrika mit seinen zur Gleichberechtigung strebenden Völkern und Stämmen besucht und dort gejagt hat.

Denn diese verschiedenen Revolutionen unserer Zeit – und ich folge hier nicht bolschewistischen Propagandaslogans, sondern einer so unverdächtigen Zeugin wie der Engländerin Barbara Ward, der eminenten katholischen Wirtschaftspolitikern, in ihrer jüngsten Veröffentlichung „The Rich and the Poor Nations" – laufen auf eine Gleichheit aller Völker hinaus und stellen als die eigentliche große Aufgabe unserer Zeit nicht nur den Ausgleich zwischen den „Habenden" und „Habenichtsen", sondern die Bildung einer Gemeinschaft der Nationen, in der alle, ob klein oder groß, arm oder reich, gleiches Recht besitzen. Was nichts anderes bedeutet als die Überwindung einer Politik der reinen Macht, als die Unterstellung der Macht unter eine gemeinsame Verantwortung, die bereits im Bewußtsein der Völker eine Realität ist, auch wenn sie noch nicht zu einem positiven Recht entwickelt worden oder institutionell ausreichend gesichert ist. Von zwei Seiten her ist somit die reine Machtpolitik, auf die sich Herr Gerstenmaier beruft, problematisch: von der Zerstörungskraft ihrer Mittel her, wie von einem neuen politischen und sozialen Selbstbewußtsein der Völker. Statt sich an die Spitze einer Entwicklung zu stellen, die auch dem deutschen Volke in längerer Sicht zur Lösung seiner Lebensfragen dienen würde, oder sich doch in diese Weltbewegung einzureihen, eine Politik betreiben wollen, die schließlich darauf hinausläuft, wieder eine Großmacht zu werden oder doch an den Machtprivilegien einer Weltmachtgruppe zu partizipieren, zeigt, daß die beiden deutschen Katastrophen das Denken der deutschen Politiker nicht abgeklärt haben. Bezeichnend für das bundesdeutsche Denken in veralteten Machtkategorien sind die ständig von neuem vorgebrachten Argumente für eine Ausstattung der Bundeswehr mit Atomwaffen, die darauf hinauslaufen, daß weder Frankreich noch die Bundesrepublik es sich leisten könnten, ohne solche „Rußland durch das fortgesetzte Bündnis mit Amerika zu reizen" (der erwähnte Haffner in der „Welt"). Ohne sie wären sie nur Mächte zweiten Ranges und müßten ihr Heil in Neutralität suchen.

Klarer konnte die „Kontinuität des Irrtums" nicht artikuliert werden. Inhalt und Ziel der bundesdeutschen Politik ist und bleibt Macht, Machtbesitz, Machtbehauptung, und die Ostpolitik der Bundesrepublik hat nur Sinn, wenn sie einen Krieg mit Rußland als einkalkuliertes Risiko für möglich oder gar unvermeidbar hält. Nur dann ist die Verweigerung der Anerkennung des status quo rational, nur dann ist als vorsorgliche „Moralbildung" der ideologisch begründete Anti-Kommunismus dem mächtigen

Nachbarstaat gegenüber vertretbar. Es wäre ein Wunder, wenn nicht zu gegebener Zeit Politiker und Militärs sich der in solcher politischen Situation enthaltenen Konfliktstoffe bemächtigten, um sich zu den Exekutoren einer bundesdeutschen Machtpolitik aufzuwerfen, ungehindert durch die Bindungen eines Militärbündnisses, denn „auch in einem Bündnis ist jeder sich selbst der Nächste" (Haffner).

Man wird dem Einwand begegnen, daß die Ostpolitik der Bundesrepublik nur die eine, sozusagen die negative Seite der Adenauerschen Konzeption sei; die positive entwickele sich nach Westen. Hier läge die bedeutende Leistung. Hier habe er die Linien einer großen zukunftsträchtigen Politik durch den Ausgleich mit Frankreich und den Zusammenschluß der westeuropäischen Nationen zu einer Verteidigungs- und Wirtschaftsgemeinschaft gezogen. Hier habe er für immer neuen Ausbrüchen eines deutschen Nationalismus und Chauvinismus den Riegel vorgeschoben. So gerne man solchem Lobpreise zustimmen möchte, so wenig Grund ist doch dazu vorhanden. Diese Politik des Zusammenschlusses bisher souveräner Nationen unter teilweiser Beschränkung, wenn auch noch nicht Delegation von Souveränitätsrechten zu höheren Einheiten organisierter und institutionell gesicherter Kooperation wäre in der Tat als eine der bedeutendsten positiven Leistungen unserer Zeit zu bewerten, wenn sich nicht auch hier falsche und die wohltätigen Wirkungen pervertierende Machttendenzen eingeschlichen hätten. Der wirtschaftliche Erfolg des Zusammenschlusses für die beteiligten Nationen steht zur Zeit außer Frage, der militärische ist problematisch. Die wenn auch nicht ausschließlich, so doch stark im Vordergrund stehende Tendenz, den Zusammenschluß als Machtelement in dem Ringen um die Vorherrschaft der westlichen politischen und sozialen Ordnung zu gebrauchen, ist ein entschiedener Mangel, der zu einer Verschärfung des Kampfes der beiden Ordnungssysteme statt zu einer Entspannung führen muß. Insbesondere würde das dann der Fall sein, wenn es zu einer geschlossenen Wirtschaftssphäre und einem partiellen Sicherungssystem etwa in der Verwirklichung einer Atlantischen Gemeinschaft kommen sollte, statt zu einer weltweiten Öffnung der wirtschaftlichen Kooperationen mit Einschluß der kommunistischen Länder und zu einem kollektiven Sicherungssystem. In diesem Zusammenhang möchten wir noch einmal auf die erwähnte Schrift von Barbara Ward als eine wertvolle warnende Stimme des Westens hinweisen, die es trotz gewisser Grenzen des Verständnisses verdient, neben den in der letzten Nummer der „Blätter" erwähnten Schriften von Baade und Sternberg (in dem aufschlußreichen Artikel von Hans Andresen „Der säkulare Konkurrenzkampf der Gesellschaftssysteme") genannt zu werden. „Ich denke", warnt sie, „wir sollten gemeinsame Strategien für die (wirtschaftliche) Entwicklung und Investierung sowohl innerhalb als außerhalb unserer Atlantischen Arena erarbeiten." Gegenwärtig zögen die Handelspolitiker des Westens nicht wie ehedem den Rest der Welt hinter uns mit hoch. „Im Gegenteil, sie neigen dazu, die Kluft (zwischen arm und reich) zu erweitern." „Wir sollten die ökonomischen Voraussetzungen für eine funktionierende Weltordnung schaffen." „Es bleibt nur eins: die gegenwärtige Kommunität potentieller Vernichtung hinter uns zu lassen und eine Kommunität des moralischen Auftrages statt ihrer zu bilden." Ich glaube, daß diese wenigen Sätze aus der letzten ihrer Vorlesungen für die kanadische Broadcasting Corporation „Nicht Brot allein" im Vergleich mit den Ausführungen über „reine Macht" des ehemaligen Konsistorialrates Gerstenmaier vor den Tagungsteilnehmern einer Evangelischen Akademie die ganze politische und geistige Rückständigkeit, die trostlose Rückentwicklung in der Bundesrepublik unter dem Regime Adenauer illustrieren.

II

Adenauer und sein Regime einschließlich der SPD, die ihr Erstgeburtsrecht einer alternativen politischen Konzeption für das Linsengericht der Regierungsfähigkeit in den Augen der Westmächte preisgegeben hat, sind nicht von dem Vorwurf freizusprechen, daß sie eine politische Entwicklung eingeleitet haben, die zwangsläufig zu einer neuen Katastrophenpolitik, einer abermaligen „Kurzschlußlösung" wie 1914, wie 1939 führen muß, wenn sie nicht noch gestoppt werden kann. Das ist jedoch erst die eine Seite des Bildes. Das Adenauer-Regime hat das deutsche Volk in der Bundesrepublik nicht nur auf den Weg einer falschen militärischen Machtpolitik geführt, sondern auch innenpolitisch in eine Richtung gedrängt, die im Zuge unvermeidlicher wirtschaftlicher und anderer innerpolitischer Schwierigkeiten disziplinare Maßnahmen erforderlich machen könnten, die abermals den Weg zu einer lebensfähigen Demokratie versperren und, wenn nicht zu einem autoritären militärisch-faschistischen Regime, so mindestens zu einem „Obrigkeitsstaat" mit einer „geschichtsbefugten Oberschicht" als ausschließlichem Träger der politischen Willensbildung führen werden. Wir sind bereits mitten auf dem Wege dahin. Man wird ferner dem Adenauer-Regime nicht den Vorwurf ersparen können, daß es alle großen und die Zukunft entscheidenden Fragen beiseite geschoben hat und den brennenden Problemen einer der technischen Revolution entsprechenden Wirtschaftsorganisation und sozialen Ordnung mit bloßen Palliativen gegenübergetreten ist. Wer den gegenwärtigen Wohlstand der Bundesrepublik zum Maßstabe der Richtigkeit der Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung nimmt, wird sehr bald gewahren, auf welch trügerischem Boden die im Bilde Amerikas erwachsene Nachkriegsgesellschaft der Bundesrepublik steht und daß wir – Barbara Wards Worten folgend – in unserem revolutionären Zeitalter zehn, ja zwanzig Revolutionen zugleich gegenüberstehen, die unsere Lebensgewohnheiten und -ordnungen unter unseren Händen verändern, ob wir es wollen oder nicht; und daß nicht die bolschewistische Revolution zu bekämpfen und zu besiegen die uns gestellte Aufgabe ist, sondern in unseren Ordnungsbemühungen die Kräfte und Impulse dieser zehn, zwanzig Revolutionen fruchtbar zu integrieren, zum Heil aller. Ein Volk wie das deutsche, das durch eine solche Katastrophe hindurchgegangen ist, wie es die ersten Nachkriegsjahre waren, in denen es auf die nackte Existenz zurückgeworfen und gezwungen war, vom „Nullpunkt" her neu zu denken – nach des Apostels Mahnung, alles zu prüfen und das Gute zu bewahren –, durfte sich nicht mit dem begnügen, was gegenwärtig im Westen die Schwäche aller in den sozialen Disziplinen und politischen Richtungen ist, „das Komfortable und das Anerkannte zu suchen" (J. R. Galbraith, The Affluent Society) und auf jeden Warner und Prüfer „als auf einen störenden Einfluß zu blicken". Es wäre dem deutschen Volk besser bekommen, hätte es sich nach altpreußischem Muster großhungern müssen, als so schnell in ein „verschwenderisches Konsumentendasein" (Andresen) zu geraten.

Was hier zu sagen wäre, kann nur noch mit ein paar Strichen angedeutet werden. Ich wünschte, es stände ein Schriftsteller im Range Emile Zolas auf und schriebe über die schleichende Irreführung und Korrumpierung des deutschen Volkes ein neues „J'accuse". Gewiß wird man diese Entwicklung, die nicht allein nur eine falsche Restauration, sondern auch ein falscher „Fortschritt" ist, nicht nur Adenauer in die Schuhe schieben können. Sie ist die Folge einer in verhängnisvoller Richtung unternommenen Staats- und Gesellschaftsgründung, die eine kaum wiederkehrende große Gelegenheit zu einem entschiedenen Schritt in der Richtung auf eine neue Gesellschaft verpaßte, in der es nicht nur um das Verdienen, sondern auch um das Dienen hätte gehen müssen. Denn trotz des christlichen Firnisses und der gewiß großen Leistungen in der

„Lastenverteilung" ist die Bonner Republik ohne ein eigenes Ethos, ohne ein geistiges und moralisches Selbstbewußtsein geblieben. Mehr und mehr ist das im Grundgesetz und der ersten Gesetzgebung lebendige Bewußtsein einer sozialen und politischen Verpflichtung zu einer Schicksalsverbundenheit, die über dem Privatinteresse steht, verloren gegangen. Das Ethos der gemeinsamen Wohlfahrt, der Schicksalsverbundenheit, des subsidiären Verhältnisses aller Schichten der Bürger zueinander und zum Ganzen, das des sozialen Dienstes ist preisgegeben worden.

Ich will und kann hier nicht auf die Fragen eingehen, ob die Bundesrepublik genügend „sozial gerüstet" sei, um die zu erwartenden künftigen Erschütterungen durch die fortschreitende technische und wissenschaftliche Revolution zu überwinden (zu „verkraften", sagt man ja wohl im Neudeutschen). Ich will hier auch nicht auf die offensichtlichen Schwächen der privatkapitalistischen Marktwirtschaft noch auf die Notwendigkeit hinweisen, sie immer schärfer in eine „systemfremde" Rahmenplanung zu integrieren und disziplinieren. Ich will mich nicht auf eine Erörterung der unvermeidlich fortschreitenden Inflation oder auf die ungeheuerlich anwachsenden Rüstungsausgaben und die unproduktiven Kapitalinvestierungen in der Reklame einlassen. Alles dieses sind Begleiterscheinungen der spätkapitalistischen Marktwirtschaft, und unvermeidlich, nachdem einmal die Wahl des Gesellschaftssystems getroffen war. Worauf ich noch mit ein paar Andeutungen hinweisen will, sind spezifisch bundesdeutsche Phänomena, die man mit unter das rechnen muß, was hier das Thema ist: Die Kontinuität des Irrtums, Erscheinungen, die deutsche Besonderheiten, deutsche Tendenzen sind.

Als erstes möchte ich hier die Rückentwicklung in der Auffassung von Wesen, Auftrag und Funktion des Staates nennen. Es ist die alte deutsche Auffassung vom Staat als Verkörperung der Macht, als der Machtstaat, die sich wieder durchgesetzt hat. Das Wesen des Staates ist in erster Hinsicht Macht, „reine Macht", nichts sonst. Der Nachdruck liegt nicht auf dem Recht – als Rechtsstaat –, geschweige denn auf der Wohlfahrt oder dem sozialen Dienste. Diese Rückentwicklung vollzog und vollzieht sich in Übereinstimmung mit der Wiederaufrüstung und dem Streben nach Wiedererlangung einer Großmachtposition. Hand in Hand damit geht die Restauration von Militär und Beamtenschaft zu einer sich von dem „Bürger" unterscheidenden Schicht, als Hoheitsträger des Staates und Repräsentanten der Staatsmacht. – Damit wird die für das deutsche Volk wiederum so charakteristische Unterscheidung zwischen dem, was als „Obrigkeit" jenseits jeder Kritik steht, und dem „Untertan", für den „sich auf Vordermann ausrichten zu lassen", zu gehorchen oberste Tugend, Ruhe die erste Bürgerpflicht ist, wiederhergestellt. So ist das Klima geschaffen, in dem der Schritt zu einem autoritären Staat, einer Polizei- oder Militärdiktatur unschwer getan werden kann, jedenfalls auf kaum mehr als irrelevanten Widerspruch und auf keinen Widerstand stoßen wird. Die Bundesrepublik ist auf diesem Wege bereits weit vorgeschritten. Die freiwillige Gleichschaltung der Parteien, die schon als niederträchtig zu bezeichnende Unterdrückung und Verunglimpfung jeder unorthodoxen politischen Meinung, die allgemein herrschende Gesinnungslosigkeit und Liebedienerei, der Mißbrauch der Propaganda und Meinungslenkung sind ebensoviele Anzeichen für die mangelnde Sorgfalt, mit der das Pflänzchen des Verantwortungsbewußtseins jedes Bürgers für Staat und Gesellschaft behandelt worden ist. Die Geringschätzung, mit der in der Bundesrepublik von der Urteilsfähigkeit der Masse, von dem Herabzerren der Politik in die Gassen gesprochen wird, zeigt, daß die regierenden Schichten die Mitverantwortung jedes Bürgers am Prozeß der politischen Willensbildung als ein Hindernis, nicht als Hilfe betrachten. Verstieg sich doch ein Bundesminister erst unlängst dazu, Gefängnisstrafe

für denjenigen zu fordern, der entgegen der Regierungskonzeption sich für die Hinnahme von Gebietsabtretungen äußert. Die Überheblichkeit und Hochfahrenheit der zu den regierenden Schichten Gehörigen ist heute nicht geringer, als sie im kaiserlichen Deutschland war, und Heinrich Manns „Untertan" könnte ein Pendant aus der Bundesrepublik gebrauchen.

Es erübrigt sich, hier ins Detail zu gehen. Wer objektiv ist, wird die Gefährlichkeit dieser Rückentwicklung zur Kontinuität alter deutscher falscher Tendenzen und Irrtümer nicht bagatellisieren oder hier tendenziöse Schwarzmalerei sehen wollen. Man denke sich, fähige, skrupellose und ehrgeizige Politiker – man ist fast versucht, solche beim Namen zu nennen – ergriffen die Zügel und benutzten die Tendenzen auf einen autoritären Staat zur Bildung einer neuen totalitären Ordnung, die weder anti-semitisch noch nationalistisch, aber vielleicht sehr christlich, sehr abendländisch, sehr konservativ oder sehr liberal sein könnte, um „große humane" außenpolitische Ziele zu verwirklichen, oder auch, ordinär gesprochen, nur um innenpolitische Schwierigkeiten außenpolitisch abzureagieren –, und man hat das ganze Ausmaß einer möglichen Katastrophe für das deutsche Volk und nicht nur dieses vor Augen. Das Machtinstrument eines neuen Diktators ist bereits in der Schmiede. Das ist das Fazit der innenpolitischen Entwicklung in der Bundesrepublik unter Adenauer. Man sieht, daß die soviel gepriesene Überwindung des deutschen Nationalismus und die Ausrottung des Nationalsozialismus ein Schlag ins Wasser bleiben, wenn man nicht tiefer gräbt bis dahin, wo die wirklichen Quellwasser des deutschen Verhängnisses liegen.

An dieser rückläufigen Entwicklung trägt Adenauer persönlich den Hauptteil der Verantwortung. Sein persönliches, sein nachgerade diktatorisches Regieren, die allein in seine Person, statt in eine Institution investierte Autorität, die er zu gewinnen und lange Jahre zu behaupten vermochte, seine Nichtachtung der Meinung anderer, seine mangelhafte Unterrichtetheit, die oft geradezu an die Wilhelms II. heranreicht, haben in beträchtlichem Maße dieses politische Klima eines potentiellen autoritären Regimes geschaffen. Adenauer ist auch, durch sein Gebaren, zu einem nicht geringen Teil für den Verfall der politischen Moral verantwortlich, für den allgemeinen Zynismus, für die weit verbreitete Korruption, mindestens in dem Sinne der indirekten, der Gesinnungskorruption, der mangelnden Bürgercourage. Wie Bismarck, Wilhelm II., Hitler besteht auch in dieser Hinsicht die Kontinuität des Irrtums: keine Charaktere neben sich zu dulden, solchen das Rückgrat zu brechen. Adenauer ist auch für das Zwielicht der Halbwahrheiten, der Beschönigungen, für die Irreleitung der öffentlichen Meinung verantwortlich. Er gehört zu den furchtbaren Simplifikatoren, die die Totengräber jeder demokratischen Ordnung sind.

Für eins trägt Adenauer die Verantwortung nicht, für die unheilvolle Wirkung des unauslöschlichen Stempels, der der ganzen Nation vom Nationalsozialismus aufgedrückt ist und von dem sie – ob Parteigenosse oder Widerständler – weithin geprägt bleibt, bis in die unbewußten Daseinssphären, im Denken, Fühlen, Urteilen, und sogar noch in äußerer Haltung und unwillkürlichen Gebärden, in Sprache und Mienen. Daher der Verfall von Treu und Glauben, daher diese keuchende Gier, hochzustoßen, oben zu bleiben, im Geschäft zu bleiben, mitzumachen, nicht anzustoßen, sich nicht zu belasten. Daher diese Atmosphäre von Geltungsbedürfnis, von Empfindlichkeit, von Mißtrauen und Feindschaft gegen jeden mutmaßlichen Konkurrenten, diese ganze keuchende Streberei und Liebedienerei, und vieles andere, was so unerfreulich an dem einst so gutherzigen und wohlwollenden deutschen Volk geworden ist. Dieser Stempel war nur durch eine Wandlung von Grund auf abzulöschen, durch eine persönliche und eine als Volk. Nur so wäre mit der Vergangenheit auch die Zukunft zu „bewältigen"

gewesen; nicht aber durch eine Restauration, durch die vor allem die alten Irrtümer erneut zur Geltung gebracht wurden. Keine andere Nation bedurfte mehr einer echten, einer wirklichen, einer inneren Revolution als die deutsche. Zwar nicht für die tiefe Lädierung der deutschen Psyche und des deutschen Geistes ist Adenauer verantwortlich, wohl aber trägt er sie dafür, daß die Entwicklung der Bundesrepublik mehr und mehr restaurativ wurde, restaurativ vor allem in dem Sinne der Wiederherstellung einer alten, einer bereits längst abgespielten und verbrauchten Situation, in der es fast unvermeidlich ist, daß zu denselben falschen Aushilfen gegriffen wird, die schon einmal Unheil angerichtet haben, und daß somit derselbe Ablauf noch einmal wiederholt wird . . .

„Auf der Grundlage der Gleichheit und der gleichen Sicherheit . . ."

Abrüstung, Rüstungsbegrenzungs-Verhandlungen und sicherheitspolitische Alternativen aus sowjetischer Sicht

Professor Michail Milstein im Gespräch mit Karl D. Bredthauer

Michail Milstein, Generalleutnant a.D. und Teilnehmer des Zweiten Weltkrieges, ist einer der bekanntesten Friedensforscher der UdSSR und Mitglied des sowjetischen Friedenskomitees. Sein Weg – von der Erfahrung des Berufsmilitärs zur Friedensforschung – gleicht insofern dem des amerikanischen Admirals La Rocque oder des deutschen Generals Graf Baudissin. Milstein ist heute Professor und Abteilungsleiter am USA-Institut der sowjetischen Akademie der Wissenschaften, Experte für Fragen der militärischen Sicherheit und Abrüstung und als wissenschaftlicher Berater Mitarbeiter der internationalen Palme-Kommission (ICDSI). Diese „Unabhängige Kommission für Abrüstungs- und Sicherheitsfragen", der u. a. der frühere US-Außenminister Cyrus Vance, Georgi Arbatow aus der UdSSR, der niederländische Sozialdemokrat Joop den Uyl, der frühere britische Außenminister David Owen, die frühere norwegische Mini-

Gespräche in El Salvador

Militärdiktaturen brauchen häufig ein „demokratisches" Aushängeschild, um die wahren Machtverhältnisse im Land zu verschleiern. Nach diesem altbewährten Muster sind auch die Aufgaben im mittelamerikanischen Staat El Salvador verteilt. Dort ist der „Präsident" das Aushängeschild. Er heißt Napoleon Duarte. Wie das System funktioniert, haben wir selbst bei unserem Besuch Mitte Januar erlebt. Wir, das sind die beiden Theologen Norbert Greinacher und Bernd Päschke, der Generalsekretär von amnesty international in der Bundesrepublik, Helmut Frenz, und ich, die als Journalistin dabei war. Wir waren im Auftrag der evangelischen Studentengemeinden für drei Wochen nach Mittelamerika gereist. Eines unserer Reiseziele war El Salvador. Neben anderen Problemen wollten wir mit der salvadorianischen Führung auch über die Lage der politischen Gefangenen sprechen. Wir waren fest entschlossen, zumindest ins Männergefängnis von Santa Tecla zu kommen.

Unser erster Gesprächspartner: Staatschef Napoleon Duarte. Duarte ist Zivilist und Christdemokrat. Wir sind vom Generalsekretär der Bonner CDU, Heiner Geißler, angekündigt und werden daher relativ schnell durch die Militärkontrollen geschleust. Das Staatsoberhaupt empfängt uns im eleganten Präsidentenpalast. Spanischer Kolonialstil mit üppig bewachsenem Innenhof. Sein Büro ist nur durch eine Panzerglastür zu betreten. Aus seiner Haltung schließe ich, daß er eine Waffe im Schulterhafter unterm Jacket trägt. Im Hintergrund des langezogenen Raumes döst ein Sicherheitsbeamter mit Funksprechgerät. Duarte ereifert sich über die Verhältnisse im Land. Sein Kampf richte sich gleichermaßen gegen rechte und linke „Extremisten", sagt er. Er wird rührselig, wenn er von der „Mission" spricht, die er zu erfüllen habe. Ein Monolog. Fragen läßt er kaum zu. Und auf die, die wir stellen, geht er nicht ein. Schließlich tragen wir ihm unseren Wunsch vor, nach Santa Tecla zu fahren. Er zuckt mit den Schultern: „Dafür bin ich nicht zuständig. Das ist Sache der Militärs. Da müssen Sie schon Verteidigungsminister Garcia um Erlaubnis bitten". Mein Einwand, wir könnten doch nicht so einfach selbst im Ministerium anrufen und uns mit dem General verbinden lassen, überzeugt ihn. Er zögert noch. Dann greift er zum Telefon und verlangt Garcia. „Mi General", „mein General", sagt er und teilt ihm unser Anliegen mit. Wie der Verteidigungsminister, der erst wenige Tage zuvor in den Generalsrang befördert worden ist, reagiert, bekommen wir an diesem Ende der Leitung nicht mit. Jedenfalls wird für den nächsten Morgen um neun Uhr ein Termin für uns vereinbart.

Pünktlich zur verabredeten Zeit stehen wir vor dem Verteidigungsministerium. Eine Betonfestung. Schon die Zufahrtswege sind von Militärs abgesperrt. Am Eingang werden wir durchsucht. Ein Elektronikdetektor überprüft uns zusätzlich. Auch Soldaten und Offiziere werden abgetastet. Sie müssen ihre Waffen abgeben. Wir werden durch lange Gänge geführt. In einem Wartezimmer sind die Wände mit Plakaten vollgeklebt. Darauf Aufschriften wie: „Soldat: Unsere Devise lautet, Einheit, Disziplin und Ehre" oder „Soldat: Wir halten die Kampfmoral hoch".

Nach weiteren Kontrollen kommen wir ins Vorzimmer des Ministers. Der uniformierte Sekretär klopft zunächst zaghaft, dann kräftiger an die Stahltür, die sein Büro mit dem des Chefs verbindet. Innen rührt sich nichts. Mit um Entschuldigung bittendem Lächeln geht er zurück zum Schreibtisch und benachrichtigt den General im Nebenzimmer telefonisch von unserer Ankunft. Wenige Minuten später öffnet Garcia die Tür. Wir stellen fest, daß die Elektroniksicherung der Tür nur von innen geschaltet werden kann.

General Garcia begrüßt uns zunächst höflich. Um die Sache kurz zu machen und weil unsere Zeit drängt, teilen wir ihm unseren Wunsch ohne große Einleitung mit. Seine Miene verdüstert sich. „Was soll denn das?", fragt er unwirsch. „Als ich gestern in Ihrer Anwesenheit mit dem „ingeniero" – dem „Ingenieur", wie er den Präsidenten nennt – „sprach, habe ich ihm deutlich gesagt, daß ich für die Gefängnisse nicht zuständig bin. In Santa Tecla sitzen Kriminelle und die unterstehen dem Justizministerium". Auf unsere Bitte, kündigt er uns bei Justizminister Solano an. Wir wollen schon aufstehen. Doch so einfach läßt uns der starke Mann El Salvadors nicht gehen. „Wo Sie schon einmal hier sind", meint er, „will ich Ihnen die wirkliche Situation im Land erklären".

Etwa 45 Minuten lang hagelt es dann auf uns ein. Von Gott ist die Rede, der ihm und den Streitkräften des Landes die schwere Aufgabe erteilt habe, das salvadorianische Volk vor dem „internationalen Kommunismus" zu retten. Er wettert gegen die „Lügen", die über El Salvador verbreitet würden. Lügen beispielsweise, wie die über das Massaker am Rio Sumpul, wo Soldaten seiner Armee angeblich 800 Zivilisten niedergemetzelt hätten. „Alles Hirngespinste", so sagt er, die nur den „verfaulten Gehirnen" der „Linken und Subversiven" entsprungen seien. Wir sitzen wie versteinert, machen keine Bemerkung, stellen keine Zwischenfragen. Noch wenige Tage zuvor waren wir in der Nähe vom Rio Sumpul gewesen und hatten mit Überlebenden gesprochen, die uns über die Mordorgie berichteten. Am Ende der dreiviertelstündigen Tirade legt uns der General Beweismaterial für seine These von der Einheit zwischen dem Volk El Salvadors und den Streitkräften des Landes vor. Es ist eine großformatige Buntaufnahme. Ein Foto von einer Veranstaltung am 15. September vergangenen Jahres. Vor vollbesetzen Rängen im Stadion von San Salvador reihen sich Militärs aller Gattungen. Am Tag zuvor hatte Präsident Duarte im Gespräch mit uns die gleiche Veranstaltung für sich reklamiert. Bei dieser Kundgebung habe sich gezeigt, so versicherte er uns, daß die Mehrheit der Bevölkerung hinter den Christdemokraten stehe.

Nachdem uns Garcia endlich entlassen hat, fahren wir zum Justizminister. Der Zivilist Solano ist sichtlich ratlos, als wir ihm unsere bisherigen Bemühungen schildern, zu den Gefangenen nach Santa Tecla zu kommen. Hilfesuchend blickt er gen Himmel. „Doch", meint er schließlich, das Justizministerium sei zuständig für diese Insassen. Auf unser Nachbohren hin erweist sich die Zuständigkeit als äußerst beschränkt. Sein Ministerium sorge für die Verpflegung und die Hygiene der 87 Gefangenen. Ansonsten unterständen sie den Militärgerichten, gibt Solano zu. Unsere Zeit bis zum Abflug aus El Salvador wird immer knapper. Wir drängen nun ganz unmißverständlich, die erforderliche Genehmigung zu bekommen. Der Minister geht zum Telefon. Seine Figur strafft sich und er verlangt, den Gefängnisleiter, Oberst Martinez, zu sprechen. In militärischem Ton gibt er genaue Anweisungen, wie wir zu behandeln seien. Mit etwas gedämpfter Simme fügt er am Schluß noch hinzu „. . .und im übrigen hat die Delegation die Genehmigung von General Garcia". Danach hat Oberst Martinez keine Fragen mehr. In einem Dienstwagen werden wir zum Gefängnis, das etwa 25 Kilometer entfernt liegt, chauffiert. Sofort öffnen sich die Tore für uns. „General Garcia" ist das magische Wort, das alle Fragen, alle Sicherheitsbedenken wegwischt.

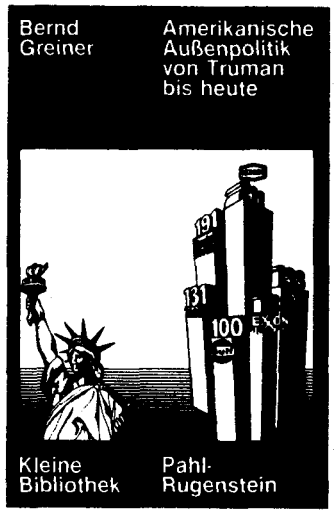
Der Besuch im Gefängnis ist eine neue Erfahrung für uns. Hier, hinter den Mauern dieses tristen Verliesses, kommen wir in eine andere Welt. Hier gelten nur die Regeln, die sich die Gefangenen in den vergangenen zwei Jahren durch Hungerstreiks erkämpft haben. Die meisten von ihnen sind noch sehr jung. Es gibt 14 und 15jährige. Die anderen sind so zwischen

17 und 19. Nur wenige Ältere sind darunter. Einer von ihnen ist ein Kollege. Er war Redakteur bei der unabhängigen Tageszeitung „El Independiente". Sie ist längst verboten worden. Unsere Gesprächspartner vom Komitee, das die Gefangenen selbst gewählt haben, geben zu, daß jeder, der in Santa Tecla landet, privilegiert ist. Zumindest hat er gewisse Gerantien für sein Leben. Wir treffen Studentenführer, Gewerkschafter und Lehrer, die unter dem besonderen Schutz ihrer Familien stehen. So wie Jose Antonio Morales, der Sohn des christdemokratischen Ministers für die Agrarreform, Morales Ehrlich. Die vielen tausend namenlosen Campesinos werden von den Militärs einfach erschossen oder erschlagen.

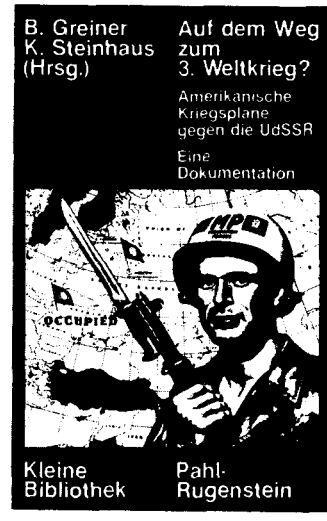
Nur während der zweieinhalb Stunden, die wir unbeaufsichtigt mit den Gefangenen reden können, haben wir uns in El Salvador angstfrei und wohl gefühlt. Hier erfahre ich auch zum ersten Mal über die soeben bekannt gewordenen Massaker an der Zivilbevölkerung in Morazan, der nordöstlichen Provinz El Salvadors. In den salvadorianischen Blättern hatten in diesen Tagen vor allem Nachrichten über die Ereignisse in Polen Schlagzeilen gemacht.

Ursula Junk

Politik der USA



Grundsatzdebatten und Strategiediskussionen
235 Seiten, DM 14,80



Amerikanische Kriegspläne gegen die UdSSR
Eine Dokumentation
229 Seiten, DM 14,80

gewesen; nicht aber durch eine Restauration, durch die vor allem die alten Irrtümer erneut zur Geltung gebracht wurden. Keine andere Nation bedurfte mehr einer echten, einer wirklichen, einer inneren Revolution als die deutsche. Zwar nicht für die tiefe Lädierung der deutschen Psyche und des deutschen Geistes ist Adenauer verantwortlich, wohl aber trägt er sie dafür, daß die Entwicklung der Bundesrepublik mehr und mehr restaurativ wurde, restaurativ vor allem in dem Sinne der Wiederherstellung einer alten, einer bereits längst abgespielten und verbrauchten Situation, in der es fast unvermeidlich ist, daß zu denselben falschen Aushilfen gegriffen wird, die schon einmal Unheil angerichtet haben, und daß somit derselbe Ablauf noch einmal wiederholt wird . . .

„Auf der Grundlage der Gleichheit und der gleichen Sicherheit . . ."

Abrüstung, Rüstungsbegrenzungs-Verhandlungen und sicherheitspolitische Alternativen aus sowjetischer Sicht

Professor Michail Milstein im Gespräch mit Karl D. Bredthauer

Michail Milstein, Generalleutnant a.D. und Teilnehmer des Zweiten Weltkrieges, ist einer der bekanntesten Friedensforscher der UdSSR und Mitglied des sowjetischen Friedenskomitees. Sein Weg – von der Erfahrung des Berufsmilitärs zur Friedensforschung – gleicht insofern dem des amerikanischen Admirals La Rocque oder des deutschen Generals Graf Baudissin. Milstein ist heute Professor und Abteilungsleiter am USA-Institut der sowjetischen Akademie der Wissenschaften, Experte für Fragen der militärischen Sicherheit und Abrüstung und als wissenschaftlicher Berater Mitarbeiter der internationalen Palme-Kommission (ICDSI). Diese „Unabhängige Kommission für Abrüstungs- und Sicherheitsfragen", der u. a. der frühere US-Außenminister Cyrus Vance, Georgi Arbatow aus der UdSSR, der niederländische Sozialdemokrat Joop den Uyl, der frühere britische Außenminister David Owen, die frühere norwegische Mini-

sterpräsidentin Brundtland und aus der Bundesrepublik Egon Bahr angehören, arbeitet seit September 1980 unter Vorsitz des früheren schwedischen Ministerpräsidenten Olof Palme an Vorschlägen, die zunächst der Sondergeneralversammlung der UNO im kommenden Juni/Juli vorgelegt werden sollen.

Karl D. Bredthauer, Redakteur der „Blätter", hatte Gelegenheit zu einem längeren Gespräch mit Professor Milstein, u. a. über einige offene Fragen, die die Friedensbewegung in der Bundesrepublik beschäftigen. Nachstehend veröffentlichen wir den Wortlaut dieses Gesprächs. D. Red.

Bredthauer: Prof. Milstein, Sie sind am Moskauer USA-Institut tätig und neben Professor Arbatow einer der bekanntesten sowjetischen Experten für Fragen des Kräfteverhältnisses zwischen den beiden Weltmächten, der amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen und ihrer Problematik, sowie als ehemaliger General und heutiger Friedensforscher, schließlich als Vertreter des sowjetischen Friedenskomitees, ein Mann, der sowohl die Ebene der internationalen Politik, der Verhandlungen und Verträge, als auch Fragen der Friedensbewegung beurteilen kann. Ich möchte Ihnen deshalb, mit Ihrem Einverständnis, in diesem Gespräch neben Fragen nach den Aussichten der Genfer Verhandlungen, nach der „Null-Lösung" und der sowjetischen Verhandlungsposition auch eine Reihe von Fragen vorlegen, die in der Friedensbewegung unseres Landes und Westeuropas kontrovers diskutiert werden.

Ein erster Fragenkomplex wäre, auf welche Weise nach sowjetischer Auffassung das Wettrüsten gestoppt und ein Weg zu militärischer Entspannung, also Abrüstung, gefunden werden kann. Es gibt in diesem Zusammenhang einige grundsätzliche Fragen, die aus der Friedensbewegung heraus an beide Seiten, an die amerikanische, aber auch an die sowjetische, gestellt werden. Gehen wir gleich ins Detail: Warum fahren beide Seiten fort, immer mehr und immer neuere Waffen einzuführen, obwohl beide Seiten schon heute über vielfältige Overkill-Kapazitäten verfügen?

Wenn es keine Verhandlungen gibt . . .

Milstein: Sie stellen da eine sehr wichtige Frage. Denn wenn wir Antworten auf diese Frage finden werden – und zwar nicht einfach nur zutreffende Antworten, denn man kann viele Antworten finden, es geht aber um realistische, realisierbare –, dann könnte dies viele Probleme lösen. Nicht nur bezüglich des Wettrüstens, sondern auch hinsichtlich der anderen Frage, die eng mit dem Wettrüsten verbunden ist: wie kann ein Atomkrieg verhütet werden und wie kann die Gefahr vermindert werden, daß er entsteht? Natürlich ist das nicht nur eine Frage der militärischen Entspannung, es hängt ebenso mit dem Problem der politischen Entspannung zusammen. Die Verbesserung der Beziehungen, die Herstellung normaler Beziehungen zwischen zwei verschiedenen Systemen – die Politik der friedlichen Koexistenz –, das ist eine Aufgabe, an deren Lösung die ganze Menschheit interessiert sein muß.

Von unserem Standpunkt aus ist der Hauptweg, auf dem ein Stopp des Wettrüstens erreicht und ein Übergang zu militärischer Entspannung gefunden werden kann, die Fortsetzung der Verhandlungen, die in den 70er Jahren begonnen wurden und die durchaus zu konkreten Resultaten geführt hatten, zu einigen Verträgen und Übereinkünften. Denn wenn es keine Verhandlungen gibt, dann kann es keine Abkommen

und damit keine Beendigung des Wettrüstens geben. Diese Erkenntnis ist beinahe trivial. Rufen wir uns in Erinnerung, was für Verhandlungen in den 70er Jahren geführt wurden: da gab es vor allem die SALT-II-Verhandlungen zwischen der Sowjetunion und den USA und die Unterzeichnung des entsprechenden Vertrages im Jahre 1979; weiter gab es die Gespräche über ein umfassendes Verbot der Atomwaffenversuche zwischen den USA, Großbritannien und uns; ferner gab es Verhandlungen über das Verbot der chemischen Waffen; dann gab es Gespräche über den Waffentransfer; usw. usf. . . .

Bredthauer: Diese Verhandlungen sind innerhalb der Friedensbewegung mehr oder weniger bekannt. Es gibt aber angesichts der Entwicklung der letzten Jahre sehr grundsätzliche Fragen, ob diese Verhandlungen wirklich etwas gebracht haben, ob etwaige Erfolge von Dauer sein werden und ob die Fortsetzung dieses Weges tatsächlich in Zukunft weiterführen kann. Man muß ja zur Kenntnis nehmen, daß es trotz all dieser Verhandlungen zu der gegenwärtigen Situation gekommen ist . . .

Milstein: Lassen Sie mich meinen Gedankengang bezüglich der Verhandlungen der 70er Jahre zu Ende führen: Sehen Sie, all diese Gespräche sind abgeblockt worden. Und es gibt im Grunde nur eine Ursache dafür: die neue amerikanische Regierung hat es abgelehnt, die Verhandlungen fortzusetzen, aus vielerlei Gründen. Einer der Gründe ist, daß die neue Regierung bislang keine konkreten Positionen entwickelt hatte; aber über eine solche Erklärung hinaus muß festgestellt werden, daß es der klare politische Wille der Reagan-Administration war, als sie die Regierung übernahm, die Verhandlungen *nicht* fortzusetzen. Die *Fortsetzung* der Verhandlungen wäre also eine der Antworten auf die Frage, wie das Wettrüsten beendet werden kann. Aber es gibt noch eine andere Ebene, nämlich die Bildung politischen Vertrauens, die Schaffung vertrauensbildender Maßnahmen. Hierzu sollte die Fortsetzung der KSZE-Gespräche in Madrid einen Beitrag leisten. Der dritte Weg, auf dem man weiter voran kommen könnte, ist die Verbesserung der politischen Beziehungen.

Jetzt aber zu der Frage, ob mit den Verhandlungen der 70er Jahre etwas erreicht worden ist oder ob sie letztlich nutzlos waren. Zu allererst möchte ich sagen, daß die Ergebnisse nicht übertrieben, aber auch nicht unterschätzt werden sollten. Der wichtigste Schritt, der einige sehr positive Ergebnisse bewirkt hat, war der SALT-I-Vertrag. Ein besonders wichtiger Bestandteil dieses Vertrages ist das sogenannte ABM-Abkommen, in dem es um Raketenabwehrsysteme geht. Der ABM-Vertrag kann als das erste wirkliche Abrüstungsabkommen betrachtet werden. Mit ihm wurde das Wettrüsten auf einem sehr gefährlichen Gebiet, eine sehr gefährliche Entwicklungslinie des Wettrüstens, gestoppt. Aber auch der SALT-I-Vertrag selbst war von großer Bedeutung. Jedermann – zumindest in unserem Lande – hoffte, daß dieser Prozeß fortgesetzt werden würde. Denn natürlich war der SALT-I-Vertrag, so wichtig er war, nur ein kleiner erster Schritt, aber ein Schritt in die richtige Richtung, in Richtung auf eine Begrenzung und Verminderung der strategischen Rüstungen, vielleicht sogar in Richtung Abrüstung.

Bredthauer: Aber gegenwärtig sind die Amerikaner dabei, neue ABMs zu entwikkeln . . .

Milstein: Ja. Was die Sowjetunion angeht, gibt es keine Fragen bezüglich des ABM-Abkommens, keine Veränderungswünsche. Wir meinen, daß das ein sehr guter Vertrag ist und daß er erfüllt und verlängert werden sollte, auch für die nächsten fünf Jahre. Es gibt nämlich alle fünf Jahre ein Überprüfungstreffen zu diesem Vertrag. Auf der anderen Seite, in den USA, gibt es viele Äußerungen über die Notwendigkeit einer Re-

vision dieses Vertrages und über die Entwicklung neuer Methoden zur Abwehr der ballistischen Raketen. Aus unserer Sicht ist dies außerordentlich gefährlich. Auf diesem Wege würden die Hauptgrundlagen einer Verständigung untergraben, und das Wettrüsten würde weiter beschleunigt. Das ist ein sehr gefährlicher Trend. Kein Mensch kann sagen, was in Zukunft geschehen wird, wenn es zu einer Revision des ABM-Vertrages kommen sollte.

Bredthauer: Es gibt Leute in der Friedensbewegung, die das etwas anders sehen. Man könnte z. B. sagen: Gut, da hat es einen nützlichen Vertrag gegeben, auch einige kleine Schritte, und zehn Jahre lang hat es keine weiteren ABM-Systeme gegeben usw. – aber diese Verbesserung, dieser Fortschritt hat sich als nur zeitweiliger erwiesen, und zugleich hat es auf vielen anderen Gebieten eine sehr intensive Entwicklung neuer Waffen gegeben. Und wenn das so ist, heißt das nicht, daß der mit SALT eingeschlagene Weg nur einige Seitenlinien des Wettrüstens gekappt hat, daß dieser Weg aber nicht geeignet ist, die generelle Entwicklungsrichtung umzukehren? Muß man deshalb nicht andere Wege finden als die Aushandlung von Begrenzungsabkommen für Nebenstrecken des Wettrüstens, ja sogar andere Wege als die Festlegung gemeinsamer Obergrenzen für die jeweiligen Kernbereiche der strategischen Rüstung? Bisher lagen diese gemeinsamen Obergrenzen ja z. T. immer noch über dem bisher erreichten Stand . . .

Milstein: Ihre Frage ist natürlich berechtigt. Ich verstehe, daß es einige Bedenken bezüglich der Ergebnisse des SALT-Prozesses gibt. Auf der anderen Seite ist die Einschätzung dieses Prozesses, die Sie referiert haben, meines Erachtens nicht ganz richtig. SALT I war ein außerordentlich wichtiger Vertrag, aber er markierte nicht das Ende des Weges; es war nur der Anfang. Seinerzeit gab es berechtigten Anlaß zur Hoffnung. Nehmen wir z. B. die Übereinkunft von Wladiwostok aus dem Jahre 1974. Manche Leute wissen nicht, daß es in diesem Abkommen einen Abschnitt gab, der festlegte, daß beide Seiten *im Jahre 1975* einen neuen Vertrag, den SALT-II-Vertrag, abschließen wollten. Wäre das SALT-II-Abkommen tatsächlich schon 1975 abgeschlossen worden, dann hätte es bereits eine Senkung der Obergrenzen bewirkt, und dann hätte es wahrscheinlich auch schon einige Begrenzungen in qualitativer Hinsicht gegeben. Dann hätten wir vielleicht 1979 schon einen dritten Vertrag gehabt, vielleicht nicht SALT oder START, vielleicht über allgemeine und vollständige Abrüstung . . .

Aber der Prozeß wurde gestoppt, als der seinerzeitige amerikanische Präsident, Gerald Ford, sich mehr für den amerikanischen Wahlkampf als für die Rüstungsbegrenzung zu interessieren begann. Dann gab es einen neuen Präsidenten, Carter, und es dauerte einige Zeit, bis die Verhandlungen wieder in Gang kamen – ich möchte nicht in Details gehen –, und es wurde 1979, bis der SALT-II-Vertrag zustande kam. (Zugleich mit dem Vertrag wurde ein Protokoll unterzeichnet, das inzwischen bereits abgelaufen ist, am 31. Dezember 1981!) 1979 dachte man, daß der SALT-II-Vertrag ratifiziert werden würde und daß es weitere Verhandlungen geben werde, SALT III, vielleicht SALT IV . . . natürlich konnte das nur Schritt für Schritt vor sich gehen, denn, sehen Sie, unglücklicherweise gibt es auf beiden Seiten kein Vertrauen zueinander. Und es gibt eine Art Eigendynamik des Wettrüstens. Meines Erachtens aber ist die Schlußfolgerung falsch, daß an Stelle der Rüstungsbegrenzungsverhandlungen andere Wege eingeschlagen werden müßten. Sicherlich, wenn Sie uns einen Rat geben können, auf welchem Weg man besser vorankommen könnte . . . es gibt viele Erklärungen unsererseits – ich möchte sie hier nicht wiederholen –, daß wir bereit sind, über jede Art von Waffen zu verhandeln. Wir sind z. B. bereit, ein Abkommen zu schließen, das die Ent-

wicklung und die Stationierung neuer Massenvernichtungswaffen verbietet; wir sind bereit, die Produktion von Atomwaffen zu stoppen usw. usf.

Sind einseitige Abrüstungsschritte möglich?

Bredthauer: Nun könnte man sagen, daß die negativen Entwicklungen, die Sie genannt haben, immer so weiter gehen könnten. Denn Wahlen in den USA z. B. gibt es alle vier Jahre. Es gibt sehr mächtige Gruppen, die an einer Fortsetzung des Rüstens interessiert sind, schon allein aus rüstungswirtschaftlichen Interessen . . . Ist nicht möglicherweise zu viel geredet und zu wenig getan worden?

Sprechen wir von der Möglichkeit einseitiger Schritte. Unbestreitbar gibt es zwischen den USA und der Sowjetunion große Interessenunterschiede in der Rüstungsfrage. In Amerika gibt es wirtschaftliche Interessen in Sachen Rüstung, Gewinninteressen. Die Sowjetunion sagt, daß sie kein Interesse an Rüstung hat. Da taucht die Frage auf, warum die Sowjetunion unter solchen Bedingungen nicht einseitig das Niveau ihrer Rüstung senkt?

Auch die Sowjetunion hat ja mittlerweile nukleare Overkill-Kapazitäten. Warum kann sie nicht, notfalls eben einseitig, zu einer Strategie der Mindestabschreckung („minimum deterrence") übergehen? Sie kennen die Diskussion über Mindestabschreckung. Da gibt es z. B. das Argument, daß ein einziges modernes Atom-U-Boot, etwa eines der dem NATO-Oberbefehlshaber in Europa unterstellten amerikanischen Raketen-U-Boote, in der Lage wäre, mit seinen Atomraketen sämtliche Großstädte mit über 100 000 Einwohnern in der Sowjetunion zu zerstören. Nur ein einziges Raketen-U-Boot – und es gibt viele solcher Boote, auf beiden Seiten. Gibt es für eine sozialistische Großmacht keine Möglichkeit, andere Wege einzuschlagen als die westliche Supermacht, die USA?

Milstein: Auch diese Frage ist außerordentlich wichtig. Aber ich sehe in Ihrer Fragestellung gewisse Widersprüche. Sie stellen die Frage in Form einer extremen Alternative. Man hat verhandelt und keine Ergebnisse erzielt – gut, dann muß man die Ergebnisse eben auf dem Wege unilateraler Schritte erreichen. Meiner Ansicht nach kann all dies miteinander verbunden werden. Man kann sowohl verhandeln als auch unilaterale Schritte vornehmen. Aber, sehen Sie, wir können uns nicht wie Idealisten verhalten, wenn es um die Sicherheit eines Landes geht, und nicht nur um die Sicherheit eines Landes, sondern um seine Existenz. Es geht ja sogar um die Existenz nicht nur einer Nation, sondern um die Existenz eines bestimmten Gesellschaftssystems, des sozialistischen Systems.

Sie sprechen davon, daß die Sowjetunion bereits Overkill-Kapazitäten besitze. Ja, ich glaube, sie verfügt über diese Kapazitäten. Ist das nötig? Vom allgemein-menschlichen Standpunkt aus ist es nicht nötig. Aber in der Praxis ist es unglücklicherweise so, daß die Sowjetunion diese Kapazitäten benötigt. Sehen Sie sich doch die Welt an. Und bedenken Sie die Geschichte der Sowjetunion. Sie wissen, daß es in den USA das sogenannte Vietnam-Syndrom gegeben hat. Bei uns dagegen erinnern sich die Menschen sehr genau an die Geschichte des Zweiten Weltkrieges. Eine Sowjetunion ohne Waffen ist nicht möglich, denn es gibt viele mögliche Gegner . . .

Bredthauer: Nicht „ohne Waffen", aber Reduzierung des Waffenpotentials auf das, was für eine Mindestabschreckung nötig ist . . .

Milstein: Ich will Ihnen einige Beispiele nennen. Wie Sie wissen, haben wir unsere Streitkräfte in der Deutschen Demokratischen Republik um 20 000 Mann reduziert.

Und wir haben ungefähr tausend Panzer von dort abgezogen. Aber was hat die andere Seite dazu gesagt? Man hat gesagt, seht Ihr, sobald man mit der Sowjetunion von einer Position der Stärke aus spricht, macht sie Zugeständnisse. Also muß man weiterhin eine Politik der Stärke betreiben. In den USA sagt man heute, wenn von Verhandlungen mit der Sowjetunion die Rede ist: Zuerst brauchen wir eine gewisse Überlegenheit oder eine Position der Stärke. Danach werden wir produktive Gespräche mit der Sowjetunion führen können. Denn dann werden wir über Verhandlungsmasse verfügen („bargaining chips"), wir werden zusätzliche Optionen gegenüber der Sowjetunion haben usw.

Sehen Sie, wir sind nicht gegen einseitige Schritte. Das ist einer der Wege, auf dem man sich möglicherweise einem Abrüstungsprozeß nähern kann. Aber wir dürfen nicht schwach sein. Denn wir haben mit einigen Ländern Beziehungen solcher Art, die es uns einfach nicht erlauben, als bloße Friedensengel aufzutreten. Diese Länder würden das nicht verstehen. Unglücklicherweise verstehen sie nur eine etwas andere Sprache . . .

Wir waren nie diejenigen, die das Wettrüsten vorangetrieben haben. Keines der Waffensysteme ist zuerst von uns entwickelt worden . . . Nehmen Sie z. B. die gegenwärtige Entwicklung . . . Die USA bauen eine neue U-Boot-Streitmacht, die Trident-Systeme. Solche Systeme sind außerordentlich teuer. Wir möchten sie nicht bauen. Wir haben den Amerikanern gesagt: Gebt diese Pläne auf, und wir werden das gleiche tun. Oder nehmen Sie die Neutronenbombe: Wir haben den Amerikanern mitgeteilt, daß wir jederzeit bereit sind, einen Vertrag über die Ächtung dieser Waffen abzuschließen. Ich könnte Ihnen hundert Beispiele dieser Art nennen. Was ich sagen will, ist: Nicht wir sind die Initiatoren . . .

Wir sind nicht gegen unilaterale Schritte, aber wir sind nur für solche Schritte, die die Sicherheit nicht untergraben. Wenn Sie sagen, daß wir über Overkill-Kapazitäten verfügen, dann vergessen Sie dabei bitte nicht, daß wir uns verschiedenen Herausforderungen und Bedrohungen gegenübersehen, mehr als irgendeiner unserer Gegenspieler. Die Vereinigten Staaten z. B. müssen nur mit einem Gegenspieler rechnen, mit der Sowjetunion. Sie wissen, daß wir von verschiedenen Seiten bedroht werden. Wir sind darauf angewiesen, ein entsprechendes Verteidigungspotential zu unterhalten. Entsprechend unserer Sicherheitsdoktrin dient dieses Potential ausschließlich der Verteidigung unseres Landes, nicht aber dazu, irgend jemanden zu bedrohen.

Bredthauer: Sie sagten: Die Sowjetunion darf nicht schwach sein. Sie muß ihr Land und das sozialistische System verteidigen können. Und die andere Seite würde Schwäche mißinterpretieren. Aber es bleibt die Frage, was als „Schwäche" oder „Stärke" zu definieren ist. Ich hoffe, Sie verstehen die besondere Betonung dieses Punktes. An dieser Stelle gibt es nämlich ein tief verwurzeltes Mißtrauen in der Friedensbewegung – gegenüber den herkömmlichen Formen und Legitimationen sogenannter Sicherheitspolitik. Kann man z. B. von „Sicherheit" sprechen, wenn die sogenannte Sicherheitspolitik darauf hinausläuft, beide Seiten – und erst recht die Völker der Dritten Welt – wirtschaftlich zu ruinieren? Muß man deshalb nicht die Fragen der Sicherheit von Grund auf neu überdenken?

Sie betonen zu Recht, daß die Sowjetunion auf keinem Gebiet der Initiator des Wettrüstens gewesen ist. Manche Kritiker sagen: Die Sowjetunion hat zwar nie angefangen, aber sie ist immer – oder fast immer – gefolgt! Die Neutronenbombe ist eine Ausnahme, aber es gibt Leute, die sagen, die Sowjetunion wird sie auch entwickeln, es gibt also keinen grundsätzlichen Unterschied im Rüstungsverhalten der beiden „Supermäch-

te". Im Prinzip nehmen die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion die gleiche Haltung gegenüber den Massenvernichtungswaffen ein. Vielleicht wäre es an dieser Stelle gut, wenn Sie etwas zu der Frage der *„minimum deterrence"* sagen könnten. Es geht dabei nicht darum, hier und heute vollständig abzurüsten, sondern um die Reduzierung der eigenen atomaren Potentiale auf das Minimum, das ausreicht, einen gegnerischen Angriff noch mit einem für die andere Seite untragbaren Vergeltungsschlag zu beantworten. Es geht also um eine Abkehr vom sogenannten Gleichgewicht. Ist so etwas wirklich vollständig illusionär?

„Mindestabschreckung" – Alternative zum „Gleichgewicht des Schreckens"?

Milstein: Was die „minimum deterrence" angeht, so stimme ich der Idee grundsätzlich zu, daß man Abschreckung auf dem niedrigst möglichen Niveau anstreben sollte. Aber es gibt keine Abschreckung mehr, wenn die eine Seite nur über ein „minimum deterrence"-Potential verfügt, die andere aber über ein sehr großes. Wir glauben nicht, daß die andere Seite in ihrer Politik – in ihrer Außenpolitik, ihrer Militärpolitik oder auf welchem Gebiet auch immer – einen Kurs der friedlichen Koexistenz verfolgen würde. Sie könnte ihre überlegene Position dazu nutzen, die Sowjetunion zu bedrohen. Sie könnte eine Politik der Stärke betreiben. Sie könnte versuchen, sich Wünsche zu erfüllen, die der nationalen Sicherheit unseres Landes widersprechen usw. Wenn eine solche Situation eintritt, daß die eine Seite ein übergroßes Potential und die andere Seite nur ein sehr kleines hat, dann werden deren Kräfte nicht als „Abschreckung" betrachtet . . .

Bredthauer: Von wem? Von der anderen Seite oder von Dritten? Etwa von den eigenen Bündnispartnern, die vielleicht meinen könnten, man sei zu schwach . . .

Milstein: Von der anderen Seite! Wir gehen nicht davon aus, daß wir von sogenannten „Dritten" bedroht werden. Wenn Sie mit „Dritten" beispielsweise etwa Schweden oder die Schweiz oder Finnland meinen – wir sehen keinerlei Bedrohung von dort. Aber wenn Sie über die Militärblöcke sprechen, ja, dann sehen wir uns bedroht. Wenn Sie von den Vereinigten Staaten sprechen, da sehen wir eine sehr reale Bedrohung! Die USA sprechen über einen „begrenzten Atomkrieg"! Sie sprechen von der Möglichkeit, einen Atomkrieg gewinnen zu können! Sie sprechen über „begrenzten Krieg" nicht im ursprünglichen Sinn, sondern auf strategischem Gebiet . . . Unter diesen Umständen bedeutet der Vorschlag, den Sie genannt haben, keine Abschreckung. Nein, das ist keine Abschreckung! Wir wollen die Reduzierung auf *beiden* Seiten!

Bredthauer: Ja. Aber was ist, wenn der Weg beiderseitiger Reduzierungen nicht gangbar ist, weil nämlich eine Seite ihn nicht geht? So wie ich das Konzept der Minimalabschreckung verstehe, bedeutet es „ausreichende Abschreckung", ausreichend, um der anderen Seite unannehmbaren Schaden androhen zu können. Wenn also eine der beiden Allianzen sich auf die Fähigkeit beschränkt, der anderen Seite unannehmbaren Schaden zufügen zu können, dann könnte sie in der Lage sein, ihre eigenen Bestände an Atomwaffenträgern und Sprengköpfen usw. auf ein weitaus niedrigeres Niveau als heute zu reduzieren. Auf westlicher Seite scheint es wirtschaftliche Interessen zu geben, die dafür sprechen, nichts dergleichen zu tun. Die Frage ist eben, ob die Sowjetunion in dieser Hinsicht nicht andere Optionen hätte.

Milstein: In meinen Augen ist das Wettrüsten für kein Land von Vorteil . . .

Bredthauer: Aber für bestimmte Unternehmen . . .

Milstein: Sicherlich für Rüstungskonzerne . . . aber wir legen keinen Wert darauf, in ein Wettrüsten verwickelt zu werden. Das ist eine sehr schlechte Sache. Aber wenn es um die Sicherheit, um die Existenz unseres Landes geht, sind wir bereit, alles zu tun. Das ist unsere oberste Priorität: nationale Sicherheit. Alles andere kommt an zweiter Stelle. Was die ökonomischen Auswirkungen des Wettrüstens angeht, so müßten wir sehr naiv sein, wenn wir die wirklich schrecklichen Folgen bestreiten wollten, die die Aufrüstung für unser Land hat.

Aber kommen wir zurück auf die Frage der Abschreckung. Abschreckung basiert nicht in erster Linie auf gleichen *Kapazitäten.* Wenn von solchen großen Ländern mit Atomwaffenarsenalen wie den Vereinigten Staaten oder der Sowjetunion die Rede ist, dann basiert Abschreckung auf *Parität.* Dabei geht es um gleiche *Fähigkeiten,* vergleichbare Zerstörungswirkungen auf der anderen Seite erzielen zu können. Wenn es solche vergleichbaren Fähigkeiten gibt, dann weiß jede Seite, daß sie – unter welchen Bedingungen auch immer – mit einem vernichtenden Gegenschlag der anderen Seite rechnen muß, wenn sie diese angreift. Wenn sie auf der anderen Seite nur ein Abschreckungspotential wie in Ihrem Vorschlag, die sogenannte „minimum deterrence", haben . . ., die Frage ist, was man sich überhaupt unter „minimum deterrence" vorstellen soll?

Bredthauer: Sagen wir drei Raketen-U-Boote z. B. . . .

Milstein: Sie sagen: drei Unterseeboote! Aber Sie ziehen nicht all die Bedrohungen in Betracht, denen sich die Sowjetunion gegenübersieht. Sie müssen nicht nur die Vereinigten Staaten berücksichtigen, sondern auch unsere Nachbarn im Fernen Osten.

Bredthauer: Wenn es stimmt, daß ein einziges Atomraketen-U-Boot in der Lage wäre, alle Großstädte eines Landes wie der Sowjetunion oder der Vereinigten Staaten vernichtend zu treffen . . . ein weiteres Boot könnte also die Großstädte eines anderen Staates . . .

Milstein: Ich weiß nicht, wer Ihnen so etwas erzählt hat. Wenn Sie z. B. amerikanische Atom-U-Boote nehmen, die mit 16 Raketen bestückt sind . . . nehmen Sie die Polaris-A-3, da hat jede Rakete drei Sprengköpfe, zusammen also 48 Sprengköpfe . . . ein Boot könnte also ungefähr 50 Städte zerstören . . . wenn Sie Poseidon-Raketen nehmen, sind es mehr Sprengköpfe.

Bredthauer: Ich glaube, das Beispiel geht von Poseidon-Raketen aus . . .

Milstein: Dann sind es 160 Städte, die von einem Boot zerstört werden können. Aber das ist eine sehr schematische Kalkulation, die viele Faktoren unberücksichtigt läßt. Ich möchte nicht in Details gehen . . .

Bredthauer: Natürlich nicht. Aber welcher politische Führer könnte es sich erlauben, solche Zerstörungen in seinem Land zu riskieren . . .

Milstein: Wer das riskieren könnte? Sehen Sie, Sie müssen die verschlechterten Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion in Betracht ziehen. Es ist eine Frage des gegenseitigen Vertrauens. Wenn es bessere Beziehungen geben wird, dann wird „minimum deterrence" möglich.

Umrüstung auf „intelligente Abwehrwaffen"?

Bredthauer: Zu einem anderen Thema. Es gibt in der Bundesrepublik Ansätze zu einer Diskussion über „defensive" Waffensysteme und über eine mögliche Umrüstung der

Bundeswehr auf solche Waffen und eine entsprechende Defensivstrategie. Ich denke an die Vorschläge von Dr. Afheldt, Dr. Mechtersheimer oder auch von dem früheren Bundeswehrgeneral Löser. Ähnliche Überlegungen hat General a.D. Günter Vollmer in einem Gespräch mit mir geäußert. Diese Überlegungen laufen darauf hinaus, daß unter bestimmten Bedingungen auf große Truppenverbände, Panzerarmeen, Flugplätze und ähnliche Dinge, die ja immer auch Ziele für gegnerische Atomwaffen sind, verzichtet werden könnte; daß man sich auf eine nur mit sogenannten „intelligenten Abwehrwaffen" ausgerüstete Verteidigung stützen könnte, Panzerabwehrlenkwaffen usw. Ich brauche Ihnen das Konzept vermutlich nicht zu beschreiben. Wie denken Sie darüber?

Milstein: Das ist eine interessante Ansicht, aber es muß genau untersucht werden, ob sie realisierbar ist. Sich ausschließlich auf solche Waffen zu stützen, ist ebenfalls eine gute Idee, aber zu einer realistischen Option kann das nur werden, wenn es zur Verwirklichung der von mir bereits erwähnten vertrauensbildenden Maßnahmen kommt. Voraussetzung für so etwas ist eine Erhöhung der Glaubwürdigkeit in den politischen Beziehungen. Denn heute glaubt keine Seite der anderen.

Bredthauer: Ja, aber als einer der Vorteile, die sich durch eine Umrüstung auf rein defensive Waffen und Streitkräfte eröffnen würden, wird von den Befürwortern dieses Konzepts angesehen, daß die Gegenseite nicht länger Grund zu der Annahme haben könnte, sie sei von uns militärisch bedroht. Vielleicht wäre also das ein Weg in Richtung Vertrauensbildung? Sofern es militärisch ausreicht, einen möglichen Gegner hinreichend abzuschrecken . . .

Milstein: Das entspricht nicht dem Konzept der Abschreckung . . . Man kann nicht nur diese Waffen haben, wenn die andere Seite über die Offensivwaffen verfügt.

Bredthauer: Es wird gesagt, man könne einen potentiellen Angreifer auch mit einem rein defensiven Verteidigungssystem dadurch vor einer Aggression abschrecken, daß er mit immer größeren und insgesamt untragbaren Verlusten an seinem Offensivpotential rechnen müßte, je weiter er auf das so verteidigte Gebiet vordringen würde. Ein über das ganze zu verteidigende Gebiet ausgebreitetes Netz kleiner Abwehreinheiten . . .

Milstein: Das ist eine sehr alte Idee von Dr. Afheldt. Es ist eine interessante Idee . . . Man kann darüber diskutieren.

Bredthauer: In der Bundesrepublik beginnt man heute wieder darüber zu diskutieren . . .

Milstein: Mag sein, daß man in diesem Land darüber diskutiert, aber vergessen Sie nicht, daß die Bundesrepublik Mitglied der NATO ist, und zwar ein sehr aktives Mitglied der NATO.

Bredthauer: Es ist nicht der Verteidigungsminister, der diese Diskussion betreibt . . .

Milstein: Nein, nein, nicht nur das. Ich weiß nicht, wie viele Leute in den NATO-Ländern die Ideen von Dr. Afheldt unterstützen . . . Worüber man diskutieren müßte, ist, glaube ich, die Frage, wie diese Idee verwirklicht werden könnte, wenn man von der Realität auf beiden Seiten ausgeht. Man muß im Rahmen der Wirklichkeit darüber diskutieren. Da gibt es nun einmal die beiden großen Machtblöcke, die sich gegenüberstehen.

Nehmen Sie z. B. die Wiener Verhandlungen. Sie wurden im Oktober 1973 aufgenommen, und es ging nur um eine kleine Reduzierung der Streitkräfte auf beiden Seiten. Jetzt schreiben wir 1982, und es gibt noch keine Einigung . . .

Bredthauer: Das könnte als ein weiteres Argument für die These ins Feld geführt werden, daß dieser Weg nicht der richtige Weg zur Abrüstung ist, dieser Weg der Parität und der großen Konferenzen über Parität . . .

Milstein: Sie sagen schon wieder etwas gegen Verhandlungen. Mir geht es mit meinem Verweis auf die Wiener Gespräche um einen anderen Aspekt. Meiner Ansicht nach hätten sie schon vor langer Zeit zu einer Übereinkunft führen können. Aber aufgrund des Mangels an politischem Willen hierzu, und zwar, wie ich es sehe, auf einer der beiden Seiten, auf westlicher Seite, und aufgrund des Mangels an Vertrauen ist man bis heute zu keiner Übereinkunft gekommen, nicht einmal in der Diskussion über das Problem der Truppenzahlen.

Afheldts Vorschlag ist sehr originell. Aber solange man kein Vertrauen ineinander hat, solange jede Seite glaubt, daß die andere etwas im Schilde führt . . . Wir sind z. B. der Auffassung, daß die NATO genügend Mittel hat, um, wenn sie es wünscht, gewisse Offensivaktionen gegen die Warschauer-Pakt-Staaten durchführen zu können. Die andere Seite denkt umgekehrt dasselbe . . .

Bredthauer: Die Frage ist, ob der Abbau von Mißtrauen am Anfang stehen kann, ob man also sinnvollerweise auf psychologischem Gebiet beginnt, oder ob man mit materiellen Problemen anfangen müßte . . .

Milstein: Das ist wieder sehr zugespitzt formuliert . . . Entweder so oder so . . . Wir sind Marxisten. Wir betrachten jedes Problem aus dialektischer Sicht. Sie können nicht die eine Ebene ignorieren und die ganze Aufmerksamkeit auf eine andere konzentrieren . . .

Bredthauer: Auch ich sehe da keine einander ausschließenden Alternativen. Es geht mir um die Methodik unserer Diskussion, um eine schärfere Herausarbeitung der unterschiedlichen Möglichkeiten. Ich halte Verhandlungen für wichtig und meine, daß man sie führen muß . . .

Milstein: Sie haben sehr viel Kritisches über Verhandlungen gesagt . . .

Bredthauer: Ich habe Argumente wiedergegeben, die ich jeden Tag höre. Und ich glaube, es ist für die weitere Entwicklung der Friedensbewegung sehr wichtig, daß es plausible Antworten auf diese Fragen gibt . . .

Milstein: Das ist richtig. Aber noch einmal zurück zu Afheldts Vorschlag, der hier von einigen anderen Leuten aufgegriffen worden ist. Ich wiederhole, daß der Vorschlag interessant ist, daß aber sorgfältig untersucht werden muß, auf welcher Ebene er realistisch ist. Was uns betrifft: Wir sind für eine Minimalabschreckung, wir sind für eine Reduzierung von Truppen und Rüstungen, wir sind für eine Beschränkung auf rein defensive Waffen usw. Aber wie kann dieses Problem unter den Bedingungen der heutigen politischen Realität gelöst werden? Das kann man nicht sagen. Das muß untersucht werden. Sie haben das Problem berührt, aber Sie sind nicht ins Detail gegangen . . .

Bredthauer: Ja. Afheldt hat sich mit seinen Überlegungen an die deutsche Fachöffentlichkeit gewandt. Man könnte natürlich ähnliche Überlegungen auch mit Blick auf die Sowjetunion anstellen und fragen: Wozu braucht die Sowjetunion diese großen Panzerarmeen? Diese Frage taucht ja nicht nur in diesem Zusammenhang immer wieder auf. Können Sie darüber etwas sagen?

Milstein: Was meinen Sie mit „großen Panzerarmeen"?

Die sowjetische Panzerüberlegenheit ist eine Fiktion

Bredthauer: Sie kennen die Zahlen der NATO und der USA, die bis zu 50 000 sowjetische Panzer zählen . . . Unbestritten ist doch, daß es eine sowjetische Panzerüberlegenheit gibt, oder nicht?

Milstein: Wir haben tatsächlich viele Panzer. Aber wir sind nicht sehr überlegen, was das europäische Kräfteverhältnis angeht. Zweifellos haben wir viele Panzer, aber wenn Sie in die neue Studie des sowjetischen Verteidigungsministeriums „Von wo geht die Gefahr für den Frieden aus?" schauen, dann finden Sie unsere offiziellen Zahlen, die nicht bestritten werden können. Dort finden Sie Angaben auf dem Gebiet der Panzer. Es gibt eine ganz leichte Überlegenheit der sowjetischen Seite. Die Studie geht von ungefähr 24 000 Panzern auf der westlichen Seite aus, wobei die Panzer mitgerechnet sind, die sich im Depot befinden: 6500 Panzer der europäischen NATO-Staaten und 1500 in westeuropäischen Depots der USA. Ungefähr 16 000 Panzer sind im Einsatz bei der Truppe. Auf unserer Seite beläuft sich die vergleichbare Gesamtzahl auf 25 000 Panzer. Das ist keine sehr große Überlegenheit, besonders wenn man berücksichtigt, daß der Westen auf dem Gebiet der Panzerabwehrwaffen haushoch überlegen ist, ungefähr im Verhältnis 4 : 1. Soviel zur Frage der Panzerüberlegenheit. Aber es bleibt die Frage, wozu wir die Panzer brauchen. Es ist auf jeden Fall eine große Zahl, gleichgültig, ob auf westlicher oder östlicher Seite. Was uns betrifft, so kann ich sagen, daß wir sie ausschließlich für unsere Verteidigung benötigen.

Es ist wichtig, auch für die deutsche Friedensbewegung, zu wissen, daß wir immer wieder vorgeschlagen haben, beide Bündnisse aufzulösen. Also sowohl die NATO als auch den Warschauer Pakt abzuschaffen. Wenn wir erreichen, daß die Militärblöcke aufgelöst werden, dann stellt sich auch die Frage anders, wie viele Truppen und wie viele Panzer gebraucht werden. Dann wird man vielleicht beschließen, Afheldts Ideen zu verwirklichen. Das muß geprüft werden.

Bredthauer: Karsten Voigt, ein sicherheitspolitischer Sprecher der SPD, hat erklärt, wer ein atomwaffenfreies Europa fordere, müsse zugleich auch ein panzerfreies Europa fordern. Was halten Sie von dieser These?

Milstein: Das ist ein altes Argument der anderen Seite. Warum nur „panzerfrei"? Vielleicht auch ganz einfach „truppenfrei"? – Wenn man zu einer atomwaffenfreien Zone in Europa oder möglicherweise in Mitteleuropa käme, dann wäre das eine sehr bedeutende Entscheidung. Wenn dieser Plan verwirklicht würde, dann könnte es eine sehr große Reduzierung der Panzerzahlen geben, auf beiden Seiten.

Der „Strahlenteppich" des Mr. Cohen

Bredthauer: Zu einer anderen, aktuellen Frage. Da gibt es den – ich zögere zu sagen: „berühmten" – Mr. Cohen aus den USA, der als der „Vater der Neutronenbombe" bezeichnet wird. Mr. Cohen und ein französischer Militärexperte haben kürzlich vorgeschlagen, eine Art Strahlenteppich quer durch Mitteleuropa zu legen . . . Mir scheint das eine neue Idee zu sein, die Neutronenbombe und Strahlenwaffen im allgemeinen zu rechtfertigen und sie als Defensivwaffen zu deklarieren. Cohen begründet auch seinen neuen Vorschlag damit, daß er den Europäern etwas in die Hand geben wolle, um sich gegen die massive Panzerüberlegenheit der Sowjetunion verteidigen zu können. Sie haben zu dem Thema Panzerüberlegenheit einiges gesagt. Aber was halten Sie ansonsten von der Idee eines Strahlenteppichs oder Strahlengürtels? Ist das eine „defensive" Angelegenheit? Cohen sagt, wenn ein solcher Strahlenteppich von Nor-

den nach Süden durch Mitteleuropa verlegt wird, dann hängt es ausschließlich von der anderen Seite ab, ob es zu einem Krieg kommt. Die andere Seite muß entscheiden, ob und wie weit sie vorrücken will, entsprechend groß sind die Verluste durch Strahlung, die sie erleiden wird. Ist darin irgend etwas „Defensives" oder Neues zu erblicken?

Milstein: Der Vorschlag eines Strahlenteppichs scheint mir auf der gleichen Linie zu liegen wie Cohens Gedanken über die Neutronenbombe. Es geht darum, Atomwaffen einsetzbar zu machen. Denn die Neutronenbombe z. B. *ist* eine Atomwaffe. Es ist eine Herausforderung der ganzen Menschheit. Ich muß mich sehr zurückhalten, um nicht zu stärkeren Ausdrücken zu greifen. Sehen Sie, es klingt vielleicht nicht sehr bescheiden, aber man könnte mich in mancher Hinsicht einen militärischen Experten nennen. Wenn ich so etwas höre – daß die Neutronenwaffe keine besonders gefährliche Waffe ist, daß sie eine defensive Waffe ist, daß die Neutronenbombe keine Nuklearwaffe ist . . . –: meines Erachtens handelt es sich einfach um eine Wahnsinnsidee. Das ist die Idee eines Mannes, für den das Leben von Millionen keinen Cent wert ist. In mancher Hinsicht könnten seine Vorstellungen mit Hitlers Vorstellungen verglichen werden. Ich fühle mich an Äußerungen Hitlers erinnert, der z. B., als er hörte, daß sein Volk leidet und untergehen könnte, dazu nur bemerkte: Wenn es nicht leistet, was ich von ihm verlange, dann ist es nichts anderes wert als unterzugehen. – Es ist eine derart gefährliche Idee, einen Strahlungsgürtel quer durch Europa zu ziehen . . . das würde ständige Höchstgefahr in Europa schaffen, verbunden mit der Gefahr nicht nur von Tausenden, sondern von Millionen Todesopfern. Warum schlägt Cohen so etwas nicht für die Vereinigten Staaten vor?

Bredthauer: Es gibt dort keine Landgrenze mit dem anderen Lager . . .

Milstein: Er könnte ja etwas anderes erfinden. Es ist die gleiche Geschichte wie mit seiner Behauptung, die Neutronenbombe sei eine Panzerabwehrwaffe. Und was ist mit den Kollateralschäden? Für die Bevölkerung? In Wohngebieten, Schulen, Krankenhäusern oder sonstwo? Wird es ihnen anders ergehen als Panzerbesatzungen?

Bredthauer: Allerdings ist die Grundannahme des neuen Cohen-Vorschlags – über den Strahlenteppich –, daß nur nur dann, wenn ein Gegner angreift, also in den Bereich des Strahlenteppichs eindringt, überhaupt Strahlung freigesetzt werden wird. – Ich denke, daß Cohen weiß, daß viele Menschen ihn in Fernseh-Interviews gesehen haben und schockiert waren. Daraufhin tritt er jetzt plötzlich als ein sehr humaner Mensch auf, als ein ausschließlich auf Verteidigung bedachter Mensch . . . Nun gut, aber was ist zu der besagten Grundannahme zu sagen? Kann sie in irgendeiner Weise als realistisch betrachtet werden? Geht es überhaupt um einen derartigen Strahlenteppich, oder handelt es sich nur um einen Vorwand, um Strahlenwaffen, womöglich Neutronenwaffen, weiterzuverbreiten, möglicherweise an die Bundeswehr? Ist die Geschichte vom Strahlenteppich nicht möglicherweise in Wirklichkeit nur ein Märchen . . .

Milstein: Man muß es von mehreren Seiten her betrachten. Niemand sollte diesem Mann glauben, daß es ihm mit solchen Vorschlägen darum geht, die Interessen der Deutschen zu vertreten. Das wäre ein sehr gefährlicher Irrtum. Denn wenn sie einen solchen Strahlenteppich haben – woher soll die andere Seite wissen, daß sie nicht in Wirklichkeit eine Offensive vorbereiten, eine Aggression, und dabei nur das eigene Territorium durch einen Strahlengürtel absichern wollen? Warum sollte die andere Seite nicht auf den Gedanken kommen, daß sie einen Präemptiv-Angriff planen, unter Berücksichtigung der Tatsache, daß es das Problem der Mittelstreckenraketen gibt, daß es das Problem des „begrenzten Atomkriegs" gibt, daß es das Problem des Erst-

schlags, des Counterforce-Schlags gibt? Man könnte noch mehr aufzählen. Die andere Seite könnte also zu der Schlußfolgerung kommen, daß es darum geht, sich die Möglichkeit eines Überraschungsangriffs zu verschaffen. Mit anderen Worten, die Verwirklichung eines Vorschlags wie des genannten Cohen-Plans für einen Strahlengürtel in Europa wäre sehr gefährlich für die Gesamtsituation.

Bredthauer: Die sowjetische Seite würde die Einrichtung eines solchen Strahlenteppichs also als Provokation auffassen?

Milstein: Nun, die Sowjetunion betrachtet alles, was mit dem Wettrüsten zusammenhängt, zunächst einmal als Provokation. Als Ausdruck des Wunsches, die Spannungen, die Konfrontation und die Drohung mit der Gefahr eines Atomkrieges fortzusetzen. Die richtige Antwort darauf kann nur die Fähigkeit unseres Landes, sich zu verteidigen, nur die Verbesserung seiner Verteidigungsfähigkeit sein. Das ist die einzige Antwort auf solche Herausforderungen. Eine andere Sprache wird auf der anderen Seite nicht verstanden, leider . . .

Bredthauer: Das sagt man bei uns auch . . .

Milstein: Ja?

Bredthauer: Ja, man sagt uns: Die Russen verstehen keine andere Sprache . . .

Milstein: Der Unterschied ist nur der, daß wir solche Ideen wie z. B. die von Cohen nicht vorschlagen. Wir sagen: Schaffen wir eine atomwaffenfreie Zone! Wir sagen: Schaffen wir die Atomwaffen ab! Verständigen wir uns auf eine Null-Lösung, eine wirkliche Null-Lösung für Europa! Das ist der Unterschied.

Bredthauer: Das ist ein deutlicher Unterschied, und ich glaube auch, daß viele Menschen diesen Unterschied erkennen. Die Frage ist, wie man diesen Unterschied politisch zum Tragen bringen kann, wenn eine der beiden Seiten alle Abrüstungsfortschritte blockiert . . .

„Vertrauensbildende Maßnahmen" oder „Mißtrauens-Produktion" . . .

Milstein: Ich möchte Ihnen meine Meinung dazu sagen. Unglücklicherweise gibt es in den Vereinigten Staaten eine sehr massive Regierungspropaganda, die ein völlig falsches Bild von der Sowjetunion verbreitet.

Man versucht, die Sowjetunion als eine aggressive Macht hinzustellen, und wir haben es mit einer sehr starken, massiven Kampagne zu tun. Unglücklicherweise ist die Friedensbewegung in den USA nicht besonders stark. Die Regierung und der militärisch-industrielle Komplex benutzen alle Massenmedien, Fernsehen, Radio, Zeitungen, um das Bild von der aggressiven Sowjetunion zu verbreiten . . .

Bredthauer: Das ist das Gegenteil von „Vertrauensbildung" . . .

Milstein: Das ist nicht nur kontraproduktiv, sondern das ist außerordentlich gefährlich . . .

Bredthauer: Ja, das ist eben „Mißtrauensbildung" . . .

Milstein: Es schafft Mißtrauen und erhöht die Spannungen. Man versucht auf diese Weise, Zustimmung zu den neuen Aufrüstungsprogrammen zu organisieren, zum Wettrüsten . . .

Bredthauer: Daraus könnte man die Frage ableiten, ob man sich auf Vorschläge für „vertrauensbildende Maßnahmen" verlassen darf, wenn es eine solche geradezu im großindustriellen Maßstab betriebene „Mißtrauens-Produktion" in den USA gibt und wenn dahinter solch massive Interessen stehen?

Milstein: Nun, man kann natürlich nicht sagen, daß die gesamten Vereinigten Staaten – von anderen Teilen der Welt ganz abgesehen – für einen Atomkrieg sind oder die Konfrontation suchen. Es gibt durchaus Menschen, die die wirklichen Erfordernisse der nationalen Sicherheit erkennen: eine positive Entwicklung der Wirtschaft, die Überwindung von Arbeitslosigkeit und Inflation usw. Und all diese Probleme können nicht gelöst werden, wenn man die Militärausgaben erhöht, die Konfrontation sucht usw.

Bredthauer: Aber genau das tut die Reagan-Administration zur Zeit. Sie tun das, obwohl sie wissen, daß sie mehr Inflation, mehr Arbeitslosigkeit usw. haben werden. Sie standen vor einer politischen Alternative, und sie haben sich entschieden. Und deshalb produzieren sie jetzt im industriellen Maßstab das Gegenteil von „Vertrauensbildung" . . . Was tun also?

Milstein: Sie sagten, die Reagan-Administration tut dies. Nun, sie versucht es, aber sie ist noch nicht durch damit. Man wird sehen, was die Wirtschaft sagt, wenn sich die Ergebnisse zeigen . . . Zunächst einmal handelt es sich um eine politische Strategie. Man versucht die Sowjetunion zu provozieren . . . Nun, wir haben keine Angst davor. Wir sind kein Land, mit dem man von einer Position der Stärke oder einer Position der Arroganz aus sprechen kann. Wir hoffen, daß es Änderungen in dieser Politik geben wird. Uns geht es um ein konstruktives Verhältnis zu den Vereinigten Staaten.

Die Frage der Genfer Verhandlungen

Bredthauer: Lassen Sie uns über die Genfer Verhandlungen sprechen. Was sagen Sie zur „Null-Lösung"?

Milstein: Mich würde interessieren, was Sie unter „Null-Option" verstehen. Eine sowjetische Null-Lösung? Eine französische, englische oder deutsche Null-Lösung, eine wirkliche Null-Lösung oder eine sogenannte Null-Lösung? Eine sogenannte Null-Option ist von den Vereinigten Staaten vorgeschlagen und von den NATO-Ländern unterstützt worden. Welche Null-Lösung meinen Sie, wenn Sie mich nach meiner Meinung fragen?

Bredthauer: Ich wollte zunächst einmal Ihre Meinung über diesen Begriff hören, und ich denke, ich habe sie gehört . . .

Milstein: Schön. Sehen Sie, es gibt, glaube ich, zwei Vorschläge unter dem Namen „Null-Lösung". Die eine Variante kann meiner Ansicht nach nicht als Null-Lösung bezeichnet werden. Meines Erachtens muß eine „Null-Lösung" für beide Seiten „Null" bedeuten. Es kann keine Null-Lösung für die eine, verbunden mit Aufrüstung für die andere Seite geben. Wir sind für eine Null-Lösung, die von der Vorstellung ausgeht, daß es auf keiner der beiden Seiten Atomwaffen geben sollte. Auf der Grundlage der Gleichheit und der gleichen Sicherheit. Auf dieser Grundlage sind wir bereit, alle Atomwaffen und Nukleareträger abzuschaffen, vorausgesetzt also, daß Gleichheit besteht, was die beiderseitigen Bedrohungsmöglichkeiten angeht.

Bredthauer: Das ist sicherlich eine sehr weit gefaßte Definition von „Null-Lösung". Sie sprachen von allen Atomwaffen . . .

Milstein: Nein, meine Aussage bezog sich zunächst einmal auf das Gebiet der Mittelstreckenwaffen.

Bredthauer: Hier taucht natürlich die Frage auf, ob man sich wirklich auf die Behandlung der Mittelstreckenwaffen beschränken kann und die taktischen Atomwaffen auf der einen, die strategischen Atomwaffen auf der anderen Seite außen vor lassen kann? Es ist ja bekannt, daß z. B. Interkontinental-Raketen auch für Mittelstreckeneinsätze benutzt werden könnten . . .

Milstein: Nun gut, aber packen Sie nicht alle Affen in einen Korb, wie man sagt. Sie haben mich nach den Genfer Verhandlungen gefragt. Mixen Sie nicht all die anderen Fragen da hinein . . .

Bredthauer: Sie halten also die Genfer Verhandlungen für eine realistische Herangehensweise? Also, daß man die Frage der Mittelstreckenraketen, oder INF, TNF oder wie man es sonst noch nennt, heraussortiert . . .

Milstein: Das ist *einer* der Wege, sich damit auseinanderzusetzen. Es ist *eine* der realistischen Herangehensweisen . . .

Bredthauer: Kann das ohne SALT funktionieren?

Milstein: Nun, ich glaube, daß man vorläufige Ergebnisse zunächst ohne START- oder SALT-II-Gespräche erreichen kann . . . Vorläufige Ergebnisse könnte man wohl erzielen, aber natürlich können sie nur in Kraft treten, nachdem es auf dem SALT-Gebiet eine gewisse Übereinkunft gegeben haben wird.

In diesem Zusammenhang möchte ich noch etwas zu dem Thema Null-Lösung aus unserer Sicht sagen . . .

Bredthauer: Es ist ein großer Sprung von der „Null-Lösung" à la Reagan zu einer wirklichen Null-Lösung, also der Beseitigung aller Mittelstreckenwaffen und darüber hinaus womöglich aller Atomwaffen im Reduzierungsgebiet. Interessant wäre auch, was zwischen diesen beiden Positionen liegen könnte . . .

Milstein: Die Null-Lösung, die wir vorschlagen, besagt, daß sie zu „Null" auf der einen Seite ebenso wie zu „Null" auf der anderen Seite führen muß. Es kann keine Null-Lösung nur auf einer Seite geben. Unser Vorschlag ist also, das Niveau auf beiden Seiten bis auf Null zu senken. Aber wir sind bereit, über alles zu reden. Wenn sie nicht auf Null gehen wollen, dann sind wir bereit, auf ein möglichst niedriges Niveau zu reduzieren. Das ist der Unterschied zur Position Reagans. Wie Sie wissen, hat Breschnew kürzlich folgenden Verringerungsvorschlag gemacht: beide Seiten reduzieren bis auf 300 Einheiten jeweils bis 1990. Bis Ende 1985 sollte ein Zwischenstand von je 600 erreicht sein. Heute verfügen beide Seiten über jeweils annähernd 1000 Einheiten.

Bredthauer: Bleibt die Frage, *welche Arten* von Waffen auf „Null" reduziert werden sollen. Im Westen ist es in der Regel die berühmte SS-20, deren Reduzierung auf Null gewünscht wird. Sähe die Sowjetunion sich denn im Stande, alle SS-20 abzubauen? Es gibt ja die prinzipielle Bereitschaftserklärung, alle Nuklearwaffen abzurüsten, wenn die andere Seite . . .

Milstein: Wenn wir über Atomwaffen verhandeln, dann aus der Haltung heraus, daß wir für eine Abschaffung aller Arten von Nuklearwaffen sind – wenn die andere Seite mitzieht. Das bezieht sich auf alle Atomwaffen, gleichgültig, ob Mittelstreckenwaffen, taktische Atomwaffen oder was auch immer. Unsere Seite ist bereit, alle Atomwaffen

abzuschaffen, einschließlich der strategischen Waffen. Aber unser Gespräch ist gerade bei der Frage der Mittelstreckenwaffen. Bleiben wir bei diesem Problem.

Wenn man dieses Problem verstehen will, muß man alle Zusammenhänge im Auge behalten. Viele Leute kennen die Geschichte der Mittelstrecken-Rüstung nicht. Die Sowjetunion hat sich genötigt gesehen, sich ein gewisses Mittelstreckenpotential zuzulegen, weil die Amerikaner in und um Westeuropa ihre sogenannten „Forward Based Systems" installiert haben und weil wir auf der anderen Seite auch mit den Atomwaffen Großbritanniens und Frankreichs rechnen müssen. Wenn die USA also bereit sind, auf ihre neuen Mittelstreckenwaffen zu verzichten, dann sind auch wir bereit, auf einen Teil unserer Waffen zu verzichten. Aber dann stoßen wir auf das Problem der Forward Based Systems. Sie müssen also ebenso wie die neuen Raketen in die Gespräche einbezogen werden. Und dann kommt das Problem der französischen und britischen Atomwaffen. Sie müssen sich immer auch in die Lage der anderen Seite versetzen. Man kann nicht nur von den Vorstellungen der eigenen Seite ausgehen. Das ist der Grund, weshalb wir Parität und gleiche Sicherheit betonen. Man kann sich nicht Sicherheit auf Kosten der anderen Seite verschaffen. Der Gesamtzusammenhang muß beachtet werden.

Bredthauer: Das ist zweifellos richtig und spielt neuerdings auch in den Reden von Sicherheitsexperten in unserem Lande eine Rolle . . .

Milstein: Sehr gut!

Bredthauer: Aber heißt das, was Sie sagten, im konkreten Fall nicht, daß es keine „Null-Lösung" geben kann, wenn nicht auch die britischen und französischen Atomstreitkräfte auf „Null" reduziert werden – und daß es deshalb eben gar keine „Null-Lösung" geben wird? Allenfalls in zwanzig oder dreißig Jahren . . .

Milstein: Nein, wir sprechen nicht über die englischen und französischen Atomwaffen. Die Engländer und Franzosen müssen selbst wissen, was sie zu tun haben. Wir geben ihnen keine Ratschläge. Wir sind gegen Atomwaffen im allgemeinen, gegen britische und französische ebenso wie gegen sowjetische und amerikanische. Aber wenn Sie die Sache aus dem Blickwinkel der Sicherheit betrachten, dann müssen Sie schauen, von wo die Bedrohung ausgeht. Auch die französischen und britischen Atomstreitkräfte stellen eine Bedrohung für uns dar. Sie sind zwar klein, aber wir brauchen gewisse Kräfte, die wir diesen Waffen entgegensetzen können. Wir schreiben ihnen nicht vor, daß sie sie abschaffen sollen, aber wenn sie bereit sein sollten, sie abzuschaffen, sind auch wir bereit, das zu tun.

Was kann die Bundesrepublik tun?

Bredthauer: Was können denn Ihrer Ansicht nach die westeuropäischen Regierungen, und speziell die Bundesregierung in Bonn, tun, um die Genfer Verhandlungen zu fördern?

Milstein: Nun, ich glaube, daß die Bundesrepublik Deutschland eine außerordentlich wichtige Rolle spielt. Ihre Verantwortung ist in der gegenwärtigen schwierigen Weltlage, angesichts der Beeinträchtigung des Entspannungsprozesses und angesichts wenig hoffnungsvoll stimmender Zukunftsaussichten, besonders groß. Die Rolle der Bundesrepublik Deutschland in der internationalen Politik und insbesondere innerhalb der NATO gibt ihr in dieser Situation viele Möglichkeiten, etwas zu tun. Aber natürlich gehört es sich nicht für mich, der Regierung der Bundesrepublik Ratschläge zu geben . . . Meines Erachtens sollte die Bundesrepublik vor allem an ihren Verbünde-

ten, die USA, appellieren, den Verhandlungsprozeß fortzusetzen bzw. wiederaufzunehmen, auf allen Ebenen. Ferner sollte klargemacht werden, daß es so etwas wie „Linkage" nicht geben kann. Die Vereinigten Staaten haben ja beispielsweise versucht, die Ereignisse in Polen mit den Abrüstungsverhandlungen zu „verknüpfen" (das bedeutet „Linkage"), obwohl sie nichts mit diesem Prozeß zu tun haben. Sie haben erwogen, alle Verhandlungen zu stoppen. Das ist kein Weg, auf dem die polnischen Probleme gelöst werden können, und es ist natürlich auch kein Weg zur Verbesserung der Ost-West-Beziehungen.

Die Bundesregierung könnte also vieles tun, aber das ist ihre Sache . . .

Bredthauer: Die Tatsache, daß die Verhandlungen in Genf „nach Polen" fortgesetzt werden, ist ja möglicherweise ein Ergebnis westeuropäischer Einflußnahme auf Washington . . .

Milstein: Nun, wenn die Rückkehr der Amerikaner an den Genfer Verhandlungstisch ein Ergebnis westeuropäischer Einflußnahme ist, dann ist das eine gute Sache, ein Schritt in die richtige Richtung.

Friedensbewegung in Westeuropa . . .

Bredthauer: Herr Milstein, Sie sind Mitglied des sowjetischen Friedenskomitees. Sie haben also sicher auch Vorstellungen darüber, wie die westeuropäischen Friedensbewegungen einen konstruktiven Einfluß auf die Genfer Verhandlungen ausüben können?

Milstein: Ich glaube, daß die Friedensbewegungen vor sehr großen Aufgaben stehen. Die Situation ist kompliziert. Besonders wenn man weiß, was sich gegenwärtig auf dem Gebiet des Wettrüstens abspielt oder anbahnt. Ich nenne nur das Auftauchen neuer Technologien . . . Aber das Hauptproblem ist gegenwärtig, daß es in Europa zu einem neuen Wettrüsten kommen kann, wenn der NATO-Beschluß über neue Mittelstreckenraketen verwirklicht wird. Die Hauptaufgabe der Friedensbewegung in Europa scheint mir deshalb gegenwärtig zu sein, die Verwirklichung dieses Raketenbeschlusses zu verhindern und für eine wirkliche Null-Lösung zu arbeiten . . .

Bredthauer: Der Auffassung bin ich auch . . .

Milstein: . . . und sich nicht von oberflächlich attraktiv erscheinenden Vorschlägen ablenken zu lassen. Ich denke da z. B. an die sogenannte Null-Lösung, wie sie die Reagan-Administration vorgeschlagen hat. Ich glaube, eine der Absichten, die Reagan damit verfolgt hat, ist es, die öffentliche Meinung zu täuschen. Er möchte den Eindruck erwecken: „Schaut, wir sind für die Null-Lösung, und die andere Seite wünscht sie nicht . . ." Schließlich hört sich der Vorschlag attraktiv an.

Bredthauer: Ja, aber ich glaube nicht, daß innerhalb der Friedensbewegung viele Reagans Vorschlag für bare Münze nehmen. In dieser Hinsicht hat das Manöver, glaube ich, nicht viel Erfolg gehabt.

Milstein: Das wäre sehr gut. Es ist, meine ich, die Aufgabe der Friedensbewegung, die Menschen aufzuklären. Über die Gefahr, in der sie sich befinden, und über deren wirklichen Charakter, aber auch über das, was getan werden kann. Und die Friedensbewegung sollte von den Regierenden fordern, daß sie auf die Genfer Verhandlungen in einer Weise einwirken, daß diese zu positiven Ergebnissen kommen. 1982 wird ein sehr entscheidendes Jahr sein. Unter verschiedenen Aspekten. Unter dem Aspekt der Gefahren, die auf uns zukommen. Aber auch unter dem Aspekt, daß in diesem Jahr eine

Sondergeneralversammlung der Vereinten Nationen zum Thema Abrüstung stattfinden wird, im Juni/Juli. Meiner Ansicht nach muß die Friedensbewegung diesen Anlaß nutzen und entsprechende Petitionen vorlegen: Daß einige drastische Schritte erforderlich sind, um das Wettrüsten zu stoppen und die schreckliche Gefahr eines Atomkrieges zu reduzieren, der für alle katastrophale Folgen hätte.

. . . und in der Sowjetunion

Bredthauer: Nehmen wir die andere Seite. Welchen Einfluß hat die sowjetische Bevölkerung auf das Verhalten ihrer Regierung in Genf und generell bei den Abrüstungsverhandlungen?

Milstein: Unsere Friedensbewegung findet sehr breite Unterstützung in der Bevölkerung. Ich könnte Ihnen z. B. von der Weltabrüstungswoche der Vereinten Nationen berichten, die im vergangenen Oktober stattfand. Bei uns gab es in dieser Woche Tausende von Versammlungen in Fabriken, in Universitäten oder in Wohngebieten, die die Ziele der Weltabrüstungswoche unterstützt haben. Darüber hinaus gab es viele Großbetriebe, in denen die Belegschaften sich einmütig dafür entschieden, einen ganzen Samstag zusätzlich zu arbeiten und den Ertrag für die Friedensbewegung zu spenden. Studenten sind auf die Straße gegangen und haben die Aufgaben von Arbeitern übernommen, die dafür anderswo arbeiten konnten. Sie haben z. B. Aufgaben der Straßenreinigung übernommen, und das eingesparte Geld wurde der Friedensbewegung zugeführt. Das sind nur einige Beispiele. Es gab Beiträge im Fernsehen und im Rundfunk. Es gab eine sehr große Kampagne zur Weltabrüstungswoche der UNO.

Aber ich weiß, daß es für die westliche Psychologie ziemlich schwierig ist, das Verhältnis zwischen Friedensbewegung und Regierung in der Sowjetunion zu verstehen. Warum? Wenn Arbeiter im Westen einen Samstag lang unentgeltlich arbeiten und den gesparten Lohn der Friedensbewegung stiften wollten, dann würde das nicht erlaubt werden. In der Sowjetunion ist die Regierung bereit, das nötige Arbeitsmaterial zur Verfügung zu stellen, die Leute kostenlos zu verpflegen usw. Das ist das eine. Ein anderes Beispiel: Nehmen wir die „Null-Lösung". Unsere Regierung hat vorgeschlagen, eine echte Null-Lösung zu vereinbaren, und unsere Bevölkerung unterstützt dies. Bei Ihnen sieht das anders aus. Die westeuropäischen Friedensbewegungen sehen sich deshalb gezwungen, ihren Regierungen zu widersprechen. Wenn unsere Regierung eine negative Haltung einnehmen würde, die Null-Lösung verwerfen und die Idee der Abrüstung nicht unterstützen würde, insbesondere auch die nukleare Abrüstung, dann wären die Leute nicht zufrieden mit ihr und würden dies auf diese oder jene Weise äußern.

Eine gesamteuropäische Sicherheitsgemeinschaft?

Bredthauer: Eine letzte Frage. Egon Bahr hat in jüngster Zeit wiederholt von „gemeinsamer Sicherheit" gesprochen. Er sagte, daß es im Atomzeitalter nicht mehr möglich sei, Sicherheit *gegen* die andere Seite zu schaffen, daß es vielmehr nötig sei, die *gemeinsame* Sicherheit *gemeinsam* zu organisieren. Halten Sie so etwas wie eine *gesamteuropäische Sicherheitsgemeinschaft* für möglich? Oder zumindest, daß man versuchen sollte, eine solche Richtung einzuschlagen? Und glauben Sie, daß Bahrs Formel der Förderung einer solchen Diskussion dienen kann?

Milstein: Bahrs Gedanke, so wie Sie ihn wiedergegeben haben, ist ein sehr interessanter Gedanke. Auch ich bin der Auffassung, daß man Sicherheit nicht auf Kosten der anderen Seite erreichen kann. Das geht nur gemeinsam, nicht gegeneinander, und nur,

wenn man das fundamentale Prinzip anerkennt, daß es *gleiche* Sicherheit – Parität und gleiche Sicherheit – für beide Seiten geben muß. Ich glaube also, daß es sich bei dem Gedanken, den Sie ansprechen, um die richtige Herangehensweise handelt.

Bredthauer: Keine neue Idee?

Milstein: In mancher Hinsicht ist der Gedanke neu, denn bisher wird er von den westeuropäischen Ländern nicht praktiziert. Einige Länder denken, daß sie ihre Sicherheit dadurch erhöhen können, daß sie die Sicherheit der anderen Seite beeinträchtigen. Vor diesem Hintergrund ist Bahrs Gedanke etwas Neues. Für uns ist diese Erkenntnis allerdings nicht neu. Ich erinnere daran, daß unser Generalsekretär Breschnew im vergangenen Jahr dem „Spiegel" ein Interview gegeben hat. Darin hat er betont, daß Sicherheit nur auf der Basis der Gleichheit und Parität erreicht werden kann.

Bredthauer: Entsprechende Formulierungen gibt es auch in dem Kommuniqué der Bonner Gespräche zwischen Breschnew und Schmidt . . .

Milstein: Ja, zweifellos weist dieser Gedanke in die richtige Richtung, und ich meine, jede vernünftige Überlegung muß zu dieser Schlußfolgerung kommen – daß Sicherheit heute nur noch gemeinsam organisiert werden kann, nicht gegeneinander.

Bredthauer: Die Frage ist, welche konkreten Schritte zur Verwirklichung des Gedankens getan werden können, und ob es möglicherweise spezifisch europäische Zugänge dazu gibt?

Milstein: Nun, das müssen Sie Egon Bahr fragen . . .

Bredthauer: Aber aus Ihrer Sicht?

Milstein: Aus meiner Sicht muß dieser Gedanke verwirklicht werden, indem jede Seite ihr Verhalten an ihm orientiert. Gemeinsame Sicherheit muß das Ergebnis von Verhandlungen sein. Die KSZE-Folgekonferenz in Madrid wäre ein geeigneter Ort, diesen Gedanken zu praktizieren. Und die Hauptsache: die Ergebnisse der Genfer Verhandlungen müssen der Schaffung wirklicher, gemeinsamer Sicherheit dienen – oder die Reaktionen der Westeuropäer, falls die Genfer Verhandlungen verzögert werden oder keine konkreten Ergebnisse bringen.

Bredthauer: Zweifellos gibt es tiefgreifende Unterschiede in den Sicherheitsinteressen der Europäer und der USA, wie Washington sie heute sieht. Die US-Überlegungen über einen auf Europa begrenzbaren und damit für die USA „führbaren" und „gewinnbaren" Atomkrieg zwingen die westeuropäischen NATO-Staaten heute geradezu, über Alternativen zur bisher fast totalen sicherheitspolitischen Abhängigkeit von den Vereinigten Staaten nachzudenken. Der FDP-Politiker William Borm hat – in kritischer Aufnahme der Genscher-Formel von einer angeblichen „atlantischen Schicksalsgemeinschaft" – von der „kontinentalen Schicksalsgemeinschaft wider den atomaren Selbstmord" gesprochen, die als das „Friedensgebot der Europäer" verstanden werden müsse. Ich halte diese Formulierung für absolut richtig. Aber wie könnte eine gesamteuropäische Sicherheitsgemeinschaft erreicht werden? Die Idee eines kollektiven Sicherheitssystems in Europa, das an die Stelle der beiden Militärblöcke tritt – wie utopisch ist diese Idee?

Milstein: Ich glaube nicht, daß das eine utopische Idee ist. Die Blockkonfrontation ist, glaube ich, nicht das beste Mittel, um die Sicherheit eines Landes zu erhöhen. Ganz im Gegenteil. Vielleicht muß Sicherheit dadurch geschaffen werden, daß wir die Blöcke auflösen, zumindest die militärischen Organisationen.

Die Konferenz von Helsinki und ihre Schlußakte haben gezeigt, daß es einige sehr konkrete Maßnahmen geben könnte, um ein System wirklicher Sicherheit in Europa zu schaffen. Aber es hängt eben alles vom konkreten Verhalten ab, vom politischen Willen. Es ist vielleicht ein langer Weg, aber ich glaube, wir müssen schließlich dorthin kommen.

Bredthauer: Die Schlußakte von Helsinki hat also den möglichen Rahmen eines solchen Systems bereits abgesteckt?

Milstein: Es ist nicht der einzig mögliche Rahmen, aber die Schlußakte bietet einen sehr guten Rahmen für gegenseitiges Verständnis, für Verhandlungen, für Vertrauensbildung. Helsinki ist ein Beispiel für das, was möglich ist, und zwar eines der wichtigsten Beispiele. Das Besondere war, daß sich so viele Länder mit unterschiedlichen Gesellschaftssystemen nach vielen Vorbehalten und Mißverständnissen entschlossen haben, nach Helsinki zu gehen. Und daß sie dort ein sehr bedeutsames Dokument unterzeichnet haben. Leider hat es in dieser Hinsicht eine erhebliche Verschlechterung der Lage gegeben – aber ich glaube nicht, daß die Sowjetunion dafür verantwortlich gemacht werden kann.

Bredthauer: Vielen Dank für dieses Gespräch, Herr Milstein.

Zur Geschichte des Ostermarsches der Atomwaffengegner

Von Guido Grünewald

Im April dieses Jahres werden, regionalen und überregionalen Aufrufen folgend (vgl. die Dokumente im vorliegenden Heft), erstmals seit über 10 Jahren wieder bundesweit Ostermärsche stattfinden. Die neue Friedensbewegung knüpft damit an eine Tradition aus den sechziger Jahren an, über deren Erfahrungen, Erfolge und Schwierigkeiten der nachstehende Artikel anschaulich und mit aufschlußreichen Details informiert. Der Autor beschäftigt sich seit Jahren mit der Erforschung der weithin unbekannten oder verdrängten Geschichte der Friedensbewegung und wird hierzu in diesem Jahr zwei neue Bücher vorlegen.

Für die Friedensbewegung werden die Osteraktionen 1982 in ihrer Summe die erste große Manifestation im nationalen Maßstab seit dem 10. 10. von Bonn sein. Durch die Verlegung der NATO-Sommertagung nach Bonn und den damit verbundenen Besuch Reagans, dem die Friedensbewegung zweifellos eine unmißverständliche Bekundung ihres Protests gegen „Nachrüstung"

und Atomkriegspläne schuldet, geraten die Ostermärsche zugleich deutlicher noch als bisher zum nächstwichtigen Teilschritt einer umfassenden „Mobilisierung" aller Kräfte der Vernunft, die über dieses ganze Jahr hin und darüber hinaus auf das eine, einigende und entscheidende Ziel konzentriert werden müssen: die Verhinderung der ab Ende 1983 vorgesehenen Raketenstationierung; ein Ziel, das politisch erreichbar ist und hinter dem sich völlig neue Möglichkeiten und Alternativen eröffnen.

Der Widerstand gegen die „Nachrüstung" hat, gerade angesichts der weiteren Verschlechterung der Ost-West-Beziehungen, keine Zeit zu verlieren – er hat aber auch keinen Grund, sich von seiten der Regierungen oder von seiten ungeduldiger Mitstreiter durch den Hinweis auf scheinbar unverrückbare Daten – wie jenen Stationierungstermin „ab Ende 1983" – zu unbedachten Aktionen, gar zu einer Art Torschlußpanik verleiten zu lassen. Das „ab wann" hängt ebensowenig wie das „ob überhaupt" allein von NATO- oder Regierungsbeschlüssen ab. Je breiter die Friedensbewegung wird, desto mehr Einfluß wird sie auf Termine, Verhandlungen und schließlich Verhandlungsergebnisse und/oder Regierungsbeschlüsse gewinnen. Ob in lokalen, nationalen oder internationalen Demonstrationen, in Aktionen vor Ort oder in der – bei jetzt fast drei Millionen Unterschriften unter den „Krefelder Appell" realistisch gewordenen – Ausweitung dieser Aktion zu einer Art Volksabstimmung gegen die Atomraketen: bei keiner dieser bisher und weiterhin miteinander zu verbindenden Widerstandsformen darf je aus den Augen geraten, daß der Anti-Raketen-Protest Erfolg haben kann, weil *und nur* insoweit *er* mehrheitsfähig *ist bzw. wird und bleibt. Maßstab kann deshalb nicht sein, ob die Aktionen der bereits Überzeugten immer radikaler in Form und Inhalt werden, sondern ausschließlich, ob immer mehr Menschen, immer neue Kreise überzeugt und für den Protest gewonnen werden.*

Neben den Ostermärschen und dem Reagan-Besuch im Juni zeichnen sich weitere wichtige Termine für die Friedensbewegung ab: der SPD-Bundesparteitag im April und der Düsseldorfer Katholikentag im September beispielsweise, sowie auf internationaler Ebene die Sondergeneralversammlung der UNO im Juni/Juli, die in der Bundesrepublik bisher nicht die gebührende Aufmerksamkeit gefunden hat. Die „Blätter" werden voraussichtlich in der Aprilausgabe darüber berichten. D. Red.

Als sich Ostern 1960 die ersten Ostermarschierer vor dem Bundeswehr-Raketenübungsplatz in Bergen-Hohne zur Schlußkundgebung versammelten, war keineswegs abzusehen, daß es sich um den Beginn einer Bewegung handelte, die in den folgenden Jahren für Aufsehen sorgen sollte. In der Tat waren es nicht mehr als 1000 Menschen, die von Karfreitag an in 4 Marschsäulen von Hamburg, Bremen, Braunschweig und Lüneburg, von Ostersamstag an auch von Hannover aus sternförmig nach Bergen-Hohne marschiert waren, um mit Sandwich-Tafeln und Tragschildern bestückt gegen „die Bombe" zu protestieren. Hauptinitiator des Marsches war der Hamburger Lehrer Hans-Konrad

Tempel, Mitglied der SPD, der Religiösen Gesellschaft der Freunde (Quäker) und des Verbandes der Kriegsdienstverweigerer (VK), der sich auf den Aktionskreis für Gewaltlosigkeit innerhalb der Hamburger VK-Gruppe stützte und verschiedene norddeutsche Gruppen der Deutschen Friedensgesellschaft (DFG) und der Internationalen der Kriegsdienstgegner (IdK) für das Projekt gewinnen konnte.

Den konkreten Anstoß für die Aktionsform des Ostermarsches hatte Tempel in England gewonnen, wo am 15. Januar 1958 zwecks Verhinderung der britischen Atomrüstung die Campaign for Nuclear Disarmament (CND) gegründet worden war. Die CND, getragen vom linken Flügel der Labour Party, von pazifistischen Gruppen, kirchlichen Organisationen, Intellektuellen und Künstlern sowie von einigen Gewerkschaften, mit Bertrand Russell als Präsident und dem Domherrn der Londoner St.-Pauls-Kathedrale, John Collins, als Vorsitzendem, hatte sich bereits 1959 zur größten politischen Massenbewegung Englands in der Nachkriegszeit entwickelt und vereinigte auf ihrem Höhepunkt mehr als 450 lokale Gruppen. Hatten sich am ersten Ostermarsch 1958 von London zum Atomwaffenlaboratorium Aldermaston erst 700 Menschen beteiligt – zur Schlußkundgebung in Aldermaston versammelten sich allerdings bereits 10 000 –, so waren es 1962 bereits 50 000 bzw. 100 000 Teilnehmer. Die Hauptforderung der CND richtete sich auf den bedingungslosen, vollständigen und einseitigen Verzicht Großbritanniens auf Atomwaffen. Ihren größten Erfolg erreichte die Kampagne im Oktober 1960, als der Parteitag der Labour Party mit knapper Mehrheit eine entsprechende Resolution annahm, die jedoch schon im folgenden Jahr wieder aufgehoben wurde[1]).

Daß sich die Ostermarschbewegung von England aus spontan auf andere Länder (Australien, Dänemark, Frankreich, Griechenland, Italien, Kanada, Österreich, Neuseeland, Holland, Norwegen, Schweden, Schweiz, USA und Bundesrepublik) ausdehnte, verweist auf veränderte internationale Rahmenbedingungen, die gegenüber der starren Blockkonfrontation in den 50er Jahren rüstungskritischen Aktivitäten mehr Raum ließen. Dazu ist in erster Linie das erhöhte Bedrohungsgefühl durch die Atomwaffen bei Teilen der Bevölkerung zu zählen, das durch die Stationierung taktischer Nuklearwaffen in Europa, die qualitative Weiterentwicklung der strategischen Nuklearsysteme mit der Folge einer erhöhten Gefahr technischer Fehler (Krieg aus Versehen) und durch die Umorientierung der US-Nuklearstrategie für Europa von der „massiven Vergeltung" zur „abgestuften Abschreckung" hervorgerufen wurde. Ein weiterer Faktor war die Erschütterung des bis dahin fest verankerten antikommunistischen Feindbildes zumindest bei Teilen der politisch Interessierten, die infolge neokolonialistischer Interventionen der führenden westlichen Mächte (Indochinakrieg, Suez-Intervention, Algerienkrieg) und infolge der abwehrenden Haltung des Westens gegenüber östlichen Ver-

1) Die Angaben zur CND sind entnommen: Karl A. Otto, Vom Ostermarsch zur APO: Geschichte der außerparlamentarischen Opposition in der Bundesrepublik 1960-1970, Frankfurt/M.1977, S. 67 ff.; Peter Brock, Twentieth-Century Pacifism, New York 1970, S. 237 ff.

handlungsangeboten an der Friedfertigkeit und Abrüstungsbereitschaft der westlichen Regierungen zu zweifeln begannen.

Für die Bundesrepublik kam hinzu, daß sich jede prinzipielle Opposition gegen die Rüstungspolitik der Bundesregierung seit dem Ende der Bewegung gegen die atomare Aufrüstung der Bundeswehr auf den außerparlamentarischen Raum verwiesen sah. Die Bewegung gegen die Wiederaufrüstung der Bundesrepublik war in weiten Teilen auf SPD und DGB als organisatorische Schaltstellen fixiert, die Bewegung „Kampf dem Atomtod" (KdA) sogar direkt an diese beiden gesellschaftlichen Großorganisationen gekoppelt gewesen. Als die SPD jedoch der KdA-Bewegung im Frühsommer 1958 durch Entzug der organisatorischen Basis ein Ende setzte, war offenkundig, daß sie damit als Anlaufstation für die rüstungskritische Opposition künftig ausfiel, auch wenn die Partei erst mit der Grundsatzrede Wehners am 13. Juni 1960 im Bundestag endgültig auf den außen- und sicherheitspolitischen Kurs der Bundesregierung einschwenkte. Dadurch sahen sich die Kritiker der offiziellen Sicherheitspolitik jeder parlamentarischen Repräsentation beraubt mit der Folge, daß sie unter den Bedingungen konzentrierter Verfügungsgewalt über die Kommunikationsmittel auch von der öffentlichen Diskussion weitgehend ausgeschlossen waren.

Für die Rüstungskritiker in der Bundesrepublik stellte sich somit zu Beginn der 60er Jahre die Aufgabe, alle Kräfte, die für Abrüstung eintraten, in einer Sammlungsbewegung zu konzentrieren und durch unkonventionelle Protestformen die Öffentlichkeit herzustellen, die ihnen zunächst verschlossen war. Dazu mußte der Protest nicht nur in praktische Vorschläge für konkrete Abrüstungsschritte umgesetzt, sondern auch eine Organisationsform gefunden werden, die einerseits die politische und organisatorische Autonomie der Bewegung gegenüber den Parteien garantierte, andererseits eine sektiererhafte Einkapselung verhinderte, damit die latent durchaus vorhandene innerparteiliche Opposition aktiviert werden konnte.

Vor diesem Hintergrund erwies sich gerade das durch einen moralisch begründeten radikalen Pazifismus gekennzeichnete Selbstverständnis der Gründer als geeignet, durch unkonventionelle Aktionsformen Aufmerksamkeit hervorzurufen und gleichzeitig die Tür für eine Beteiligung weiterer Gruppen offenzuhalten. Die Mitglieder des Aktionskreises für Gewaltlosigkeit wollten sich nicht mit der bloßen Kriegsdienstverweigerung begnügen, sondern waren bemüht, durch direkte gewaltfreie Aktionen[2]) ihre Bereitschaft zu konstruktivem Handeln im Dienste einer dauerhaften Friedenssicherung zu demonstrieren. Wie bereits länger andauernde Atommahnwachen und Protestaktionen 1958/59 sollte auch der Ostermarsch „Deutschland und der Welt ein Zeichen" geben, daß hier Bürger gegen die Politik der Gewalt aufstanden und unter Einsatz ihrer Person aktiv wurden[3]). Unter dem Motto

2) Zur direkten gewaltfreien Aktion vgl. April Carter, Direct Action, London o. J. (1962) sowie dieselbe, Direct Action and Liberal Democracy, London 1973.

3) „Warum wir marschieren". Flugblatt des Ausschusses für den Ostermarsch zum Raketenübungsplatz Bergen-Hohne (undatiert; Anfang 1960).

„Haben Sie Vertrauen in die Macht des einzelnen!" sollte an das Verantwortungsbewußtsein der Bürger appelliert und gleichzeitig gezeigt werden, daß durch selbstorganisierte und -verantwortete Initiative durchaus etwas bewirkt werden konnte. Der Aktionsform eines viertägigen Marsches kam in diesem Zusammenhang die Funktion zu, durch die Bereitschaft zum persönlichen Opfer zu überzeugen; daß die Marschsäulen von den Behörden durch wenig belebte Straßen gelenkt wurden, schien daher zunächst wenig ausschlaggebend. Von den Teilnehmern wurde folgerichtig strikte Disziplin verlangt: sie sollten nicht nur streng in Dreier-Reihen gehen, sondern auch auf ein „einwandfreies und möglichst normales" Äußeres bedacht sein und außer bei zuvor angesagten Sprechchören „ernst und schweigend" marschieren. Die letzte Anordnung hatte allerdings in Verbindung mit der ausschließlichen Berechtigung der Initiatoren, über die Zulassung von Plakaten und Parolen zu entscheiden, zugleich die Funktion, Kommunisten und ihnen nahestehende Gruppen unter Kontrolle zu halten, bestand doch in der Sicht des Gründerkreises die Gefahr „der ‚Unterwanderung' durch Menschen, denen es nicht um die Abschaffung der Atomwaffen sämtlicher Nationen in Ost und West" gehe[4]).

Dem ethisch-pazifistischen Selbstverständnis der Gründer und des Trägerkreises entsprechend, der zunächst von Gruppen der traditionellen pazifistischen Organisationen Deutsche Friedensgesellschaft (DFG), Internationale der Kriegsdienstgegner (IdK) und VK gebildet wurde, richtete sich der erste Ostermarsch abstrakt „gegen atomare Kampfmittel jeder Art und jeder Nation"[5]), kurz gegen „die Bombe" schlechthin, ohne daß konkrete Vorschläge für politisches Handeln gemacht wurden. Die Atombombe wurde allerdings nicht isoliert gesehen, sondern als höchste Steigerungsform einer Politik der Gewalt, durch die „nicht nur die Menschheit in ihrem Bestand gefährdet" sei, sondern durch die auch „der einzelne Mensch auf Grund der Menschenverachtung der Regierungen entmündigt und entwürdigt" werde. Wurden so einerseits die gesellschaftlichen Folgen von Gewalt scharfblickend analysiert, wie auch in folgender Aussage zum Ausdruck kam: „Wir erkennen, daß militärisches, mit der atomaren Massenvernichtung rechnendes Gewaltdenken und eine undemokratische und totalitäre Entwicklung eng miteinander verknüpft sind und sich gegenseitig stützen und fördern. Daher gilt: ‚Unser Nein zur Bombe ist ein Ja zur Demokratie', eine Absage an politischen Terror und totalitäre Bedrohung"[6]), so unterblieb auf der anderen Seite eine gesellschaftlich vermittelte Ursachenbestimmung der Gewaltpolitik, beschränkte sich ihre Bekämpfung dem moralischen Impuls entsprechend auf die individuelle Ebene. Dadurch wirkte diese Form der Gewaltlosigkeit freilich nicht allein aktivierend auf den Bürger als Individuum, indem sie durch Bekenntnis und Opfer die Konfrontation mit der Umwelt suchte, sondern ermöglichte auch die

4) „Ratschläge für die Teilnehmer", verfaßt vom Ausschuß für den Ostermarsch zum Raketen-Übungsplatz Bergen-Hohne.
5) Ebd.
6) Grundsätze des Ostermarsches der Atomwaffengegner (verabschiedet auf der Sitzung des Zentralen Ausschusses am 14./15. 10.1961).

Zusammenarbeit von politisch heterogenen Kräften, verhielt sie sich doch einerseits der eigenen Gesellschaft gegenüber ambivalent und eröffnete andererseits durch Ausklammerung der gesellschaftlichen Ursachen von Gewalt und Konzentration auf ihre Folgen ein gemeinsames Betätigungsfeld für gesellschaftsreformerische wie für gesellschaftsverändernde Gruppen, das sich ohne eine notwendigerweise zu Differenzen führende Gesellschaftsanalyse bearbeiten ließ und gleichzeitig den beteiligten Kräften außerhalb der Bewegung die Aufrechterhaltung ihres spezifischen Selbstverständnisses gestattete[7]).

Ein zweiter entscheidender Faktor für die Offenheit der Ostermarschbewegung war ihre spezifische Organisationsstruktur. „Der OM ist keine Mitglieder-Bewegung, sondern stellt eine lockere Aktionseinheit von gleichgesinnten Staatsbürgern dar", heißt es in den „Grundsätzen des Ostermarsches der Atomwaffengegner". Zu den Grundbedingungen des Widerstandes gegen alle Atomwaffen wurde an gleicher Stelle ausgeführt: „Jeder gemeinsame Protest findet grundsätzlich auf verfassungsmäßiger Basis statt. – Jeder gemeinsame Protest ist grundsätzlich ein Protest von einzelnen, nicht von Organisationen. Die Namen der unterstützenden Organisationen treten nur in Ausnahmefällen, die der ZA (Zentrale Ausschuß, d. Verf.) feststellt, in Erscheinung. – Jeder gemeinsame Protest findet im allgemeinen auf Massenbasis statt. – Jeder gemeinsame Protest repräsentiert die Gesamtheit der internationalen, unabhängigen Atomwaffengegner." Indem die Ostermarschbewegung dergestalt auf die Beteiligung des einzelnen abhob, drängte sie den Einfluß der unterstützenden Organisationen zurück und ermöglichte eine weitgehende Offenheit der Diskussion und Entscheidungsfindung. In die gleiche Richtung wirkte das Prinzip, grundsätzliche Fragen nicht durch Mehrheitsbeschluß zu entscheiden, sondern bis zum Kompromiß zu diskutieren. Dennoch war die Ostermarschbewegung keine reine Basisbewegung, sondern durch eine eigentümliche Mischung aus Spontaneität und einem teilweise rigorosen Zentralismus geprägt, wie die folgende Darstellung der Organisationsstruktur erkennen läßt.

Entscheidendes Beschlußorgan war der Zentrale Ausschuß (ZA), der sich am 21./22. Januar 1961 formell konstituierte und auf dieser Sitzung sowohl den Namen „Ostermarsch der Atomwaffengegner" als auch die Übernahme des Symbols der internationalen Antiatombewegung (eine Kombination der internationalen Flaggenzeichen für die Buchstaben „N" und „D" = Nuclear Disarmament in einem Kreis) beschloß. Mitglieder des ZA waren der Sprecher, der den ZA leitete und ihn nach außen vertrat (bis Juni 1964 Hans-Konrad Tempel, anschließend Andreas Buro), der Geschäftsführer (zunächst ehrenamtlich Buro, ab Januar 1965 hauptamtlich Klaus Vack), je 2 (ab Oktober 1961 je 3) gewählte Vertreter der Regionalen Ausschüsse sowie je ein Vertreter der befreundeten Organisationen, über deren Aufnahme der ZA selbst entschied.

7) Vgl. dazu ausführlich Andreas Buro, Die Entstehung der Ostermarsch-Bewegung als Beispiel für die Entfaltung von Massenlernprozessen, in: Friedensanalysen für Theorie und Praxis, B. 4, Frankfurt/M. 1977, S. 50-78.

Als befreundete Organisationen anerkannt waren im Juni 1962: Naturfreundejugend, Komitee gegen Atomrüstung (München), Kampfbund gegen Atomschäden, Kirchliche Bruderschaften, DFG, IdK, VK, Versöhnungsbund, Sozialistischer Deutscher Studentenbund (SDS), Quäker und Internationaler Studentischer Arbeitskreis der Kriegsdienstgegner; im Herbst 1968 kamen der Sozialistische Lehrerbund, der Liberale Studentenbund Deutschlands, die Humanistische Studenten Union und der Aktionsausschuß Unabhängiger Sozialististischer Schüler offiziell hinzu. Aufgaben des ZA waren: „Festlegung der politischen Linie (u. a. für Reden, Slogans, Flugblätter), Festlegung der Richtlinien für die organisatorische Planung, Vertretung der Interessen auf Bundesebene, Administration durch Einrichtung einer Geschäftsstelle."[8]) Der ZA befand nicht nur über die sogenannten „Pflichtslogans", die beim Marsch gezeigt werden mußten, sondern auch über die „Wahlslogans", die gezeigt werden durften; seine Beschlüsse waren bindend. Wenn ein örtlicher Ausschuß gegen die Grundsätze der Bewegung verstieß, konnte er durch Beschluß des ZA aufgelöst werden.

Zum eigentlichen Führungsgremium entwickelte sich freilich der Arbeitsausschuß (AA), der aus der Mitte des ZA gewählt wurde und dem außer dem Sprecher und dem Geschäftsführer weitere 5 Mitglieder angehörten. Aufgabe des AA war es, die Arbeitskontinuität zwischen den ZA-Sitzungen sicherzustellen, in dringenden Fällen ad hoc-Entscheidungen zu fällen und die ZA-Sitzungen vorzubereiten. Aufrufe, die Verbindlichkeit für die gesamte Bewegung beanspruchten, mußten allerdings immer erst dem ZA zur Beschlußfassung vorgelegt werden.

Vor allem Repräsentationszwecken diente das Kuratorium, das aus prominenten Persönlichkeiten gebildet wurden, die mit ihrem Namen für die Unabhängigkeit der Bewegung bürgten. Jeder Kurator hatte das Recht, an den ZA-Sitzungen mit Stimmrecht teilzunehmen. Mitglieder des Kuratoriums waren u. a.: Prof. Wolfgang Abendroth, Frank Allaun (Unterhausabgeordneter der Labour Party), Stefan Andres, Hedwig Born, Benjamin Britten, Domherr L. John Collins, Prof. Ossip K. Flechtheim, Christian Geißler, Prof. Helmut Gollwitzer, Prof. Hans-Joachim Heydorn, Intendant Heinz Hilpert, Robert Jungk, Emil Kästner, Oberkirchenrat Heinz Kloppenburg, Armin Prinz zu Lippe, Kirchenpräsident D. Martin Niemöller, Lord Bertrand Russell, Oberbürgermeister i.R. Robert Scholl, Prof. Heinrich Vogel, Prof. Ernst Wolf.

Die praktische organisatorische Arbeit wurde von den örtlichen und regionalen Ausschüssen geleistet, die „selbständig und aus eigener Initiative" arbeiteten, jedoch „im Interesse der einheitlichen politischen Wirkung" an die Grundsätze der Bewegung und an die ZA-Beschlüsse gebunden waren[9]). Während 1961 zunächst die Regionalausschüsse Nord, West, Südwest und Süd entstanden, wurde später eine regionale Neugliederung beschlossen, so daß es 1965 insgesamt 10 Regionalausschüsse gab (Nordrhein-Westfalen,

8) Grundsätze des Ostermarsches der Atomwaffengegner.
9) Ebd.

Ostwestfalen-Lippe, Hessen/Rheinland, Württemberg/Bodensee, Baden/Pfalz/Saar, Bayern-Nord, Bayern-Süd, Niedersachsen, Bremen, Hamburg/Schleswig-Holstein). Eine kontinuierliche Aktivität entfalteten hier u. a. Christel Beilmann, Detlef Dahlke, Heinz Drab, Heinz Günther Friedrich, Pfarrer Herbert Günneberg, Nikolaus Koch, Gunnar Matthiessen, Hannelis Schulte und Frank Werkmeister, ohne daß diese Namensaufzählung erschöpfend wäre. Örtliche Ausschüsse existierten in nahezu jeder größeren Stadt (1964 waren es allein im Ruhrgebiet 35) [10]), die je nach der spezifischen Arbeitsordnung einer mehr oder weniger strengen Kontrolle der Regionalen Ausschüsse unterworfen waren.

Als Organ der Ostermarschbewegung fungierten die seit Juni 1963 erscheinenden „Informationen zur Abrüstung" (im Januar 1968 in „Außerparlamentarische Opposition" umbenannt), deren Startauflage von 2000 Exemplaren bis 1968 auf 4500 Exemplare stieg.

Bis auf die Geschäftsführung (ab 1963 eine hauptamtliche Kraft) war die Mitarbeit in der Ostermarschbewegung grundsätzlich ehrenamtlich. Die Finanzierung erfolgte etwa zu einem Viertel durch Spenden, durch Teilnehmergebühren und durch Materialverkäufe, wobei die Spenden teilweise aus Zuwendungen befreundeter Organisationen bestanden. Außerdem gibt es Anhaltspunkte dafür, daß Organisationen über ihre Mitglieder Gelder als private Spenden einzahlten. „Annahmen, die ‚Ostermarsch'-Bewegung könnte durch finanzielle Zuwendungen in ihren politischen Aussagen beeinflußt bzw. in ihrer Unabhängigkeit beeinträchtigt worden sein, finden im zugänglichen Material (freilich) keinerlei Grundlage."[11])

Politisch-ideologische und organisatorische Unabhängigkeit war in der Tat eines der wichtigsten Charakteristika der Ostermarschbewegung, um deren Wahrung sie strikt bemüht war. Der in der starken Stellung des ZA zum Ausdruck kommende Zentralismus war nicht zuletzt durch die Abwehr erwarteter kommunistischer Einflußnahmeversuche motiviert, wobei freilich bemerkenswert ist, daß er sich letztlich mangels Sanktionsmöglichkeiten nur auf die Einsicht der Teilnehmer in die Notwendigkeit strenger Disziplin stützen konnte. Daß es trotz dieser spannungsreichen Mischung aus Spontaneität und Zentralismus keine größeren Reibungsverluste gab, ist u. a. darauf zurückzuführen, daß sich der ZA seinerseits stets erneut am Bewußtsein der Basis orientieren und somit deren Lernprozesse mitvollziehen mußte, wollte er nicht das Ende der Bewegung riskieren, die letztlich von der Aktivität „von unten" lebte. Dem Ostermarsch gelang es so, die unduldsam enge politische Abgrenzung der Gründer zu überwinden und das politische Themenspektrum der

10) Die Kampagne für Abrüstung im Rahmen internationaler Abrüstungsbemühungen. Eine Analyse des Ostermarsches der Atomwaffengegner (= Jugend-Exclusiv-Berichte," 21-22/64, Februar 1964), S. 18.
11) Otto, S. 97.

Bewegung auszuweiten, ohne ihre Unabhängigkeit aufs Spiel zu setzen oder eine Spaltung hervorzurufen.

Vor allem durch die enge Verbindung mit dem VK, der seine Mitglieder auf eine in der Satzung verankerte antikommunistische Klausel verpflichtete[12]), trug die Ostermarschbewegung in der Tat anfangs ausgeprägt antikommunistische Akzente, die sowohl eine Folge echter Berührungsangst waren als auch vor dem Hintergrund eines emotional aufgeladenen Antikommunismus (KPD-Verbot 1956, Komitee „Rettet die Freiheit" mit dem „Rotbuch" 1959), der quasi zur Staatsdoktrin avanciert war, vor jedem Unterwanderungsverdacht schützen sollte. Erfolgte die Ablehnung der Aufnahmeanträge einer Reihe von Organisationen, deren Nähe zur KPD offensichtlich erschien oder bloß vermutet wurde (Gesamtdeutsche Arbeitsgemeinschaft, Deutsche Jugendgemeinschaft, Vereinigung Unabhängiger Sozialisten, Landesfriedenskomitees, Westdeutsche Frauenfriedensbewegung und Deutscher Freidenker-Verband; die beiden letzteren wurden allerdings 1967 schließlich doch zur Mitarbeit eingeladen), durch den ZA noch im Konsens, so versuchte Tempel den Ostermarsch auf Forderungen festzulegen, die eine Beteiligung von Kommunisten aus politischen Gründen nicht mehr gestattet hätte, wenn er etwa im September 1961 zur Gründung „Weißer Garden" aufrief, die als friedliche Fallschirmspringer an den Krisenpunkten der Welt eingesetzt werden und in einem ersten Einsatz die Mauer in Berlin niederreißen sollten. In Köln wurden 1962 unter dem Einfluß des VK nicht nur Kommunisten, sondern auch Mitglieder der DFG, der IdK und der Deutschen Friedensunion (DFU) von der Mitarbeit ausgeschlossen[13]), während es umgekehrt beispielsweise in Bochum 1963 den erfolglosen Versuch gab, dem in die Bundesrepublik gewechselten DDR-Schriftsteller Gerhard Zwerenz wegen „Antikommunismus" die Redeerlaubnis für den Ostermarsch zu entziehen. Durch die vermittelnde Position der inzwischen stärker vertretenen unabhängigen sozialistischen Kräfte (Herbert Faller, Heiner Halberstadt, Arno Klönne, Klaus Vack) gelang es jedoch, sowohl Ausschlußtendenzen wie Instrumentalisierungsgefahren abzuwehren und einen allgemeinen Minimalkonsens herzustellen, der auch die Kommunisten einschloß.

Ihre Unabhängigkeit stellte die Ostermarschbewegung durch inhaltliche Erklärungen unter Beweis, die weniger durch Distanzierungen als durch konkrete politische Ansprüche an Ost und West bestimmt waren. Entsprechend der in den Grundsätzen festgelegten Leitformel „Widerstand gegen Atomwaffen jeder Art und jeder Nation in Ost und West" protestierte der Ostermarsch sowohl gegen die amerikanischen als auch gegen die sowjetischen Atombombenversuche in der Atmosphäre, die als „Mord und Vorbereitung zu wei-

12) Vgl. Guido Grünewald, Zwischen Kriegsdienstverweigerergewerkschaft und politischer Friedensorganisation: Der Verband der Kriegsdienstverweigerer (VK) 1958-1966, Hamburg 1977, S. 51f.
13) Vgl. dazu Guido Grünewald, Die Friedensbewegung in Köln nach dem Zweiten Weltkrieg, in: Reinhold Billstein (Hrsg.), Das Andere Köln. Demokratische Tradition seit der Französischen Revolution, Köln 1979, S. 446-485, hier S. 463 f.

terem Völkermord" verurteilt wurden[14]). Dem Vorsitzenden des Ministerrats der DDR, Otto Grotewohl, der dem Ostermarsch seine volle Sympathie ausgesprochen und betont hatte, daß dessen Politik ein fester Bestandteil der Regierungspolitik der DDR sei, antwortete der ZA am 27. Juli 1963 mit einem Schreiben, in dem er darauf hinwies, daß für den Ostermarsch „die sowjetischen Atomwaffen kein Mittel der Friedenspolitik" seien, daß er „die Rüstungs- und Atomwaffenpolitik aller Bündnissysteme" ablehne und daß er auch für die Bürger der Staaten der Warschauer Vertrags-Organisation (WVO) „die Möglichkeit zu Demonstrationen gegen die eigene Atomrüstung" fordere. Weiter hieß es in dem Schreiben unmißverständlich: „Die richtige Auslegung unserer Ziele ist für unsere Arbeit von besonderer Bedeutung, da wir vielen Angriffen, denen Mißdeutungen unseres Anliegens zu Grunde liegen, ausgesetzt sind. Das Studium der Presse, des Rundfunks und des Fernsehens der DDR hat uns nun gezeigt, daß unsere Forderungen darin häufig so verkürzt dargestellt werden, daß der Eindruck entstehen muß, als richte sich unser Kampf einseitig gegen die Rüstungs- und Atomwaffenpolitik der BRD. Daß dies nicht zutrifft, haben wir Ihnen eingehend dargelegt. Wir sehen uns daher veranlaßt, Sie zu bitten, Ihren Einfluß geltend zu machen, damit auch in den Nachrichten, Meldungen und Berichten dieser Organe ein richtiges Bild unserer Bemühungen gegeben wird."

Ungeachtet einer derart deutlichen Kritik hob sich die Ostermarschbewegung von dem damals in der Bundesrepublik noch ungebrochenen, in antikommunistischen Klischees erstarrten Denken in Freund-Feind-Schemata entscheidend ab, betrachtete sie die WVO-Staaten doch nicht als Todfeind, denen man nur auf militärische Stärke gestützt entgegentreten könne, sondern sprach ihnen – hier machten auch Tempel und der Gründerkreis keine Ausnahme – durchaus ernsthaften Friedenswillen zu und trat daher für eine Politik des Ausgleichs und der Koexistenz ein. Wollte die Bewegung freilich politische Wirksamkeit entfalten, so mußte sowohl die abstrakt moralische Appellationsebene des ersten Ostermarsches in konkrete politische Aussagen umgesetzt als auch die dort erhobene Forderung nach einseitiger Abrüstung entschärft werden, da sie an den tatsächlichen Alternativmöglichkeiten vorbeiging. Mit der Beteiligung des sozialdemokratisch orientierten Teils der Arbeiterjugend (Naturfreundejugend, Falken) war ein erster Schritt in diese Richtung getan, wobei der „Politisierungsprozeß" freilich nicht reibungslos verlief. Vor allem der Kreis um Tempel versuchte zusammen mit dem VK die pazifistische Linie des ersten Ostermarsches festzuschreiben und ihn zugleich nach dem Beispiel des britischen Committee of 100 auf eine Strategie des gewaltfreien Widerstandes festzulegen[15]), während die ebenfalls pazifistische IdK, die vom organisatorischen Einsatz her gleichfalls zu den hauptsächlichen

14) Schreiben des ZA an Ministerpräsident Chruschtschow vom 11. 8. 1962. Gegen die amerikanischen Versuche protestierte der ZA in einem Schreiben an den US-Botschafter in Bad Godesberg vom 30. 4. 1962.

15) Aus den Reihen der CND entstand im Sommer 1960 das Committee of 100 mit Bertrand Russell an der Spitze, das sich auf Aktionen zivilen Ungehorsams konzentrierte und damit schießlich die Spaltung der britischen Ostermarschbewegung herbeiführte. Zum Committee vgl. Brock, S. 244 ff. sowie Ronals W. Clark, The Life of Bertrand Russell, Harmondsworth, Middlesex 1978, S. 712 ff.

Trägerorganisationen zählte, die inhaltliche Weiterentwicklung voll mitvollzog[16]). Nachdem die Würfel gefallen waren, trug freilich auch der VK die Neuorientierung mit, die im September 1963 folgerichtig zur Umbenennung in „Kampagne für Abrüstung – Ostermarsch der Atomwaffengegner" (KfA) führte.

Die Forderungen der Ostermarschbewegung wurden zunehmend präziser. Bereits in den Grundsätzen vom Oktober 1961 wurden die sofortige und endgültige Einstellung aller Kernwaffenversuche, der Verzicht auf die weitere Produktion von Kernwaffen, Vereinbarungen über die Bildung atomwaffenfreier Zonen, die allgemeine kontrollierte Abrüstung und die Abschaffung aller vorhandenen Kernwaffen verlangt. Im Ostermarsch-Aufruf 1962 wurden zusätzlich der Verzicht auf atomare Bewaffnung in ganz Deutschland und auf die Stationierung atomar gerüsteter Truppen auf deutschem Territorium sowie Vereinbarungen über eine von den Großmächten und der UNO garantierte atomwaffenfreie Zone in Mitteleuropa gefordert, während 1963 die Forderungen nach Nichtweiterverbreitung von Atomwaffen und nach dem Verzicht auf eine deutsch-französische Atomwaffenproduktion sowie das Motto „Mitteleuropa – atomwaffenfrei, militärisch verdünnte Entspannungszone, Brücke zwischen Ost und West" hinzutraten. 1964 wurden erstmals konkrete Forderungen an die Bundesregierung gerichtet, die zum Beitritt zu allen Gewaltverzichtsvereinbarungen und zu einer Initiative zu Verhandlungen über ein atomwaffenfreies, militärisch verdünntes Sicherheitssystem in Europa aufgefordert wurde. Mit aktuellen Stellungnahmen wandte sich die Kampagne jetzt auch gegen den Versuch der Bundesregierung, über die geplante multilaterale Atomstreitmacht (MLF) die Mitverfügungsgewalt über Atomwaffen zu erlangen, gegen Bestrebungen zum Ausbau des Luftschutzes sowie gegen den Plan, entlang der Grenze zur DDR einen Atomminengürtel zu legen.

Im Juni 1965 legte die Kampagne ein „Sofortprogramm für die Bundesrepublik Deutschland" vor, das die bis dahin präzisesten Vorschläge enthielt und im Ostermarsch-Aufruf 1966 in folgenden Punkten zusammengefaßt wurde:

„Die Bundesrepublik soll den Abschluß eines Vertrages gegen die Weiterverbreitung von Atomwaffen nicht länger durch ihre Forderung nach atomarer Verfügungsgewalt blockieren.
Die Bundesrepublik, Polen, die CSSR und die DDR sollen den endgültigen Verzicht auf Herstellung, Erprobung und Besitz von Atomwaffen, auf jede Verfügung über Atomwaffen sowie jede Beteiligung an atomaren Waffensystemen erklären.
Die Kernwaffenbestände im Gebiet dieser Länder sollen nicht weiter vermehrt werden.
Die Rüstungsetats dieser Länder sollen nicht weiter gesteigert werden.
Die Rüstungsetats in den vier Ländern sollen stufenweise verringert werden.
Die Bundesrepublik Deutschland, Polen, die CSSR und die DDR sollen den Verzicht auf die Lagerung fremder Atomwaffen erklären und die Bildung einer international kontrollierten atomwaffenfreien Zone einleiten.
Eine europäische Sicherheitskonferenz soll einberufen werden. Die Bundesrepublik soll die Be-

16) Vgl. Guido Grünewald, Die Internationale der Kriegsdienstgegner (IdK). Ihre Geschichte von 1945 bis 1968, Köln 1982, S. 248 f.

ziehungen zu den osteuropäischen Staaten ausbauen, um die Entspannung in Europa voranzutreiben.
Die Bundesrepublik soll alle Vorschläge unterstützen, die auf die Erweiterung des atomaren Teststopp-Abkommens, ein Abkommen zur Verhütung von Überraschungsangriffen und eine allgemeine kontrollierte Abrüstung hinzielen.
Die Bundesrepublik soll das Amt für Fragen der Rüstungskontrolle und Abrüstung instandsetzen, die hier vorgeschlagenen politischen Schritte fachlich vorzubereiten. Der Deutsche Bundestag soll einen Ausschuß für Abrüstungsfragen bilden.
Die Bundesrepublik soll Forschungsarbeiten zu Fragen der Rüstungskontrolle, der Abrüstung und der internationalen Zusammenarbeit fördern und solche Themen zum Gegenstand der Schulbildung und der außerschulischen Bildung machen."

Mit dem Sofortprogramm dokumentierte die Kampagne nicht nur, daß sie zu konstruktiven und realistischen Politikvorschlägen fähig war, sondern stellte auch endgültig unter Beweis, daß sie sich von den Schablonen des kalten Krieges emanzipiert hatte, orientierten sich ihre Vorschläge doch im Kern am Gomulka-Plan vom Dezember 1963, über den sich KfA-Vertreter bei einem Besuch in Warschau informiert hatten. Trat die Kampagne somit östlichen Abrüstungsvorschlägen jetzt vorurteilslos gegenüber, so rückte gleichzeitig die Bundesregierung immer stärker ins Zentrum der Kritik, erkannte man doch in ihrer Politik des Alleinvertretungsanspruchs und des Offenhaltens der Grenzfrage sowie in ihrem Streben nach atomarer Mitverfügung den hauptsächlichen Störfaktor des internationalen Entspannungsprozesses. Die Tabuzonen der Deutschlandpolitik wurden allerdings von der KfA lange Zeit nicht tangiert, wenn sie auch für Verhandlungen mit dem Osten ohne das Junktim gleichzeitiger Fortschritte in Richtung Wiedervereinigung eintrat. Erst 1968 wurden die Anerkennung der Nachkriegsgrenzen in Europa, die Aufgabe des Alleinvertretungsanspruchs und die Anerkennung der DDR sowie damals auch die Anerkennung der selbständigen Rolle West-Berlins im Rahmen einer Entspannungs- und Verständigungspolitik gefordert.

Parallel mit der politischen Konkretisierung ihrer Aussagen weitete sich die Ostermarschbewegung quantitativ aus. 1961 fanden erstmals bundesweit 4 Märsche statt, in späteren Jahren waren es zwischen 14 und 20 Märschen. Die Teilnehmerzahlen stiegen rapide an[17]):

Jahr	*Veranstaltungen*	*Unterzeichner*	*Marschteilnehmer*	*Kundgebungsteilnehmer*	*Marsch- und Kundgebungsteilnehmer*
1960					*1 000*
1961			*7 500*	*20 000*	
1962		*230*			*50 000*
1963	*130*	*3 000*	*34 000*	*60 000*	
1964	*280*	*8 400*			*100 000*
1965	*300*				*130 000*
1966	*600*	*10 100*			*145 000*
1967	*800*	*15 000*			*150 000*
1968	*1000*				*300 000*

17) Zahlenangaben nach: Otto, S. 147; „Jugend-Exclusiv-Berichte", 21-22/64, S. 15/16 und 41-42/66, S. 23; „Informationsdienst für Demokratie und Abrüstung" 10/68, Meldung 106/68.

Besonders deutlich wurde die quantitative wie qualitative Erweiterung der Ostermarschbasis an der Zahl und Zusammensetzung der Unterzeichner der jährlichen Ostermarsch-Aufrufe. Unter den 15 000 Unterzeichnern im Jahre 1967 waren 1416 Geistliche und Theologen, 1507 Pädagogen, 486 Hochschullehrer und Wissenschaftler, 1378 Gewerkschaftsfunktionäre, 1008 Vertreter von Jugend- und Studentenorganisationen, 891 Künstler sowie 577 Schriftsteller und Publizisten. Dieses Spektrum widerlegt ebenso die oftmals anzutreffende Einschätzung der Ostermarschbewegung als Jugendprotest wie eine 1965 durchgeführte Umfrage in 4 Regionalausschüssen. Danach waren 19% der Mitarbeiter jünger als 25 Jahre, 76% waren zwischen 25 und 50 Jahren alt und 5% zählten mehr als 50 Jahre. Die Frage nach den Berufsgruppen ergab folgendes Bild: Arbeiter 11%, Angestellte 34%, Beamte 13%, Hausfrauen 8%, Freiberufler 15%, Akademiker 22%, Studenten 11%[18]).

Das Bild der Ostermärsche selbst wurde freilich größtenteils von Jugendlichen bestimmt. Spätestens ab 1963 waren es farbenfrohe und singende Märsche, nachdem mit der Ausweitung der Bewegung der Gedanke des Opfers in den Hintergrund getreten war und man sich hinsichtlich der Marschdauer auf eine Mindestdauer von 2 Tagen geeinigt hatte. Mit Sandwich-Plakaten, Trageschildern und Transparenten bestückt, Sprechchöre skandierend oder eines der neu entstandenen Ostermarschlieder singend, zogen die Teilnehmer durch die Straßen; auf diese Weise entstand ein Wir-Gefühl, das durch die Beteiligung ausländischer Atomwaffengegner eine internationale Dimension gewann. Für ein abwechslungsreiches Gesamtbild sorgten nicht nur die zahlreichen Klampfenchöre, Skifflegroups, Jazzbands und die Auftritte von Liedermachern (Fasia, Dieter Süverkrüp, Perry Friedman, später auch Joan Baez). Da begleitete beispielsweise eine Musikgruppe den Marsch auf einem Pferdewagen, während der Kommunist Richard Scheringer 1964 mit einem Esel erschien, der Schilder mit den Texten „Ich Esel bin für die Atomrüstung" und „Hoch lebe die mulitlaterale Atomstreitmacht" trug. Ein Jahr später wurde der Esel von einem Hund, einer Katze und einem Hahn begleitet, die als Bremer Stadtmusikanten die Zuschauer mit dem Gebrüder-Grimm-Zitat „Zieh mit uns, etwas Besseres als den Tod findest Du überall" zur Teilnahme aufforderten.

Mit dem Wachstum der Ostermarschbewegung weitete sich auch ihr zeitlicher Aktionsradius aus. Neue Aktionsschwerpunkte waren seit 1961 der Hiroshimatag (6. August) und der Antikriegstag (1. September), an denen Mahnwachen und Demonstrationen durchgeführt wurden. Die Ostermärsche waren jetzt nur noch die wichtigste Aktionsform der Bewegung, die insgesamt eine Vielzahl von Arbeitsmethoden entwickelte: Neben die traditionellen Aktionsformen wie Kundgebungen, Demonstrationen, Flugblattverteilung, Vortrags- und Diskussionsveranstaltungen, Infostände, Verkauf der Ostermarsch-Materialien usw. traten Mahnwachen, Einzeldemonstrationen mit

18) Da sich die einzelnen Kategorien teilweise überschneiden, ergab sich eine Summe von mehr als 100 Prozent.

Sandwich-Plakaten, Sitzproteste, Auto- und Fahrradkorsos, Feldgottesdienste, Skiffle-Parties, Dia-Werbung in Kinos, Lobby-Aktionen, durch die ausgesuchte Zielgruppen wie Journalisten und Parlamentarier mit den Zielen der Kampagne vertraut gemacht wurden, Auktionen für Abrüstung, Kabarett- und Revueveranstaltungen sowie Unterschriftensammlungen als Medium der Haus- und Straßenagitation. Mehr als 100 000 Bürger unterschrieben 1964 eine Petition der Kampagne an den Bundestag, in der ein Verzicht der Bundesrepublik auf die Beteiligung an der MLF und auf die atomare Ausrüstung der Bundeswehr, die Aufnahme von Verhandlungen über eine atomwaffenfreie Entspannungszone in Mitteleuropa und die Einrichtung einer Abrüstungsbehörde gefordert wurden. Die Kampagne wandte sich verschiedentlich mit Stellungnahmen an die Genfer Abrüstungskonferenz; die Zusammenarbeit mit den Atomwaffengegnern in den anderen Ländern vollzog sich im Rahmen der Internationalen Konförderation für Abrüstung und Frieden (ICDP), die 1963 entstand, allerdings erst Anfang 1964 offiziell gegründet wurde. Daneben gab es immer wieder fantasievolle Aktionsformen, die vom basisnahmen Charakter der Bewegung zeugen. Bei einem Fackelzug anläßlich des Hamburger Luftschutzhelfertages 1964 wurde so ein Esel mitgeführt, der ein Schild mit folgendem Text trug: „Ich Esel sage: ‚Jeder hat eine Chance'. Mein Kommentar: IA zum Luftschutz, IA zur Bombe, IA zur Vernichtung." Ein besonders starkes Echo fand die Aktion Volkssarg, die im Sommer 1965 in mehreren Städten durchgeführt wurde. In Oberursel (Taunus) beispielsweise wurde den schockierten Bürgern drei betont schlichte Modelle der Marke „Volkssarg" im ambulanten Straßenhandel angeboten. Dabei wurde ein Flugblatt der Abteilung Öffentlichkeitsarbeit eines „Bundessargbevorratungsamts" verteilt, das den Text eines angeblich beschlossenen Bundessargbevorratungsgesetzes enthielt, in dem es u. a. hieß: „Jeder Haushaltunsvorstand ist verpflichtet, für sich und die zu seinem Haushalt gehörenden Personen Särge zu bevorraten" (§ 2,1) sowie: „Bei Luftwarnung bzw. ABC-Alarm haben die Benutzungspflichtigen ihre Särge aufzusuchen und die Deckel zu schließen" (§ 6,2).

Während die Aktion in Oberursel ungestört vonstatten ging, wurden in Frankfurt die Sargmodelle von der Polizei beschlagnahmt. Diese Aktion war nicht untypisch für die zahlreichen Behinderungen und Diffamierungen, denen sich die Ostermarschbewegung ausgesetzt sah. Von der Bundesregierung wurde sie von Beginn an in die kommunistische Ecke gestellt, wobei vor allem die seit 1965 veröffentlichten Berichte über „Die kommunistische Tätigkeit in der Bundesrepublik" den Ostermarsch als Werk kommunistischer Steuerung darzustellenversuchten. Hieß es im Bericht von 1965, die KPD habe in einige regionale Ausschüsse „Mitglieder und Mitarbeiter kommunistisch beeinflußter Organisationen" entsandt[19]), so stand 1968 für die Bundesregierung bereits fest, daß etwa ein Fünftel der Mitglieder des ZA Kommunisten waren, „die sich zudem durchweg in Schlüsselpositionen" befanden und „großen

19) Kommunistische Tätigkeit in der Bundesrepublik im Jahre 1964 (aus politik und Zeitgeschichte", B 33/65 v. 18. 8. 1965), S. 32.

Einfluß" hatten. Insgesamt war die Ostermarschbewegung in der Sicht des Berichts „weitgehend auf bekannte Nahziele der KPD eingeschwenkt"[20]). SPD und DGB, noch während der KdA-Kampagne selbst Opfer derartiger Diffamierungen, reagierten jetzt gegenüber dem Ostermarsch in ähnlicher Weise wie die Regierung. In einem vom Parteivorsitzenden Ollenhauer unterzeichneten Schreiben an die SPD-Bezirke vom 1. März 1961 wurden die Parteimitglieder aufgefordert, sich nicht an den Märschen zu beteiligen, da diese „von kommunistischen Hintermännern mißbraucht" würden[21]). In einer Stellungnahme des SPD-Präsidium vom 7. November 1963 wurde die Warnung vor einer Teilnahme wiederholt, richte die KfA „ihre Argumentation doch weitgehend einseitig gegen westliche Verteidigungsmaßnahmen", während „militärische Maßnahmen der Sowjetunion und des Ostblocks ‚mit Verständnis' kommentiert" würden[22]). Angebote des ZA zu einem klärenden Gespräch ließ der SPD-Vorstand unbeantwortet. Stattdessen erschien kurz vor dem Ostermarsch 1964 unter fingiertem Verfassernamen in Massenauflage eine Broschüre mit dem Titel „Ostermarsch-Betrachtungen", in der die Kampagne der weitgehenden kommunistischen Unterwanderung bezichtigt und die kostenlos an zahlreiche Gewerkschaftsfunktionäre verschickt sowie vom „Vorwärts" propagiert wurde.

Die Broschüre war offensichtlich eine Reaktion auf die politische Profilierung der Bewegung, zumal sich zum gleichen Zeitpunkt auch der „Industrie-Warndienst zur Abwehr wirtschaftsschädigender Tätigkeit" und der „Deutschland-Dienst" der CDU mit ähnlichen Warnungen zu Wort meldeten. Der Bundesvorstand des DGB untersagte Gewerkschaftsmitgliedern Ende März 1961 die Teilnahme an den Märschen, war jedoch bald gezwungen, sich ebenfalls mit Warnungen zu begnügen, nachdem die 6. Jugendkonferenz der IG Metall im Mai 1962 einstimmig zu Unterstützung der Ostermärsche aufgerufen hatte und nicht nur zahlreiche Gewerkschaftsgremien sinngemäße Beschlüsse faßten, sondern auch immer mehr Gewerkschafter durch ihre Unterschrift zur Beteiligung an den Märschen aufriefen bzw. selbst mitmarschierten. Auch innerhalb der SPD gewann die Kampagne ständig an Resonanz. Sozialdemokraten trugen die Arbeit der KfA aktiv mit; 1965 unterzeichneten Bürgermeister, Abgeordnete und Funktionäre der SPD aus über 50 Städten und Gemeinden den Ostermarschaufruf. Lediglich die Falken zogen sich 1962 unter dem Druck der SPD-Führung aus der Ostermarschbewegung zurück, bezahlten dafür aber mit langwierigen internen Auseinandersetzungen.

Die Arbeit der Ostermarschbewegung wurde durch zahlreiche Schikanen behindert. So wurden die Märsche von den Behörden häufig durch menschenleere Gegenden gelenkt, wurden Lautsprecherbenutzung, Sprechchöre, Gesang und Flugblattverteilen verboten, Plakate und Transparente einer ungesetzlichen Vorzenzur unterworfen, wurden der Vorbeimarsch an und Aufent-

20) Linksradikalismus in der Bundesrepublik im Jahre 1967 („aus Politik und Zeitgeschichte", B 30/68, v. 24. 7. 1968), S. 8.
21) Zit. nach Otto, S. 132.
22) Zit. nach: „Jugend-Exclusiv-Berichte", 21-22/64, S. 28.

halt vor militärischen Anlagen untersagt. Ein Bericht über den Marsch Bayern-Nord 1962 schildert plastisch die Schwierigkeiten: „Unser Weg führte uns über sehr schlechte Feldwege, auf denen keinerlei Verkehr war. In Gegenden, die überwiegend katholisch sind, wurden wir von der Bevölkerung kaum beachtet. Außerdem waren in dieser Gegend Plakate geklebt worden, welche den Kopf Chruschtschows zeigten und den Text trugen: ‚Sie marschieren – und Chruschtschow grinst!' Während der Kirchzeit wurde uns ebenfalls das Marschieren untersagt. Wir hielten in dieser Zeit ebenfalls einen Gottesdienst im Freien ab. Unserer Bitte, uns für diesen Gottesdienst einen Geistlichen zu stellen, konnte vom Nürnberger Lutherischen Kirchenamt nicht entsprochen werden, weil angeblich kein Geistlicher zur Verfügung stand."[23]) Ausländischen Atomwaffengegnern wurde wiederholt die Einreise verboten; 1963 wurden in Düsseldorf britische Ostermarschierer über Ostern auf dem Flughafen festgehalten. So wie über diesen Vorfall berichtete die Presse größtenteils unter Negativaspekten, nachdem der erste Ostermarsch schlicht totgeschwiegen worden war. 1964 wurde erstmals auch über die politischen Forderungen berichtet, während 1967 die politischen Aussagen ganz selbstverständlich im Mittelpunkt der Berichtserstattung standen, von der sich kaum eine Zeitung noch ausschloß.

Dadurch daß es der Ostermarschbewegung gelungen war, ihre Autonomie gegenüber den Parteien zu wahren, ihre Unabhängigkeit von Ost und West unter Verzicht auf die Schablonen des kalten Krieges zu behaupten und die Erwartung politischer Kurskorrekturen an der Möglichkeit eigene Engagements auszurichten, hatte sie sich Mitte der 60er Jahre zu einem Kristallisationspunkt der außerparlamentarischen Opposition entwickelt. Ab 1965 weitete sich der Argumentationskatalog der Kampagne entschieden aus, da jetzt das Problem der Demokratisierung in den Vordergrund rückte. Zwar war bereits von Beginn an der Zusammenhang zwischen militärischer Gewaltpolitik und Gefahren für die Demokratie gesehen worden („Unser Nein zur Bombe ist ein Ja zur Demokratie"), doch hatte die heterogene politische Motivation bisher die Konkretisierung dieses Themas verhindert. Wenn es jetzt dennoch ohne irgendwelche Abspaltungen zu einem solchen gemeinsamen Lernschritt kam, so ist dies vor allem auf drei Faktoren zurückzuführen: 1) Die amerikanische Kriegsführung in Vietnam führte die repressiven Folgen der antikommunistischen Globalstrategie vor Augen und erschütterte nachhaltig das Idealbild der freiheitlichen und friedlichen demokratischen Vormacht USA. Das enge Bündnis mit den USA und die unkritische Unterstützung der Bundesregierung waren Motive genug, die Realität der eigenen Gesellschaft kritisch zu prüfen. 2) Die durch Diffamierung gekennzeichnete Reaktion der politischen Institutionen und Medien auf die Forderungen der Kampagne führten zu Zweifeln an der Rationalität des demokratischen Prozesses. Besonders im Konflikt um die Notstandsgesetzgebung wurde der Widerspruch zwischen dem Idealbild der Demokratie und der politischen Wirklichkeit in der

23) Bericht des Nürnberger IdK-Vorsitzenden Heinrich Müssig in: Rundschreiben der Bundesgeschäftsstelle der IdK 4-5/62 v. 7. 5. 1962, s. 5.

Bundesrepublik sichtbar. 3) Das Verhalten der SPD in der Krise 1966 enttäuschte die an sie geknüpften Erwartungen endgültig. Die Bildung der Großen Koalition drängte nicht nur inhaltliche Alternativpositionen in den außerparlamentarischen Raum zurück, sondern rief rief auch antiparlamentarische Bestrebungen hervor, die sich an rätedemokratischen Vorstellungen orientierten.

Gegen die amerikanische Intervention in Vietnam, die im August 1964 nach der sogenannten „Tonking-Affäre" zur offenen Kriegsführung ausgeweitet wurde, protestierte die Kampagne erstmals beim Ostermarsch 1965. Die KfA sah im Kampf der Vietcong „einen nationalen Befreiungskrieg und keineswegs einen Krieg gegen die Demokratie"; Freiheit und Demokratie würden vielmehr „von der Regierung Südvietnams mit Hilfe der USA unterdrückt"[24]). Die Kampagne trat für eine Verhandlungslösung ein, deren Umrisse sie im Ostermarschaufruf 1967 mit folgenden Forderungen skizzierte: „Einstellung der Bombenangriffe auf Nord-Vietnam; Anerkennung der Nationalen Befreiungsfront als Verhandlungspartner; Einstellung der militärischen Aktivitäten in Süd-Vietnam; Verhandlungen auf der Grundlage des Genfer Abkommens von 1954; Abzug aller ausländischen Truppen und Neutralisierung ganz Vietnams." Von der Bundesregierung wurde außerdem verlangt, den Krieg in Vietnam nicht länger zu unterstützen und bei der US-Regierung auf eine friedliche Lösung des Konflikts hinzuwirken. Mit Demonstrationen, Foto-Ausstellungen, die die Grausamkeit des Krieges dokumentieren, Mahnwachen vor amerikanischen Botschaften und Konsulaten, einem Flugblatt in englischer Sprache für die in der Bundesrepublik stationierten US-Soldaten, Appellen zu Spenden für die „Hilfsaktion Vietnam", einer fünfminütigen Verkehrsruhe in etwa 50 Städten am Karfreitag 1968 etc. artikulierte die KfA ihren Protest, bei dem sie sich in Übereinstimmung mit der innerameriakanischen Opposition gegen den Vietnamkrieg sah.

Gegen die Notstandsgesetze machte die Kampagne ab 1965 mobil, als sich die Verabschiedung der Gesetze durch den Bundestag abzeichnete. Während sich der ZA im Januar 1965 einem von Wissenschaftlern und Gewerkschaftlern unterzeichneten Appell an die Parlamentsfraktionen anschloß, führte die KfA imJuni 1965 unmittelbar vor der bevorstehenden Verabschiedung der sogenannten „einfachen Notstandsgesetze" in Bonn Protest- und Lobbyaktionen durch, in deren Verlauf 10 000 Flugblätter verteilt und mit 21 SPD- und FDP-Bundestagsabgeordneten Gespräche geführt wurden. Über das 1966 gebildete Kuratorium „Notstand der Demokratie", das am 30. Oktober 1966 in Frankfurt den von 6 Einzelgewerkschaften mitgetragenen Kongreß „Notstand der Demokratie" veranstaltete, gelang es der Kampagne, in der Notstandsfrage mit einem bedeutenden Teil des gewerkschaftlichen Potentials zu einer Kooperation zu kommen. Ihre inhaltlichen Forderungen faßte die KfA im Ostermarsch-Aufruf 1967 folgendermaßen zusammen: „Keine Verabschie-

24) Erklärung des ZA zum Internationalen Vietnamtag vom 18. 10. 1965; zitiert nach „Jugend-Exclusiv-Berichte", 41-42/66, S. 11.

dung weiterer Notstandsgesetze; Aufhebung der bereits beschlossenen Notstandsgesetze; Schutz der Verfassung vor jeder autoritären Verfälschung"; als Alternative wurde empfohlen: „Statt ‚Vorbereitung auf den Ernstfall' Verhinderung des Ernstfalls durch eine deutsche Entspannungspolitik; Aktive Mitarbeit unseres Landes an der Strategie des Friedens für eine Welt ohne Hunger und Krieg."

An der Formulierung der Alternative wird deutlich, daß die Integration der Notstandsproblematik in die Kampagnepolitik vor allem über das Argument der durch diese Gesetze hervorgerufenen Friedensgefährdung erfolgte. Der SDS, der zur Avantgarde der sich formierenden studentischen Opposition gereift war, verfolgte allerdings bereits damals die Strategie, die KfA über die Notstandsthematik in eine sozialistische Massenbewegung unter seiner Führung umzuwandeln. Indem die Kampagne ab 1967 die Alternative Notstands-Rüstungsstaat und Sozialstaat stark herausstellte, gelang ihr zunächst die weitere Integration des SDS; auch Bestrebungen zur Bildung einer neuen linkssozialistischen Partei, wie sie nach Bildung der Großen Koalition Anfang 1967 vor allem von führenden VK-Funktionären geäußert wurden, gelangten nicht zur Ausführung. Der große Erfolg des Ostermarsches 1967, der der KfA insbesondere viele Jugendliche neu zugeführt hatte, schien vielmehr das Konzept der Sammlungsbewegung eindrucksvoll zu bestätigen. Mit der Erschießung Benno Ohnsorgs am 2. Juni 1967, die den studentischen Protest radikalisierte und unter Führung des SDS zur Entwicklung der APO mit einer antikapitalistischen, antiautoritären und bei großen Teilen auch antiparlamentarischen Stoßrichtung führte, brachen die Probleme jedoch erneut auf. Der ZA nahm jetzt die Parole der studentischen Linken „Enteignet Springer" auf und beschloß, daß sich die KfA an der Kampagne gegen Springer beteiligen werde, wobei man allerdings bemüht war, den Zusammenhang zwischen dieser Forderung und dem Ziel der Friedenssicherung durch Abrüstung mit dem Hinweis auf die antikommunistische und aufrüstungsfreundliche Linie der Springer-Zeitungen zu verdeutlichen.

Der Übergang der KfA zu explizit gesellschaftskritischen Positionen war unter dem Druck der APO sowie vor dem Hintergrund einer regelrechten Studentenhetze der Rechtspresse und alarmierender Wahlerfolge der NPD weitgehend spontan erfolgt, wurde aber bis zu diesem Punkt von allen entscheidenen Trägergruppen gebilligt, wie der Verlauf der Essener Aktionskonferenz vom 13./14. Januar 1968 zeigte, auf der sich die Bewegung in „Kampagne für Demokratie und Abrüstung" (KfDA) umbenannte. Im Ostermarsch-Aufruf 1968 wurde so nicht nur die Ablehnung der Notstandsgesetze formuliert, sondern folgende zusätzliche Forderungen erhoben: „Ausbau realer Demokratie unter Ausschöpfung aller Möglichkeiten des Grundgesetzes; Maßnahmen zur Beseitigung und Verhinderung von Monopolstellungen in der Presse; Forcierung des demokratischen Kampfes gegen den Neofaschismus." Die Osteraktionen brachten zwar noch einmal eine erhebliche Steigerung der Teilnehmerzahl, doch schlugen sie nach dem Mordanschlag auf Rudi Dutschke am 11. April vielerorts spontan in größtenteils gewaltsame Springer-Blockaden

mit Eskalationen bis hin zu Barrikadenkämpfen um, die zur Distanzierung des liberalen Teils der Öffentlichkeit von der APO führten, was auch die KfDA nicht unberührt lassen konnte. Die letzte große Demonstration der APO – der Sternmarsch auf Bonn gegen die Notstandsgesetze am 11. Mai 1968 mit 35 000 bis 100 000 Teilnehmern[25]) – war gleichzeitig auch die letzte große Aktion der Ostermarschbewegung, die sich wenige Monate später bereits in der Todeskrise befand.

Ausschlaggebend für den Niedergang, der sich bereits auf der Essener Aktionskonferenz in den erheblichen Differenzen bezüglich der strategischen Konzeption angekündigt hatte, waren vor allem drei Gründe:
1. verlor die KfDA nach der Verabschiedung der Notstandsgesetze im Juni 1968 einen Teil ihrer Basis, da sich einerseits das Kuratorium „Notstand der Demokratie" auflöste und sich die Gewerkschaften aus der außerparlamentarischen Protestbewegung zurückzogen, andererseits große Teile der APO in Resignation verfielen. 2. brach der SDS, dessen dominierender Flügel eine abenteuerliche Provokationsstrategie verfolgte (den „latenten Faschismus" durch Provokation in den „manifesten Faschismus" umschlagen lassen und ihn damit für die Massen durchschaubar machen), nach Ostern 1968 endgültig aus der Kampagne aus, die nur noch als Agitationsfeld für die eigenen Gruppeninteressen betrachtet wurde. So benutzte der SDS-Sprecher Karl-Dietrich Wolff die Osterkundgebung 1969 in Frankfurt dazu, die seitherigen Demonstrationsformen zu verurteilen und die KfDA des „Revisionismus" zu bezichtigen. 3. schließlich zerbrach am Einmarsch der Truppen von 5 WVO-Staaten in die CSSR am 21. August 1968 der bisherige Grundkonsens, daß die Kampagne jede Form militärischer Gewaltpolitik ablehnte. Zwar verurteilte der ZA am 15. September 1968 in einer Erklärung, in der gleichzeitig auf die Verantwortung der Bundesregierung hingewiesen wurde, den Einmarsch deutlich, doch kam es erstmals zu einer Kampfabstimmung, da der kommunistische Flügel die Resolution ablehnte. Die tragenden politischen Kräfte der Kampagne bewegten sich unverkennbar in verschiedene Richtungen, zumal auf die durch einen kollektiven Lernprozeß erreichte Fragestellung, wie die Gesellschaft in der Bundesrepublik zu verändern sei, einen integrierende Antwort nicht gefunden werden konnte.

Die Kommunisten, die noch am geschlossensten die Arbeit der Kampagne weitertrugen, und die ihnen nahestehenden Kräfte lenkten nach Gründung der DKP am 25. September 1968 einen großen Teil ihrer Arbeitskraft auf die Wahlalternative in Gestalt der „Aktion Demokratischer Fortschritt" (ADF).

1969 traten an die Stelle der traditionellen Ostermärsche Osteraktionen, die zwar teilweise zu einer Ausweitung der Aktionsformen führten (Lehrling- und Kasernenaktionen), insgesamt jedoch eine deutlich geringere Mobilisierungswirkung hatten. Durch den Rückzug eines beträchtlichen Teils der nichtkommunistischen Kräfte hatte die Kampagne den Charakter einer Sammlungsbewegung bereits weitgehend verloren.

25) So stark differeiren die Zahlenangaben, wobei allerdings mehr als 50 000 Teilnehmer sicher erscheinen.

Mag das Ende der Ostermarschbewegung auch desillusionierend sein, so wäre es dennoch falsch, sie als gescheitert zu betrachten. Sicher hat die Kampagne ihre Zielvorstellungen nicht aktuell verwirklichen können, doch hat Andreas Buro zu Recht darauf hingewiesen, daß die Friedensbewegung als ein „sozio-kultureller Lernprozeß" verstanden werden muß, in dem sich „das Verhältnis der Menschen zu Gewalt und Konfliktursachen grundlegend" ändert[26]; erst als Folge eines derartigen Lernprozesses ist auch eine Modifizierung der Sicherheitspolitik möglich. In diesem Sinne hat die Ostermarschbewegung nicht nur den Spielraum politischer Opposition in der Bundesrepublik erweitert, indem sie – bis dahin suspekten – Formen autonomer Interessenvertretung durch außerparlamentarischen Protest zur Anerkennung als Bestandteil politischen Verhaltens verhalf, sondern sie hat auch zur kritischen Bewußtseinsbildung beigetragen, politische Alternativen verdeutlicht und sie durch die Aktivierung innerparteilicher wie innergewerkschaftlicher Opposition teilweise offengehalten und jenen politischen Klimawechsel mit vorbereitet, der – katalysiert durch die APO – den Aufbruch verkrusteter gesellschaftlicher Strukturen bewirkte und zur sozialliberalen Koalition führte. Nicht zuletzt hat die Kampagne bedeutenden Anteil an jenem Prozeß der Auflockerung des undifferenzierten antikommunistischen Feindbildes, der die Wende zur Beteiligung der Bundesrepublik an der Entspannungspolitik und die Ostverträge innenpolitisch erst ermöglicht hat.

Fragt man nach den Lehren, die aus der Ostermarschbewegung gezogen werden können, so erscheinen auch unter Berücksichtigung der Problematik, inwieweit historische Erkenntnisse überhaupt übertragbar sind, einige Erfahrungen bedenkenswert. Ist es für die Offenheit und Erweiterungsfähigkeit der Friedensbewegung wichtig, daß keine Gruppierung Dominanzansprüche stellt und daß für die Initiativfunktion kleiner Organisationen Raum bleibt (vgl. die Rolle von ASF und AGDF am 10. Oktober 1981), so ist für die Handlungsfreiheit der Friedensbewegung eine entscheidende Voraussetzung, daß sie ihre politische und organisatorische Unabhängigkeit von den Parteien wahrt; dies gilt allerdings nicht nur für Großparteien, sondern ebenso für kleine Parteien, die leicht in Versuchung kommen, sich als Repräsentant *der* Friedensbewegung zu verstehen. Entscheidend für einen Erfolg der Friedensbewegung scheinen ferner die Fähigkeit zu sein, einerseits ihre Zielvorstellungen in praktische Politikvorschläge umzusetzen, andererseits durch basisnahe Aktionsformen möglichst viele Bürger in die aktive Arbeit einzubeziehen. Vorsicht scheint dagegen bei der Erweiterung des Themenspektrums geboten, hat doch gerade die Aufnahme explizit gesellschaftsverändernder Forderungen maßgeblich zum Zerfall der Ostermarschbewegung beigetragen. Hier legt die historische Erfahrung es nahe, den Argumentationskatalog nur bis zu dem Punkt auszuweiten, bis zu dem hin gemeinsame Lernprozesse möglich sind.

26) Andreas Buro, Kann die ‚neue' von der ‚alten' Friedensbewegung lernen?, S. 15 (unv. Manuskript; erscheint in: Friedensanalysen für Theorie und Praxis, Bd. 16, Mai 1982).

„Dem Gegner Dreck in die Augen schleudern"

Nitze, Rostow, Burt, Perle – Ansichten amerikanischer Abrüstungsexperten*)

Von Heinrich W. Ahlemeyer

Als Kennzeichen der neuen Außenpolitik der Reagan-Administration können vor allem die Rehabilitation militärischer Mittel in der Politik und die Reduktion des komplexen weltpolitischen Geschehens auf eine amerikanisch-sowjetische Bipolarität gelten[1]). Der Bruch zur Politik voraufgegangener Administrationen wird in der Haltung dieser Regierung zur Atomkriegsfrage sichtbar. Was vormals im strategischen Denken des Pentagons zwar immer schon vorhanden, jedoch mehr unterschwellig und in minoritärer Position, scheint zum beherrschenden Gedankengut dieser Administration geworden zu sein: die Vostellung, daß ein atomarer Krieg für die USA denkbar, überlebbar und gewinnbar sei. Hatten frühere Administrationen ihre Bemühungen um Rüstungskontrollen und Entspannung auf die Überzeugung gegründet, daß keine Seite – weder die Sowjetunion noch die USA – einen atomaren Schlagabtausch würde überleben, geschweige denn gewinnen können, so sitzen nun in Washington Männer in höchsten Machtpositionen, die zu den gellendsten Kritikern einer Entspannungs- und Rüstungsbegrenzungspolitik gehören.

Präsident Reagans Haltung zu diesem Komplex außen- und sicherheitspolitischer Fragen wurde beeinflußt und begründet durch eine Studie des umstrittenen „Team B". Diese Gruppe von Falken hatte 1976 der damalige CIA-Direktor und jetzige Vizepräsident der USA, George Bush, berufen, um eine Einschätzung der Central Intelligence Agency über die sowjetische Militärmacht und sowjetische Aggressionsabsichten von Rechts infragestellen zu lassen. Zu niemandes Überraschung kam das „Team B" zu einem Urteil über die sowjetische Bedrohung, das düsterer noch war als alle voraufgegangenen CIA-Dossiers.

Drei Mitglieder dieses Teams – der Harvard-Professor Richard E. Pipes, der ehemalige Marineminister Paul H. Nitze und William R. Van Cleave – gründeten bald darauf das „Komitee über die gegenwärtige Bedrohung" („Committee on the Present Danger"), auf dessen Memoranden Reagan sich im Wahlkampf 1980 bei der Ablehnung von Salt II ebenso stützte wie in der Brandmarkung der Todsünden des Kommunismus. Die Liste der 150 Mitglie-

*) Der Beitrag ist Teil einer umfassenderen Studie des Autors über Hintergründe, Ausgangspositionen und Chancen der Genfer Verhandlungen. D. Red.

1) Am deutlichsten wird dies in der außenpolitischen Programmschrift der Reagan-Administration: W. Scott Thompson (Hrsg.), Security in the Eighties. From Weakness to Strength. San Francisco: Institute for Contemporary Studies 1980.

der dieses Komitees liest sich über weiten Strecken wie das Who's Who der Reagan-Administration. Mehr als 20 Mitglieder dieses Kreises sitzen jetzt an strategischer Stelle in höchsten Staatsämtern, so William J. Casey, jetzt CIA-Direktor, Richard Pipes, Mitglied des Nationalen Sicherheitsrates als Experte für die Sowjetunion, Eugene V. Rostow, Chef der Rüstungsbegrenzungs- und Abrüstungsbehörde, Richard Perle, Staatssekretär im Pentagon, Jeane Kirkpatrick, amerikanische Chefdelegierte bei den Vereinten Nationen, und Paul Nitze, Chefunterhändler in Genf.

Dabei handelt es sich hier, wie der sicherheitspolitische Experte der „Los Angeles Times", Robert Scheer, zu Recht feststellt[2]), nicht um das alte Problem der Rekrutierung außenpolitischer Eliten aus den Reihen solcher Organisationen wie dem Council of Foreign Relations oder der Trilateralen Komission, die zwar wesentlich die ökonomischen Interessen der amerikanischen Großkonzerne aufnahmen, zugleich aber ein ganzes Spektrum unterschiedlicher Positionen aufwiesen und über eine institutionalisierte Diskussion eine gewisse Kontunuität amerikanischer Außenpolitik garantierten. Das „Komitee über die gegenwärtige Bedrohung" dagegen kann weder für sich in Anspruch nehmen, Positionen der Mitte zu vertreten, noch die Entspannungspolitik voraufgegangener Administrationen fortzusetzen, sondern es repräsentiert eine Gruppe hartgesottener Extremisten, die die schroffe Ablehnung von Entspannung und Rüstungskontrolle eint.

Natürlich bedurfte Ronald Reagan nicht erst dieses Komitees, um von der Verderbtheit des Kommunismus überzeugt zu sein. Schon als Vorsitzender der Screen Actors Guild machte er sich nach dem Zweiten Weltkrieg im Kampf gegen die „Hollywood-Kommunisten" in der eigenen Gewerkschaft sein Bild von ihrer Subversivität. Doch das Komitee lieferte Reagan, wie einer seiner Wahlhelfer einmal sagte, „einen intellektuell entwickelten Rahmen für die Gefühle, die er sowieso schon im Magen hat."

Gemeinsam ist Reagan und den Mitgliedern des Komitees vor allem ihre Grundüberzeugung, daß die USA in ihrer Außen- und Sicherheitspolitik sich auch nicht das Geringste hätten zuschulde kommen lassen, im Gegenteil. Nach ihrer Meinung hätten die USA niemals die Sicherheit der Sowjetunion bedroht, und bei den Salt-Verhandlungen seien sie immer mehr als großzügig gewesen. So gebe es für die sowjetische Rüstung keine andere Erklärung als das sowjetische Streben nach strategischer Überlegenheit, hinter dem nur Moskaus gieriger Griff nach der Weltherrschaft stehen könne.

Paul H. Nitze

Historisch sind solche Vorstellungen nicht neu. Eine bemerkenswerte Konsistenz weist da vor allem die Position von Paul H. Nitze auf, dem derzeitigen Verhandlungsleiter der US-Delegation in Genf. „Die Sowjetunion ist beseelt von einem neuen fanatischen Glauben, der unserem eigenen antithetisch ge-

2) Robert Scheer, „Détente Yields to Nuclear Superiority", „Los Angeles Times" v. 28. 9. 1981.

genübersteht, und sie versucht, ihre absolute Herrschaft dem Rest der Welt aufzuzwingen."[3]) So hatte Nitze als einer der Autoren von NSC-68, dem Strategiepapier der Truman-Administration zur amerikanischen Außenpolitik im Kalten Krieg, 1950 formuliert. Im Herbst 1980, mehr als 30 Jahre später, war Nitze noch immer überzeugt: „Die Kreml-Führer wollen keinen Krieg; sie wollen die Welt."[4])

In sicherheitspolitischen Fragen verfügt Nitze über mehr praktische Erfahrung als als jeder andere amerikanische Strategieexperte. Im Zweiten Weltkrieg diente er im U.S. Strategic Bombing Survey in Japan und Deutschland und konnte sich in dieser Funktion vor Ort ein authentisches Bild von den Wirkungen der Atombombenabwürfe von Hiroshima und Nagasaki machen. Später nahm er hohe Stabsfunktionen im Außen- und Verteidigungsministerium wahr, vertrat die USA auf ungezählten Konferenzen und befaßte sich in Universitäten und think tanks mit sicherheitspolitischen Problemen.

Schon 1949, als die Sowjetunion vier Jahre nach den USA ihre erste Atombombe entwickelte, schreckte der jetzige amerikanische Verhandlungsleiter in Genf, Paul H. Nitze, die Öffentlichkeit mit alarmierenden Warnungen vor einer strategischen Übermacht der Sowjetunion auf. Obwohl die UdSSR 1950 über nicht mehr als 10 bis 20 Atombomben verfügte, während in amerikanischen Arsenalen ein Vielfaches davon lagerte, sagte Nitze damals bereits die erste in einer ganzen Reihe von nachfolgenden „Atomlücken" der USA voraus. Das, was heute in den USA propagandistisch das „Fenster der Verwundbarkeit" genannt wird – der Zeitpunkt, zu dem die Sowjetunion zu einem Erstschlag gegen die USA in der Lage sein würde – prognostizierte Nitze das erste Mal 1954, wenn nicht die Rüstungsanstrengungen drastisch erhöht würden. Daß das Jahr 1954 vorüberzog, ohne daß von der Sowjetunion die vorausgesagte Erstschlagsdrohung ausging, konnte Nitze nicht beirren. Drei Jahre später ließ er die gleichen Alarmsirenen aufheulen, als er voraussagte, daß die Sowjetunion eine Erstschlagskapazität zu entwickeln im Begriff sei; 1959 werde es soweit sein. Damals gaben Nitzes Gutachten für die Eisenhower-Administration entscheidende Anstöße für den massiven Ausbau strategischer Offensivwaffen durch die USA.

Später gehörte Nitze zu der Delegation, die den ersten Salt-Vertrag aushandelte; während der Salt II-Verhandlungen trat er jedoch von dieser Aufgabe zurück, wiederum mit dem Argument, daß das Abkommen die USA gegenüber einem sowjetischen Erstschlag verwundbar mache. Wie groß das Gewicht von Nitze nach seinem Rücktritt war, wird aus einer Einschätzung der Zeitschrift „Foreign Policy" deutlich, die damals schrieb: „Wenn Salt jetzt im Senat durchfällt, wird Nitze einen großen Teil des Lobs und des Tadels, den das sicherlich auslösen wird, für sich beanspruchen können."[5])

3) „Report to the National Security Council by the Executive Secretary. NSC 68.", in: „Englisch Amerikanische Studien" 4/1979, S. 481–488.
4) Paul Nitze. „Strategy in the Decade of the 1980s." Foreign Affairs 58 (Fall 1980), 82–101.
5) Zit. n. „Los Angeles Times" v. 28. 9. 1981.

Vor fünf Jahren, als die Vorstellung von einem Atomkrieg in den USA noch weithin für undenkbar gehalten wurde, schrieb Nitze in einem Brief an den Herausgeber der „Washington Post": „Es kann sein, daß Krieg zwischen den Großmächten ‚denkbar' ist, und wenn das so ist, sollten wir darüber nachdenken, sorgfältig, zusammenhängend und mit aller Vorausschau und Klugheit, derer wir fähig sind."[6])

Inzwischen ist Nitze nicht länger ein krittelnder Aussteiger, sondern er steht mit den von ihm während der letzten 35 Jahre gehaltenen Positionen im Zentrum der jetzigen Administration. Seine Bestallung zum amerikanischen Chefunterhändler in Genf bestätigt die Auffassung von Charles Kuppermann, des geschäftsführenden Direktors des General Advisory Committee der amerikanischen Abrüstungsbehörde, daß Paul Nitze der von dieser Administration am höchsten geschätzte strategische Experte ist.

Die prgrammatische sicherheitspolitische Studie der Reagan-Administration *Nationale Sicherheit in den Achtzigern: von der Schwäche zur Stärke*[7]) enthält auch einen Beitrag von Paul Nitze über die „Politik und Strategie aus der Position der Schwäche". Darin bezeichnet es Nitze als die notwendige Strategie des Westens, die Basis d. h., die Völker, das Territorium und die Kultur des „Wir" zu erhalten und zu expandieren und die Basis von „denen da" einzuschränken. Als „Wir" versteht er im engeren Sinne die USA als Nation, im weiteren Sinne alle Gleichgesinnten, die derselben Bedrohung ausgesetzt seien; mit „die da" bezeichnet er die Männer im Kreml und die „von ihnen kontrollierten Völker."[8])

Das Kräfteverhältnis – das Zusammenwirken aller militärischen, ökonomischen und psychologisch-politischen Faktoren – sei, so Nitze, derzeit und für absehbare Zeit für die USA unzweifelhaft negativ. Bevor man aber wieder militärische Gewalt als Mittel der Politik einsetzen könne, müßten die USA dieses Kräfteverhältnis erst wieder zu ihren Gunsten verändern. Solange dies noch nicht erreicht sei, müßte es kurzfristig das Ziel der USA sein, „dem Gegner Dreck in die Augen zu werfen" und fortzufahren, den Trend umzukehren. Was Nitze mit der Strategiebestimmung, „dem Gegner Dreck in die Augen zu werfen" meint, deutet er nur vage an:

„Wenn man dem Feind Sand in die Augen werfen will, kann es sein, daß man nicht zu deutlich werden will. Im Fall der Modernisierung europäischer Mittelstreckenwaffen zum Beispiel reichen vielleicht die politischen Zielsetzungen alleine schon aus, trotz der niedrigen Priorität, die der Modernisierung aufgrund ausschließlich militärischer Überlegungen zukommen mag. Aber erst müssen wir die militärische Analyse hart und rigide vornehmen, bevor wir solche politischen Entscheidungen treffen. Sonst werden wir nicht wissen, was wir tun. Die Strukturen der Allianz aufrechtzuerhalten, ist politisch wich-

6) Chalmers M. Roberts, „Is Nitze the Right Man for Geneva Arm Talks?", in: „Washington Post", zit. n. „International Herald Tribune" v. 20. 1. 1982.
7) Siehe Anm. 3.
8) Thompson, Security in the Eighties, S. 444.

tig trotz der Tatsache, daß das Bündnis noch nicht in der Lage ist, während der nächsten fünf bis zehn Jahre sich erfolgreich in Feindseligkeiten auf dem europäischen Kontinent zu engagieren. Aber ich bin nicht sicher, ob das von allen Dächern gepfiffen werden sollte. Jedenfalls sind unsere europäischen Verbündeten noch weniger als wir selbst bereit, den sowjetischen Kräften mit militärischen Mitteln Einhalt zu gebieten."[9])

So sprechen in der Person des amerikanischen Verhandlungsleiters Paul H. Nitze eine ganze Reihe von Indizien dafür, daß die Genfer Verhandlungen selbst eine solche Gelegenheit darstellen sollen, „dem Gegner Dreck in die Augen zu schleudern". Im Herbst 1980 jedenfalls argumentierte Nitze in der Zeitschrift „Foreign Affairs", „die USA und der Westen müssen in vielen bedrohten Bereichen auf Zeit spielen."[10]) Und noch im Mai 1981 erklärte Nitze gegenüber der „Los Angeles Times": „Ernsthafte Rüstungskontrollverhandlungen kann es erst geben, nachdem wir unsere Kräfte ausgebaut haben." Und gefragt, wie lange das dauern werde, antwortete Nitze: „10 Jahre."[11])

Da zwischen Mai und November 1981, dem Zeitpunkt der Verkündung von Reagans „Nulloption", schwerlich jenes Aufrüstungsprogramm verwirklicht worden sein kann, für das Nitze eine ganze Dekade angesetzt hatte, drängt sich die Frage auf, ob Nitze denn Genf zu den nicht ernsthaften Rüstungskontrollverhandlungen zählt.

Rostow, Burt und Perle

Abrüstungsfragen stehen in der neuen Administration in der Verantwortlichkeit von Eugene V. Rostow, dem Mitbegründer des „Committee on the Present Danger" und derzeitigem Direktor der Arms Control and Disarmament Agency[12]). Rostow schockierte die Mitglieder des außenpolitischen Senatsausschusses, als er in den Bestätigungshearings zur Frage des Überlebens im Atomkriegsfalls erklärte, die menschliche Rasse sei sehr widerstandsfähig. „Japan hat schließlich nicht nur überlebt, sondern ist auch nach dem Atomangriff erst richtig aufgeblüht." Und: „Wir leben in einer Vorkriegsära, nicht in einer Nachkriegszeit."[13])

Der in solchen Äußerungen zum Ausdruck kommende Zynismus kann nicht mehr nur als Skurrilität eines einzelnen Mannes abgetan werden. Als Chef der für Abrüstung zuständigen politischen Institution, die zwar physisch im State Department liegt, jedoch unabhängig ist und dem Präsidenten direkt berichtet, wird sein Urteil in allen abrüstungspolitischen Fragen von erheblichem Gewicht sein. Denn es steht außer Zweifel, daß kein Abkommen zu-

9) Ebd., S. 454.
10) Siehe Anm. 6, S. 83.
11) Zit. n. „Los Angeles Times" v. 28. 9. 1981.
12) Nähere Informationen zu Rostow finden sich im Interview des „Spiegel" mit ihm (Nr. 30/1981) und in H. Ahlemeyer „Living in a Pre-War World': Facetten aus der friedenspolitischen Diskussion in den USA", in: „Englisch Amerikanische Studien" 1/1982.
13) Zit. n. „Los Angeles Times" v. 28. 9. 1981.

stande kommt, das auf den Widerspruch der für Rüstungskontrolle Verantwortlichen stößt.

An den Vorbereitungen der Genfer Verhandlungen waren entscheidend zwei Männer beteiligt, die nicht so sehr im Rampenlicht öffentlicher Aufmerksamkeit stehen, politisch aber dafür an einer Stelle wirken, die ihren Grundauffassungen und ihrem Wirken ein um so größeres Gewicht verschafft. Die grundlegenden Positionspapiere für die Genfer Verhandlungen hat ein interministerieller Arbeitsausschuß zu Rüstungskontrollfragen ausgearbeitet. Einer der beiden Vorsitzenden dieses Ausschusses ist Richard H. Burt, Direktor für politisch-militärische Angelegenheiten im State Department. Burts Auffassungen zu Rüstungskontrollfragen sind – falls das überhaupt noch geht – noch „tougher" als die Rostows. Auch Burt sieht die Sowjetunion nach atomarer Überlegenheit streben; deshalb müssen die USA dasselbe tun. In der kommenden Dekade sei Rüstungsbegrenzung ohne Stellenwert.

Kurz bevor Burt seine Tätigkeit als militärpolitischer Korrespondent der „New York Times" aufgab und in die Reagan-Administration wechselte, schrieb er in der Vierteljahreszeitschrift „Daedalus": „Welche Bedeutung die Sowjetunion der Rüstungskontrolle auch immer beimessen mag – für die USA und ihre Verbündeten wird sie bei der Bewältigung von neuen militärischen Problemen in den achtziger Jahren keine größere Rolle spielen."

Und in der schon erwähnten militärpolitischen Programmschrift „Von der Schwäche zur Stärke" kommt Burt in einem Aufsatz über „Washington und die Allianz" zu der Einschätzung: „. . . die Rolle von Rüstungskontrolle wird in der kommenden Dekade kleiner geschrieben werden müssen. 10 Jahre SALT-Verhandlungen haben gezeigt, daß solche Abkommen komplexe militärische Probleme lediglich ratifizieren, nicht aber lösen. Zudem macht es die sowjetische Aufrüstung im konventionellen wie im atomaren Bereich vollkommen unwahrscheinlich, daß westliche Unterhändler in künftigen Verhandlungen viel Hebelkraft werden entfalten können. Es wird jedoch Situationen geben, in denen sorgfältig geschmiedete Rüstungskontrollverhandlungen benutzt werden können, um neue Waffensysteme und Entscheidungen über die Stationierung neuer Waffensysteme zu begleiten. Ein schwerer Fehler aber wäre es, Rüstungskontrollverhandlungen zu einer Voraussetzung für eine weitere Verbesserung von NATO-Waffensystemen zu machen."[14])

Sehr deutlich wird aus solchen Äußerungen nicht nur die prinzipielle Ablehnung eines jeden Versuchs, auf dem Verhandlungswege mit der Sowjetunion zu quantitativen und qualitativen Begrenzungen im atomaren Rüstungswettlauf zu kommen; unmißverständlich geht daraus auch hervor, daß dem sogenannten Verhandlungsteil des NATO-Beschlusses lediglich eine Alibifunktion zufällt, damit die Stationierung der neuen amerikanischen Mittelstreckenwaffen politisch durchgesetzt werden kann.

14) Thompson, Security in the Eighties, S. 121.

Mitvorsitzender in der interministeriellen Arbeitsgruppe ist Burts Gegenüber im Pentagon, der Unterstaatssekretär Richard Perle. Vor seiner Amtsübergabe war Perle sicherheitspoilitischer Berater von Senator Henry M. Jackson und einer der eifrigsten Kritiker von Kissingers Entspannungspolitik und SALT-Prozeß. Zusammen sind Burt und Perle für die Mehrzahl der interministeriellen Arbeitsgruppen verantwortlich, die sich mit Abrüstungsfragen beschäftigen. Diejenigen Politiker und Diplomaten, die in der Ford- und Carter-Administration mit Rüstungskontrollaufgaben betraut waren, rechneten Burt und Perle zu eifrigsten Widersachern. Ein hoher Regierungsbeamter in demokratischen und republikanischen Administrationen sagte der „Los Angeles Times" im September 1981: „Solange die beiden Richards (Burt und Perle; d. Verf.) dafür im Außenministerium und im Pentagon verantwortlich sind, wird es keinen Fortschritt auf dem Gebiet der Rüstungskontrolle geben."[15])

Selbstverständlich sind Burt und Perle an Weisungen gebunden, die ihnen von ihren Ministern Haig und Weinberger und letztlich vom amerikanischen Präsidenten zugehen. Nur wenige Beobachter bezweifeln aber, daß Burt und Perle aufgrund guter Kontakte zum Kongreß und zur amerikanischen Presse und aufgrund ihrer gemeinsamen politischen Grundüberzeugung in dem weiteren Rüstungskontrollprozeß eine wichtige Rolle spielen werden.

Proteste sind nicht genug

Die Bundesrepublik braucht eine Alternative zur NATO-Politik

Von Harold Rasch

Seit dem letzten November sitzen sie nun, wenn auch mit Unterbrechungen, in Genf einander gegenüber, die Vertreter der beiden Supermächte, und wollen über die Möglichkeiten von Rüstungsbegrenzung und Abrüstung verhandeln. Alle Welt wünscht ihnen und uns Erfolg. Groß sind die Aussichten hierfür freilich nicht, zumal bei Beginn der Gespräche nicht einmal über den tatsächlichen Stand der heutigen Rüstungspotentiale und den konkreten Verhandlungsgegenstand Einigkeit bestand.

15) Zit. n. „Los Angeles Times" v. 28. 9. 1981.

Die Bundesregierung ist an den Verhandlungen der beiden Weltmächte ebenso wenig beteiligt wie irgendein anderes Mitglied der NATO oder des Warschauer Pakts. Man wird sie von Zeit zu Zeit unterrichten, in Einzelheiten auch Auskünfte einholen, vielleicht kleine Wünsche entgegennehmen, mehr sicher nicht. Die breite Öffentlichkeit wird vorerst noch weniger Zuverlässiges erfahren.

Um so wichtiger bleiben die Aktivitäten aller derer, die sich zur Friedensbewegung rechnen, aus welchem politischen Lager sie auch sonst kommen mögen. Sie müssen das hundertfach berechtigte Nein zur Stationierung neuer Atomwaffen in der Bundesrepublik verstärken und gegen ungerechtfertigte, unsinnige Vorwürfe verteidigen (I). Sie müssen es vor allem durch konstruktive Vorschläge für eine europäische Friedensordnung ergänzen (II). Und sie müssen schließlich die noch Zögernden davon überzeugen, daß die Ablehnung einer „Nachrüstung" keineswegs den Weg in eine „Bolschewisierung" der Bundesrepublik öffnen wird (III).

I

Der Wahnwitz des Rüstens zum Krieg, des „Nachrüstens" der anderen Seite, neuer Gegenzüge und abermaliger Befriedigung eines „Nacholbedarfs" – dies alles angeblich, um den Frieden zu wahren – ist zu offenkundig, als daß es nicht auch immer stärkere Gegenkräfte hätte hervorrufen müssen. Heute ist der Strom der Friedensbewegung bereits so breit geworden, daß die politisch herrschenden Schichten ihn nicht mehr ignorieren oder gar aufhalten können. Wir müssen alles tun, um diesen Strom noch mehr zu verbreitern und zu vertiefen. Erstes Ziel bleibt dabei: Die Zustimmung der Bundesregierung zum „Nachrüstungsbeschluß" der NATO vom 12. Dezember 1979 muß rückgängig gemacht werden. Die Aussichten hierfür sind gut. „Ich kann mir keine westeuropäische Regierung vorstellen, die – selbst wenn ihr die parlamentarische Zustimmung sicher ist – auf die Dauer die Raketenbasen im Land durch Polizei gegen Massenprotestmärsche zu schützen bereit sein könnte", schreibt Carl Friedrich v. Weizsäcker[1]). Das werden auch unsere Politiker früher oder später einsehen müssen. Selbst der Direktor des Londoner Instituts für strategische Studien (IISS) bescheinigt der Opposition gegen Atomwaffen, einen wichtigen Beitrag dadurch geleistet zu haben, „daß sie dazu zwingt, die Grundlagen unserer Sicherheitspolitik zu überdenken und veränderten Umständen anzupassen"[2]).

Die SPD wird auf ihrem nächsten Parteitag in München voraussichtlich beschließen, die Frage der Stationierung neuer Atomwaffen in der Bundesrepublik im Herbst 1983 neu zu behandeln. Sie wiche damit zwar einer sofortigen Sachentscheidung aus, vermiede es, dem Bundeskanzler schon jetzt „den

1) Carl Friedrich von Weizsäcker, Der bedrohte Frieden, Wien/München 1981, S. 623.
2) Christoph Bertram, in: „Die Zeit" v. 15. 1. 1982.

Teppich wegzuziehen" (Helmut Schmidt), hielte die führenden Politiker aber in Unruhe. Schon das wäre zu begrüßen.

Die Friedensbewegung insgesamt braucht taktische Rücksichten nicht zu nehmen. Wenn es richtig ist, daß Atomwaffen von deutschem Boden aus ohne das Risiko einer Selbstvernichtung gar nicht eingesetzt werden können und daher auch keine wirksame Abschreckung darstellen, dann ist der häufig erhobene Einwand, wir fielen mit unserem Kampf gegen den Nachrüstungsbeschluß der NATO einer erfolgreichen Verhandlungsführung in den Rücken, verfehlt. Die Friedensbewegung tut dies nicht, sondern sie wehrt sich nur, und mit Recht, gegen die Verknüpfung von Verhandlungen mit entweder unrealisierbaren und daher leeren oder selbstmörderischen Drohungen. Anders ausgedrückt: Sie entwindet der Verhandlungsführung nur eine stumpfe, unbrauchbare Waffe, ein Pappschwert – oder aber einen Bumerang. Der Protest gegen den Nachrüstungsbeschluß der NATO muß also mit allen Kräften fortgesetzt werden. Doch das allein genügt nicht, und zwar aus zweierlei Gründen:

Kommt es bis Ende 1983 nicht zu einer Vereinbarung über die Herabsetzung der Rüstungen – und alle Wahrscheinlichkeit spricht dafür –, dann wäre die Führungsspitze der NATO desavouiert, wenn sich die Bundesregierung unter dem Druck der öffentlichen Meinung nun überraschend der geplanten Stationierung von Pershing-Raketen und Cruise Missiles widersetzte. Der Verband der NATO, deren Karawane für einen so intimen Kenner wie Adelbert Weinstein schon lange nur noch mühsam von einer Konferenz zur nächsten stolpert[3]), wäre aufs schwerste, mutmaßlich irreparabel erschüttert. Die USA könnten versucht sein, sich verärgert kurzerhand einseitig aus Europa zurückzuziehen. Das läge gewiß nicht in unserem Interesse. Aber auch innerpolitisch wäre es ein schwerer Fehler, wenn sich die Friedensbewegung für die Dauer auf bloße Proteste beschränken würde. Sie würde es den „Nachrüstern" allzu leicht machen, ihr rein negative Kritik ohne jede Alternative vorzuwerfen, und damit taktisch ins Hintertreffen geraten. Die Friedensbewegung muß mit konstruktiven Gedanken für die Zukunft hervortreten, sie muß darlegen, daß und wie der Wahnwitz der gegenseitigen Abschreckung auf der Grundlage immer fürchterlicherer Waffen durch Schaffung einer zunächst europäischen Friedensordnung ersetzt werden kann.

Erfreulicherweise mehren sich auch bei den führenden Politikern Stimmen, die in diese Richtung weisen. Die Namen Erhard Eppler, Oskar Lafontaine, William Borm sind längst weithin bekannt. Kurt H. Biedenkopf, stellvertretender Vorsitzender seiner Partei, hält die nuklear-strategische Abschreckung für ungeeignet, als Grundlage einer dauerhaften Friedensordnung zu dienen[4]); wohl nur widerwillig hat er auf dem Hamburger Parteitag der CDU

3) „Frankfurter Allgemeine Zeitung" (FAZ) v. 7. 12. 1981.
4) „Die Zeit" v. 30. 10. 1981.

seine Thesen wieder ein wenig abgeschwächt[5]). Auch Wolfgang Mischnick, Fraktionsvorsitzender der FDP im Bundestag, wünscht letztlich „die Umwandlung des militärischen Blocksystems in ein gesamteuropäisches Friedenssystem"[6]).

Einen überaus wertvollen Beitrag zum Thema hat die Denkschrift geleistet, die der Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) aus Anlaß der Synode in Fellbach bei Stuttgart veröffentlicht hat[7]). „Die dringendste Frage an die Politiker ist heute", so heißt es hier, „ob der Stand der Rüstung und der Waffenentwicklung nicht einem Punkte zustrebt, an dem die Waffentechnik von sich aus das Scheitern der Politik im Spannungsfeld der großen Machtblöcke wahrscheinlich macht". Notwendig ist deshalb „Verhandlungsbereitschaft und eine erneute Diskussion der politischen Ziele der Friedenssicherung . . ., in der die schrittweise Abkehr von den dominierenden Vorstellungen des Gleichgewichts und der Konfliktbewältigung zu neuen und anderen Formen gegenseitiger Anerkennung im Konflikt und innerhalb des Gleichgewichts der Kräfte vorbereitet werden". „Verteidigungsbereitschaft . . . verliert ihren Sinn, sobald sie die Funktion der Abschreckung nicht mehr erfüllen kann, und ein Atomkrieg auch zerstört, was verteidigt werden sollte."

Und weiter: „Europa in Ost und West hat eigenständige Interessen, die nicht deckungsgleich sind mit denjenigen der beiden Führungsmächte." Nachdrücklich werden die Politiker gefragt, „wie die Kette von Rüstungsmaßnahmen, die jeweils als Nachrüstung zur Stabilisierung eines verloren gegangenen Gleichgewichts empfunden oder dafür ausgegeben werden, durchbrochen werden kann. Denn daß die Bemühungen um Gleichgewicht stets Erhöhung statt Verringerung der Rüstungspotentiale bewirken, ist zu einer unerträglichen Belastung des Gleichgewichtskonzepts selbst geworden". „Auch kalkulierte einseitige Schritte sollten ernsthaft geprüft werden, wenn durch sie Abrüstungsverhandlungen gefördert werden können . . ."

Hier werden, wie mir scheint, zwei entscheidende Punkte berührt. Das atlantische Bündnis umfaßt in der Tat Partner, deren Interessen nicht in jeder Hinsicht identisch, „nicht deckungsgleich" sind. Das ist jedem politischen Beobachter seit langem klar und zuletzt besonders deutlich geworden angesichts der Entwicklung in Polen. Wenn die USA nach der Verkündung des „Kriegsrechts" dort die Verhängung von Sanktionen gegen Polen und als letztlich „verantwortlich" auch die Sowjetunion beschlossen haben, so können wir das nur bedauern. Mit Recht hat die Bundesregierung die Beteiligung an solchen Sanktionen – abgesehen von kleinen Schikanen – bisher abgelehnt. Wir, nicht die USA, sind unmittelbare Nachbarn von Staaten des Warschauer Pakts. Kein Amerikaner, aber 17 Millionen Deutsche leben unter einem kommunistischen Herrschaftssystem. Für Amerika spielt der Handelsverkehr mit der Sowjetunion nur eine geringe, für uns eine ziemlich große und voraus-

5) FAZ v. 5. 11. 1981.
6) FAZ v. 11. 11. 1981.
7) Auszug in der FAZ v. 6. 11. 1981.

sichtlich weiter wachsende Rolle. Die Interessen sind eben verschieden. Sogar die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" mußte unter diesen Umständen zu dem Schlußkommuniqué über die Gespräche zwischen dem deutschen Bundeskanzler und dem Präsidenten der USA am 6. Februar feststellen: „Die Differenzen zwischen der Bundesrepublik und Amerika über wichtige Stücke des Ost-West-Konflikts sind so groß, daß Schmidt und Reagan nichts übrig blieb, als eifrig zusammenzusuchen, worin sie doch noch übereinstimmen."[8])

Gewiß, eine gute Ehe kann manche Spannungen aushalten; sich gelegentlich wieder zusammenzuraufen, mag den Bund sogar stärken. Aber dauernde Interessengegensätze hält kein Bündnis aus. Zu allem anderen steht die Bundeswehr ohnehin finanziell und personell vor überaus ernsten Fragen, ja vielleicht sogar vor einer düsteren Zukunft[9]). Ohnehin bedürfen die Grundlagen unserer Verteidigungskonzeption, und das heißt einer Konzeption der NATO, gründlicher Überprüfung. Dabei fällt der Bundesrepublik zwangsläufig die Hauptaufgabe zu, weil sie ein Stück einer zwischen West und Ost geteilten Nation ist, weil jeder Konflikt der Weltmächte in Europa in erster Linie uns trifft, weil die Bundesrepublik auf unserem Kontinent das trotz allem weitaus stärkste Glied des Verteidigungsbündnisses darstellt. Gerade wir dürfen die Entwicklung nicht allein der Führungsmacht der NATO, den USA, anvertrauen, sondern müssen uns um selbständige Gedanken bemühen. „Aufhalten . . . läßt sich eine grundsätzliche Debatte über Ziele, Inhalt und Verfahren, über Rechte und Pflichten im westlichen Bündnis nicht mehr länger. Die nächste Krise kommt bestimmt, die Risse werden tiefer, der Kleister dünner."[10]) „Die westliche Allianz ist als NATO . . . kaum noch zu retten."[11])

Völlig sinnlos ist die eine Zeitlang diskutierte Frage, ob ein etwaiger Atomkrieg auf Europa beschränkt bleiben könnte, nach den Plänen der amerikanischen Führung, wie einige glauben, sogar beschränkt bleiben sollte. Wir, die Bundesrepublik Deutschland, wären dabei in jedem Fall die Opfer, und es bedeutete wenig Trost für uns, wenn auch die USA fürchterliche Opfer bringen müßten. Dieses Thema ist mit Recht in Vergessenheit geraten.

II

Selbständige Wahrung der Belange Europas, insbesondere unseres Staates, eigene Initiativen im Denken und Tun also, das ist unsere Aufgabe. Es ist nicht verwunderlich, daß dabei immer wieder der Gedanke an die Schaffung einer atomwaffenfreien Zone auftaucht. Droht das Ringen der beiden Supermächte mit einer atomaren Verwüstung unseres Kontinents zu enden – wenn auch zu „Verteidigungszwecken" –, dann liegt es in der Tat nahe zu überlegen, ob es nicht möglich ist, sich wenigstens für Kernwaffen völlig aus der Bindung an

8) Rm. in: FAZ v. 7. 1. 1982.
9) Siehe Karl Feldmeyer, Finanznöte, Rüstungsplanung, Motivation und das Bündnis. Die düstere Zukunft der Bundeswehr – Eine Studie Bonns, FAZ v. 11. 12. 1981.
10) Carola Kaps (Washington), in: FAZ v. 7. 1. 1982.
11) Günter Gaus, Der Westen, Polen und der Kreml, in: „Die Zeit" v. 22. 1. 1982.

die Rüstungsmaschinerie der Großmächte zu lösen. Mag man, wie jetzt erneut in Genf, versuchen, für bestimmte, wie immer abzugrenzende Waffengattungen zu Vereinbarungen über ein gewisses Gleichgewicht in Ost und West zu gelangen, wesentlich aussichtsreicher scheinen Bemühungen zu sein, regional, also etwa für „Mitteleuropa", etwa für ein Gebiet vom Nordkap bis Sizilien, auf Kernwaffen vollständig zu verzichten. Die Möglichkeiten der Schaffung einer atomwaffenfreien Zone sollten also weiter ernsthaft durchdacht werden; jeder Versuch, dem Wahnwitz des Rüstens anders zu begegnen als durch noch stärkeres Rüsten, ist zu begrüßen.

Aber wir müssen uns auch darüber im klaren sein, daß ein Entschluß der Staaten Mitteleuropas, allen Atomwaffen zu entsagen, wahrscheinlich das Ende der NATO bedeutete. Aus der Sicht der derzeitigen Regierung in Washington nämlich, ja vielleicht jeder dortigen Regierung, liegt doch wohl die Antwort nahe, sorgfältiges Studium der amerikanischen Presse beweist es: Wenn Ihr, Europäer, uns nicht länger gestatten wollt, die amerikanischen Truppen in Europa so zu schützen, wie wir Amerikaner es für notwendig halten, dann ziehen wir diese Truppen eben ab. Mir scheint, daß das langfristig auch aus unserer Sicht notwendig ist, aber es sollte nicht die Folge einer bloßen Verärgerung des amerikanischen Verbündeten sein, zu dem wir doch weiterhin möglichst gute Beziehungen unterhalten müssen und wollen, sondern das Ergebnis gemeinsamer Bemühungen aller Beteiligten um eine bessere als die gegenwärtige Friedensordnung in Europa. Damit aber tritt zwangsläufig der Gedanke einer international vereinbarten und garantierten Neutralisierung der Bundesrepublik in den Vordergrund.

Der Widerstand gegen den „Nachrüstungsbeschluß" der NATO sollte durch einen überzeugenden Einsatz für einen neuen völkerrechtlichen Status der Bundesrepublik Deutschland ergänzt werden. Was immer das westliche Verteidigungsbündnis in der Vergangenheit bewirkt oder nicht bewirkt haben mag, es bietet uns keine Perspektiven für die Zukunft mehr. „Die Kriegsgefahr beruht auf der Kombination der militärischen Stärke des Sowjetimperialismus mit seiner fortschreitenden wirtschaftlichen Schwäche und politischen Bedrohtheit. Die Gefahr wäre sehr gemindert, wenn die sowjetische Führung zu der Überzeugung kommen könnte, daß die ihr drohende Gefahr zuverlässiger durch große ökonomische Kooperation mit dem Westen (Japan) und durch deutliche Abgrenzung der Interessenzonen abgewehrt werden kann als durch einen weiteren Wettlauf in militärischer Stärke, einen Wettlauf, den sie, wenn der Westen ernstlich auf ihn eintritt, verlieren müßte"[12]). In diesem Urteil C. F. v. Weizsäckers liegt viel Wahrheit. Die Bundesregierung hat das bereits anerkannt, indem sie – gegen amerikanischen Widerstand – ihre Zustimmung zu einem umfangreichen Gas-Röhren-Geschäft mit der Sowjetunion gegeben hat. Eine „deutliche Abgrenzung der Interessenzonen" bleibt die große Aufgabe für die Zukunft. Da niemand die Bundesrepublik unter so-

12) C. F. von Weizsäcker, a.a.O., S. 616 f.

wjetischen Einfluß geraten zu lassen wünscht, muß die Lösung in militärischer Bockfreiheit für unseren Staat gesucht werden[13]).

Solange wir Mitglied einer gegen die UdSSR gerichteten Bündnisses sind, stehen wir dieser nicht als Einzelstaat gegenüber, den sie nicht zu fürchten brauchte, sondern als Teil einer gewaltigen Rüstungspotentiale, das in seiner Grausamkeit ebenso bedrohlich wirkt wie aus unserer Sicht die sowjetische Rüstung. Aber es gibt keinen hinreichenden Grund dafür, daß wir auf die Dauer in Europa die Speerspitze der USA in ihrer weltweiten Auseinandersetzung mit der UdSSR bleiben. Wir haben, ganz unabhängig von den konkreten Vereinbarungen des Moskauer Vertrags von 1970, keine Ansprüche an die Sowjetunion, und wir haben auch nichts von ihr zu befürchten, was mit Atomwaffen bekämpft werden könnte. Nicht die Langzeit-Ideologie des Kommunismus, sondern zunächst die konkrete Interessenlage bestimmt die praktische Politik der Sowjetunion, und diese läßt keinen Grund erkennen, der den Kreml veranlassen könnte, uns zu überfallen oder zu erpressen, möge dort die gegenwärtige Altherren-Runde oder eine neue politische Generation regieren. Der Welt-Kommunismus – wenn wir mit allen Vorbehalten einmal diesen Sammelbegriff gebrauchen wollen –, aber auch die kommunistische Herrschaft spezifisch sowjetischer Prägung haben genug mit ihrem eigenen Herrschaftsbereich zu tun, als daß sie sich ohne Not zusätzliche Probleme aufladen könnten, und die Herren im Kreml sind niemals Hasardeure gewesen. Gewiß hat die Sowjetunion, um ein aktuelles Beispiel zu bringen, seit Jahr und Tag mehr oder minder harten Druck in Warschau ausgeübt, aber sie hat zugleich nicht nur militärisch bisher größte Zurückhaltung gezeigt, sondern Polen – wenn schon gewiß nicht aus uneigennützigen Motiven – auch wirtschaftlich Hilfe geleistet; man weiß eben in Moskau genau, daß ein militärisches Eingreifen keine Probleme des Landes lösen kann, der UdSSR aber nur neue Schwierigkeiten bringen würde.

Hier ist eine grundsätzliche Bemerkung angebracht. Wir müssen deutlich zwischen den in Jahrhunderten gewachsenen Kulturgemeinschaften einerseits, konkreten machtpolitischen Interessenlagen andererseits unterscheiden. Niemand bezweifelt, daß es eine europäisch-amerikanische Kultur- und Zivilisationsgemeinschaft gibt, beruhend auf antikem und christlichem Erbe, Renaissance, Reformation, Gegenreformation und Aufklärung, staats- und wirtschaftspolitischen Wertvorstellungen. Rußland gehörte nicht zu dieser Gemeinschaft, die UdSSR, in der nicht-russische Völkerschaften heute bereits überwiegen, gehört auch nicht zu ihr. Aber die Grenzen der staatlichen Macht- und Einflußsphären waren nie mit denen der historischen Kulturgemeinschaften identisch. Bis in unsere Tage hat es Kriege innerhalb der „christlichen" Welt gegeben, aber auch gemeinsame Interessen, langfristige Verträge, ja Bündnisse zwischen westeuropäischen Staaten und dem russischen Reich. Bis heute betrachten wir Polen, die Tschechoslowakei und Un-

13) Bei dieser Gelegenheit weise ich gern auf den Aufsatz von Herbert Ammon und Peter Brandt, Die Aktualität der Deutschen Frage für den Frieden in Europa (Neufassung eines Aufsatzes aus der „Befreiung", 1981, Nr. 21, S. 219ff., 230) hin, der ebenfalls „Rückzug aus der Blockkonfrontation" fordert.

garn mit gutem Grund als kulturell westliche Länder, aber das ändert nichts daran, daß sie zum Machtbereich der Sowjetunion gehören. Nur strikte Neutralität in dieser Hinsicht darf unsere Politik bestimmen.

Als ein Staat im Herzen Europas brauchen wir gute, möglichst freundschaftliche Beziehungen zu allen Staaten, zur Sowjetunion ebenso wie zu den USA, und solche können wir nicht erlangen, solange wir einem von der westlichen Weltmacht geführten, gegen die andere Macht gerichteten Militärbündnis angehören. Aufgabe einer selbständigen, die wahren bundesdeutschen Interessen erhaltenden und fördernden Politik muß es sein, in gemeinsamen Bemühungen mit den übrigen Partnern der NATO und den Staaten des Warschauer Pakts Folgerungen aus dieser Einsicht zu ziehen. „Eine aktive Zusammenarbeit zwischen Ost und West ist . . . unabdingbar geworden."[14]) Dabei geht es gewiß um einen langwierigen, mühevollen Prozeß. Aber wir sollten endlich einen Anfang machen und das Unsere dazu beitragen, um die erstarrten Fronten aufzulockern.

Man komme doch nicht immer wieder mit dem Hinweis, die Bundesrepublik könne sich keine „Amerika-Feindlichkeit" leisten. Kein Vernünftiger will dergleichen, aber ich bin doch nicht der Feind eines Verwandten, wenn ich Wert darauf lege, mich auch mit meinem nächsten Nachbarn so gut wie möglich zu stellen. Die Verketzerung einer bundesdeutschen Neutralitätspolitik als „amerikafeindlich" ist ein demagogischer, unaufrichtiger Appell an die Sympathie, die die große, reiche, auch bei kritischer Würdigung doch immer wieder bewundernswerte Nation jenseits des Ozeans mit Recht bei uns genießt.

Eine im Einverständnis mit den beiden Weltmächten militärisch neutralisierte Bundesrepublik Deutschland wäre im übrigen nicht etwa waffenlos, sondern würde eine eigene Wehrmacht haben. Diese wäre personell und sachlich so auszustatten, daß die Bundesrepublik nicht ohne Verluste auch für den Gegner angegriffen werden könnte. Das muß geschehen, mehr aber kann und braucht nicht erreicht zu werden. Eine solche Wehrmacht hätte einen glaubwürdigen Verteidigungsauftrag, vor allem auch in den Augen ihrer eigenen Angehörigen, was für die heutige Bundeswehr leider bezweifelt werden muß.

Mir scheint, daß eine derart neutrale Bundesrepublik unserem heutigen, mit Atomwaffen gespickten und nach dem „Nachrüstungsbeschluß" der NATO noch weiter anzureichernden Staat auch dann vorzuziehen wäre, wenn der zweite deutsche Staat, die DDR, nicht ebenfalls neutral würde, sondern Mitglied des Warschauer Pakts bliebe. Haben wir bei vernünftiger eigener Politik militärisch nichts von der Sowjetunion zu fürchten, so erst recht nichts von der DDR, mag diese nun ebenfalls „neutral" sein oder weiterhin dem östlichen Verteidigungsbündnis angehören. Aber natürlich könnte der Gedanke einer Neutralisierung der Bundesrepublik Deutschland populärer gemacht wer-

14) Aurelio Peccei, Die Zukunft in unserer Hand, Wien/München 1981, S. 185.

den, natürlich würde er auf die Zustimmung viel breiteter Bevölkerungskreise, ja wahrscheinlich einer großen Mehrheit unserer Bevölkerung stoßen, wenn die DDR ihrerseits aus dem Warschauer Pakt entlassen und militärisch ebenfalls neutralisiert würde. Hier liegt ein Ansatzpunkt für geistig noch selbständige Politiker, vor allem der jungen Generation. Dabei brauchte die staatliche Souveränität der DDR nicht angetastet zu werden, ja sie darf es gar nicht. Eine „Wiedervereinigung" beider deutscher Staaten steht angesichts der Verschiedenheit ihrer Gesellschafts- und Rechtsordnungen, der Verschiedenheit ihrer Herrschaftsstrukturen bis auf weiteres nicht auf der politischen Tagesordnung.

III

Hier nun ist auf ein weiteres Moment hinzuweisen, das in diesem Zusammenhang besondere Beachtung verdient. Wenn der Gedanke einer militärischen Neutralisierung der Bundesrepublik Deutschland bisher in der Öffentlichkeit nur selten erörtert worden ist und noch seltener Zustimmung erfahren hat, dann gewiß nicht nur deshalb, weil man fürchtete, ein neutrales, von Atomwaffen der USA freies Land wäre schutzlos jeder militärischen Bedrohung ausgesetzt. Die Hauptsorge dürfte viel eher sein, daß eine neutrale Bundesrepublik dem Westen innerlich entfremdet, daß dabei die „soziale Marktwirtschaft" gefährdet werden und unsere ganze gesellschaftliche Ordnung ins Wanken geraten könnte. „Dann wird dieses Europa entweder ein Anhängsel des sowjetischen Asiens, oder aber es wird einfach von der Höhe seiner Kultur, von der Höhe seiner Wirtschaft heruntersinken auf eine außerordentlich tiefe Stufe", so hatte schon Adenauer seine Parteifreunde 1952 gewarnt[15]).

Solche und ähnliche Sorgen mögen bei oberflächlicher Betrachtung verständlich sein; wenn es um eine sinnvolle Gestaltung der Zukunft geht, halten sie einer kritischen Nachprüfung nicht stand. Deutschland ist niemals nur das Rheinland Konrad Adenauers gewesen, es war jahrhundertelang ein Land der Mitte, westlichen und östlichen Einflüssen in gleicher Weise ausgesetzt und von ihnen befruchtet. Durch eigene Schuld ist das Reich zerrissen, aber wenn es uns ernst ist um die Einheit der Nation und die Bewahrung ihres geschichtlich-kulturellen Erbes, dann wäre es jämmerlich, wollten wir uns ängstlich gegen jeden Wind aus dem Osten abschirmen, den Wind, dem 17 Millionen Deutsche tagtäglich ausgesetzt sind.

Gewiß, die deutsch-russischen Beziehungen waren immer zwiespältig. Die traditionelle preußisch-russische Freundschaft, beruhend auf dynastischen Bindungen und dem gemeinsamen Kampf gegen Napoleon, war mit den 80er Jahren des vorigen Jahrhunderts zu Ende gegangen. Breite Kreise des Bürgertums bei uns, insbesondere des mittleren und Kleinbürgertums, beherrschte nun Angst vor dem „asiatischen" Koloß, vielfach geschürt von den Militärs, der Rüstungsindustrie und ihrem publizistischen Anhang; das zaristische

15) Auf einer Kundgebung der CDU in Bonn am 28. 3. 1952, zit. nach Andreas Hillgruber, Adenauer und die Stalin-Note v. 10. März 1952, in „Konrad Adenauer und seine Zeit", Band II, S. 111 ff., 116.

Rußland seinerseits glaubte den deutschen „Drang nach dem Osten" fürchten zu müssen. Die feineren Geister dagegen, Wissenschaftler, sonstige Intellektuelle, Künstler fühlten sich, soweit über die Grenzen des Landes hinaus interessiert, überwiegend von der jeweils anderen Welt angezogen, wir von der großen russischen Literatur, von der russischen, überhaupt der slawischen Musik, die Russen von deutscher wissenschaftlicher Leistung, deutscher Technik und Organisationsgabe. Schon Shukowsky (1783–1852) und Lermontow hatten zahlreiche Werke der deutschen Dichtung ins Russische übersetzt, in unseren Tagen folgten ihnen Majakowsky und Pasternak. Während der Weimarer Republik arbeiteten sogar Reichswehr und Rote Armee eng zusammen. Sind wir wirklich in dreißig Jahren des „Wiederaufbaus", des Wohlstands, des Luxus geistig, seelisch und moralisch so verkümmert, daß wir nicht mehr fähig wären, für unsere Zukunft selbständig nach neuen Wegen zu suchen, nach einem Weg zwischen West und Ost, zwischen den Fronten der Giganten?

Suchen wir etwas tiefer zu dringen, den Standort einer neutralen Bundesrepublik etwas genauer zu bestimmen. Warum sollte ein solcher Staat „von der Höhe seiner Kultur, von der Höhe seiner Wirtschaft heruntersinken auf eine außerordentlich tiefe Stufe"? Von der Schweiz, von Österreich, von Schweden hat noch niemand dergleichen behauptet. Das „kulturelle" Leben der Bundesrepublik hat zahllose Aspekte, erfreuliche und auch wenig nachahmenswerte – warum sollte es ungünstig beeinflußt werden dadurch, daß amerikanische Truppen hier abziehen? Ein neutrales Westdeutschland bliebe selbstverständlich Mitglied der Vereinten Nationen (was zu werden neuerdings auch die Regierung der Schweiz anstrebt) und ihrer Unterorganisationen, alle internationalen und gesellschaftlichen Kontakte blieben voll erhalten, könnten wie heute beliebig weiter ausgedehnt werden; und wenn sich durch Abbau der militärischen Konfrontation die zum Osten, insbesondere der slawischen Welt, verstärkten, dann wäre das nur zu begrüßen. Und das Wirtschaftsleben? Nun, der Handelsverkehr mit den Staaten Osteuropas hat sich im letzten Jahrzehnt infolge einer im Kern vernünftigen „Ostpolitik" stark ausgeweitet, vielleicht zu stark, was die Zahlungsfähigkeit dieser Staaten betrifft, und es ist wirklich nicht einzusehen, inwiefern es als Folge einer militärischen Neutralisierung der Bundesrepublik – nach Adenauer – „auf eine außerordentlich tiefe Stufe heruntersinken" sollte. Wie man es auch dreht und wendet, es gibt keinen Anlaß, von einer Neuorientierung unserer Außenpolitik in Richtung auf eine militärisch neutrale Bundesrepublik wirtschafts- und gesellschaftspolitische Nachteile zu erwarten. Im Gegenteil, auch unter rein ökonomischen Gesichtspunkten wäre eine Neutralisierung unseres Staates nur wünschenswert. Zwar ersehnt, abgesehen von den Kommunisten, wohl kaum ein Bundesbürger für uns eine sozialistische Gesellschaftsordnung sowjetischer oder ostdeutscher Prägung. Wir wollen und können auf ein eigenverantwortliches, risikofreudiges Unternehmertum bei möglichst umfassendem Wettbewerb nicht verzichten. Aber damit ist nicht gesagt, daß unsere Rechts- und Wirtschaftsordnung nicht verbesserungswürdig sei, sie bedarf

sogar gründlicher Reformen. In weiten Bereichen der Wirtschaft ist der Wettbewerb durch den Einfluß der Großunternehmen und Konzerne ausgeschaltet, Konkurrenz durch mehr oder weniger heimliche, kartellähnliche Absprachen oder „Preisführerschaft" ersetzt. Eine riesige Subventionswirtschaft, sowohl unmittelbar von Staats wegen wie innerhalb der Konzerne praktiziert, legt das Wirken der Kräfte des Marktes lahm, führt zu ständiger Fehlleitung von Kapital. Unter der Flagge „Wirtschaftswachstum" wird eine Unzahl mehr oder weniger überflüssiger, ja völlig sinnloser Produkte erzeugt und mit ungeheurem Reklameaufwand an den Mann gebracht. Nein, was immer wir mit guten Gründen an der Wirtschaftsordnung des Ostens auszusetzen haben, ein Vorbild für die Zukunft kann die unsere gewiß nicht sein. Wenn ein engerer Kontakt zu Osteuropa als Folge einer „Neutralisierung" der Bundesrepublik Veranlassung geben sollte, hierüber weiter nachzudenken, dann wäre schon das ein Gewinn.

Wir haben 2 Millionen Arbeitslose in der Bundesrepublik, in naher Zukunft drängen die geburtenstarken Jahrgänge der Zeit nach 1960 auf den Arbeitsmarkt, die fortschreitende Automatisierung der Arbeitsvorgänge wird laufend Kräfte freisetzen, die anderweitig keine Beschäftigung finden. Auch wer mit dem Verfasser der Ansicht ist, daß etwas mehr Marktwirtschaft auch auf dem Arbeitsmarkt uns gut täte, kann schwerlich annehmen, daß die Selbstheilungskräfte der Wirtschaft allein in der Lage sein werden, mit den riesigen auf uns zukommenden Problemen fertig zu werden. Hier kann nur umfassende staatliche Planung und Lenkung helfen. Dabei nötigen die mit Sicherheit wachsende Verknappung und Verteuerung von Rohstoffen und Energie sowohl wie die Anforderungen ernsthaft betriebenen Umweltschutzes (wovon bisher noch keine Rede sein kann) zu der Einsicht, daß der in der westlichen Welt für die Mehrheit der Bevölkerung erreichte materielle „Lebensstandard" auf die Dauer wahrscheinlich nicht wird gehalten, geschweige denn immer noch weiter erhöht werden können. Vollständiges Umdenken ist geboten. Eine langfristig angelegte Ausweitung unserer Wirtschaftsbeziehungen zur UdSSR und den übrigen Staaten Osteuropas, weit über den heutigen Handel mit dem Osten hinaus, könnte der Ansatzpunkt für eine Lösung sein. Eine solche erforderte selbstverständlich Kooperation, nicht Konfrontation. Großzügige Kreditgewährung zu Lasten des innerdeutschen Konsums wäre unvermeidlich. Aber solche Kredite würden mehr zur Befriedung Europas für die nächsten Jahrzehnte beitragen als neue Atomwaffen und das ganze übrige Rüstungspotential der NATO auf unserem Kontinent.

Bleibt zum Schluß zu fragen, ob unsere Institutionen den Anforderungen einer Außenpolitik der hier skizzierten Art gewachsen sein werden. Erhebliche Zweifel sind gewiß angebracht, aber wir werden uns darüber klar sein müssen, daß unsere Gesellschaftsordnung und Staatsverfassung in jedem Fall grundlegender Reformen bedarf. Was hierzulande unter „Freiheit" verstanden wird, eine zügellose „permissiveness", ist ohnehin nicht aufrechtzuerhalten, in dieser Hinsicht können wir vom Osten manches lernen. Unsere Parteien sind sämtlich geistig erstarrt, finanziell korrumpiert. Der ungeheure

Einfluß von Unternehmerverbänden und Gewerkschaften, der Einfluß organisierter Gruppenmacht hat staatliche Autorität und Entscheidungsmöglichkeiten so stark verkümmern lassen – um nicht zu sagen: untergraben –, daß die langfristigen Interessen der Gesamtheit immer wieder zu kurz kommen. Aus einem im Kern gesunden Föderalismus ist vielfach lächerliche, groteske Kleinstaaterei geworden. Ja, man geht nicht fehl mit der Behauptung, daß die vielgerühmte „pluralistische" Gesellschaft der Bundesrepublik grundlegende gesamtpolitische Entscheidungen überhaupt kaum noch möglich macht. Hier ist der Osten uns eindeutig überlegen. Einer Stärkung der Staatsgewalt werden wir in durchaus absehbarer Zukunft unter keinen Umständen entraten können, soll die staatliche Gemeinschaft nicht zu einem bloßen Konsumentenhaufen werden. Eine militärisch neutrale Bundesrepublik bedarf erst recht einer starken Staatsgewalt, ohne daß dieses Land „ein von seinen Nachbarn kontrollierter, neopietistischer Polizeistaat"[16]) werden müßte.

Militärische Neutralität ist dabei alles andere als politische Gleichgültigkeit. Wie nach außen hin, so muß sie auch im Innern ständig verteidigt werden, und das erzwingt Wachsamkeit. Die geistig-moralische Verteidigung eines militärisch neutralen Staates von der Größe der Bundesrepublik wird gewiß nicht leicht sein, viel schwieriger jedenfalls, als es Politik im Rahmen des heutigen Verteidigungsbündnisses mit einer überragenden Führungsmacht ist. Aber neue Wege müssen gesucht und gefunden werden, wollen wir den Frieden in Europa anders und besser sichern als mit Atombomben.

Herbert v. Dirksen, Botschafter des Deutschen Reichs in Moskau von 1929 bis 1933, Nachfolger auf diesem Posten und politischer Freund des überragenden Diplomaten Ulrich v. Brockdorff-Rantzau, hat Erinnerungen an seine Tätigkeit in der Hauptstadt der Sowjetunion mit dem Satz abgeschlossen: „Wir haben es nie gelernt, aus den Moskauer Goldbarren bare Münze zu prägen, und wurden in dieser Beziehung von den Russen um Längen geschlagen."[17]) Daran hat sich auch heute nichts geändert, während wir es doch vortrefflich verstehen, mit US-Dollars umzugehen. Es liegt außerhalb unserer Möglichkeiten, die beiden Weltmächte in ihrem Ringen um die Vorherrschaft entscheidend zu beeinflussen. Aber wir können viel tun, viel mehr und anderes als bisher, um uns aus Konflikten herauszuhalten, die nicht die unseren sind, und uns eine bescheidene, aber selbständige und gesicherte Stellung in der Gemeinschaft der Völker zu erarbeiten. Dazu beizutragen, ist die große, die eigentliche Aufgabe der deutschen Friedensbewegung.

16) So Georg Wolf in der Beilage zur FAZ v. 24. 12. 1981.
17) Zit. nach Wilhelm Joost, Botschafter bei den roten Zaren, Wien 1967, S. 230.

Noch einmal: Polen und die Friedensbewegung

Von Jo Leinen

Die „Blätter" haben im Februarheft Beiträge zu den Perspektiven der Friedensbewegung im Zusammenhang mit den Ereignissen in und um Polen veröffentlicht. Zur Umfrage „Die Friedensbewegung und die Polenkrise" erreichte uns verspätet ein Beitrag von Jo Leinen, Mitglied im geschäftsführenden Bundesvorstand des Bundesverbandes Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU). Dieser Beitrag erscheint uns auch unabhängig von der Umfrage bemerkenswert, da er Vorschläge zur Friedensbewegung 1982/83 zur Diskussion stellt. Vgl. dazu auch die Beiträge von Harold Rasch und Guido Grünewald sowie die Ostermarsch-Dokumentation im vorliegenden Heft. Die „Blätter" werden im Aprilheft auf die „Strategie" der Friedensbewegung zurückkommen. D. Red.

Die neue Friedensbewegung ist noch kein Jahr alt und schon deuten sich einige Gefahren an, die zu einer frühzeitigen Demobilisierung und Spaltung dieser überlebenswichtigen Kraft führen könnten. Zwei Probleme sind unmittelbar für die nächsten Monate erkennbar; eine dritte Problematik wird sich wahrscheinlich erst 1983 herauskristallisieren.

1. Die Verhängung des Kriegsrechts in Polen hat Auswirkungen auf die Diskussionen innerhalb der Friedensbewegung. In vielen Versammlungen wird die Diskussion über Polen vorangestellt, bevor man zur eigentlichen Aktionsberatung kommt. Des öfteren sind Konferenzen in der Polen-Kontroverse stecken geblieben.

Ich halte die Verhängung des Kriegsrechts über Polen für einen schlimmen Zustand, der laut und deutlich angegriffen werden muß. So offensichtlich hat sich der Real-Sozialismus schon lange nicht mehr vor aller Welt demaskiert.

Beim genauen Hinsehen wird man entdecken, daß es mindestens vier Strömungen als Reaktion auf die Militärregierung in Warschau gibt. Das DKP-Spektrum, das die Ausrufung des Kriegszustands rechtfertigt; das sozialdemokratische und gewerkschaftliche Spektrum, das den Kriegszustand verurteilt, aber hinsichtlich von Sanktionen um Mäßigung bemüht ist; ein linksunabhängiges Spektrum, das lautstark seine Empörung zum Ausdruck bringt, sich aber hinsichtlich weitergehender Maßnahmen unsicher ist; und schließlich die ehemals und immer noch maoistisch orientierten Gruppen, die Forderungen nach Einstellung der Hilfssendungen bis nach einer kräftigen Nato-Aufrüstung in die Welt setzen.

Es wäre politisch fatal, wenn die Friedensbewegung und der Widerstand gegen die Atomwaffen zum Vehikel benutzt würde, um die unterschiedlichen Ansichten zu Polen auszutragen. Wir müssen sehen, daß sich die Friedensbewegung in ihrer gesamten Breite bisher nur über die Verhinderung neuer

Atomwaffen und höchstens noch in der Schaffung einer atomwaffenfreien Zone einig ist. Alle anderen Punkte sind bisher entweder nicht ausdiskutiert oder es bestehen schon kräftige Differenzen.

Um den Ernst der Lage zu verdeutlichen: Bis zu dem Tag X der Stationierung neuer Atomwaffen bleiben noch ca. 18–22 Monate übrig. Schon jetzt ist erkennbar, wie von amerikanischer Seite mit dem Thema Polen und von Regierungsseite in Europa mit den Verhandlungen in Genf von der Widerstandsbewegung gegen diese Atomwaffen abgelenkt wird. Neue Tricks und Propagandakampagnen werden noch in Hülle und Fülle auf uns zukommen. Wenn es stimmt, was wir in allen Schriften und Reden immer wieder zum Ausdruck bringen, daß die Stationierung dieser Atomwaffen die Führung eines begrenzten Atomkriegs in Europa bedeutet, dann braucht die Friedensbewegung jeden, der diese Atomwaffen ablehnt, und nicht nur diejenigen, die hinsichtlich Polen oder anderer Fragen dieselbe Einschätzung haben. Aus den Erfahrungen der Anti-AKW-Bewegung kann ich nur davor warnen, ein gemeinsam als wichtig empfundenes Thema mit der Überfrachtung und Überlagerung durch andere Themen zu relativieren. Endlose Diskussionen und Streitereien werden dazu führen, daß etliche Leute frustriert werden und nicht mehr mitmachen. Diese Lehre kann aus den Bundeskonferenzen der Anti-AKW-Bewegung gezogen werden. Zur Solidarität mit „Solidarnosc" wird es viele Veranstaltungen und auch Demonstrationen geben. Jede Gruppierung wird hierzu öffentlich ihre Haltung darlegen. Es braucht jedoch nicht unbedingt jede Friedensdiskussion und jede Friedensdemonstration mit einem Bekenntnis zu Polen zu beginnen. Die Auguren der FAZ freuen sich in mehreren Leitartikeln der letzten Wochen schon jetzt auf diese Auseinandersetzungen innerhalb der Friedensbewegung.

2. Die zweite Gefahr sehe ich in organisatorischen Verselbständigungen von Teilen der Friedensbewegung mit dem Anspruch, „die Friedensbewegung" in der Bundesrepublik zu repräsentieren. Außerparlamentarische Bewegungen sind auf eine breite Zusammenarbeit aller interessierten Kräfte angewiesen. Dies gilt für militärische Fragen noch weit mehr als für andere innenpolitische Themen. Der Erfolg der Großdemonstration in Bonn lag zum großen Teil darin begründet, daß weiteste Teile der Friedensbewegung sich auf diese Aktion einigen konnten. Sicherlich gab es auch Gruppen, die sich benachteiligt oder ausgeschlossen fühlten, was nicht immer nur an dem Verhalten der Veranstalter der Bonn-Demonstration gelegen haben muß. Die Kraft der Friedensbewegung wird nur erhalten bleiben, wenn wir uns auch für 1982 und 1983 auf gemeinsame Höhepunkte des Widerstands gegen die weitere atomare Aufrüstung zusammentun.

3. Die Friedensbewegung wird den Widerstand noch verstärken müssen, wenn es uns gelingen soll, die Nachrüstung nicht nur verbal, sondern tatsächlich zu verhindern. Der Widerstand muß verbreitert und auch verschärft werden. Es muß uns gelingen, in noch breitere Bevölkerungsschichten hineinzuwirken und mit einer Massenbewegung die Stationierung neuer Atomwaffen

„politisch nicht durchsetzbar" zu machen. Insofern kommt der Großdemonstration anläßlich des Katholikentags im September 1982 große Bedeutung zu.

Der Widerstand muß sich auch verschärfen. Nach der Appellationsphase, in der wir mehrere Millionen Unterschriften unter Appelle an die Regierenden gesammelt haben, und der Demonstrationsphase, bei der viele hunderttausend Menschen auf die Straße gegangen sind, um ihre Ablehnung einer weiteren Aufrüstung kundzutun, wird es spätestens 1983 eine Phase der direkten gewaltfreien Aktionen und des zivilen Ungehorsams zur Verhinderung der Nachrüstung geben müssen. Hier werden wie bei der Anti-AKW-Bewegung, der Hausbesetzerbewegung, den Startbahn-West-Gegnern und sonstwo die Diskussionen über Gewaltfreiheit und andere Aktionsformen erneut entfacht werden. In diesem Stadium kann die Friedensbewegung am meisten Gefahr laufen, sich von der Bevölkerung zu isolieren. Phantasievolle, vermittelbare und wirksame Aktionen müssen deshalb ab sofort diskutiert werden. Die Aktion der Ärzte gegen das Gesundheitssicherstellungsgesetz, der Steuerboykott, Fastenaktionen und Friedenscamps an militärischen Standorten sind bereits erste Vorboten solcher gewaltfreier Strategien.

Die neuen Atomwaffen drohen die Existenz ganzer Völker in Europa auszulöschen. Diese Gefahr ist derart groß, daß die Friedensbewegung in der Lage sein muß, sich in den nächsten zwei Jahren mit allen Kräften auf die Verhinderung der Nachrüstung zu konzentrieren. Weitergehende Vorstellungen von alternativer Verteidigung und alternativen Gesellschaftsmodellen dürfen nicht dazu führen, daß die Nato-Aufrüstung zerredet und vernebelt wird.

Die Maschen des „sozialen Netzes"

Zur Konjunkturgeschichte des Sozialstaates

Von Frank Niess

„Die Geschichte wiederholt sich nicht": dieser Satz gilt gemeinhin als unumstößliches Gesetz. Und doch ist, vor allem in der Geschichte der Sozialpolitik, die Duplizität der Fälle manchmal so frappant, daß man meinen möchte, alles sei schon einmal dagewesen. 27. Dezember 1929: Die Arbeitslosenversicherung war eben gut zwei Jahre alt, da beschloß der Deutsche Reichstag, die Bei-

träge dazu „befristet" von drei auf dreieinhalb Prozent zu heben, nachdem infolge der Weltwirtschaftskrise die Versicherung immer weiter in die roten Zahlen geraten war. Bei dieser einen Erhöhung ist es indessen nicht geblieben. 12. November 1981: Der Deutsche Bundestag beschließt, den Beitragssatz in der Arbeitslosenversicherung „befristet" von drei auf vier Prozent zu erhöhen. Es ist nicht der erste solche Beschluß, seitdem diese Versicherung nach dem Zweiten Weltkrieg wiedererrichtet wurde. Während 1961/62, als die Wirtschaft noch florierte, der Versicherungsschutz zum Nulltarif zu haben war, ist der Beitragssatz seit 1974 bereits von 1,7 auf 3 % gestiegen. Aber nicht nur das: Im gleichen Maße, wie die Beiträge, also die Lasten, die die Versicherten zu tragen haben, größer wurden, hat man damals wie heute, in Weimar wie in Bonn, die sozialen Leistungen nicht nur in diesem, sondern auch in anderen Bereichen der Ersparnis wegen einschneidend gekappt.

Anders, als manche offiziellen Verlautbarungen zum System der sozialen Sicherung glauben machen, ist dieses System *erstens* keineswegs ein stabiles, irreversibles sozialstaatliches Element, sondern es ist in höchstem Maße konjunkturanfällig bis hin zur Demontage in der Krise. *Zweitens* haben diejenigen, die von den Sozialversicherungen profitieren, die Arbeitnehmer, aber auch ihre gewerkschaftlichen wie politischen Repräsentanten damals wie heute mehrheitlich sehr wohl verstanden, daß mit dem sozialen Schutz, den die Versicherungen bieten, im Konfliktfall zugleich der Sozialstaat insgesamt, wenn nicht am Ende gar der demokratische Staat auf dem Spiele steht. Dies, weil *drittens* der Kampf um den Erhalt oder Abbau der Sozialversicherung nichts anderes ist als die Fortsetzung des Verteilungskampfes auf einem Nebenschauplatz, der freilich, schon wegen der Größe des entsprechenden Anteils am Sozialbudget, immer mehr ins Zentrum rückt. Wenn es der einen der Sozialparteien, dem Kapital, gelingt, die Sozialleistungen mit Hilfe des Gesetzgebers derart zurückzustutzen, daß bei der Verteilung des Sozialproduktes eine merkliche Korrektur eintritt, kann dies, zumal in Krisenzeiten, nicht ohne Auswirkungen auf die politischen Strukturen bleiben. In der Weimarer wie in der Republik von Bonn versuchten und versuchen die Unternehmer, indem sie beredt über kärgliche Gewinne, unzureichende Kapitalbildung und Auswüchse der Sozialversicherungen Klage führen, eine solche Wende zu erzwingen. Die Sozialversicherungen, die vor hundert Jahren aus der Taufe gehoben wurden, haben sich nicht als Konstante im Gefüge des Sozialstaates erwiesen, sondern immer wieder, je nach wirtschaftlicher und politischer Wetterlage, sowohl quantitativ als auch grundsätzlich zur Disposition gestanden. Es wäre zum Beispiel nicht das erstemal, daß das Fürsorgeprinzip, weil es in der sozialen Praxis weniger kostet und restriktiver zu handhaben ist, mehr und mehr das Versicherungsprinzip verdrängt. Und dies alles, weil *viertens* die Sozialversicherung kein Geschenk des Himmels ist, sondern eine Konzession der Kapitalseite und des Staates, um den „sozialen Frieden" zugunsten der bestehenden Gesellschaftsordnung zu erhalten. So wie vor hundert Jahren die Sozialversicherung mehr aus staatspolitischer Berechnung als aus sozialem Mitgefühl entstanden ist, wird heute von interessierter Seite die

Grenze ausgelotet, bis wohin man sie demontieren könnte, ohne daß der „innere Frieden" in Gefahr gerät[1]).

I. Sozialversicherung und Staatsräson

Wann immer die Absichten, die Bismarck, als er 1881 daranging, die Sozialversicherungen aufzubauen, mit diesen verbunden haben soll, in Rede stehen, taucht in der Historiographie so sicher wie das Amen in der Kirche das Bild auf: der Kanzler habe mit „Zuckerbrot und Peitsche", mit den *Sozial*gesetzen und dem (Anti-)*Sozialisten*gesetz, die Arbeiterbewegung zugleich mit dem Staat versöhnen und niederhalten wollen[2]). *Sozial*staatliche und *polizei*staatliche Methoden, *Integrations*- und *Repressions*versuche: das waren demnach die Kehrseiten ein und derselben Politik, einer Doppelstrategie im Dienst der Staatsräson[3]). Bismarck selbst hat diese Deutung der Nachwelt in diversen Reichstagsreden wortwörtlich vorgegeben. Zum Beispiel am 17. November 1881, als er eine „Allerhöchste Botschaft" von Kaiser Wilhelm I. vor dem Hohen Haus verlas, die eher seine als die Handschrift Seiner Majestät verriet. In dieser Botschaft postulierte er, „daß die Heilung der sozialen Schäden nicht ausschließlich im Wege der Repression sozialdemokratischer Ausschreitungen, sondern gleichmäßig auf dem der positiven Förderung des Wohles der Arbeiter zu suchen sein werde"[4]). Und tatsächlich: während die Arbeiter unter dem 1878 in Kraft gesetzten Sozialistengesetz an der politischen Betätigung gehindert, deswegen verfolgt, in Gefängnisse geworfen und des Landes verwiesen wurden, leitete der Kanzler mit der kaiserlichen Botschaft vom 17. November 1881 eine Entwicklung ein, die heute offiziell als „100 Jahre soziale Sicherheit" firmiert.

Die „soziale Frage" allein, das Elend, das die kranken, arbeitslosen, unfallgeschädigten oder altgewordenen Industriearbeiter mit ihren Familien zu erdulden hatten, bekümmerte den Kanzler nicht so sehr. Hellhörig wurde man in den oberen Etagen der Gesellschaft erst, als es so brisante Formen annahm, daß nicht zuletzt aus diesem Grund die sozialistische Bewegung gewaltig anschwoll. Weil Bismarck darin nichts anderes sehen konnte als eine staatsfeindliche Bewegung, begann er 1877, nachdem so lange der Primat der Außenpolitik gegolten hatte, sich der „sozialen Frage" zuzuwenden. Wenn aus diesem staatspolitisch motivierten Umschwung heraus[6]) schließlich 1883 die

1) Auf den Zusammenhang zwischen Sozialpolitik und innnerem Frieden haben aus Anlaß des Jubiläums u. a. hingewiesen: Der Präsident des Bundesrats, Hans Koschnick; vgl. Bundesrat, Mitteilung an die Presse, 120/81, 16. November 1981, S. 2; sowie der SPD-Landes- und Fraktionsvorsitzende in Baden-Württemberg, Ulrich Lang; Pressedienst SPD Baden-Württemberg, 16. November 1981, S. 9. Vgl. auch: Manfred Glombik, Vor 100 Jahren: Beginn der deutschen Sozialversicherung, in: „Das Parlament", Nr. 46, 14. 11. 1981, S. 10.

2) Vgl. aus der Fülle der Beispiele neuerdings: H. O. Hemmer/W. Hindrichs, „Nicht Stillstand, sondern Fortschritt in der Sozialpolitik soll unser Kampfruf sein". Grunddaten zur Geschichte sozialer Reformen in Deutschland, in: „Gewerkschaftliche Monatshefte", 7/1981, S. 396–417, hier: S. 403.

3) So A. Klönne, Die deutsche Arbeiterbewegung. Geschichte, Ziele, Wirkungen, Düsseldorf/Köln 1980, S. 59.

4) Zit. n. „Jahrbuch für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft" (Schmollers Jahrbuch), 6. Jg., 2/1882, S. 317 f.

5) Entfällt.

6) Vgl. F. Lütge, Die Grundprinzipien der Bismarckschen Sozialpolitik, in: „Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik", 134. Bd., I/1931, S. 580–596, hier: S. 589 ff.

Krankenversicherung, 1884 die Unfallversicherung und 1889 die Alters- und Invalidenversicherung entstanden sind[7]), dann eben nicht als soziale Errungenschaften um ihrer selbst willen. Man muß die staatsautoritäre Sozialreform vielmehr als Reflex auf mehrere harte Fakten werten: die Industrialisierung, die Arbeiterfrage und die Arbeiterbewegung[8]).

Nachdem die Lohnarbeiter im Zuge der Bauernbefreiung, der Aufhebung des Zunftzwanges und der Einführung der Gewerbefreiheit in den Genuß formaler Freiheit und Rechtsgleichheit gekommen waren, sich dafür aber wirtschaftliche Unfreiheit und schlimmere soziale Nöte eingehandelt hatten, mußte der bürgerliche Staat ihnen einen Ersatz für die mit dem Feudalsystem zugleich aus der Welt geschafften patriarchalischen Fürsorgesysteme bieten. Allen ultraliberalen, manchesterlichen Wehklagen zum Trotz mußte „Vater Staat" an die Stelle der Gutsherren und Handwerksmeister treten. Schließlich war die bürgerliche Rechtsordnung *die* Ursache für die Entstehung der Arbeiterfrage[9]): ein Faktum, das dem Staat nicht nur im moralischen, sondern im Sinne der Systemerhaltung soziale Sorgepflichten auferlegte[10]). Und: aufs Ganze gesehen konnten die Unternehmer die Reproduktion der Arbeitskraft nicht den Arbeitern als ihre Privatsache überlassen. Denn damit stand und fiel das reibungslose Funktionieren wie das Wachstum der wirtschaftlichen Maschinerie[11]).

Solange freilich die Industrialisierung stürmisch fortschritt, solange die Schlote rauchten, die Profite stimmten und die Arbeiter, mehr oder weniger ergeben in ihr Schicksal, ihr Tagewerk verrichteten, zerbrachen sich die Unternehmer darüber nicht den Kopf. Erst als die Konjunktur einmal ums andere ins Stocken kam und die Intensität der Arbeit so große Opfer forderte, daß der soziale Raubbau ökonomisch widersinnig scheinen mußte, stellten sich die Arbeitgeber darauf ein, Sozialversicherungen, wie sie Bismarck schuf, wenn auch murrend, mitzutragen. Mit dem sozialpolitischen Laisser-faire war es vorbei, als auf die fetten Gründerjahre mit ihrer sprunghaften Ausdehnung der industriellen Kapazitäten und einem hektischen Anwachsen der Produktion dann nach 1873 Jahrzehnte eines verlangsamten wirtschaftlichen Wachstums folgten[12]). Zwar stiegen auch in den Jahren der „Großen Depression"[13])

7) 1. Reichs-Gesetzblatt (RGBl.) 1883, No. 9., S. 73, (Nr. 1496), Gesetz, betreffend die Krankenversicherung der Arbeiter. Vom 15. Juni 1883. 2. RGBl. 1884, No. 19, S. 69 (Nr. 1552), Unfallversicherungsgesetz. Vom 6. Juli 1884. 3. RGBl. 1889, No. 13, S. 97 (Nr. 1858), Gesetz, betreffend die Invaliditäts- und Altersversicherung. Vom 22. Juni 1889.

8) Vgl. u. a. V. Hentschel, Deutsche Wirtschafts- und Sozialpolitik. 1815 bis 1945, Düsseldorf 1980, S. 48.

9) Vgl. Lampert, S. 64.

10) Vgl. H. Mottek/W. Becker/A. Schröter, Wirtschaftsgeschichte Deutschlands. Ein Grundriß, Bd. 3, Von der Zeit der Bismarckschen Reichsgründung 1871 bis zur Niederlage des faschistischen deutschen Imperialismus 1945, Berlin (DDR)[3] 1977, S. 142.

11) Vgl. H.-D. Gimbel, Sozialistengesetz und „Große Depression": Die deutsche Gewerkschaftbewegung von der Wirtschaftskrise 1873 bis zum Kölner Parteitag der deutschen Sozialdemokratie 1893, in: F. Deppe/G. Fülberth/J. Harrer (Hrsg.), Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung, S. 44–61, hier: S. 47.

12) Vgl. dazu u. a. F.-W. Henning, Die Industriealisierung in Deutschland 1800 bis 1914, Paderborn 1973, S. 203 ff.

13) Vgl. H. Rosenberg, Große Depression und Bismarckzeit. Wirtschaftsablauf, Gesellschaft und Politik in Mitteleuropa, Berlin 1967.

die Löhne, mit Ausnahme der ersten Jahre nach der Krise von 1873, gleichzeitig aber verteuerte sich die Lebenshaltung derart, daß die Industriearbeiter unter dem Strich oft genug ins Minus kamen.

Aber nicht allein diese wirtschaftlichen Tatsachen bewogen die Regierung zum Handeln. Hinzukommen mußte als eigentlicher Anstoß erst noch die „rote Gefahr", die in Bismarcks Augen von der wachsenden, zunehmend besser organisierten Industriearbeiterschaft ausging. Daß das Sozialistengesetz kaum dazu taugte, den Status quo der bürgerlichen Gesellschaft, so wie sie damals war, zu sichern, mußte der „eiserne Kanzler" schon bald erkennen. Vor allem das Wahlergebnis von 1881 hat ihn wohl endgültig davon überzeugt, daß die brutale Unterdrückung sozialdemokratischer Bestrebungen doch nicht das probate Mittel sei, um den „sozialen Frieden" zu erhalten[16]). Obwohl die SPD zu diesen Wahlen im Grunde außer Konkurrenz antrat, büßte sie nur gut ein Viertel der Stimmen ein, die sie 1878 erhalten hatte, und kam auf 12 Mandate[17]). Nachdem der Kanzler am 16. September 1880 mit dem Amt des preußischen Handelsministers die Kompetenz für sozialpolitische Belange übernommen und sich schon einige Jahre intensiver als bis dahin dem Studium der Wirtschafts- und Sozialpolitik gewidmet hatte[18]), brachte ihn wohl dieses Ereignis, speziell die Wahlniederlage der ihm nahestehenden konservativen und nationalliberalen Parteien, zu der Überzeugung, daß es mit der repressiven Politik allein nicht mehr getan war.

Ein großzügiges Staatsgeschenk war das System der Sozialversicherungen, das mit der Thronrede Wilhelms I. aus der Taufe gehoben wurde, also nicht, auch keine Wohltat, die ein fürsorglicher Gesetzgeber aus besserer sozialer Einsicht den „niederen Ständen" angedeihen ließ. Daß das, was heute oftmals allzu euphemistisch als „soziales Netz" bezeichnet wird, im Kaiserreich entstehen konnte, ist letztlich, auch wenn es von oben herab verordnet wurde, der Arbeiterbewegung zu verdanken. Sie hat in harten Kämpfen die Obrigkeit gezwungen, sozialpolitische Zugeständnisse zu machen, ja überhaupt erst Sozialpolitik zu treiben[19]). Bismarck selbst hat aus diesem Kausalzusammenhang nie einen Hehl gemacht: „. . . wenn es keine Sozialdemokraten gäbe, und wenn nicht eine Menge Leute sich vor ihr fürchteten, würden die mäßigen Fortschritte, die wir überhaupt in der Sozialreform bisher gemacht haben, auch noch nicht existieren, und insofern ist die Furcht vor der Sozialdemokratie in bezug auf denjenigen, der sonst kein Herz für seine armen Mitbürger hat, ein ganz nützliches Element."[20])

14) Entfällt.
15) Entfällt.
16) Vgl. W. Abendroth, Aufstieg und Krise der deutschen Sozialdemokratie, Köln[4] 1978, S. 26.
17) Vgl. u. a. H. Grebing, Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, München 1970, S. 91; sowie H. Kaack, Geschichte und Struktur des deutschen Parteiensystems, Opladen 1971, S. 50 ff.
18) Vgl. Lütge, S. 590.
19) Vgl. H.-U. Wehler, Das Deutsche Kaiserreich 1871–1918, Göttingen[4] 1980, S. 139; das gilt für das Jahrzehnt 1881–1890 ebenso wie für die Zeit bis zur Jahrhundertwende.
20) Reichstagsrede vom 26. November 1884; s. u. a. Lütge, S. 587.

II. Die drei Säulen der Sozialversicherung

Die Sozialgesetzgebung, die 1881 Gestalt annahm, war mit politischen Intentionen reichlich befrachtet. Es gehe der Regierung, so lautete die kaiserliche Botschaft vom 17. November 1881, um den engeren Anschluß an die „realen Kräfte" des „Volkslebens und das Zusammenfassen der letzteren in der Form korporativer Genossenschaften unter staatlichem Schutz und staatlicher Förderung"[21]). Bismarck, der die eigentlichen Versicherungszwecke eher als Nebensache ansah, hoffte wohl, auf diesem Umweg ständisch-korporative Ordnungen der Vergangenheit zu restaurieren, zum Beispiel: Berufsgenossenschaften als Träger der Versicherungen neben oder sogar anstelle des Reichstags zu Organen der gesetzgebenden Gewalt zu machen. Viel wurde aus diesen Plänen aber nicht[22]). Im übrigen hat der Reichstag das ursprüngliche Regierungskonzept so sehr verwässert, daß sich die Hoffnungen, die Sozialgesetze könnten die Risse in der Gesellschaft kitten, bald als trügerisch erwiesen[23]).

Während ursprünglich vorgesehen war, daß sich die Unternehmer und das Reich z. B. in die Lasten der Rentenversicherung teilen und die Arbeiter einer sicheren Zukunft entgegensehen sollten, ohne schon Monat für Monat von ihren Hungerlöhnen dafür zu berappen, kam es dann ganz anders. Der Reichszuschuß von 50 Mark pro Rente, der tatsächlich beschlossen wurde, war alles andere als üppig. Und schließlich wurden die Arbeiter an den Lasten zur Hälfte beteiligt[27]), so daß sie nun nicht, wie eigentlich erwünscht, die Renten, wenn nicht als Geschenk des Himmels, so doch immerhin als milde Gabe des Kaiserreichs zu würdigen vermochten. Trotzdem: ein Fortschritt, wenngleich ein hart erkämpfter und relativer, war das Sozialversicherungssystem, als es 1889 im Rohbau stand, gewiß.

Die *Krankenversicherung* von 1883 garantierte den 4294173 Versicherten (1885)[28]) freie ärztliche Behandlung, Arzneimittel und Krankengeld bei Arbeitsunfähigkeit durch Krankheit für 13 Wochen[29]). Anders als heute hatten allerdings damals die Arbeitnehmer noch zwei Drittel, die Arbeitgeber dagegen nur ein Drittel der Beiträge aufzubringen[30]). Bald nachdem die Allgemeinen Ortskrankenkassen ihre Schalter geöffnet hatten, war ein Drittel der Versicherungspflichtigen bei ihnen eingeschrieben, während die Mehrzahl zunächst noch in den Betriebskrankenkassen versichert blieb. Aber dieses Verhältnis änderte sich binnen weniger Jahre zugunsten der AOK. Am Vorabend

21) s. „Jahrbuch für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft", 6. Jg., 2/1882, S. 317.
22) Vgl. L. Gall, Bismarck. Der weiße Revolutionär, Frankfurt/M./Berlin/Wien[5] 1981, S. 649.
23) Bismarck traf mit seinen sozialpolitischen Intentionen vor allem bei den Liberalen auf hartnäckigen Widerstand, die die Lösung der sozialen Frage lieber dem Markt und dem freien Spiel der wirtschaftlichen Kräfte überlassen hätten; vgl. u. a. W. Mommsen, Bismarck in Selbstzeugnissen und Bilddokumenten, Reinbek 1966, S. 133.
24) bis 26) entfallen.
27) § 19 Gesetz, betreffend die Invaliditäts- und Altersversicherung, RGBl. 1889, S. 104.
28) Vgl. Henning, S. 269.
29) § 6 Gesetz, betreffend die Krankenversicherung der Arbeiter, RGBl. 1883, S. 75.
30) § 52 Krankenversicherungsgesetz, ebd., S. 92.

des Ersten Weltkriegs waren schon 60 % der Arbeiter und Angestellten, die der Versicherungspflicht unterlagen, Mitglieder der AOK[31]). Die *Unfallversicherung* löste die frühere zivilrechtliche Haftung der Arbeitgeber gegenüber den Arbeitnehmern ab, die im Betrieb zu Schaden kamen. Mit dem Gesetz vom 6. Juli 1884, „das später durch zahlreiche Novellen umgestaltet wurde, trat an die Stelle der Haftung des einzelnen Unternehmers, unabhängig von einem Mitverschulden, die Gesamthaftung der Berufsgenossenschaft des betreffenden Gewerbezweigs"[32]). „Insofern ist die Unfallversicherung eine Haftpflichtversicherung der Unternehmer"[33]), die finanziell auch von ihnen allein getragen wird[34]). Für die *Alters-* und *Invaliditätsrentenversicherung*, die 1889 nach langem Tauziehen zustandekam, brachten die Arbeitgeber und die Arbeitnehmer die Beiträge zu gleichen Teilen auf, nachdem der Zuschuß des Reichs wieder gestrichen worden war[35]). Am Anfang wurde auf eine Wartezeit verzichtet. Viele Arbeiter, die nach einem langen Arbeitsleben die Siebzig, die damalige Altersgrenze[36]), überschritten hatten, kamen deshalb sofort in den Genuß der Rente[37]). Später wurde bei der Altersversicherung eine Wartezeit von 30 Jahren beziehungsweise 1410 Wochen verlangt, bevor die Versicherten ihren Anspruch auf Zahlungen anmelden konnten.

Der Lebensabend war also sicherer geworden. Er war weniger überschattet von materieller Not, seitdem diese Versicherung bestand. Das galt auch für das Arbeitsleben unter den Vorzeichen der anderen Sozialversicherungen.

III. Zu wenig zum Leben, zum Sterben zu viel

Das Zustandekommen der Sozialgesetze bedeutete aber beileibe nicht, daß von da an soziale Sicherheit im wahrsten Sinn des Wortes herrschte und damit auch Friede zwischen den Sozialparteien[38]). Dafür war der Kreis der Auserwählten, die laut Gesetz Versicherungsschutz genießen sollten, viel zu klein. Fast kann man ihn als Arbeiteraristokratie bezeichnen, die sich, ohne es zu wissen und zu wollen, nicht eben bestechen aber doch enger in die bestehende Gesellschaftsordnung einbinden ließ. Die Familienangehörigen blieben anfangs, wie selbstverständlich, ausgeklammert[39]): schließlich galt die Großfamilie mit Vater, Mutter, Großeltern und Kindern damals, wo nicht noch als intakte Produktionsgemeinschaft, so doch zumindest noch als Grundeinheit der sozialen Sicherheit[40]). Folglich konzipierte der Gesetzgeber, ganz im Geist der Zeit, die Sozialversicherungen derart, daß sie die Familiensolida-

31) Vgl. Henning, S. 269.
32) Glombik, Vor hundert Jahren.
33) H. Winterstein, Das System der sozialen Sicherung in der Bundesrepublik Deutschland, München 1980, S. 83.
34) § 10 Unfallversicherungsgesetz, RGBl. 1884, S. 74 f.
35) § 19 Gesetz, betreffend die Invaliditäts- und Altersversicherung, RGBl. 1889, S. 104.
36) § 9, ebd., S. 100 f.
37) § 157 (Übergangsbestimmungen), ebd., S. 142.
38) Vgl. u. a. Klönne, S. 63 ff.
39) Vgl. Ch. Sachße/F. Tennstedt, Geschichte der Armenfürsorge in Deutschland, Stuttgart u. a. 1980, S. 265.
40) Vgl. G. Hardach, Deutschland in der Weltwirtschaft 1870–1970. Eine Einführung in die Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, Frankfurt/M./New York 1977, S. 16.

rität keineswegs ersetzten, sondern nur notdürftig ergänzten. Und auch die Familienoberhäupter, die Ernährer der Familie, waren in den ersten Jahren längst nicht alle sozialversichert[41]). Von vierzehneinhalb Millionen Lohnarbeitern im Deutschen Reich gehörten drei Millionen oder gut 20% im Jahr 1895 nicht zu den Alters- und Invaliditätsversicherten. Und diejenigen, die sich eigentlich schon glücklich schätzen durften, nach jedwedem Schicksalsschlag durch ein soziales Netz vor dem Absturz ins Elend bewahrt zu werden, merkten, wenn der Ernstfall eintrat, daß die Maschen dieses Netzes sehr weit geknüpft waren. Am Anfang nur eine moderne Form der Armenpflege[42]), schützte das System der sozialen Sicherheit die Arbeiter und Angestellten keineswegs davor, am Ende dann doch wieder der Armenpflege anheimzufallen. Was die Versicherungen an Notgroschen zahlten, war zu wenig zum Leben und zu viel zum Sterben. Auf jeden Krankenversicherten kam 1885 jährlich eine durchschnittliche Leistung von rund elf Mark. Und die Rentenversicherung zahlte bis zum Jahr 1900 den Arbeitnehmern, die nicht mehr arbeitsfähig oder im Rentenalter waren, einen „sozialen Sold" von jährlich 155 Mark im Schnitt[43]), obwohl kurz vor der Jahrhundertwende die Miete für ein Zimmer in der Stadt rund 50 bis 65 Mark jährlich und ein Pfund Butter zum Beispiel eine Mark und 30 Pfennige kostete[44]).

Obwohl sie seit 1883 gegen die Wechselfälle des Lebens versichert waren, mußten die Arbeiter und später auch die Angestellten stets doch gewärtigen, daß sie eines Tages wieder als Almosenempfänger in den Amtsstuben der Armenpfleger und Sozialhelfer stehen und die Hand aufhalten würden. Die später aus der Erwerbslosenfürsorge hervorgegangene Arbeitslosenunterstützung, speziell die *Arbeitslosenhilfe,* ist dafür ein Beispiel: noch heute liegt ihr neben dem Versicherungs- auch das Fürsorgeprinzip zugrunde und das Bedürftigkeitskriterium. Den vollen Satz der Hilfe bekommen nur die armen Arbeitslosen, die nachweisen können, daß sie keine laut Bürgerlichem Gesetzbuch zum Unterhalt verpflichteten Verwandten in gerader Linie haben, bei denen sie, so wie das früher in der Großfamilie war, die Füße unter den Tisch strecken und aus der Suppenschüssel essen können[45]).

Weil der Kreis der Versicherten anfangs viel zu klein und die Leistungen der Versicherungen viel zu dürftig waren, mußte Bismarck die Ziele, die er mit

41) Hierzu und zum folgenden: Sachße/Tennstedt, Armenfürsorge, S. 265; zwischen 1890 und 1913 stieg die Zahl der Mitglieder in der Unfallversicherung von 13,7 auf 25,8 Millionen an, in der Krankenversicherung von nur 6,6 auf 14,6 Millionen und in der Alters- und Invalidenversicherung zwischen 1895 und 1913 von 11,8 auf 16,3 Millionen; vgl. Klönne, S. 106.

42) Vgl. G. Fülberth, Die Entwicklung der deutschen Sozialdemokratie von ihrer Gründung bis zum Revisionismusstreit, in: J. v. Freyberg u.a., Geschichte der deutschen Sozialdemokratie 1863–1975, Köln[2] 1977, S. 11–36, hier: S. 32.

43) Vgl. Wehler, S. 137 f.

44) Vgl. H. Beck, Lohn- und Arbeitsverhältnisse in der deutschen Maschinenindustrie am Ausgang des 19. Jahrhunderts. Zwei sozialstatistische Monographien, Phil. Diss. Heidelberg/Berlin 1902, S. 37, 60. Im übrigen: die Sozialversicherungen machten keineswegs die Lohnverluste wett; vgl. J. Kuczynski, Darstellung der Lage der Arbeiter in Deutschland von 1871 bis 1900 (Die Geschichte der Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus, Teil I, Bd. 3), Berlin 1962, S. 409.

45) Vgl. F. Niess, Vom Armenhaus zur Arbeitslosenhilfe. Zur Struktur- und Konjukturgeschichte sozialer Repression der Arbeitslosigkeit in Deutschland, in: „Blätter", 4/1979, S. 475–487, hier: S. 481.

seiner Sozialpolitik verfolgte, verfehlen. Es gelang also nicht, die Arbeiterklasse mit dem Obrigkeitsstaat zu versöhnen, zumal die Arbeiterschutzpolitik, die den Industriearbeitern das Arbeitsleben etwas leichter hätte machen können, unterblieb. Im Gegenteil: die Unterschrift des Kaisers auf dem letzten der drei Sozialgesetze war noch nicht ganz trocken, da verschärften sich die Klassengegensätze wie kaum zuvor[46]). Das Jahr 1889 brachte nicht nur eine Zäsur in der Geschichte der Sozialreform, sondern es war auch ein Jahr erbitterter Arbeitskämpfe[47]). Die Streiks nahmen so heftige Formen an, daß die sozialpolitischen Euphorien, die mit den Gesetzen aufgekommen waren, schnell verflogen. Trotz alledem: es wäre falsch, diese Gesetze und ihre Bedeutung für die soziale Lage der abhängig Beschäftigten gering zu schätzen. Immerhin verbürgten sie ein Ausmaß an sozialer Sicherheit, das keine der damaligen Industriegesellschaften ihren Lohnarbeitern bot. Während die Erwerbstätigen im Deutschen Reich ihre Beitragsmarken klebten und damit Ansprüche auf Hilfe in der Not erwarben, herrschte, was die sozialen Rechte der Arbeiter anlangt, im amerikanischen Kapitalismus noch das Gesetz des Dschungels[48]).

IV. Sonderrechte für die Angestellten

Nachdem diese ersten drei Säulen der Sozialversicherung standen, ging es an den Ausbau des Systems. Die soziale Lage der Arbeitnehmer, ob Arbeiter oder Angestellte, verlangte einerseits, den Kreis der Versicherten über die wenigen Glücklichen der Anfangsjahre hinaus auszudehnen, und andererseits, die kärglichen Versicherungsleistungen aufzubessern. Beides geschah in ersten Etappen schon vor 1911. Aber erst in diesem Jahr folgte auf das Stückwerk wieder eine Sozialreform aus einem Guß, die die versicherungsrechtliche Materie auf Jahrzehnte hinaus verbindlich regelte, wenngleich in einer Form, der wiederum politische Intentionen eigener Art, um nicht zu sagen: Hintergedanken, anzusehen waren. Nach jahrelangen Kämpfen um einen sozialrechtlichen Sonderstatus bekamen die Angestellten, die allenfalls dem Namen und der Kleidung nach über die Arbeiter erhaben waren, mitnichten aber materiell, eine eigene Sozialversicherung[49]). Die Idee einer *Einheitsversicherung* für alle Arbeitnehmer war damit erst einmal gestorben. Wenn es den Angestellten ohne weiteres gelang, ihre Sonderinteressen durchzusetzen, dann deshalb, weil die Reichsregierung, ganz auf der politischen Linie Bismarcks operierend, keine Konzessionen scheute, um sie „von dem ‚verderblichen'

46) Vgl. H. Böhme, Prolegomena zu einer Sozial- und Wirtschaftsgeschichte Deutschlands im 19. und 20. Jahrhundert, Frankfurt/M. 1968, S. 90 f.

47) „Vom 1. Januar 1889 bis Ende April 1890 fanden in Deutschland 1 131 Streiks statt, an denen 394 440 Arbeiter beteiligt waren"; D. Fricke, Die Deutsche Arbeiterbewegung 1869–1890. Ihre Organisation und Tätigkeit, Leipzig 1964, S. 311.

48) Anschaulich schildert Upton Sinclair, Der Dschungel, Berlin/Jossa[2] 1981, das furchtbare soziale Elend in Chicago um die Jahrhundertwende.

49) Versicherungsgesetz für Angestellte, RGBl. 1911, S. 989.

Einflusse der Sozialdemokratie fernhalten zu können"[50]). Diese Sorge hat sich für die Arbeiter mit den weißen Kragen reichlich bezahlt gemacht. Jahrzehntelang genossen sie von da an einen besseren Versicherungsschutz als die Kollegen im Blauen Anton. „1911 war aber noch in anderer Hinsicht eine Art Schlüsseljahr für die sozialpolitische Entwicklung in Deutschland. Damals wurde nicht nur die *Reichsversicherungsordnung* verabschiedet, es wurden auch erstmals *alle* unselbständigen Erwerbstätigen, vor allem die Landarbeiter, in die Krankenversicherung einbezogen und der Invaliditäts- und Altersrente eine Hinterbliebenenfürsorge an die Seite gestellt. Damit waren die ausschließliche Bindung der Sozialversicherung an die gewerbliche Wirtschaft und das Individualprinzip preisgegeben worden. Der Weg zur Volks- und Familienversicherung war gewiesen."[51]) Ein Weg, der aber den „besseren Kreisen" im Deutschen Reich, speziell den Unternehmern, schon zu weit ging.

Und tatsächlich: bis zum Ende des Ersten Weltkriegs bewegte sich in der Sozialversicherungspolitik nicht mehr viel. Eine Ausnahme machte nur die Rentenversicherung. Hier wurde 1916 die Altersgrenze von 70 auf 65 Jahre herabgesetzt. Was sich sonst noch tat, wie die Erhöhung der Hinterbliebenenrenten[53]), geschah weniger aus eigener Initiative der Sozialpolitiker. Der Vater dieser sozialpolitischen Korrekturen war vielmehr der Krieg.

V. *Weimar: der Klassenkompromiß auf Zeit*

Auch wenn die Demokratie im Jahre 1918 nicht autochthon, sondern aus dem Zusammenbruch der Monarchie heraus entstanden ist[54]), so hat doch die Novemberrevolution, obwohl sie ihre ureigentlichen Ziele, die Rätedemokratie und die sozialistische Gesellschaftsordnung, nicht erreichte, entscheidend zu einer sozialen Kräfteverschiebung beigetragen. Ohne den Druck der Massen in der „Stunde Null" hätte es wohl nie die sozial- und verfassungspolitischen Zugeständnisse gegeben, die die arbeitende Bevölkerung auf ein Jahrzehnt hinaus um einiges besser stellten als zuvor. Anders als im Kaiserreich herrschte nun nämlich der Wirtschaftsliberalismus nicht mehr ungebrochen. Die Arbeiterbewegung, die die Weimarer Republik wesentlich mitgeprägt hat, konnte ihm die Sozialstaatlichkeit als Korrektiv entgegensetzen. Oder anders: es gelang der Arbeiterklasse, so wirksam auf den Ausbau der Sozialversicherung zu dringen, daß auf diesem Wege die kapitalistische Einkommensverteilung eine bedeutsame Modifikation erfuhr[55]). Spätestens seit die-

50) So eine Äußerung des ehemaligen sozialdemokratischen Reichsarbeitsministers Rudolf Wissell (1928 bis 1930), zit. nach: H. G. Hockerts, Sozialpolitische Entscheidungen im Nachkriegdeutschland. Alliierte und deutsche Sozialversicherungspolitik 1945 bis 1957, Stuttgart 1980, S. 49.
51) Hentschel, S. 48 f.
52) Entfällt.
53) Vgl. Lampert, S. 133.
54) Vgl. F. L. Neumann, Der Niedergang der deutschen Demokratie (1933), in: ders., Wirtschaft, Staat, Demokratie. Aufsätze 1930–1954, Frankfurt/M. 1978, S. 103–123, hier: S. 103.
55) Vgl. H. Kranold, Die Krise der Sozialversicherung und der Wohlfahrtspflege, in: „Sozialistische Monatshefte", 38. Jg., 76. Bd., 1932 II, S. 675–682, hier: S. 677.

ser Zeit verändern die Bestimmungen, die in den Sozialversicherungen gerade gelten, die Anteile der Sozialparteien am volkswirtschaftlichen Gesamtprodukt nach oben oder unten[56]). In weit konfliktträchtigerem Maß als früher ist Sozialpolitik seitdem ein Stück Verteilungspolitik. Freilich hätte es die Arbeiterbewegung wohl kaum vermocht, den gesellschaftlichen Reichtum, der vorerst nur auf dem Papier stand, derart umzuverteilen, wenn sie nicht zur Zeit des Waffenstillstands, der Abdankung des Kaisers und der Proklamation der deutschen Republik stark genug gewesen wäre, um der Gegenseite, den Unternehmern, eine Art Waffenstillstand beziehungsweise Klassenkompromisse abzufordern. Sie drückten sich politisch im Stinnes-Legien-Abkommen aus[57]) und rechtlich in Artikel 165 Reichsverfassung[58]). Unter den Vorzeichen dieses „Burgfriedens" konnte die Arbeiterbewegung den Ausbau der bestehenden und den Neubau eines vierten Sozialversicherungssystems erzwingen: der *Arbeitslosenversicherung.* Nur: der Preis, den die Gewerkschaftsführung dafür schon vorweg entrichtet hatte, war der „Verzicht auf eine grundlegende gesellschaftliche Neuordnung"[59]).

Schon in den ersten Jahren der Republik von Weimar, als mit der „Demontage des sozialen Gehaltes der Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung" bereits die Präjudizien für die spätere Aufhebung der bürgerlichen Demokratie geschaffen wurden, rächte sich der Umstand, daß der formalen Waffengleichheit zwischen Kapital und Arbeit nie die materiellen Kräfteverhältnisse angeglichen waren. Kaum hatten die bürgerlichen Mächte ihre anfängliche Schwäche überwunden und zur Gegenrevolution geblasen, da pfiffen auch die Unternehmer schon auf die Kompromisse von 1918. Für die Sozialleistungen, die man ihnen aufgebürdet hatte, hielten sie sich anderweitig schadlos. Der Drang dazu war umso größer, als die Gewinne und der Anteil der Gewinne am Volkseinkommen wegen der wirtschaftlichen Stagnation und wegen der Umverteilung noch 1923, zur Zeit der Stabilisierungskrise, unter dem Niveau der Vorkriegsjahre lagen. „Da die eigentlichen Determinanten der relativen Stagnation der deutschen Wirtschaft vom Einzelkapital kaum erkannt und schon gar nicht kontrolliert wurden, richteten sich die gemeinsamen Angriffe um so stärker gegen die ‚Kompromisse mit dem Sozialismus', gegen die Lebenshaltung der Arbeiterschaft und gegen die staatliche Sozialpolitik als vermeintliche Ursachen, um die Gewinne durch einen verschärften Verteilungskampf zu verbessern."[60])

56) Hierzu schon: O. Kirchheimer, Weimar – und was dann? Analyse einer Verfassung, in: Politik und Verfassung, Frankfurt/M. 1964, S. 9–56, hier: S. 42 f.

57) Vgl. Neumann, Der Niedergang, S. 105 ff. Wortlaut der 12-Punkte-Vereinbarung über die Bildung einer „Zentralen Arbeitsgemeinschaft" (15. 11. 1918) zwischen Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden in: Illustrierte Geschichte der deutschen Revolution, Frankfurt/M. 1970, S. 427.

58) Wo es heißt: „Die Arbeiter und Angestellten sind dazu berufen, gleichberechtigt in Gemeinschaft mit den Unternehmern an der Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen sowie an der gesamten wirtschaftlichen Entwicklung der produktiven Kräfte mitzuwirken"; vgl. u. a. Hildebrandt (Hrsg.), Die deutschen Verfassungen des 19. und 20. Jahrhunderts, Paderborn 1971, S. 109.

59) K. Ortwein, Die stufenweise Liquidierung der sozialen Rechte der Lohnabhängigen. Von der „Arbeitsgemeinschaft" 1918 zum „Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit" 1934, in: R. Kühnl/G. Hardach (Hrsg.), Die Zerstörung der Weimarer Republik, Köln[2] 1979, S. 214–252, hier: S. 217.

60) G. Hardach, Zur politischen Ökonomie der Weimarer Republik, ebd., S. 14–37, hier: S. 33.

Waren die Löhne schon wegen der Inflation der Jahre 1920 folgende bescheiden genug gewesen, so mußten die Arbeiter auch für die Stabilisierung der Folgezeit die Zeche zahlen. Auch während des ersten vollen Wirtschaftszyklus nach dem Krieg, in den Jahren 1924–1932, erreichten die Reallöhne mit Ausnahme des Jahres 1928 nicht das Niveau der Vorkriegsjahre 1913/14[61]). Und: nicht einmal in den besten Jahren 1927–1929 erreichten die Nettolöhne das amtlich festgestellte Minimum, das man zum Leben brauchte, in den mageren Jahren lagen sie weit darunter. Ohne den materiellen Ausgleich, den die Sozialversicherungen boten, hätten sich die Industriearbeiter und alle anderen abhängig Beschäftigten neidvoll an den Lebensstandard der Vorkriegszeit erinnern müssen. Aber diese mühsam erkämpften Sozialleistungen hatten nicht allzu lang Bestand. Sie fielen Stück für Stück der Tendenzwende in der Verteilungspolitik zum Opfer. Nachdem schon die „Rationalisierungswelle", die von 1924 bis 1928 durch die deutsche Wirtschaft ging, große Terraingewinne für die Unternehmer gebracht hatte, tat die Wirtschaftskrise nach 1929 ein übriges, die wahren Machtverhältnisse zu offenbaren. Die Arbeitgeber zeigten ungeniert, wer Herr im Hause war. Im Pakt mit den Rechtsparteien zwangen sie die Reichsregierung, die ungeliebten und in ihren Augen zu kostspieligen sozialen Errungenschaften nach und nach zu demontieren.

VI. Im Schatten der Weltwirtschaftskrise

Der Sozialetat wuchs noch bis 1929 kräftig an[62]). Und es waren auch bedeutsame qualitative Fortschritte zu verzeichnen. Zum Beispiel die Schaffung einer reichseinheitlichen Sozialversicherung für Bergleute anstelle von über hundert Knappschaftsvereinen durch das Reichsknappschaftsgesetz von 1923[63]). Und die gründliche Umgestaltung der Unfallversicherung, die der Gesetzgeber 1925 vornahm[64]). Von da an deckte die Versicherung nicht mehr nur die Schäden, die letzten Endes auf das Konto des Arbeitgebers gingen. Der Versicherungsschutz erstreckte sich fortan vielmehr auch auf Unfälle, die die Arbeiter unterwegs, auf der Anfahrt zum Betrieb erlitten oder auf dem Heimweg. Außerdem waren die Arbeitnehmer fürderhin auch für den Fall einer Berufskrankheit versichert. Womit es seine Bewandtnis hatte: denn im gleichen Maße, wie die Intensität der Arbeit zunahm, häuften sich die Betriebsunfälle, und zwar stetig von 1923 bis 1928, als die Kurzarbeit und die Arbeitslosigkeit die „Gelegenheiten" zu solchen Unfällen statistisch minderten[65]). Es war also nicht mehr als recht und billig, daß die Arbeiter einen ent-

61) Vgl. Kuczynski, Darstellung der Lage der Arbeiter in Deutschland von 1917/18 bis 1932/33 (Die Geschichte der Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus, Teil I, Bd. 5), Berlin 1966, S. 218 ff.

62) Vgl. W. Scheur, Einrichtungen und Maßnahmen der sozialen Sicherheit in der Zeit des Nationalsozialismus, Diss. Köln 1967, S. 16 ff., der ausführlich den Abbau des Sozialversicherungssystems am Vorabend des „Dritten Reiches" beschreibt.

63) RGBl. 1923, S. 431.

64) Durch das Zweite Gesetz über Änderung in der Unfallversicherung vom 14. 7. 1925; RGBl. 1925, S. 97. Und die Verordnung über Ausdehnung der Unfallversicherung auf gewerbliche Berufskrankheiten; RGBl. 1925, S. 69.

65) Vgl. Kuczynski, S. 235 ff.

sprechenden sozialen Schutz bekamen, zumal auch die Verlängerung der Arbeitszeit nach 1923 mit dazu beigetragen haben dürfte, das Unfallrisiko zu erhöhen.

Gegen den hinhaltenden Widerstand der Unternehmer gelang der Reichsregierung im Sommer 1927 ein letzter Fortschritt in der Sozialversicherungspolitik. Nachdem der konjunkturelle Aufschwung der Jahre 1926 und 1927 die Arbeitgeber günstiger gestimmt und der Wählerzuwachs für die SPD beziehungsweise der Zustrom zu den Gewerkschaften ihnen ein gewisses Entgegenkommen abgefordert hatten, willigten sie darin ein, dem Bau des Sozialversicherungssystems eine vierte Säule einzufügen: eine *Versicherung für Arbeitslose*[66]).

Die Entwicklung dieser Sozialversicherung wurde, kaum daß sie entstanden war, zum Prüfstein und Symbol für das Schicksal der Republik. Und zwar nicht nur, weil die Gewerkschaften die Auseinandersetzung um die Arbeitslosenversicherung zum Kampf um den Sozialstaat schlechthin erklärten[68]), sondern weil die Arbeitslosigkeit die letzte demokratische Regierung finanziell und damit auch politisch tatsächlich am härtesten auf die Probe stellte von all den sozialen Problemen, die es zu lösen galt. Es lag nun einmal in der fatalen Logik der neuen Versicherung, daß sie noch stärker von den Konjunkturen abhing als die alten. Im gleichen Maße, wie die Zahl der Arbeitslosen wuchs, tat sich eine sozialpolitisch verhängnisvolle Schere auf: während die Beiträge spärlicher flossen, wuchsen gleichzeitig die Lasten gewaltig an. Wenn die Regierung nicht wagte, die Kosten der Wirtschaftskrise wenigstens etwas gerechter auf die Sozialparteien zu verteilen, indem sie den Unternehmern mehr Steuern abverlangte, statt ihnen Steuern zu erlassen, dann blieb nur der Weg, sozialpolitisch abzurüsten.

Und diesen Weg ist man gegangen. Waren schon die Einschränkungen der Leistungen in der Krankenversicherung, die Einführung von Krankenschein- und Verordnungsblattgebühren für die Versicherten schmerzlich genug, genauso wie die Minderung der Renten[70]): am härtesten traf die Lohnabhängigen in der akuten Wirtschaftskrise mit der Millionenarbeitslosigkeit jedoch die „Reform" der Arbeitslosenversicherung. Sie hat spätestens 1928 mit der Entscheidung begonnen, die Leistungen bei berufsüblicher Arbeitslosigkeit auf sechs Wochen einzuschränken[71]). Im Oktober 1929 folgte dann nach hitzigen Debatten die Annahme eines „Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung", das unter anderem erstmals die Arbeitslosigkeit definierte, und zwar so eng auslegte, daß von Großfamilien mitbeschäftigte und miternährte Arbeitslose ausgeklammert waren

66) Vgl. M. Fuhrke/S. Heimann, Das System der sozialen Sicherung in der BRD, in: „Probleme des Klassenkampfes", Heft 19/20/21, 1975, S. 145–170, hier: S. 149 f.
67) Entfällt.
68) Vgl. etwa: „Gewerkschafts-Zeitung", 40. Jg., Nr. 16, 19. April 1930, S. 244.
69) Entfällt.
70) Vgl. u. a. Gladen, S. 103; sowie: Scheur, S. 23 ff.
71) Vgl. „Reichs-Arbeitsblatt", 8. Jg., Neue Folge, 1928, Amtl. Teil, S. 282.

und folglich nicht als unterstützungswürdig galten[72]). Indirekt verlangte diese Regelung, daß die Arbeitsamtsbeamten die Bedürftigkeit der Antragsteller prüften. Womit bereits eine Bresche in das Versicherungsprinzip geschlagen war. Wenig später, am 27. Dezember 1929, folgte auf dieses Gesetz das „Gesetz über eine befristete Erhöhung des Beitrags in der Arbeitslosenversicherung": von nun an mußten die Werktätigen $3^1/_2$ statt bisher 3% für die Versicherung vom Lohn abzwacken[73]). So wie die Wirtschaft in den folgenden Jahren immer mehr ins Konjunkturtal rutschte, konnte natürlich von einer zeitlichen Begrenzung dieses Beitragsplus gar keine Rede sein. Es folgten vielmehr weitere Erhöhungen: am 26. Juli 1930 auf $4^1/_2$% und gut zwei Monate später, am 30. September 1930, auf $6^1/_2$%[74]). In diesen Monaten und Jahren der Wirtschaftskrise machte sich der Umstand, daß die Arbeitslosenversicherung an den Reichshaushalt gekoppelt war, fatal bemerkbar. Ein heftiger Parteienstreit, der letztlich an der Substanz der parlamentarischen Demokratie zehrte, mußte sich daran entzünden, weil es sich dabei um sehr viel mehr als nur um einen einzelnen Haushaltsposten handelte. Zur Debatte standen mit der Haushalts- zugleich die Steuer- und Konjunkturpolitik der Regierung. Zu dem Versuch der Unternehmer, ihren Anteil an den Kosten der Arbeitslosenversicherung zu vermindern, kam schon während der „Großen Koalition" das Bestreben der Regierung, die Malaise der Staatsfinanzen durch eine starke Drosselung der Ausgaben zu bekämpfen. Diese von moderneren beschäftigungspolitischen Konzepten noch unbeleckte prozyklische deflatorische Haushaltspolitik übertrug sich über die Reichsdarlehen an die Arbeitslosenversicherung so restriktiv auf diese, daß sie schließlich eher eine bloße Funktion der Krise zu sein schien und weniger ein Mittel, die sozialen Folgen des Beschäftigungsmangels abzumildern.

Gegen die eher am wirtschaftlichen Wohlergehen der Unternehmer als an der sozialen Sicherheit der Lohnabhängigen orientierte Ansicht der bürgerlichen Parteien, daß der Staat keineswegs zur Sanierung der Arbeitslosenversicherung verpflichtet war, stand die SPD mit ihrem Interesse, von dieser Versicherung mehr als nur die sozialpolitische Fassade zu erhalten, ziemlich allein. Auf Druck der Gewerkschaften gab sie zwar den Tendenzen zum radikalen Abbau der Arbeitslosenunterstützung nicht ohne weiteres nach, „entwickelte aber zugleich keinerlei Vorstellungen, wie ihre Ziele aktiv hätten durchgesetzt werden können. So blieb ihr nur übrig, den Bruch der Koalition in Kauf zu nehmen und in der Folge zuzuschauen, wie die ohne Zweifel wichtigste sozialpolitische Errungenschaft der Weimarer Republik, die Arbeitslosenversicherung des Jahres 1927, dem Unternehmerinteresse und der Vorstellung von einem ausgeglichenen Haushalt . . . geopfert wurde"[75]). Die Fronten waren im März 1930 klar: Während die Deutsche Volkspartei als Sachwalterin der Unternehmer verlangte, die Arbeitslosenversicherung durch den Abbau von

72) § 89a, Gesetz zur Änderung des Gesetzes über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung vom 12. 10. 1929, RGBl. I, 1929, S. 153.
73) RGBl. I 1929, S. 244.
74) RGBl. I 1930, S. 458.
75) S. Fuhrke/Heimann, S. 151 f.

Leistungen wieder in die schwarzen Zahlen zu bringen, zogen die Gewerkschaften und mit ihnen die SPD, der Not gehorchend, die Lösung der Finanzkrise durch eine Erhöhung der Versicherungsbeiträge vor[76]).

Um zwischen diesen beiden, schier unvereinbaren Positionen zu vermitteln, machte der Zentrumspolitiker Heinrich Brüning einen Kompromiß-Vorschlag, den die Gewerkschaften und die SPD-Franktion jedoch als faulen Kompromiß abtaten. In dem sicheren Instinkt, daß dieser Kompromißvorschlag, der die umstrittenen Sparoperationen nur auf die lange Bank schob, nicht aber mäßigte, der Anfang vom Ende der Versicherung wäre, lehnten sie ihn ab[77]). Nur: sie stritten nicht für den sozialen Besitzstand ihrer Klientel, sondern gaben das sozialpolitische Terrain den Arbeitgebern und den Rechtsparteien fast kampflos preis. Sie rafften sich nicht einmal zu verbalen Protesten auf. Als sich die Lage auf den Rücktritt der Regierung Hermann Müller zuspitzte und zur gleichen Zeit der Reichstag über den Notetat beriet, ergriff keiner der sozialdemokratischen Abgeordneten das Wort, um für den Erhalt der Sozialversicherungen zu plädieren[78]). Mit dieser Passivität war der sozialen Demontage Tür und Tor geöffnet. Zwar konnten die Präsidialkabinette die vorher verpönten Beitragserhöhungen nicht umgehen. Sie waren für die Unternehmer zu diesem Zeitpunkt aber durchaus akzeptabel, weil sie gleichzeitig die Gelegenheit beim Schopfe packen konnten, innerhalb nur eines Jahres die Löhne um 20 bis 25% zu kürzen[79]). Dazu kamen wie bei den anderen Versicherungen einschneidende Leistungskürzungen.

Kaum eine Möglichkeit, die Bezüge der Arbeitslosen aus der Versicherung zu kappen, blieb ausgespart: Die Zeit der Anwartschaft wurde von 26 Wochen versicherungspflichtige Beschäftigung im vorangegangenen Jahr auf 52 Wochen in den letzten 2 Jahren ausgedehnt[80]), die Wartezeit von 7 auf 14 Tage verlängert[81]) und die Sperrfrist von 4 auf 6 Wochen ausgeweitet[82]). Mit der Zeit wurden so und auf andere Weise nicht nur die Beiträge erhöht und die Leistungen vermindert, sondern schließlich auch die Versicherungsprinzipien mehr und mehr verwässert. Bevor die Nationalsozialisten ans Ruder kamen, waren nicht zuletzt durch die Notverordnungen vom 26. Juli 1930, vom 5. Juni 1931 und vom 6. Oktober 1931[83]) die Leistungen der Arbeitslosenversicherung auf die Hälfte dessen zurückgestutzt, was der Gesetzgeber 1927 für angemessen gehalten hatte[84]). Und insgesamt hatte die Sozialpolitik der Reichsregierungen in diesen fünf Jahren die Kosten der Arbeitslosigkeit so

76) Vgl. u. a. Gladen, S. 101.
77) Ausführlich zu dieser Auseinandersetzung: H. Timm, Die deutsche Sozialpolitik und der Bruch der großen Koalition im März 1930, Düsseldorf 1952, insbesondere S. 176 ff.
78) Vgl. Verhandlungen des Reichstags, 4. Wahlperiode 1928, Bd. 427, Stenographische Berichte von der 150. Sitzung, 27. 3. 1930, S. 4689 ff.; sowie von der 151. Sitzung, 28. 3. 1930, S. 4707 ff.
79) Vgl. Fuhrke/Heimann, S. 52.
80) RGBl. I 1929, S. 156.
81) RGBl. I 1930, S. 320.
82) RGBl. I 1930, S. 319.
83) RGBl. I 1930, S. 311; RGBl. I 1931, S. 279; RGBl. 1931, S. 537.
84) Vgl. M. Wermel/R. Urban, Arbeitslosenfürsorge und Arbeitslosenversicherung in Deutschland, München 1949, 6/III, S. 65.

weit auf die Gemeinden und ihre Wohlfahrtspflege abgewälzt, daß sozialpolitisch wieder die Fürsorge, wie gehabt, dem Versicherungssystem den Rang ablief.

Die Erosion des Sozialversicherungssystems war am Vorabend des „Dritten Reiches" so weit fortgeschritten, daß die Nationalsozialisten nicht viel Mühe hatten, dieses System in ihrem Sinne umzukrempeln. Sie richteten es stromlinienförmig, dem Führerprinzip getreu, auf die faschistische Gesellschaftspolitik und Staatsform aus. Und sie orientierten die Leistungen der Versicherungen, soweit das Versicherungsprinzip überhaupt noch gültig blieb, auf ihre gesundheits- und bevölkerungspolitischen Ziele hin. Das heißt nicht, daß sie hier und da nicht einen besseren sozialen Schutz als in den letzten Tagen von Weimar geboten hätten[85]). Aber das bißchen soziale Sicherheit mußten die Arbeiter und Angestellten schließlich mit der totalen Existenzunsicherheit und mit dem Leben bezahlen: ob sie als Juden in den Konzentrationslagern auf furchtbare Weise zu Tode kamen, als Sozialisten oder Kommunisten in den Gestapokellern gefoltert wurden, als Soldaten in den Schützengräben starben oder als Zivilisten in den Luftschutzkellern unter Schutt und Asche begraben wurden.

VII. Bonn: ein neues Weimar?

Als im Mai 1945 für die Deutschen die Stunde der Befreiung vom Faschismus kam, glaubten viele Zeitgenossen, daß die „Stunde Null" die totale Wende, den Neubeginn von Grund auf bringen würde. Nachträglich hat sich diese Erwartung als Illusion erwiesen. Von der Bundesrepublik zurück über die Besatzungszonen und die Weimarer Republik bis hin zum Kaiserreich sind Stränge politischer Kontinuität erkennbar, die trotz aller geschichtlichen Zäsuren die Epochen der deutschen Zeitgeschichte strukturell verbinden, mit etlichen Abstrichen sogar das „Dritte Reich" einschließlich. Das gilt vor allem für die Sozialpolitik.

Es sei dahingestellt, ob es stimmt, daß die Besatzungsmächte, allen voran die USA, im Verein mit bürgerlichen Kräften in den Westzonen wie im Falle der Sozialisierung die von der Mehrheit der Westdeutschen gewünschte Neuordnung zielstrebig verhindert haben: feststeht, daß durchgreifende Reformen vor allem im gesellschaftspolitischen Bereich unterblieben sind. Dabei gab es Ideen und Pläne genug, wie man den klassischen Kernbereich des staatlichen Wohlfahrtssystems den Bedürfnissen der Arbeitnehmer hätte noch besser anpassen können. Hier ging es nach 1945 um die Frage, ob das System der gegliederten Sozialversicherung mit verschiedenen Trägern und unterschiedlicher Klientel, wie es von Bismarck und den Weimarer Sozialpolitikern überkommen war, wiedererrichtet werden oder ob es einer Einheitsversicherung weichen sollte[86]). Unter den Alliierten war eine solche Einheitsversicherung, die langjährigen Forderungen der Gewerkschaften, der Sozialdemokraten

85) Vgl. Scheur, S. 38 ff.
86) Hierzu und zu folgendem detailliert: Hockerts, S. 21 ff.

und Kommunisten entsprach[87]), schon beschlossene Sache. Aber die gemeinsame Militärregierung, die diesen Plan in die Tat umsetzen sollte, der Kontrollrat, hörte 1948, als der Kalte Krieg die Beziehungen zwischen den einstigen Verbündeten immer mehr gefrieren ließ, de facto auf zu existieren. Und damit war es an den Deutschen, das System der sozialen Sicherheit wiederaufzubauen.

Das Sozialversicherungs-Anpassungsgesetz, das der Wirtschaftsrat im Mai 1949 mit den Stimmen der SPD beschloß und das im Juni 1949 in Kraft trat, war allerdings nur ein Notbehelf für die Millionen Sozialgeschädigten. Die Alternative: „gegliederte Sozialversicherung oder Einheitsversicherung" blieb noch unentschieden[88]). Die Würfel gegen die Einheitsversicherung sind dann im ersten Deutschen Bundestag gefallen: mit der Wiederzulassung von Trägern der Krankenversicherung, mit der Errichtung der Bundesversicherungsanstalt für Angestellte und der Errichtung der Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung (1952).

Auf diese *Organisationsgesetze* folgten nach 1953 dann Bemühungen, das *Leistungsrecht* zu reformieren. Mit dem Ergebnis, daß auch hier die Tradition obsiegte, daß die Sozialpolitik zum Beispiel wieder dem Versicherungsprinzip den Vorrang vor dem Fürsorge- und Versorgungsprinzip gab, wenn auch nicht kategorisch. Im großen und ganzen knüpfte die westdeutsche Sozialpolitik da wieder an, wo die rechtliche und institutionelle Entwicklung am Ende der Weimarer Republik abgebrochen war[89]). Sie setzte die Arbeitnehmer gewissermaßen wieder in ihre alten, hart erkämpften sozialen Rechte ein, die ihnen die Faschisten genommen hatten. Was um so leichter gelingen konnte, als das „Wirtschaftswunder" genügend finanzielle Masse brachte, um die Arbeitnehmer verteilungspolitisch großzügiger zu behandeln. „Aus der Gesetzgebung zur Sozialversicherung ragen die Dynamisierung der Rentenleistungen in der Alters-, Invaliditäts- und Unfallversicherung sowie in der Kriegsopferversorgung, die Schaffung einer gesetzlichen Alterssicherung für die Landwirte, die Ersetzung der starren Altersgrenze in der Rentenversicherung durch eine flexible Altersgrenze und die schrittweise Verbesserung der wirtschaftlichen Sicherung der Arbeiter im Krankheitsfalle heraus, die schließlich zur Gleichstellung der Arbeiter mit den Angestellten, das heißt zur vollen Lohnfortzahlung für die ersten sechs Wochen nach Eintritt einer Erkrankung führte."[90])

Daß die Arbeiter wie eh und je, wie im Kaiserreich und in der Republik von Weimar so nun auch in der Bundesrepublik, um jeden sozialrechtlichen Fortschritt kämpfen mußten: dafür ist die Auseinandersetzung um die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall ein aufschlußreiches Beispiel. Der bisher längste Streik in der Geschichte der Bundesrepublik war nötig, um den Gesetzgeber

87) Vgl. etwa: „Gewerkschafts-Zeitung", 38. Jg., Nr. 32, 11. August 1928, S. 497 ff.
88) Vgl. Hockerts, S. 105 f.
89) Vgl. H. Schieckel, Deutsche Sozialpolitik, München 1955, S. 217.
90) Lampert, S. 163.

zum Handeln zu bewegen[91]). Nach einem Ausstand im Winter 1956/57, der 16 Wochen oder 114 Tage gedauert und die Industriegewerkschaft Metall allein an Streikunterstützung 32 Millionen Mark gekostet hatte, dauerte es noch fast dreizehn Jahre, bis den Arbeitern nach zähen Verhandlungen der gleiche arbeitsrechtliche Anspruch auf Lohnfortzahlung zugestanden wurde wie den Angestellten. Die Gewerkschaften betrachten diesen Anspruch als Kernstück der sozialen Sicherung, letztlich wohl auch deshalb, weil es viel Geld und politische Energie gekostet hat, ihn gesetzlich zu verankern.

Daß sozialpolitische Fortschritte nicht von alleine kommen, sondern von den Arbeitern und Angestellten erzwungen werden müssen, ist die eine Lehre, die an diesem Beispiel aus der Geschichte der deutschen Sozialgesetzgebung zu ziehen ist. Die zweite lautet: Solche Erfolge sind nur möglich in „fetten Jahren", dann nämlich, wenn es mit der Wirtschaft aufwärts geht und eine gute Konjunktur mehr materiellen Spielraum für sozialpolitische Konzessionen läßt. Umgekehrt stehen die Segnungen des Sozialstaats, die sonst fast naturgegeben scheinen, sofort zur Disposition, wenn die Wirtschaft lahmt oder, wie seit 1974, in einer Dauerkrise steckt. Dann umso sicherer: dann geht es über kurz oder lang ans Einsammeln der sozialpolitischen „Geschenke".

Seitdem die Krise immer größere Löcher in die Staatshaushalte reißt, mehren sich die Stimmen, die für eine Karenzzeit im Krankheitsfall plädieren[92]). Womit das Ruder in der Verteilungspolitik herumgeworfen wäre: die Arbeitgeber kämen billiger davon, die Arbeitnehmer müßten für die Kursänderung bezahlen. Auch der Abschied von einer anderen sozialpolitischen Errungenschaft der Bundesrepublik, von der bruttolohnbezogenen Rentendynamik, ist schon eingeläutet. Und was die Arbeitslosenversicherung, eines der Schmuckstücke des Sozialstaats, anlangt, sind der Rhetorik vom Gürtel-enger-schnallen schon so viele Taten gefolgt, daß es nicht mehr lange dauert, bis die sozialpolitischen Sparaktionen „ans Eingemachte" gehen.

Man sollte historische Parallelen nicht überstrapazieren in dem Sinne, daß alles schon einmal dagewesen sei. Aber die Entwicklung, die das System der Arbeitslosenversicherung heute nimmt, erinnert doch fatal an Weimarer Zeiten. Daran, daß der Beitragssatz erhöht, die Sperrfrist ausgedehnt, die Zeit der Anwartschaft verlängert und die Dauer der Unterstützung gekürzt worden ist. Nicht daß die heutige soziale Talfahrt der damaligen in Einzelheiten gliche. Aber in der Tendenz, daß die Krise immer krasser die konjunkturelle Abhängigkeit der Systeme sozialer Sicherheit offenbart: darin stimmen beide Entwicklungen überein. Inzwischen ist die Erhöhung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung, deren Schutz Anfang der 60er Jahre noch zum Nulltarif zu haben war[93]), von 3 auf 4 % bereits beschlossene Sache. Die Sperrfrist wird

91) Vgl. u. a. F. Deppe, Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) 1949–1965, in: ders. u. a. (Hrsg.), Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung, Köln 1977, S. 320–409, hier: S. 390 ff.

92) So z. B.: Bundesfinanzminister Hans Matthöfer (SPD) lt. „Frankfurter Rundschau" (FR) v. 25. 7. 1981; Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher (FDP), FR v. 21. 8. 1981; Ministerpräsident Franz Josef Strauß (CSU), FR v. 9. 9. 1981.

93) Winterstein, S. 158.

von vier auf acht Wochen ausgedehnt. Arbeitslosengeld erhält überhaupt nur noch, wer vorher wenigstens 12 Monate Beiträge zur Arbeitslosenversicherung gezahlt hat[94]). Und die Arbeitslosenunterstützung hat sich zumindest relativ vermindert. Denn sie ist nicht mit den Lebenshaltungskosten mitgewachsen. Wenn sich die Gewerkschaften nicht offensiver als bisher gegen das Aufzurren des sozialen Netzes wehren, ist es nur noch eine Frage der Zeit, daß wie zu Zeiten Weimars die meisten Arbeitslosen durch die weiten Maschen dieses Netzes auf den harten Boden der Sozialhilfe fallen.

Der alltägliche Reaganismus

Ein Monat US-Politik in Pressemeldungen

Zusammengestellt von Klaus Naumann

„„Auf unserer Seite geht es jetzt nicht um deutsch-amerikanische Freundschaft, sondern schlicht um die Präzisierung des geziemenden, nicht untertänigen Respekts vor Amerika." (Robert Held, „Frankfurter Allgemeine Zeitung" vom 24. Februar 1982)

„Sie sehen einen Mann", so beschreibt der Kolumnist der „New York Times", Anthony Lewis, die Einstellung der US-Journalisten zu Ronald Reagan, „der auf komplizierte Fragen simple Antworten gibt." Und: sie „sind erschrocken über das, was sie sehen." Dazu muß man nun den US-Präsidenten nicht einmal „live" erleben, es genügt der tägliche Blick in die Presse, um ein Bild vom alltäglichen Reaganismus zu gewinnen. Die folgende Presseschau will den Blick öffnen helfen für die kritische Wahrnehmung der US-Politik. Was sich in analytischem Zugriff bisweilen zu Abstraktionen verflüchtigt, tritt dem Leser in den Meldungen der Tagespresse – und gerade in der komprimierten Zusammenschau eines Monats – mit bedrohlicher Lebendigkeit entgegen. Geboten wird hier eine Mischung von Abenteuerlichkeit, zu der „simple Antworten" verführen, einer – jenseits aller internen Kontroversen der „Denkschulen" – konsequent verfolgten Globalstrategie und einer innen- und wirtschaftspolitischen Misere, die schon heute alle ähnlich gelagerten Strategien der bundesdeutschen Opposition demaskiert.

Da ist kaum ein Widerspruch verborgen genug, daß er nicht zwischen den Zeilen der Presse oder aus dem Vergleich der Meldungen herausgelesen werden könnte: Während die „ganze Welt" zur Sache der USA und ihrer Verbündeten erklärt wird, fordert die US-Botschafterin Kirkpatrick vor der UNO „Minderheitenschutz" für die Aggressionspolitik Israels und die amerikanische Komplizenschaft – um gleichzeitig die finanzielle Unterstützung dieser Organisation in Frage zu stellen; während Rostow verkündet, die USA hätten „noch nie wettgerüstet", bringt Reagan einen

94) Vgl. „Informationen der Bundesregierung", hrsg. vom Presse- und Informationsdienst der Bundesregierung, Bundeshaushalt '82, September 1981, S. 5.

Rekordhaushalt für Verteidigungsausgaben von ca. 220 Mrd. Dollar ein; während Weinberger und andere das Gespenst eines drohenden US-Isolationismus und Truppenabzugs aus der BRD an die Wand malen, wird – gleichzeitig – ein neuer Truppenvertrag mit der Bundesregierung ausgehandelt, der im „Krisenfall" die Stationierung von zehn US-Divisionen vorsieht; während der Menschenrechts-Bericht der US-Regierung in Mittelamerika einen „Trend zum Besseren" erkennen will, tut die Reagan-Administration mit Waffen, Wirtschafts- und politischer Hilfe alles, um den Bürgerkrieg in El Salvador auszuweiten, Nicaragua zu destabilisieren, Guatemala aufzurüsten und Kuba zu blockieren; während die Sowjetunion der verborgenen Intervention in Polen und anderswo bezichtigt wird, gibt Weinberger die US-Marschrichtung an: „Die USA wollen nicht nur dort zurückschlagen, wo Moskau angreift". . . usw. usf. Hat man dies gelesen, kann man nicht sagen, man hätte von nichts gewußt – hätte von nichts wissen können.

„Die Entscheidungsschlacht um Mittelamerika ist in El Salvador im Gang"

. . . Der Leiter der Mittelamerika-Abteilung des „State Departments", Enders, hat den Vorrang amerikanischer Sicherheitspolitik klar bestätigt: „Es gibt keine Zweifel mehr: Die Entscheidungsschlacht um Mittelamerika ist in El Salvador im Gang. Wenn auch dieses Land – nach Nicaragua – von einer gewalttätigen Minderheit erobert würde, wer in Mittelamerika lebte dann nicht in Furcht? Wie lange würde es dauern, bis große strategische Interessen der Vereinigten Staaten – der Panama-Kanal, die Seewege – dann gefährdet wären?" Haig hat vor dem außenpolitischen Senatsausschuß offengelassen, ob Amerika im äußersten Notfall eigene Streitkräfte zur Verteidigung El Salvadors entsenden würde. Die Regierung erwäge „eine ganze Reihe von Möglichkeiten – politische, wirtschaftliche und sicherheitspolitische – als Antwort auf das Eingreifen Kubas in die (westliche) Hemisphäre.

Auf mehrere Fragen, ob Reagan tatsächlich die Entsendung amerikanischer Truppen plane, entgegnete Haig, der Präsident habe „erhebliche Bedenken" gegen einen derartigen Schritt, obgleich Washington in einer „äußerst dynamischen, sich entwickelnden Lage" jeden denkbaren Schritt in Erwägung ziehen müsse. . . . (Frankfurter Allgemeine Zeitung" [FAZ]vom 4. Februar 1982)

Lagerung von US-Waffen in Norwegen und Dänemark wird vorbereitet

Es wird mehrere Jahre dauern, bis in Mittelnorwegen Waffen und schwere Ausrüstung für eine amphibische Brigade der US-Marines bereitstehen, die im Fall eines Ost-West-Konflikts den norwegischen Truppen an der äußersten Nordflanke der NATO zur Hilfe eilen soll. Diesen Schluß zieht der militärpolitische Korrespondent der dänischen Zeitung „Politiken", Jens Holsö, nach einer Reihe von Gesprächen im amerikanischen Verteidigungsministerium. Nach den gleichen Quellen wird es ebenso lange dauern, bis ein Abkommen über die Lagerung von US-Material in Dänemark geschlossen werden kann, da dessen strategische Bedeutung als geringer eingeschätzt wird als die Nordnorwegens.

Ein amerikanisch-norwegisches „Memorandum of Understanding" über Depots in der Gegend von Trondheim war vor einem Jahr unterzeichnet worden. . . („Die Welt" vom 2. Februar 1982)

US-Stopp für Rüstungsimporte belastet das Verhältnis zu den NATO-Staaten

. . . Der US-Kongreß hat, offenbar auf Drängen der einflußreichen nordamerikanischen Rüstungslobby, beschlossen, daß aus den Mitteln des Verteidigungshaushaltes und künftiger Pentagon-Etats Waffen und Ausrüstungen bis hin zu allen Zulieferteilen in den USA gekauft werden müssen. Ausnahmen sollen nur möglich sein, wenn sie einen Einzelbetrag von 10 000 Dollar (rund 23 000 Mark) nicht überschreiten oder wenn die US-Industrie nicht in der Lage ist, zu liefern . . . . („Frankfurter Rundschau" [FR] vom 3. Februar 1982)

Das vom US-Kongreß verabschiedete Gesetz stoppt auch laufende Verträge, soweit sie nicht mehr das vergangene Haushaltsjahr berühren. Bei den Briten betrifft dies den Senkrechtstarter Harrier. Bei der Bundesrepublik geht es um mehrere Abkommen, die geschlossen waren, um für die Lieferung des US-Frühwarnflugzeugs Awacs zu einer Kompensation zu gelangen. . . .

Sollte das nun angekündigte Gegengesetz allerdings am US-Kongreß scheitern, dann werde die Bundesrepublik ihrerseits wahrscheinlich auf den Kauf der restlichen AWACS-Frühwarnflugzeuge (eines ist bereits geliefert) in den USA verzichten, hieß es weiter in Bonn. . . . (FR vom 4. Februar 1982)

Reagan lehnt gegenseitige Reduzierung der atomaren Mittelstreckenwaffen in Europa um zwei Drittel ab

Die USA haben bei den Genfer Verhandlungen über eine Begrenzung der atomaren Mittelstreckenwaffen in Europa formell ihren Vorschlag für eine Null-Lösung vorgelegt. Dies geht aus einem am Donnerstag veröffentlichten Kommuniqué von US-Präsident Ronald Reagan hervor. Das Weiße Haus wies gleichzeitig das Angebot des sowjetischen Staats- und Parteichefs Leonid Breschnew für eine gegenseitige Reduzierung der atomaren Mittelstreckenwaffen in Europa um zwei Drittel bis 1990 zurück.

In einem von den Amerikanern in Genf der sowjetischen Seite vorgelegten Vertragsentwurf ist dem Kommuniqué zufolge die Null-Lösung enthalten, die Reagan kurz vor Aufnahme der Gespräche im November vergangenen Jahres vorgeschlagen hatte und die einen Abbau der auf den Westen gerichteten sowjetischen „SS-4"-, „SS-5"- und „SS-20"-Raketen bei gleichzeitigem Verzicht auf die Stationierung von 572 Marschflugkörpern und „Pershing II" durch die NATO in Europa vorsieht (FR vom 6. Februar 1982)

„Engere Zusammenarbeit mit den prowestlichen Staaten der Golfregion"

Der amerikanische Verteidigungsminister Weinberger hat am Freitag eine Reise in drei Staaten des Nahen Ostens begonnen. Er wird Saudi-Arabien, Oman und Jordanien besuchen. Im Mittelpunkt seiner Gespräche in Riad und Amman wird die von der amerikanischen Regierung angestrebte engere Zusammenarbeit mit den prowestlichen Staaten der Region stehen. (FAZ vom 6. Februar 1982)

USA lehnen UNO-Resolution ab, die die Annexion der Golan-Höhen durch Israel verurteilt (Rede der US-Botschafterin Kirkpatrick vor der Generalversammlung am 5. Februar 1982)

. . . Wie jeder der Anwesenden verstehen wird, wirft diese Resolution Grundfragen auf, die an den Kern der Beziehungen eines Mitgliedsstaates zu den Vereinten Nationen gehen. . . . Fragen der Mitgliedschaft in dieser Institution und ihren angeschlossenen Vereinigungen dürfen nicht und können tatsächlich nicht durch Launen der Mehrheit gelöst werden. Die Vereinten Nationen oder irgendeine ähnliche Organisation können nur bestehen, wenn das Prinzip der Herrschaft der Mehrheit ausgeglichen wird durch die Achtung von Rechten der Minderheit. Diese Resolution berührt zweifach das Prinzip, daß auch Minderheiten Rechte haben: Erstens, indem sie unseren Gebrauch des Vetos beklagt, und zweitens, indem sie versucht, Fragen der Mitgliedschaft der Generalversammlung vorzulegen. Achtung der Vereinten Nationen heißt Achtung ihrer Charta. Wir hoffen, daß die Autoren und Unterstützer der Resolution über diesen Aspekt ihres Anliegens sorgfältig nachdenken werden, denn das Wohlergehen, sogar das Überleben der Vereinten Nationen hängt sowohl von der Achtung der Mehrheitsherrschaft wie der Minderheitsrechte ab. Nichts ist deutlicher als dies . . ." („Wireless Bulletin from Washington" [WB] vom 8. Februar 1982)

US-Wirtschaftsboykott gegen Kuba soll verschärft werden

Präsident Reagan plant, auf wirtschaftlichem Gebiet gegen Kuba, das nach seiner Ansicht Waffen an die linken Guerrilleros in El Salvador liefert, vorzugehen. Dies sagten amerikanische Regierungsbeamte in Washington. Das Präsidialamt hatte schon angekündigt, daß Reagan bald eine Erklärung über sowjetische Waffenlieferungen an Kuba und über Geheimdienstberichte abgeben werde, denen zufolge ein Teil dieser Waffen an die Guerrilleros in El Salvador weitergeleitet würden. Die amerikanische Fernsehgesellschaft NBC meldete, die Maßnahmen würden es Kuba erschweren, Waren aus ausländischen Märkten einzukaufen. Sie zielten außerdem darauf ab,

Kubas Möglichkeit, Devisen zu verdienen, einzuschränken. Das Präsidialamt lehnte es ab, weitere Einzelheiten über die geplanten Maßnahmen mitzuteilen. (FAZ vom 8. Februar 1982)

Reagan plant für 1983 Verteidigungsausgaben von rund 221,1 Mrd. Dollar

Der amerikanische Präsident Reagan wird an diesem Montag formell seinen Haushaltsentwurf für das am 1. Oktober beginnende Fiskaljahr 1983 im Kongreß einbringen, der erhebliche Einsparungen, vor allem bei den Sozialausgaben, und eine Rekordsteigerung der Verteidigungsausgaben um mehr als 33 Milliarden Dollar (18 Prozent mehr als im Vorjahr) vorsieht. Der Haushalts-Vorschlag mit einem Gesamtvolumen von 757,6 Milliarden Dollar enthält ein Defizit von 32 Milliarden Dollar. Die unabhängige Haushaltsbehörde des Kongresses (CBO) schätzt die Deckungslücke für 1983 jedoch auf 157 Milliarden Dollar. . . . Die Steigerung der Militärausgaben begründete Reagan mit der Notwendigkeit, die „Sicherheitsmarge" wiederherzustellen und der sowjetischen Rüstung entgegentreten zu müssen. . . .

Daher fordert der Präsident vom Kongreß Verteidigungsausgaben von rund 221,1 Milliarden Dollar für das Haushaltsjahr 1983. Diese Kosten sollen bis zum Haushaltsjahr 1987 auf jährlich 356 Milliarden Dollar anwachsen. Das heißt, daß von jedem Haushalts-Dollar des Vorschlags für 1983 rund 29 Cents auf Verteidigung entfallen. . . . (FAZ vom 8. Februar 1982)

„Reagan streicht Sozialausgaben radikal zusammen"

. . . Während der Verteidigungsetat um 33 Milliarden Dollar auf den für Friedenszeiten neuen Rekord-Betrag von 221 Milliarden Dollar (rund 508 Milliarden Mark) wachsen soll und damit einen Anteil von 29 Prozent am Gesamtbudget erreicht, werden die Sozialprogramme mit Ausnahme der Sozialversicherung – die in den USA in den Staatshaushalt eingebaut ist – um 26 Milliarden Dollar (rund 61 Milliarden Mark) zusammengestrichen.

Durch Einsparungen in der Verwaltung, deren Anteil an den Staatsausgaben von neun auf vier Prozent schrumpfen soll, durch das Verschließen steuerlicher Schlupflöcher sowie durch die Einführung oder Aufstockung von Nutzungsgebühren für öffentliche Einrichtungen – darunter eine achtprozentige Flugschein-Steuer – soll sich die Kassenposition um 56 Milliarden Dollar bessern. In diesem Zusammenhang ist auch an den beschleunigten Verkauf von Off-shore-Lizenzen für die Öl- und Gasgewinnung gedacht.

Obwohl im Januar 9,3 Millionen Amerikaner arbeitslos waren – 300 000 weniger als im Dezember –, schlägt Reagan in seinem Budget die Einsparung von 2,6 Milliarden Dollar für Beschäftigungsmaßnahmen vor. Die Empfänger von Lebensmittelmarken bekommen insgesamt 1,7 Milliarden Dollar weniger. Für die Erlangung einer Reihe von Wohlfahrtsleistungen werden die Anforderungen höher geschraubt, Programme der Gesundheitsfürsorge werden den Bundesstaaten zugeschoben, sie fallen damit aus der Rechnung Washingtons heraus. Auch die Landwirtschaft bleibt nicht ungeschoren. Unter anderem sollen Preisstützungsprogramme gekürzt werden. . . . (FR vom 8. Februar 1982)

Amerikanische Staatsverschuldung wird 1983 rund 1,3 Billionen Dollar erreichen

Amerikas Haushaltsdefizite werden selbst unter den günstigsten Voraussetzungen in den nächsten Jahren hoch bleiben. Um dieses Eingeständnis kommt jetzt auch die Regierung Reagan in ihrem Haushaltsentwurf für 1983 nicht mehr umhin. . . .

Inzwischen wird mit einer Haushaltslücke von 99 Milliarden Dollar gerechnet, die durch Kreditaufnahme finanziert werden muß. Amerikas Staatsschuld wird damit in Präsident Reagans erster Amtsperiode stärker zunehmen als in der seiner drei Amtsvorgänger. Die Staatsschuld wird sich im kommenden Jahr nach den Berechnungen der Regierung um 124 auf 1260 Milliarden Dollar erhöhen. Von dem Zuwachs entfallen 92 Milliarden auf das Defizit im regulären Haushalt. Die restlichen 34 Milliarden Dollar stellen die Finanzierungslücke bei den nicht im Budget erfaßten Bundesausgaben dar. . . .

In seiner „Budget-Botschaft" führte der Präsident die hohen Defizite auf die Rezession, die hohen Zinsen und die schneller als erwartet gesunkene Inflationsrate zurück, durch die sich das Wachstum der Steuereinnahmen vermindert. Mit keinem Wort erwähnt er hingegen die vor einem Jahr auf seine Initiative beschlossenen drastischen Steuersenkungen sowie die von ihm vorgesehenen beträchtlichen Steigerungen der Verteidigungsausgaben. Der Präsident gibt zu, daß die Defizite „unangenehm" seien. . . . (FAZ vom 8. Februar 1982)

Reaganomics: „Mehr Chancen und mehr Freiheit für alle Amerikaner" (Erster Jahresbericht des Präsidenten an den Kongreß vom 9. Februar 1982)

. . . Mein Wirtschaftsprogramm gründet sich auf die grundlegende Vorstellung, daß die Regierung die Freiheit und die Integrität des einzelnen zu respektieren, zu schützen und zu fördern hat. Die Wirtschaftspolitik muß versuchen, ein Klima der Verantwortlichkeit und der Initiative des Einzelmenschen zu schaffen. Der einzelne Bürger sollte dazu ermutigt werden, sein tägliches Leben in dem Recht und in der Verantwortung für die Festlegung seiner eigenen Tätigkeiten, seiner sozialen Lage und seiner Leistungen zu gestalten. . . .

Mein Programm – eine sorgfältige Mischung von aktivitätsfördernder Steuersenkung, Einschränkung des Anwachsens der öffentlichen Ausgaben und Verordnungen sowie die allmähliche Begrenzung der Ausweitung des Geldzuwachses – erstrebt die Schaffung eines neuen Klimas, in dem die Stärken Amerikas am besten zum Vorteil von uns allen zum Einsatz gelangen können. Dies wird ein Amerika sein, in dem ehrliche Arbeit nicht länger durch ständig steigende Preise und Steuern entmutigt wird, sondern ein Land, das nicht mit Unsicherheit, sondern mit der Zuversicht in die Zukunft blickt, die schon unsere Vorfahren erfüllt hat. („Amerika-Dienst" [AD] vom 17. Februar 1982)

Menschenrechte in Mittelamerika: „Trend zum Besseren" festgestellt

In El Salvador sind während des Jahres 1981 nach Zählung der amerikanischen Botschaft in dem mittelamerikanischen Land 6116 Menschen Opfer von Gewalttaten geworden; in der Sowjetunion müssen derzeit schätzungsweise etwa vier Millionen Menschen Zwangsarbeit leisten. Diese und andere Angaben sind in dem jetzt in Washington veröffentlichten Menschenrechts-Bericht der amerikanischen Regierung enthalten.

Der vom Außenministerium in Washington erstellte 1142 Seiten umfassende Bericht verzeichnet trotz dieser hohen Zahl von Gewaltopfern in dem kleinen, nur 4,8 Millionen Einwohner zählenden Land El Salvador eine rückläufige Tendenz bei den Menschenrechtsverletzungen.

Ausführlich beschäftigt sich der Bericht mit der Situation der Menschenrechte in Süd- und Mittelamerika. In diesem Zusammenhang wird trotz weiterer politischer Repression, Militärregierungen und Ausnahmezustand in Staaten wie Argentinien, Chile und Bolivien von der amerikanischen Regierung ein Trend zum Besseren festgestellt. So habe sich die Menschenrechtssituation in Argentinien im vergangenen Jahr verbessert: „Die Zahl der berichteten Übergriffe aller Art ist, verglichen mit den vorangegangenen Jahren, dramatisch gefallen", stellt der Bericht wörtlich fest. Von den Verfassern der Untersuchung wird jedoch vermerkt, daß die Fragen von oppositionellen Gruppen und internationalen Organisationen nach dem Verbleib „verschwundener" Regimegegner von der Regierung unbeantwortet geblieben sind.

In Chile habe sich die Lage der Menschenrechte trotz anhaltender Aussagen ehemaliger Gefangener über Folter seit 1977 „bedeutend" verbessert. So seien im vergangenen Jahr wegen Folter nur noch 68 Anzeigen gegenüber 1000 im Vorjahr bei den Gerichten eingegangen. Auch in Bolivien habe sich nach einer Vermehrung der Menschenrechtsverletzungen und der Unterdrückung der Opposition kurz nach dem Militärputsch vom Juli 1980 und während der Präsidentschaft von General Luis Garcia Meza eine Verbesserung eingestellt.

Für den karibischen Raum stellt der Bericht anhaltende Unterdrückung der Opposition in Kuba fest. „Die kubanische Regierung hat ihren Willen bewiesen, öffentlicher Unruhe mit Repressionsmaßnahmen zu begegnen", heißt es im Zusammenhang mit der von der Regierung in Havanna geförderten Massenausreise „unerwünschter Elemente". Demgegenüber heißt es über die

benachbarte Dominikanische Republik, die Bürger kämen derzeit in den Genuß des „breiten Angebots der in der Verfassung von 1966 garantierten Menschenrechte". Dennoch gebe es einige Berichte über Fälle von Folter und Mißhandlung. (FAZ vom 9. Februar 1982)

Gemeinsame Militärkommission der USA und Saudi-Arabiens beschlossen

Die Vereinigten Staaten und Saudi-Arabien haben sich auf die Bildung eines gemeinsamen Ausschusses für militärische Projekte geeinigt. Dies gab US-Verteidigungsminister Caspar Weinberger gestern zum Abschluß seines Besuchs auf einer gemeinsamen Pressekonferenz mit seinem saudischen Kollegen Prinz Sultan in Dhahran bekannt. Der Ausschuß soll einmal im Jahr unter dem gemeinsamen Vorsitz der Verteidigungsminister abwechselnd in den USA und Saudi-Arabien tagen.

Amerikanische Regierungsbeamte werteten diese Übereinkunft als bisher deutlichstes Zeichen für die Bereitschaft Riads zu einer offenen militärischen Zusammenarbeit mit den USA. („Die Welt" vom 10. Februar 1982)

Reagan ordnet Produktion von chemischen Waffen an

Nach der 1969 von Präsident Nixon angeordneten Einstellung der Produktion von chemischen Waffen in den Vereinigten Staaten will Präsident Reagan mit der Begründung, daß dies die Sowjetunion vom Gebrauch chemischer Kampfstoffe abschrecken werde, zwei neue Waffen mit einem rasch wirkenden tödlichen Nervengas in Auftrag geben. Dem Gesetz entsprechend, das eine formelle Mitteilung über die Herstellung neuer Waffen an den Kongreß erfordert, teilt Reagan dem Sprecher des Repräsentantenhauses, O'Neill, in einem kurzen Brief mit, die Produktion der neuen Nervengaswaffen „sei im nationalen Interesse von entscheidender Bedeutung".

Im neuen Verteidigungshaushalt für das Fiskaljahr 1983 ist eine Erhöhung der Mittel für chemische Kampfstoffe von 532 auf 705 Millionen Dollar als Forderung enthalten. Insgesamt will das Pentagon – über die kommenden fünf Jahre – etwa vier Milliarden Dollar für neue chemische Waffen ausgeben; etwa 3,7 Milliarden Dollar sind für die notwendige Zerstörung vorhandener, nun seit mehr als dreizehn Jahren lagernder, aber angeblich zum Teil undicht gewordener chemischer Waffen veranschlagt worden. Verteidigungsminister Weinberger, der entschlossen ist, der sowjetischen Bedrohung auf allen Gebieten zu parieren, will das mit „GB" bezeichnete Nervengas in Artilleriegeschosse vom Kaliber 155 Millimeter einfügen, während die Abwurfbombe „Big Eye" Nervengas des Musters „VX" enthalten soll. In beiden Fällen handelt es sich um zwei chemische Wirkstoffe, die voneinander getrennt – und dann unschädlich – aufbewahrt werden, ihre unfehlbar tödliche Wirksamkeit jedoch erst nach dem Abschuß (oder dem Abwurf mit Zündung) der Trägerwaffen entfalten. Wer die Nervengase einatmet, ist innerhalb von Sekunden tot, da sämtliche Körperfunktionen gelähmt werden. . . .

Seit dem Amtsantritt Reagans hat man sich im Pentagon zunehmend mit der Frage chemischer Abschreckung beschäftigt. Militärische Fachleute nehmen an, daß Europa der wahrscheinlichste Ort für den Einsatz chemischer Kampfstoffe im Kriegsfall sein könnte. Doch werden Erwägungen, neue chemische Waffen in Europa zu lagern, in Washington als politisch und psychologisch unzumutbar für die Bündnispartner bezeichnet. Zwar sei in Heereskreisen auch erwogen worden, die auf Land stationierten Marschflugkörper (Cruise Missiles) teilweise mit chemischen Sprengköpfen auszustatten, doch sei man sich über die daraus entstehenden psychologischen Folgen im klaren. . . . (FAZ vom 10. Februar 1982)

Reagan will Hilfe für El Salvador verdoppeln

Trotz wachsender Sorge amerikanischer Kongreßmitglieder über das eskalierende militärische Engagement in El Salvador will Präsident Reagan die Hilfe an das mittelamerikanische Land fast verdoppeln. Aus Kreisen des Senats und des Außenministeriums verlautete am Montagabend, Reagans neuer Haushalt sehe 225 Millionen Dollar für El Salvador vor. Aber es werde bereits ein Vorschlag für weitere 100 Millionen Dollar vorbereitet. Der Vorschlag in Höhe von 325 Millionen Dollar benötigt die Zustimmung des Kongresses. Die Abstimmung darüber wird als Test für die Unterstützung der Politik Reagans gesehen, der in El Salvador herrschenden Junta gegen die auf-

Das neue Konkret erscheint am 25. jeden Monats.

Das neue Konkret ist 124 Seiten dick.

Das neue Konkret wird von engagierten Journalisten gemacht.

Das neue Konkret ist vierfarbig.

Das neue Konkret ist die kritische Alternative zu „Stern", „Zeit" und „Spiegel".

Das neue Konkret hat einen neuen Chefredakteur. Manfred Bissinger.

ständischen Guerrilleros zu helfen. Der Aufstockungsvorschlag schließe 60 Millionen Dollar für Militärhilfe ein, hieß es in den Kreisen weiter. Die Gesamthilfe der Vereinigten Staaten an El Salvador liegt in diesem Jahr bei 185 Millionen Dollar . . . (FAZ vom 10. Februar 1982)

„Die USA wollen nicht nur dort zurückschlagen, wo Moskau angreift"

Mit dem Verteidigungshaushalt für das Jahr 1983 und dem begleitenden Jahresbericht des Verteidigungsministers an den Kongreß tritt zum erstenmal profiliert ans Tageslicht, was sich schon seit dem letzten Jahr der Carter-Administration in Umrissen vorbereitete: die neue amerikanische Strategie zur Führung konventioneller Kriege.

Sie ist wesentlich gegründet auf der weiter auszubildenden Fähigkeit der US-Streitkräfte, sich über große Entfernungen hinweg rasch an Krisenpunkten zur Gegenwehr zu massieren; sie verläßt sich mehr und mehr auf eine logistische Kombination aus Marine und Luftlandetruppen; sie bewegt sich vom europäischen Schauplatz weg auf globale Räume; und sie geht schließlich davon aus, daß man sich theoretisch auf eine Vielzahl gleichzeitig zu bewältigender Konfrontationen gefaßt zu machen hat.

Zentraler Punkt der neuen Strategie ist das, was Caspar Weinberger in seinem Jahresbericht über den Stand des US-Militärs und seiner strategischen Doktrin die „Gegenoffensive" nennt. Das besagt: Ein Angriff der Sowjetunion auf Interessengebiete der USA und ihrer Verbündeten wird unter anderem damit beantwortet, daß die Amerikaner den Krieg oder die Kriegshandlungen nicht nur auf dem angegriffenen Terrain erwidern, sondern den Krieg von sich aus auf andere Gebiete übertragen, wo die Sowjetunion ihrerseits verwundbar ist . . . („Die Welt" vom 10. Februar 1982)

„Die USA haben nie wettgerüstet"

„Es gibt kein Wettrüsten. Die USA haben nie wettgerüstet." Mit dieser Behauptung klagte der Direktor der US-Behörde für Rüstungskontrolle und Abrüstung (ACDA), Eugene Rostow, die Sowjetunion an, in expansionistischer Absicht eine militärische Überlegenheit anzustreben. In einer Rede vor der Genfer Abrüstungskonferenz erklärte Rostow am Dienstag: „Die USA nahmen lange die angeblichen Bemühungen der Sowjetunion hin, Gleichwertigkeit, einen Platz an der Sonne und den anerkannten Status als Großmacht zu erlangen. Viele Leute im Westen glaubten, daß danach die Sowjetunion ihre Rüstungsanstrengungen beenden und friedliche Koexistenz nach den Regeln der UN-Charta üben würde. Die Sowjetunion hat die militärische Parität mit den USA auf allen Gebieten erreicht, aber sie baut ihre Streitkräfte weiter aus und vergrößert ihr Reich mit den Mitteln der Gewalt." . . . (FR vom 10. Februar 1982)

Haig: Die türkische Regierung besitzt die (fast) uneingeschränkte Unterstützung der Bevölkerung (Haig-Pressekonferenz in Madrid am 9. Februar 1982)

Haig: „Hier ist die Frage aufgekommen nach Parallelen zwischen dem, was in Polen und in der Türkei passiert ist. . . . In der Türkei standen die türkischen Militärbehörden dem extremen Terrorismus der Rechten und der Linken gegenüber, in einem Ausmaß, daß täglich 20 unschuldige türkische Bürger Opfer dieser Gewalt wurden. Es gibt und gab keinen Terrorismus in Polen.

Zweitens, die türkischen Militärbehörden, die jetzt für die Regierung verantwortlich sind, haben sich verpflichtet und haben tatsächlich schon einen bestimmten Termin genannt, um zu verfassungsmäßigen Formen zurückzukehren. Sie haben Recht und Ordnung wiederhergestellt, was vor der Verhängung des Kriegsrechtes in der Türkei nicht in Aussicht war, und sie haben für das türkische Volk ein solides Programm zur wirtschaftlichen Entwicklung in Gang gesetzt. Genau das Gegenteil ist in Polen der Fall.

Drittens, die türkischen Regierungsverantwortlichen genießen heute die uneingeschränkte oder fast uneingeschränkte Unterstützung des türkischen Volkes, wenn sie versuchen, die Regierung in einem demokratischen Prozeß zu Gesetz und Ordnung zurückzuführen. Genau das Gegenteil

ist der Fall in Polen, wo die Unterstützung des polnischen Volkes der Solidaritätsbewegung gilt, die brutal unterdrückt worden ist und sich jetzt, als Resultat des repressiven Aktes der polnischen Regierung, in einem Prozeß des Zerfalls befindet . . ." (WB vom 11. Februar 1982)

Militärhilfe für Guatemala

Eine soeben in Washington fertiggestellte Kongreßvorlage sieht die Bereitstellung von 250 000 Dollar als „Trainingshilfe" für die guatemaltekischen „Sicherheitskräfte" vor. Anschließend soll das Militärregime unter General Lucas Garcia Waffen im Wert von rund 3 Mio. Dollar bekommen. Deane Fisher, Sprecher des US-State Departments, wiederholte auf einer Pressekonferenz in Washington am Donnerstag die Ansicht der Regierung, wonach Guatemala „angesichts der wachsenden Unruhe im Land" geholfen werden müsse. Gleichzeitig versicherte er, die US-Regierung befürworte auch ausdrücklich den Wahlprozeß in Guatemala, dessen Stichtag der 7. März sein soll.

Die US-Militärbeziehungen zu Guatemala waren nach dem Besuch des Ex-Generals Vernon Walters im Frühjahr 1981, der als Sonderbeauftragter des Außenministers nach Guatemala gefahren war, wieder in die Debatte gekommen.

Kurz danach war die Lieferung von Militärlastwagen und Jeeps im Wert von 3,5 Mio. Dollar beschlossen worden, wobei die bestehende Regelung, wonach Rüstungsverkäufe an Guatemala von einer Besserung der Menschenrechtssituation abhängig sind, durch die Neudefinition des Begriffs „Rüstungsgüter" in den USA umgangen wurde. (ips vom 12. Februar 1982)

Erdgas-Röhren-Geschäft: US-Sanktionen gegen beteiligte Firmen?

Die amerikanische Regierung steht unmittelbar vor der Entscheidung, ob sie durch neue Sanktionen das von den Europäern mit der Sowjetunion abgeschlossene Erdgasgeschäft *verhindern* soll. Die Entscheidung könnte zu erheblicher Unruhe im westlichen Bündnis führen, weil durch die ins Auge gefaßten neuen „Strafmaßnahmen" in erster Linie die europäischen Verbündeten Amerikas getroffen würden, und erst in zweiter Linie die Sowjets.

Im einzelnen geht es bei den Überlegungen der amerikanischen Regierung darum, ob alle ihr zur Verfügung stehenden gesetzlichen Mittel angewandt werden sollen, um den Bau der geplanten Erdgasleitung von Sibirien nach Mitteleuropa zu blockieren oder zumindest zu verzögern. So könnten unter anderem amerikanische Firmen, die europäischen Unternehmen Lizenzen zur Herstellung von Einzelteilen für das Erdgasprojekt erteilt haben, gezwungen werden, diese Lizenzen zu widerrufen. Das würde zum Beispiel die Produktion von Turbinen für die Gasleitung vorerst unterbinden, da die bisher vorgesehenen Hersteller sich auf amerikanisches Know-how stützen.
Die Strafmaßnahmen brächten mit Sicherheit sehr viel Sand ins Getriebe der Allianz. Die Sanktionen hätten zum Teil gravierende Folgen. So könnten etwa bei einem Verstoß gegen die von Washington verhängten Sanktionen nicht nur die in Amerika ansässigen Firmen belangt werden, sondern auch die ganz oder teilweise in amerikanischem Besitz befindlichen europäischen Firmen. Zwar ist der Arm des amerikanischen Gesetzes nicht lang genug, die Chefs solcher europäischen Firmen zu erreichen, aber sie liefen jederzeit Gefahr, bei einer Reise in die USA bereits bei der Ankunft verhaftet zu werden . . . („Die Welt" vom 12. Februar 1982)

„Gangster, Halsabschneider und Piranhas" in der UNO

Vor Journalisten erklärte Koch (Bürgermeister von New York; d. Red.), er sei zwar . . . der Auffassung, daß die Vereinten Nationen sich aus „Gangstern, Halsabschneidern und Piranhas" zusammensetzten, doch hoffe er, daß die UN in New York bleiben. Die Entscheidung liege jedoch bei der Weltorganisation. Wenn der Sitz der Vereinten Nationen verlegt werden sollte, dann wahrscheinlich an „Hitlers Geburtsort", sagte Koch und erläuterte später, daß er Wien gemeint habe, wo eine Reihe von UN-Einrichtungen bereits ihren Sitz haben . . . . (FR vom 13. Februar 1982)

„Reagan-Plan für Nicaragua"

Der amerikanische Präsident Reagan soll nach Angaben der Zeitung „Washington Post" einen Plan gutgeheißen haben, mit dem dem vermuteten Engagement Kubas im mittelamerikanischen Staat Nicaragua entgegengewirkt werden soll. Wie das Blatt in seiner Sonntagsausgabe berichtete, sieht der Plan angeblich auch vor, „paramilitärische Aktionen" befreundeter Staaten gegen „kubanisch-nicaraguanische Versorgungslinien" zu fördern, über die Guerrilla-Gruppen in El Salvador mit Waffen beliefert werden könnten. Der zentrale amerikanische Geheimdienst CIA soll dem Blatt zufolge ein Programm im Umfang von 19 Millionen Dollar mit dem Zweck vorgeschlagen haben, in Nicaragua eine politische Opposition gegen die linksgerichtete sandinistische Regierung aufzubauen und „Aktionsgruppen" für paramilitärische, politische und Geheimdienstaufgaben in Nicaragua und anderenorts zu bilden. . . . (FAZ vom 15. Februar 1982)

Stärkere Unterstützung der USA durch Europa gefordert (Europa-Kapitel des Jahresverteidigungsberichtes vom 8. Februar 1982)

. . . Aber die Bedrohung der NATO ist nicht nur innerhalb des traditionellen Vertragsgebietes offenkundig. Sowjetischer Druck und sowjetische Tätigkeiten in der Dritten Welt sind in zunehmendem Maße zu einer Bedrohung lebenswichtiger Interessen der NATO geworden, vor allem in Südwestasien, der Hauptquelle eines großen Teiles des Öls des Westens. Während die Vereinigten Staaten eine globale militärische Kapazität besitzen, die innerhalb der NATO einmalig ist, so dislozieren doch auch andere Mitgliedstaaten schnelle Eingreiftruppen von sehr hoher Qualität. Wir begrüßen und ermutigen Anstrengungen anderer Verbündeter, militärische, wirtschaftliche und politische Aktivitäten der Vereinigten Staaten zu ergänzen und unsere gemeinsamen Verteidigungsanstrengungen zu erleichtern, indem sie die Nutzung von Einrichtungen auf dem Weg, über Flugrechte oder logistische Unterstützung gewähren. Wir streben ferner Abkommen mit Verbündeten über geeignete Maßnahmen an, um einen Ersatz für die mögliche Abkommandierung von Truppen aus der europäischen Verteidigung zu der Schnellen Gemeinsamen Eingreiftruppe (RDJTF) zu schaffen und Wartungsleistungen für in Europa stationierte amerikanische Streitkräfte zu stellen. Das letztere ist besonders wichtig für unsere Anstrengungen, die RDJTF zu stärken, ohne in Europa dislozierte Einheiten oder unsere Fähigkeiten zur Verstärkung amerikanischer und verbündeter Streitkräfte zu verringern . . . .

Einheiten der amerikanischen Streitkräfte, die für Europa vorgesehen sind, fehlt es zum Teil an der Nachschubstruktur, die sie brauchen würden, um längere Operationen in Kriegszeiten durchführen zu können. Darüber hinaus dürften NATO-Initiativen für eine rasche Verstärkung bis Mitte oder Ende der achtziger Jahre die Zahl der amerikanischen Heeresdivisionen fast verdoppeln, die am Tage „D" am Kriegsschauplatz präsent sein könnten . Heute müssen wir in unserer Planung von einer gleichlaufenden großen Dislozierung amerikanischer Kampftruppen in Südwestasien ausgehen; die logistischen Anforderungen wären auf diesem Schauplatz größer, da der einigermaßen gewährleistete Stand der örtlichen Unterstützung niedriger wäre als im NATO-Bereich. Als Ergebnis stünden noch weniger amerikanische Versorgungseinheiten für Europa zur Verfügung. Wenn wir in Europa und Südwestasien eine lebensfähige konventionelle Verteidigungskapazität aufrechterhalten wollen, dann müssen wir bilaterale Abkommen über die Unterstützung der amerikanischen Streitkräfte durch Gastländer in Kriegszeiten erreichen . . . .

. . . Trotz vieler geldabhängiger Probleme macht die NATO Fortschritte. Wir haben die grundsätzliche Zustimmung der Bundesrepublik Deutschland, Großbritanniens und der Benelux-Länder für umfassende Gastland-Unterstützung im Ernstfall erhalten, die den Vereinigten Staaten Unterstützungsfunktionen abnimmt und es uns ermöglicht, unsere stationierten und zur Verstärkung herangeführten Truppen auf den Kampfeinsatz zu konzentrieren. Auch Norwegen hat einen wichtigen und bedeutsamen Schritt für die Vorauseinlagerung von Gerät für amerikanische Verstärkungen in der Nordregion getan. Ferner ist es uns gelungen, sowohl den Umfang als auch die Ausgabenrate des Infrastrukturprogramms zu erhöhen . . . . (AD vom 17. Februar 1982)

Differenzen über El Salvador

Der amerikanische Präsident Reagan soll wegen Unstimmigkeiten innerhalb der Regierung auf eine geplante Erhöhung der militärischen Unterstützung für den mittelamerikanischen Staat El

Salvador verzichtet haben. Nach einer Meldung des amerikanischen Fernsehsenders „CBS" plant er jedoch eine Aufstockung der allgemeinen Salvador-Hilfe, die in den nächsten 18 Monaten von derzeit 174 Millionen Dollar auf 600 oder sogar 800 Millionen Dollar erhöht werden könnte . . . .

Laut „CBS" soll der Geheimdienst „CIA" gewarnt haben, daß die Regierungsjunta in El Salvador ohne amerikanische Militärhilfe den Kampf gegen die linksgerichteten Guerrilleros nicht gewinnen könne . . . . (FAZ vom 17. Februar 1982)

„Doppelzüngiger Bastard", „Schizophrene" und andere Verbündete

Im US-State Department, dem Außenministerium, hat eine hektische Suche nach einem unbekannten Teilnehmer an den morgendlichen Stabsbesprechungen begonnen, der Stichwortnotizen mit Ministerworten Alexander Haigs der Zeitung „Washington Post" zugespielt und damit für außenpolitischen Ärger gesorgt hat. Der markanteste Spruch aus Ministermund – über den britischen Amtskollegen Lord Carrington – lautete: „Doppelzüngiger Bastard."

Neben Äußerungen mit vorwiegendem Klatschwert – etwa die Klage Haigs, die Bundesrepublik sei in der Polen-Frage „schizophren" – erlauben die Aufzeichnungen Einblicke in politische Handlungsmotive. So geben sie einen Hinweis darauf, daß Washington im Januar dringend versuchte, Bundeskanzler Helmut Schmidt zu einer Verurteilung der Sowjetunion als Urheber der Verschärfung der Krise in Polen zu bringen. Auf dem Notizzettel steht dazu: „Have to be rough with Schmidt", frei übersetzt, „müssen Schmidt hart herannehmen". Die „Washington Post" erinnerte in diesem Zusammenhang daran, daß Schmidt später eine Erklärung abgab, in der die sowjetische Verantwortlichkeit für die polnischen Ereignisse hervorgehoben wurde, und daß es damals Berichte über einen heftigen Wortwechsel während einer persönlichen Begegnung zwischen Haig und Schmidt gegeben habe.

Ebenfalls im Januar hatte sich Haig den Notizen zufolge dagegen ausgesprochen, Polen für bankrott zu erklären, da dies (wegen Warschaus hoher Schulden bei deutschen Banken) „den Zusammenbruch der westdeutschen Wirtschaft bedeuten könnte". Eine der sehr weitreichenden und unvorhergesehenen Folgen wäre die Ruinierung des Ost-West-Handels. Haig drang nach den Aufzeichnungen darauf, die Alliierten in der Polen-Frage zusammenzubringen. „Wenn nicht, dann werden wir die Europäer an der Seite der Russen haben."

Bei einer anderen Gelegenheit nannte Haig – in der Nahostpolitik – „europäische Freunde – schlicht und einfach feige". Unter Bezug auf die Errichtung der multinationalen Nahost-Friedenstruppe sagte er, „die Briten lügen durch ihre Zähne".

In der Nahostpolitik äußerte sich Haig im übrigen erheblich pessimistischer, als die US-Regierung bisher zugeben wollte. Nach den aufgezeichneten Äußerungen des Ministers war er nach der Rückkehr von seiner Nahostreise am 18. Januar überzeugt, daß nach der (für April vorgesehenen) Rückgabe des Sinai an Ägypten das zarte Band zwischen Israel und Ägypten rasch zerfasern werde und daß die USA der Verlierer sein würden. Den Saudis wird eine „arrogante Mentalität, die absolut verheerend ist", bescheinigt.

Am 18. Januar soll Haig über Libyen gesagt haben: „. . . ist Zeit, zu Phase zwei überzugehen . . . Anfang Februar werden die Amerikaner aus Libyen raus sein . . . der Augenblick, eine andere Lektion (Exercise) ins Auge zu fassen." . . . (FR vom 22. Februar 1982)

Form der US-Sanktionspolitik gegen die Sowjetunion ist noch umstritten

. . . Stein des Anstoßes innerhalb der amerikanischen Administration ist das sowjetische Erdgasgeschäft mit einigen westeuropäischen Abnehmerländern. Zwei Denkschulen, repräsentiert in den beiden Ministerien Verteidigung und Äußeres, stehen sich gegenüber. Pentagon-Chef Weinberger und seine Berater empfehlen weiterhin dem Weißen Haus, auch zu dieser späten Stunde noch alles zu unternehmen, das Geschäft von amerikanischer Seite aus zu behindern, wenn nicht gänzlich unmöglich zu machen.

Außenminister Haig dagegen ist sich mit seinen Beratern einig – und berät in diesem Sinne auch den Präsidenten –, daß die westliche Einheit schweren Schaden nähme, wenn Washington das Erdgasgeschäft jetzt noch zu verhindern suchte . . . .

Im State Department gibt man sich zuversichtlich, daß der Präsident eine Entscheidung in diesem Sinne fällen, mithin nichts mehr dem Erdgasgeschäft in den Weg legen wird. Das Pentagon, andererseits, hat den Kampf noch nicht aufgegeben. Wie tief Verteidigungsminister Weinberger sich in dieser Frage engagiert fühlt, zeigt auch sein kürzlicher Jahresbericht an den Kongreß; ein ganzes Kapitel widmet er darin der Sicherheitsbedrohung des Westens durch falsch verstandene enge Handelsbeziehungen zu Moskau . . . .

Im Punkte der weitgehenden Einschränkungen neuer Kredite für Moskau und seine Satelliten scheint die Einigung mit den Alliierten noch am ehesten erreichbar. Reagan gab selber kürzlich ein Beispiel für die härtere Einstellung zu Fragen der Ostkredite, als er es ablehnte, einen Regierungskredit an Rumänien in Höhe von 65 Millionen Dollar zu gewähren; mit diesem Darlehen sollte der Kauf von Mais und Sojamehl ermöglicht werden. Einzige Konzession des Präsidenten: Er will, so verlautete in Washington, sein Nein zu einem späteren Zeitpunkt wahrscheinlich überprüfen . . . . Noch vor einem Monat hatte der Präsident in einem ähnlichen Fall, wo es um ausstehende Rückzahlungen polnischer Landwirtschaftskredite ging, anders entschieden und die polnischen Schulden gegenüber den betroffenen US-Banken vorgestreckt. („Die Welt" vom 23. Februar 1982)

Im „Krisenfall" zehn US-Divisionen in der BRD

Ein Abkommen zwischen Bonn und Washington, mit dem sich Amerika verpflichtet, seine Streitmacht in der Bundesrepublik im Krisenfalle mehr als zu verdoppeln, ist fertiggestellt worden. Die Unterzeichnung des Vertrages, dessen Wortlaut in Bonn jetzt bekannt wurde, ist in den nächsten Wochen, wahrscheinlich in den ersten Märztagen, geplant. In der „Wartime Host Nation Support"-Abkommen genannten Vereinbarung, deren vollständiger deutscher Titel lautet: „Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika über Unterstützung durch den Aufnahmestaat in Krise oder Krieg" verpflichtet sich Washington, seine in Friedenszeiten – also derzeit – in der Bundesrepublik stationierten vier Divisionen innerhalb von 10 Tagen um 6 weitere Divisionen auf 10 Divisionen zu vermehren. Außerdem verpflichtet sich Amerika dazu, seine fliegenden Verbände entsprechend zu verstärken; dies bedeutet eine Vermehrung um mehr als 1000 Kampfflugzeuge.

Als Gegenleistung hierfür verpflichtet sich die Bundesrepublik zum Aufbau und zum Unterhalt umfassender Unterstützungseinrichtungen. Wichtigster Teil dieser Zusage ist die Verpflichtung, ein Unterstützungskorps der Bundeswehr aufzustellen, das aus Reservisten besteht und im Frieden nur 2342 Mann umfaßt, davon 1207 Soldaten, 598 Zivilisten und 537 zu Wehrübungen einberufene Reservisten. Im Krisen- oder Kriegsfall soll das deutsche Unterstützungskorps dagegen auf 93 329 Mann anwachsen. Beide Regierungen verpflichten sich, mit der Verwirklichung des Abkommens 1983 zu beginnen und sie bis 1987 abzuschließen.

Der Vertrag legt die Aufgaben sowie ihre Finanzierung durch beide Vertragspartner weitestgehend fest. So übernimmt die Bundeswehr unter anderem folgende Aufgaben:

– Die Sicherung von 18 Stützpunkten der amerikanischen Luftwaffe durch 12 Jägerbataillone und 3 Heimat-Schutzkompanien mit einer Kriegsstärke von 13 376 Mann – von denen im Frieden allerdings 235 Mann präsent sind.

– Instandsetzung von 26 Flugplätzen durch den Ausbau entsprechender Reparaturstaffeln mit 6074 Mann.

– Transport und Umschlag von täglich 6800 Tonnen Material und 7000 Kubikmeter Treibstoff sowie Umschlag von 72 200 Tonnen an Nachschubgütern mit 4976 Mann.

– Verstärkung der amerikanischen Nachschuborganisation mit insgesamt 20 013 Mann sowie die Bereitstellung von 5 ABC-Abwehrbataillonen (Beseitigung nuklearer Verseuchung), Über-

nahme von Kriegsgefangenen, Abtransport Verwundeter sowie Sicherung von insgesamt 39 Anlagen des amerikanischen Heeres.

Sämtliche Kosten für das benötigte Material – soweit es nicht von der Bundeswehr selbst gebraucht wird – sowie die Kosten für das erforderliche Zivilpersonal werden neben anderem von den Amerikanern beglichen.

Die Bundesrepublik trägt dagegen die Aufwendungen, welche die von ihr zugesagten Unterstützungsmaßnahmen kosten: in der Hauptsache die Personal- und die persönlichen Ausrüstungskosten für die erforderlichen Reserveeinheiten sowie das Material für die militärischen Führungs-, Logistik- und Ausbildungsorganisationen, die zur Schulung und Vorbereitung des deutschen Unterstützungskorps notwendig sind.

Bei der Bundesregierung rechnet man damit, daß insgesamt 550 Millionen Mark zur Finanzierung der zugesagten Leistungen erforderlich sind und daß sich 1983 erstmals Verpflichtungen in Höhe von ungefähr 50 Millionen Mark ergeben werden. Im übrigen verpflichten sich beide Regierungen dazu, die Kosten soweit wie möglich zu beschränken und in erster Linie vorhandene Anlagen und Geräte zu nutzen. Soweit die vorhandenen Einrichtungen nicht ausreichen, verpflichten sich beide Vertragspartner dazu, die Finanzierung von Mehranforderungen durch das Nato-Infrastrukturprogramm anzustreben . . . . (FAZ vom 23. Februar 1982)

Zinsen sprengen US-Haushalt

Verheerende Folgen für den US-Haushalt werde der anhaltende Konflikt zwischen der hohen Kreditaufnahme des US-Schatzamtes und der Geldpolitik der US-Notenbank haben, warnt David Stockman, Budget Direktor der Reagan-Regierung. Stabile Kapitalmarkt-Verhältnisse und sinkende Zinsen würden dadurch wesentlich länger verhindert, als bislang angenommen. Für die kommenden Jahre müsse daher mit wesentlich höheren Ansätzen für die Zinsausgaben des Staates in den Budgets gerechnet werden. Allein 1983 würden sich dadurch die projektierten Zinsausgaben um 15 Mrd. Dollar und für den Zeitraum von 1983 bis 1985 um weitere 54 Mrd. Dollar erhöhen. Maßnahmen zur Sanierung des Staatshaushalts seien bereits in diesem Jahr notwendig, um eine Explosion der Defizite zu verhindern. („Handelsblatt" vom 24. Februar 1982)

Ost-West-Handel: „Fette Kommunisten" sind nicht besser als hungrige (Rede des US-Verteidigungsministers auf der Wehrkundetagung in München am 13. Februar 1982)

. . . Vor noch gar nicht so vielen Jahren war es ziemlich in Mode, zu argumentieren, die Ausweitung des Handels zwischen Ost und West, insbesondere zwischen den Industriestaaten Europas und der Sowjetunion, würde eine wechselseitige Abhängigkeit schaffen, die ihrerseits wiederum zu einer Mäßigung des sowjetischen Verhaltens führen würde. Dies war die Hoffnung. Man hörte von „fetten und zufriedenen Kommunisten", die es jenen Kommunisten vorzuziehen galt, die arm und hungrig sind. Es war die Rede davon, die Sowjets in ein Gewebe wechselseitiger Beziehungen einzuflechten, das sie an die Verhaltensnormen binden würde, denen wir folgen. Solide Geschäfts- und Bankpraktiken wurden fallengelassen, als eine Armee westlicher Geschäftsleute sich auf den Weg nach Moskau, Warschau und Prag machte – mit Krediten, die von den Regierungen abgesichert waren, mit subventionierten Darlehen und mit der vagen Vorstellung, daß zusammen mit den Profiten auch der Frieden kommen würde.

Nun, diese volkswirtschaftliche Ausdrucksform der Theorie der Entspannung hat sich als auf kostspielige und gefährliche Weise falsch erwiesen. „Normale Geschäfte" mit den Sowjets und Ausweitung des Ost-West-Handels bedeuten auf sowjetischer Seite lediglich mehr Geld, das die Sowjetunion für ihr Militär ausgeben kann. Und das ist es, was sie mit ihren Handelsgewinnen machte. Handel mit einem Land, das die bereits armselige Lebensqualität seiner eigenen Bürger ignoriert und dann seine Handelsgewinne in das Wettrüsten einer Nation steckt, ermutigt eher zu Aggression, als daß er dabei hilft, den Frieden zu bringen. Die gewaltige Infusion westlichen Kapitals und westlichen Wissens im letzten Jahrzehnt brachte weder Mäßigung noch Zurückhaltung. Statt dessen unterstützte sie die anhaltende sowjetische Aufrüstung, indem Geld und Technologie für den hauptsächlichen Zweck verwendet wurden, auf den die sowjetische Volkswirtschaft ausgerichtet ist: für die Produktion von mehr und besseren Waffen.

. . . Der Zusammenbruch der polnischen Volkswirtschaft und ihre furchtbaren 28 Milliarden Dollar Schulden im Westen erfordern ein dringendes Überdenken der Wirtschaftsbeziehungen zwischen Ost und West . . . Daher scheint es für uns klar zu sein, daß eine Rückkehr zur Disziplin des Marktes im Ost-West-Handel einen beträchtlich verringerten Umfang des Handels und der Investitionen diktiert. Und bevor diese Disziplin wieder durch die vagen Theorien ersetzt wird, die vermehrten Handel mit verminderter Feindseligkeit und Profite mit Frieden in Verbindung bringen, müssen wir uns mit all den Auswirkungen auseinandersetzen, die eine immer fortschrittlichere Technologiebasis der sowjetischen Verteidigungsindustrie – vom Westen finanziert – für die Sicherheit des Bündnisses hat.

. . . ich fürchte, das amerikanische Volk wird durch seine Vertreter im Kongreß anfangen zu fragen, ob es notwendig oder wünschenswert ist, diese Hilfe an die NATO und an unsere anderen Verbündeten fortzusetzen, wenn die Amerikaner das Gefühl haben, daß unsere Verbündeten keinen fairen Beitrag leisten. In vielen Teilen Amerikas und im Kongreß ist der Isolationismus in der einen oder anderen Form niemals sehr tief unter der Oberfläche. Ich hoffe, daß keiner von uns etwas tun wird, um diesen latenten Isolationismus zu einer Verringerung unserer eigenen Verteidigungsanstrengung anzufachen. Das amerikanische Volk könnte es ablehnen, die Last der notwendigen Verteidigungsausgaben zu tragen, wenn es glaubt, daß andere weniger tun, wenn wir mehr tun. Wenn noch der Eindruck hinzukommt, daß zwischen Europa und dem Warschauer Pakt so getan wird, als ob nichts geschehen sei, und dieser Eindruck zu dem Mangel an Resonanz hinzukommt, den unsere eigenen Anstrengungen ausgelöst haben, dann haben wir, so muß ich leider sagen, damit ein Rezept für eine große Gefahr. Vor allem muß das NATO-Bündnis erhalten und gestärkt werden . . . Wenn das amerikanische Engagement in der Anstrengung zur Stärkung des Bündnisses nicht vergolten wird, dann könnte dies zu einem Gefühl der Isolation führen, und auf die Isolation wird der Isolationismus folgen, wie die Nacht auf den Tag . . . (AD vom 24. Februar 1982)

„Im Rausch an Atomwaffen"

Fast der Hälfte aller US-Soldaten, die im Jahr 1980 vom Zugang zu Atomwaffen ausgeschlossen wurden, legten die US-Streitkräfte nach Informationen eines Kongreßabgeordneten Drogen- und Alkoholmißbrauch im Dienst zur Last.

Der Abgeordnete Joseph Addabbo, Vorsitzender im Unterausschuß des Repräsentantenhauses für die Bewilligung von Rüstungsausgaben, erklärte am Mittwoch in Washington, in einer einjährigen Untersuchung von Drogen- und Alkoholmißbrauch in den Streitkräften sei zu Tage gekommen, daß 44 Prozent der 5342 Abgelehnten aus diesem Grund keinen Zugang zu Atomwaffen erhielten.

Mißbrauch von Alkohol und Drogen sei eines der verbreitetsten Probleme in der US-Armee, sagte Addabbo. So habe seine Untersuchung unter anderem ergeben, daß deutsche und amerikanische Behörden in einer Raketenartilleriebatterie in der Bundesrepublik 125 Marihuanaraucher festgestellt hätten, von denen 23 besondere Erlaubnis zum Umgang mit Atomwaffen besaßen. In einer 400 Mann starken Raketeneinheit der Marineinfanterie seien in der ersten Jahreshälfte 1981 35 bis 40 Drogenvorfälle gemeldet und mehrere Unteroffiziere wegen Drogenhandels festgenommen worden.

Im Januar 1980 hatte das Washingtoner „Critical Mass Journal" berichtet, daß im Reaktorpersonal des Atomkraftwerks Trojan, Oregon, 28 Mitarbeiter, davon 25 aus dem Werkschutz, wegen Drogenhandels verhaftet oder entlassen wurden. (FR vom 26. Februar 1982)

Reagan: „Ein Mann mit einem anekdotischen Bild von der Welt"

. . . Im konservativen „Wall Street Journal" heißt es: „Viele entdecken am Präsidenten eine gewisse Passivität, eine Unfähigkeit. Probleme zu identifizieren, bevor sie akut werden, und eine Schwäche, die Probleme in allen ihren Aspekten zu erkennen." Das Blatt zitiert einen „früheren Mitarbeiter": „Es ist bewundernswert, daß er sich für die großen Fragen aufspart. Das Problem ist, daß er die großen Fragen vielleicht gar nicht sieht."

In der „New York Times" bemerkt der Kolumnist Anthony Lewis, die Pressekonferenz des Präsidenten in der vergangenen Woche sei ein Desaster gewesen. Und doch halte sich die amerikanische Presse mit Kritik noch immer zurück, sie behandle ihn mit Glacéhandschuhen. Warum das so sei, fragt der Autor. Als wichtigsten Grund führt er dann an: „Einige der Reporter und Redakteure, die Reagan beobachten, sind erschrocken über das, was sie sehen. Sie sehen einen Mann, der ohne ausreichende Informationen handelt. Sie sehen einen Mann mit einem anekdotischen Bild der Welt, der in El Salvador Lektionen anwendet, die er aus der Geschichte Vietnams, so wie er sie sich vorstellt, gelernt hat. Sie sehen einen Mann, der auf komplizierte Fragen simple Antworten gibt. Sie sorgen sich um ihr Land, und sie finden es zu peinlich, sich selbst und der Öffentlichkeit einzugestehen, daß die ungeheure Macht der Führung in solchen Händen ist." („Die Welt" vom 24. Februar 1982)

Wirtschaftsinformation

Die wirtschaftliche Entwicklung in der BRD im Jahre 1981

(Wirtschafts- und sozialstatistische Daten)

Das Jahr 1981 war auch in der Bundesrepublik von den Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise gekennzeichnet, die in der ersten Jahreshälfte 1980 eingesetzt hat. Das Bruttosozialprodukt (BSP), das immer noch als der wichtigste Indikator des Wirtschaftswachstums gilt, ist zurückgegangen, allerdings war der Rückgang nur geringfügig.

Tabelle 1
Bruttosozialprodukt 1981

	In Mrd. DM		*In % gegenüber dem Vorjahr*	
	Real[1])	*Nominal*	*Real*[1])	*Nominal*
BSP	*894*	*1549*	*– 0,3*	*+ 3,8*
Privater Verbrauch	*493*	*862*	*– 1,1*	*+ 4,9*
Staatsverbrauch	*159*	*325*	*+ 1,9*	*+ 6,9*
Anlageinvestitionen	*206*	*355*	*– 2,9*	*+ 1,2*
Export	*297*	*492*	*+ 8,5*	*+ 14,3*

1) In Preisen von 1970.
Quelle: Wirtschaft und Statistik", 1/1982, S. 13.

Medienkritik

GO WEST.

Rein geographisch gesehen, ging es eher in Richtung Süden: von Thüringen nach Bayern. Als die beiden Familien Strelzig und Wetzel im September 1979 mit einem Heißluftballon über die deutsch-deutsche Grenze in Richtung BRD gondelten, hatten sie sicher nicht damit gerechnet, daß ihre spektakuäre Flucht zum Gegenstand eines Hollywood-Spektakels werden würde. Aber auf Publicity haben sie wohl schon gehofft, und, daß dabei ein Startkapital fürs Leben im Westen herausspringen würde. Daß sie sich dann bei der Vermarktung, wie man hört, doch recht ungeschickt angestellt haben, mag ihnen eine erste Lehre gewesen sein. Aber für etwas hierzulande so wertvolles wie einen guten Arbeitsplatz und für ein Elektrogeschäft hats immerhin gereicht.

Aber warum dann die Flucht? Denn das:Eigenheime, Autos und „halbautomatische Waschmaschinen" hatten die beiden Familien, die nach eigenen Aussagen „durchaus zur gehobenen Mittelschicht gehörten", in der DDR auch schon gehabt. Die damals veröffentlichten Gründe „immer stärker hätten die Parteifunktionäre ihre Freiheiten eingeschränkt, politisch, beruflich und persönlich" (Stern, 40/79) blieben vage, aber die beiden Familien haben selbstverständlich das Recht, das zu tun, was sie für richtig halten.

Der dann aus diesem Stoff „spontan" (Trailer) entstandene Walt Disney-20th Century Fox-Film „Mit dem Wind nach Westen" wird von seinen Autoren als „Dokumentation" bezeichnet und als politisch stellungnehmende Gestaltung eines wahren Ereignisses. Konsequent war also der Versuch, mit ihm den Berliner Filmfestspielen einen politischen Skandal anzuhängen. Deshalb kann man aus dem langweiligen Machwerk, das uns jetzt in alle Kinos geschmissen worden ist, lernen, was Strauß, Springer & Co. unter „politisch" verstehen.

Im Film werden die Zuschauer direkte und die beiden Familien indirekte Zeugen einer schrecklichen Geschichte: ein junger Mann macht mit einem schweren Baufahrzeug einen Fluchtversuch, der selbstmörderisch endet. Seine Eltern werden verhört, der Vater – so errät man – dabei gefoltert. Diese Geschichte, die das einzige konkrete Fluchtmotiv darstellt, ist frei erfunden. „Wir sind wie Adler geboren, um frei zu sein", hatte der junge Held im Abschiedsbrief geschrieben. Mehr als diesen Leitmotivsatz hat der Film nicht zu bieten an Erschließung von Gründen für die lebensgefährliche Flucht.

Den unabdingbaren Problemgehalt sucht er sich auf einem anderen Feld. Die Ehefrauen, die bei der wirklichen Flucht die Ballonhülle genäht hatten, haben hier eine andere Funktion. Petra wirft ihrem Mann vor: „Ich möchte, daß du dein eigener Herr bist, mit deinen eigenen Träumen", und erst als er dies einsieht, ist auch die Familie Wetzel dabei. Auch Frau Strelzig zögert anfangs, weil sie nach dem ersten mißglückten Versuch dem Ballon nicht mehr traut. Doch auch für sie ist nur eins entscheidend „Aber ich glaube an dich". Die geglückte Flucht erscheint als Belohnung für die erfolgreiche Überwindung männlicher Identitätskrisen, und nur dabei dürfen die Familien, Kinder eingeschlossen, mitwirken. Infantiler Herdentrieb mit Führerprinzip, oder: ein Mann sieht rot und findet zu sich selbst. Der Rest ist ein technisches Problem: „Der Ballon neigt eher dazu, im Radarschirm wie eine Wolke zu wirken", das hat der *echte* Günter Wetzel gesagt.

Was einem dabei klarer wird: wie sehr die politische Programmatik der westlichen Führungsmacht sich bereits dem Niveau von Zigarettenreklame annähert – der Rest ist ein militärisches Problem. Und wie konsequent es war, einen Hollywoodschauspieler zu ihrem Präsidenten zu machen.

Günter Giesenfeld

Dokumente zum Zeitgeschehen

Dokumentation zu den Ostermärschen 1982

„Für einen neuen Höhepunkt der Friedensbewegung Ostern '82." Erklärung des Komitees für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit vom 26. Januar 1982 (Wortlaut)

Die Friedensbewegung ist zu einer bedeutenden politischen Kraft geworden. Die millionenfache Zustimmung zum Krefelder Appell an die Bundesregierung, die Zustimmung zur Stationierung der Pershing II und Cruise Missiles zurückzuziehen, und die Bonner Friedensdemonstration der über Dreihunderttausend vom 10. 10. 81 haben dies nachdrücklich belegt. Ebenso wie in vielen anderen Ländern Europas wehren sich bei uns immer mehr Menschen aus unterschiedlichen gesellschaftlichen Bereichen mit vielfältigen Meinungen und Überzeugungen, Mitglieder sehr unterschiedlicher Organisationen, gemeinsam gegen die atomare Bedrohung, gegen die Vorbereitung für die Strategie eines begrenzten Atomkrieges in Europa durch die Stationierung weitreichender, zielgenauer Mittelstreckenwaffen für den atomaren Erstschlag.

Diese Waffen würden die militärstrategische Lage in Europa in gefährlicher Weise verändern und die Gefahr der atomaren Vernichtung unseres Kontinents dramatisch erhöhen. Die Aufrüstungsentscheidungen der USA und der NATO sind mit dem gegenwärtigen Modernisierungsprogramm der Sowjetunion nicht begründet. Mit der Verhinderung der Stationierung dieser neuen Raketen soll der Weg für die Verhinderung der Atomwaffen in West- und Osteuropa geöffnet werden mit dem Ziel, einen wechselseitigen umfassenden Abrüstungsprozeß in Europa in Gang zu setzen, der zu einem atomwaffenfreien Europa führen soll.

Weil der Atomtod uns alle bedroht, müssen wir uns alle gemeinsam dagegen zur Wehr setzen. Wir müssen unterschiedliche Auffassungen zurückstellen zugunsten der Übereinstimmung in der einen Frage des Überlebens.

Die Friedensbewegung wäre nicht so stark geworden ohne die stetig wachsende Bereitschaft zu gleichberechtigter Zusammenarbeit unterschiedlicher Organisationen und Kräfte in der Friedensbewegung und der Respektierung ihrer Auffassungen in anderen Fragen. Die Solidarität und Einheit der Friedensbewegung ist eine Voraussetzung unseres gemeinsamen Erfolges, insbesondere weil die Regierung der Vereinigten Staaten versucht, die jüngste Entwicklung in der Volksrepublik Polen zum Anlaß zu nehmen, Entspannung, Verhandlungen und Zusammenarbeit zwischen Ost und West, wie sie sich in den siebziger Jahren entwickelt haben, auf breiter Front zu beenden und die weltweite poilitische und militärische Konfrontation zu verschärfen.

Die Friedensbewegung in Europa hat durch ihr Handeln zur Aufnahme der Verhandlungen zwischen UdSSR und USA in Genf über atomare Waffen in Europa stark beigetragen. Doch angesichts der Verhandlungsposition der USA (Reagans sogenannte „Null-Option"), die eine fast vollständige Beseitigung des atomaren Mittelstreckenpotentials der UdSS durch den Abbau der landgestützten Mittelstreckensysteme vorsieht, während das überwiegend in der Luft und unter Wasser stationierte Mittelstreckenpotential der NATO in Europa völlig unangetastet bleiben soll, machen einen schnellen Erfolg dieser Verhandlungen, die gegenwärtig in Washington mit dem Verweis auf Polen bereits wieder in Frage gestellt werden, nicht sehr wahrscheinlich. Deshalb kommt es darauf an, durch neue gemeinsame Aktionen der Friedensbewegung die Stationierung dieser Raketen in unserem Land politisch unmöglich zu machen.

Das Komitee für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit begrüßt die Beratungen und Beschlüsse, in zahlreichen Bundesländern zu Ostern '82 wieder Ostermärsche gegen die atomare Bedrohung, gegen neue Atomraketen und für Frieden, Abrüstung und Entspannung in Europa durchzuführen. Wir rufen die Friedensbewegung unseres Landes dazu auf, diese Ostermärsche zur ge-

meinsamen Sache aller zu machen, um mit vielfältigen und phantasievollen Aktionen noch mehr Zustimmung unseres Volkes für unseren Kampf zu gewinnen und durch machtvolle Abschlußmanifestationen die Stärke unserer Friedensbewegung deutlich sichtbar zu machen.

„Friedens-Manifest '82" vom 2. Februar 1982 (Wortlaut)

I

Die Friedensbewegung wächst. Viele Gruppen verbreitern ihre Basis. Aus allen Lagern stoßen erwachende Bürger dazu. Folgende Grunderkenntnisse führen sie – bei allen Unterschieden im einzelnen – zusammen:

– Der Rüstungswettlauf droht politischer Kontrolle vollends zu entgleiten.
– Die Gefahr der Austilgung wächst durch eine neue Generation atomarer Kriegsführungswaffen und die Fortentwicklung der chemischen und bakteriologischen Waffen.
– Eine Sicherheitskonzeption, die mit dem Selbstmord ganzer Nationen droht, bringt keine Sicherheit.
– Niemand kann verantworten, daß die Staaten des Nordens weiterhin die natürlichen Ressourcen der Erde für ihr Wettrüsten vergeuden, während Armut und Hunger die Völker im Süden zur Verzweiflung treiben.
– Friede ist nicht als Geschenk einer Obrigkeit zu erwarten, er ist nur noch als gemeinsame Anstrengung der Völker erreichbar.
– Die endlose Folge angeblicher Nachrüstungen muß ein Ende haben. Deswegen muß die Stationierung amerikanischer Mittelstreckenraketen verhindert werden.
– Darüber hinaus müssen alternative Sicherheitskonzepte diskutiert und schließlich durchgesetzt werden, die statt der Aufrüstungsdynamik die der Abrüstung in Gang setzen.
– Unser aller Fernziel ist die totale weltweite Abrüstung, zu der wir konkrete Ansätze in Mitteleuropa schaffen wollen.

II

Wenn unsere Ziele auch weit über das, was in Genf zur Verhandlung steht, hinausgehen, so begrüßen wir doch, daß jetzt in Genf verhandelt wird. Wir befürchten allerdings, daß ein Festhalten der USA an Präsident Reagans Version einer Null-Lösung die Verhandlungen blockieren müßte. Daß die eine Seite alles verschrottet, was sie in 20 Jahren aufgebaut hat, damit die andere Seite auf eine von mehreren zukünftigen Rüstungsmaßnahmen verzichtet, ist kein ernst zu nehmender Kompromißvorschlag.

Wir bedauern, daß der Vorschlag des Generalsekretärs der KPdSU, Leonid Breschnew, ein Moratorium in der Aufstellung von Mittelstreckenraketen zu verbinden mit einseitiger Reduzierung auf sowjetischer Seite, bisher von der Sowjetunion nicht präzisiert und vom Westen ohne stichhaltige Gründe abgelehnt wurde. Wir schlagen vor, daß die beiden Weltmächte sich bis zum Ende der Verhandlungen auf ein Moratorium verständigen und die Sowjetunion schon im Zuge dieses Moratoriums die Zahl ihrer auf Mittelstreckenraketen montierten Sprengköpfe auf den Stand vom 6. 5. 1978 verringert. An diesem Tag stellten der Bundeskanzler und der Generalsekretär der KPdSU gemeinsam fest, in Europa gebe es ein militärisches Gleichgewicht.

Wir betrachten die Ereignisse in Polen mit Betroffenheit und mit Sympathie für den Freiheitswillen des polnischen Volkes. Der Wille von uns Westeuropäern, einen eigenen Weg zum Frieden zu suchen, ist eng verbunden mit dem Willen der Polen, ihren eigenen Weg in der Ordnung ihrer inneren Angelegenheiten zu finden. Die Ereignisse in Polen sind deshalb auch kein Argument gegen, sondern für die Friedensbewegung. Nur in einem durch Abrüstung befriedeten Europa können die Völker ihre Freiheit erringen und bewahren. In den Ländern des Warschauer Paktes hoffen viele Menschen, daß durch die Friedensbewegung ihr Spielraum für eigenständige Friedenssarbeit sich erweitere. Der Kongreß der Schriftsteller in Ostberlin war dafür ein erstes Zeichen.

III

Friedensbewegung muß ansteckend sein, innerhalb unseres Landes und über seine Grenzen hinaus. Sie wird dies, wenn sie Frieden ausstrahlt, auch in ihren Methoden. Nichts ist wichtiger als der Frieden. Das erfordert aber, für den Frieden nur mit friedlichen Mitteln einzutreten, die die Unversehrtheit des Andersdenkenden achten. Darauf beruhen die starken Wirkungen der Bonner Friedensdemonstration des 10. Oktober und die große Mobilisierung der Friedenswochen im November 1981.

Wir appellieren an alle Gruppen, die sich zur Friedensbewegung zählen, sich nicht gegeneinander ausspielen zu lassen und stets die gemeinsame Sache vor jedes Gruppeninteresse zu stellen. In der Friedensbewegung muß es eine Vielfalt an Meinungen, Aufgaben, Nahzielen, Ausdrucksformen und Organisationsmustern geben. Dies ist solange ihre Stärke, wie jeder die Arbeit des anderen nicht nur duldet, sondern als eine legitime Form von Friedensarbeit will und bejaht.

Die Basisorientierung und die Tag-zu-Tag-Arbeit der Friedensbewegung ist unverzichtbar und ihre große Stärke. Darüber hinaus bedarf es von Zeit zu Zeit ausdrucksstarker und zahlenmäßig unübersehbarer zentraler Manifestationen.

– Wir rufen auf: Ostern 1982 soll ein Fest des Friedens werden. Überall, lokal und regional und durch mehrere Großkundgebungen, wollen wir zeigen, daß der Friede eine zu wichtige Sache ist, als daß man ihn den Verhandlungsdelegationen in Genf oder anderswo überlassen könnte. Laßt uns gemeinsam die anstoßende und anstößige Unruhe um den Frieden in die Städte und Dörfer der Bundesrepublik Deutschland tragen!

– Wir folgen der Absicht des DGB, auch in diesem Jahr den 1. September zum Antikriegstag mit Veranstaltungen überall in der Bundesrepublik zu machen.

– Wir unterstützen den Vorschlag, der bereits in England und Holland diskutiert wird, im Herbst 1982 eine zentrale gesamteuropäische große Friedenskundgebung zu veranstalten.

Unterzeichnergruppe des Friedens-Manifest '82: Inge Aicher-Scholl, Heinrich Albertz, Ulrich Albrecht, Gert Bastian, Heinrich Böll, William Borm, Andreas Buro, Volkmar Deile, Walter Dirks, Ingeborg Drewitz, Bernt Engelmann, Erhard Eppler, Helmut Gollwitzer, Walter Jens, Robert Jungk, Petra Kelly, Ulrich Klug, Horst Krautter, Oskar Lafontaine, Josef Leinen, Alfred Mechtersheimer, Wolf-Dieter Narr, Martin Niemöller, Horst-Eberhard Richter, Dorothee Sölle, Kurt Scharf, Klaus Vack, Hildegard Zumach.

„Mobilmachung fürs Überleben" – Fünf Anregungen zu Handlungsperspektiven gegen Atomraketen, vorgelegt von der Deutschen Friedensgesellschaft – Vereinigte Kriegsdienstgegner im Januar 1982 (Auszüge)

. . .

1. Jeder kann etwas tun, sichtbar für alle

Im persönlichen Bereich gibt es viele Möglichkeiten für einen ersten Schritt: Durch Buttons und Aufkleber am Auto, Fahrrad, Moped, Motorrad, Kinderwagen, Jacke, Kleid, Anzug, Mantel oder wo immer eine Möglichkeit besteht, sie zu befestigen.

Ergänzen wir unsere Selbstverpflichtung durch konkrete persönliche Aktionen, indem wir uns, jeder in seinem Bereich, der atomaren Aufrüstung und Militarisierung unserer Gesellschaft verweigern. Machen wir außerdem unsere Verweigerung öffentlich sichtbar durch gemeinsame Aktionen. So zum Beispiel:

– Wehrpflichtige erklären in einer öffentlichen Aktion auf einem zentralen Platz ihrer Stadt ihre Kriegsdienstverweigerung. 20, 50, 100 oder noch mehr Kriegsdienstverweigerer unterzeichnen öffentlich unter Bekanntgabe ihres Namens und ihrer Begründung einen Antrag auf Kriegsdienstverweigerung.

– Ähnliche Aktionen können ebenso von Frauen (8. März 1982: Aktionstag „Frauen verweigern ihre militärische Verplanung") und Reservisten (Wehrpaßaktionen) durchgeführt werden.
– Lehrer, Ärzte, Wissenschaftler, praktisch jede Berufsgruppe kann durch öffentliche Erklärungen (Proklamationen), Anzeigen in Zeitungen, Veranstaltungen usw. „ihre Verweigerung" sichtbar machen.

2. Straße für Straße, Stadt für Stadt atomwaffenfrei

Aktionsvorschlag: Suchen wir uns eine Straße in unserer Stadt aus und organisieren wir in dieser Straße Hausbesuche, Informationsstände, Briefkästen-Steckeinsätze und Unterschriftensammlungen für den Krefelder Appell. Befragen wir die Bewohner danach, ob sie für die Abschaffung der Atomwaffen in Ost und West sind. Entscheidet sich die Mehrheit gegen die weitere Stationierung von Atomraketen und für die Abschaffung der Atomwaffen, erklären wir diese Straße zur „ersten atomwaffenfreien Zone in unserer Stadt".

Erklärt sich die Mehrzahl der Stadtviertel in einer Stadt gegen die atomare Bedrohung, wird diese Stadt symbolisch zur atomwaffenfreien Zone erklärt.

3. Netzwerk „Leben statt Atomraketen"

Ausgehend vom Ort muß sich der Widerstand über das gesamte Land entwickeln, Kontakte, Erfahrungen, Bekanntschaften, Beispiele zu einem festen, einheitlichen Netz der Atomwaffengegner geknüpft werden.

Von anderen Beispielen im Land zu lernen, die Kraft solidarischen Handelns über den eigenen Lebens- und Bekanntenkreis hinaus zu erfahren und die gemeinsame Stärke nach außen konzentriert zu dokumentieren, ist der Sinn übergreifender, zentraler Aktionen.

– Wir schlagen vor, 1982 in allen Bundesländern regionale Friedensmärsche gegen die atomare Bedrohung durchzuführen.

4. Friedenscamps statt Atomraketenrampen

Aus Zentren der atomaren Bedrohung sollten Zentren des Widerstands werden, deren Leben auf die Initiativen im ganzen Land ausstrahlt. In Zusammenarbeit und Abstimmung mit den örtlichen Friedens-Initiativen sollten stationäre Widerstandszentren in diesen Regionen aufgebaut werden, die:
– informieren über das vorhandene atomare Vernichtungspotential und die Gefahren der Stationierung neuer Atomraketen;
– Führungen durch die Region organisieren;
– Treffpunkt der örtlichen Initiativen in dieser Region werden;
– die Alternativen der Friedensbewegung dokumentieren.

Um das Gespräch zu führen und den Widerstand „vor Ort" sichtbar zu machen, regen wir an, in den Stationierungsorten oder in unmittelbarer Nähe Friedenscamps durchzuführen und Friedenshäuser/Friedensdörfer zu errichten.

5. Anregungen der DFG-VK gegen neue Atomraketen

Angesichts der Gefahren, die in unserem Land ab 1983 durch die Stationierung drohen, werden wir auf die traditionellen Formen des gewaltfreien Widerstandes der „Ohne mich"-, „Kampf dem Atomtod"- und Ostermarschbewegung zurückgreifen und diese um neue Aktionen bereichern. Formen des direkten, gewaltfreien Widerstandes im Monat der Stationierung könnten sein:

– Sitzproteste vor den Stellungen der Raketenstationen;
– Blockade aller Zufahrtsstraßen durch Sitzproteste;
– Beginn von Fastenaktionen in allen Rathäusern der Städte und Gemeinden;
– Entwicklung von Formen der „Nicht-Zusammenarbeit" mit den staatlichen Raketenbefürwortern und Stationierern.

Autoren dieses Heftes

Bernd GREINER, geb. 1952 in Pirmasens; Studium der Amerikanistik, Geschichte und Politik an den Universitäten Marburg und Frankfurt/M., Studienjahr in den USA, z. Z. Promotion über die Außenpolitik der USA; Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen; lebt in Hamburg. *** *Dr. Jörg GOLDBERG*, geb. 1943 in Wittenberge, wissenschaftlicher Mitarbeiter beim Institut für Marxistische Studien und Forschungen (ISMF), Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen. *** *Ursula JUNK*, geb. 1940 in Speyer, Studium der Politikwissenschaften und der Kunstgeschichte in den USA, Journalistin. *** *Helmut RIDDER*, Prof. Dr. jur., geb. 1919; Prof. für Öffentliches Recht und Wissenschaft von der Politik in Gießen; zahlreiche Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen. *** *Professor Michail MILSTEIN*, geb. 1910, Generalleutnant a. D., langjähriger Mitarbeiter des Instituts zum Studium der USA und Kanadas (Akademie der Wissenschaften der UdSSR), heute tätig als Abteilungsleiter dieses Instituts und Experte in Fragen der internationalen Sicherheit und Abrüstung. Mitglied der wissenschaftlichen Beratergruppe der internationalen Palme-Kommission. *** *Guido GRÜNEWALD*, geb. 1952, Studium der Geschichte und der Soziologie an der Universität Köln, Doktorand, Mitglied im Bundesvorstand der DFG/VK; Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen. *** *Dr. Heinrich W. AHLEMEYER, M. A.*, geb. 1950 in Bielefeld, Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Soziologie der Universität Münster, zahlreiche Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen. *** *Dr. Harold RASCH*, geb. 1908 in Berlin, Rechtsanwalt, Honorarprofessor für Wirtschaftsrecht an der Universität Frankfurt. Veröffentlichungen zur Ostpolitik: Die Bundesrepublik und Osteuropa, Bonn und Moskau,[2] 1965; Politik mit dem Osten, 1970; Nato-Bündnis oder Neutralität? 1981. *** *Josef M. LEINEN*, geb. 1948, Jurist, Mitglied im geschäftsführenden Bundesvorstand des Bundesverbandes Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU). *** *Frank NIESS, M. A.*, geb. 1942 in Blankenfelde/Teltow, Studium der Geschichte und der Politikwissenschaft in Bonn und Heidelberg, 1972–1976 wissenschaftlicher Assistent am Institut für Politikwissenschaft, Stuttgart, seitdem freier Autor; Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen, darunter „Amerikanische Außenpolitik" (1977) und „Geschichte der Arbeitslosigkeit" (1979).

Die „Blätter für deutsche und internationale Politik" werden herausgegeben von Prof. Dr. Rudolf Hickel, Prof. Dr. Jörg Huffschmid, Prof. Dr. Gerhard Kade, Prof. Dr. Reinhard Kühnl, Dr. Jutta Menschik, Dr. Reinhard Opitz, Manfred Pahl-Rugenstein, Prof. Dr. Helmut Ridder, Prof. Dr. Gerhard Stuby. Redaktion: Karl D. Bredthauer, Klaus Naumann, Paul B. Neuhöffer. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die persönliche Meinung des Verfassers wieder und stellen nicht unbedingt die Auffassung der Herausgeber und der Redaktion dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit Zustimmung der Redaktion. Redaktionsanschrift: Gottesweg 54, 5000 Köln 51, Tel. 36 40 54.
Die „Blätter für deutsche und internationale Politik" erscheinen einmal im Monat. Sie sind direkt vom Verlag, durch die Post und durch jede Buchhandlung zu beziehen. Der Abonnementspreis beträgt DM 4,75 (Studenten, Schüler, Wehrpflicht- und Zivildienstleistende DM 4,25), zuzüglich DM 0,50 Versandgebühr. Das Einzelheft kostet DM 6,50. Abonnementsrechnungen sind innerhalb von zwei Wochen nach ihrer Ausstellung zu begleichen. Das Abonnement verlängert sich jeweils um ein weiteres Jahr, wenn nicht bis zum 30. September des laufenden Jahres eine Kündigung zum Jahresende beim Verlag eingegangen ist. Änderungen der Anschrift sind dem Verlag unverzüglich bekanntzugeben. Der Auslandsabonnementspreis beträgt einschl. Versandgebühr (ohne Luftpostzuschläge) sfrs 60,–; öS 468,–; hfl 72,–; bfrs 1080,–; FF 168,–; $ 36,–; Lit 36 000,–; dkr 216,–; nkr 180,–; skr 162,–; yen 7200,–; £ 16,20. Erhebliche Wechselkursänderungen berechtigen den Verlag zur Angleichung der Umrechnungsbeträge. Die Abonnementsauslieferung in andere Währungsgebiete erfolgt nach den geltenden Verrechnungsbestimmungen. Anschrift von Verlag und Vertrieb: Pahl-Rugenstein Verlag, Gottesweg 54, 5000 Köln 51, Telefon 36 40 51. Konten: Postscheckamt Köln 65 14-503 und Deutsche Bank Köln. Satz: Locher GmbH, Köln. Druck: Plambeck & Co., Neuss. Erfüllungsort und Gerichtsstand ist Köln.
Das Jahresregister erscheint jeweils im Dezemberheft. Heft 4/1982 der „Blätter" wird am 19. 4. 1982 ausgeliefert. ISSN 0006-4416

G 1800 E

Postvertriebsstück
Gebühr bezahlt 3/

Pahl-Rugenstein V
Gottesweg 54
5000 Köln 51

01-395080-01-01 520
BERGER
KLAUS

POSTSTR. 9

5300 BONN 1

Von allen in der ik" veröffentlichten Beiträg gen sind bis 30 Tage nach dem Erscheinungstermin jeder Ausgabe beim Pahl-Rugenstein Verlag, Gottesweg 54, 5000 Köln 51, möglich. Die in der untenstehenden Tabelle aufgeführten Preise verstehen sich inclusive MWSt, zuzüglich Versandkosten.

	100 Exempl.	250 Exempl.	500 Exempl.	750 Exempl.	1000 Exempl.	2000 Exempl.	3000 Exempl.	4000 Exempl.
4 Seiten	87,–	106,–	124,–	154,–	169,–	220,–	264,–	306,–
8 Seiten	138,–	166,–	201,–	234,–	255,–	340,–	405,–	468,–
12 Seiten	214,–	244,–	288,–	320,–	358,–	442,–	513,–	590,–
16 Seiten	290,–	320,–	368,–	405,–	451,–	542,–	636,–	732,–
20 Seiten	365,–	396,–	442,–	490,–	520,–	654,–	765,–	906,–
24 Seiten	405,–	448,–	504,–	556,–	598,–	756,–	889,–	1110,–
28 Seiten	460,–	504,–	564,–	632,–	682,–	816,–	1004,–	1232,–
32 Seiten	512,–	555,–	619,–	684,–	735,–	878,–	1120,–	1372,–
36 Seiten	541,–	592,–	652,–	706,–	748,–	985,–	1232,–	1455,–
40 Seiten	564,–	612,–	676,–	740,–	785,–	1039,–	1310,–	1508,–

Autoren dieses Heftes

Bernd GREINER, geb. 1952 in Pirmasens; Studium der Amerikanistik, Geschichte und Politik an den Universitäten Marburg und Frankfurt/M., Studienjahr in den USA, z. Z. Promotion über die Außenpolitik der USA; Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen; lebt in Hamburg. *** *Dr. Jörg GOLDBERG*, geb. 1943 in Wittenberge, wissenschaftlicher Mitarbeiter beim Institut für Marxistische Studien und Forschungen (ISMF), Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen. *** *Ursula JUNK*, geb. 1940 in Speyer, Studium der Politikwissenschaften und der Kunstgeschichte in den USA, Journalistin. *** *Helmut RIDDER*, Prof. Dr. jur., geb. 1919; Prof. für Öffentliches Recht und Wissenschaft von der Politik in Gießen; zahlreiche Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen. *** *Professor Michail MILSTEIN*, geb. 1910, Generalleutnant a. D., langjähriger Mitarbeiter des Instituts zum Studium der USA und Kanadas (Akademie der Wissenschaften der UdSSR), heute tätig als Abteilungsleiter dieses Instituts und Experte in Fragen der internationalen Sicherheit und Abrüstung. Mitglied der wissenschaftlichen Beratergruppe der internationalen Palme-Kommission. *** *Guido GRÜNEWALD*, geb. 1952, Studium der Geschichte und der Soziologie an der Universität Köln, Doktorand, Mitglied im Bundesvorstand der DFG/VK; Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen. *** *Dr. Heinrich W. AHLEMEYER, M. A.*, geb. 1950 in Bielefeld, Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Soziologie der Universität Münster, zahlreiche Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen. *** *Dr. Harold RASCH*, geb. 1908 in Berlin, Rechtsanwalt, Honorarprofessor für Wirtschaftsrecht an der Universität Frankfurt. Veröffentlichungen zur Ostpolitik: Die Bundesrepublik und Osteuropa, Bonn und Moskau,[2] 1965; Politik mit dem Osten, 1970; Nato-Bündnis oder Neutralität? 1981. *** *Josef M. LEINEN*, geb. 1948, Jurist, Mitglied im geschäftsführenden Bundesvorstand des Bundesverbandes Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU). *** *Frank NIESS, M. A.*, geb. 1942 in Blankenfelde/Teltow, Studium der Geschichte und der Politikwissenschaft in Bonn und Heidelberg, 1972–1976 wissenschaftlicher Assistent am Institut für Politikwissenschaft, Stuttgart, seitdem freier Autor; Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen, darunter „Amerikanische Außenpolitik" (1977) und „Geschichte der Arbeitslosigkeit" (1979).

Die „Blätter für deutsche und internationale Politik" werden herausgegeben von Prof. Dr. Rudolf Hickel, Prof. Dr. Jörg Huffschmid, Prof. Dr. Gerhard Kade, Prof. Dr. Reinhard Kühnl, Dr. Jutta Menschik, Dr. Reinhard Opitz, Manfred Pahl-Rugenstein, Prof. Dr. Helmut Ridder, Prof. Dr. Gerhard Stuby. Redaktion: Karl D. Bredthauer, Klaus Naumann, Paul B. Neuhöffer. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die persönliche Meinung des Verfassers wieder und stellen nicht unbedingt die Auffassung der Herausgeber und der Redaktion dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit Zustimmung der Redaktion. Redaktionsanschrift: Gottesweg 54, 5000 Köln 51, Tel. 36 40 54.
Die „Blätter für deutsche und internationale Politik" erscheinen einmal im Monat. Sie sind direkt vom Verlag, durch die Post und durch jede Buchhandlung zu beziehen. Der Abonnementspreis beträgt DM 4,75 (Studenten, Schüler, Wehrpflicht- und Zivildienstleistende DM 4,25), zuzüglich DM 0,50 Versandgebühr. Das Einzelheft kostet DM 6,50. Abonnementsrechnungen sind innerhalb von zwei Wochen nach ihrer Ausstellung zu begleichen. Das Abonnement verlängert sich jeweils um ein weiteres Jahr, wenn nicht bis zum 30. September des laufenden Jahres eine Kündigung zum Jahresende beim Verlag eingegangen ist. Änderungen der Anschrift sind dem Verlag unverzüglich bekanntzugeben. Der Auslandsabonnementspreis beträgt einschl. Versandgebühr (ohne Luftpostzuschläge) sfrs 60,–; öS 468,–; hfl 72,–; bfrs 1080,–; FF 168,–; $ 36,–; Lit 36 000,–; dkr 216,–; nkr 180,–; skr 162,–; yen 7200,–; £ 16,20. Erhebliche Wechselkursänderungen berechtigen den Verlag zur Angleichung der Umrechnungsbeträge. Die Abonnementsauslieferung in andere Währungsgebiete erfolgt nach den geltenden Verrechnungsbestimmungen. Anschrift von Verlag und Vertrieb: Pahl-Rugenstein Verlag, Gottesweg 54, 5000 Köln 51, Telefon 36 40 51. Konten: Postscheckamt Köln 65 14-503 und Deutsche Bank Köln. Satz: Locher GmbH, Köln. Druck: Plambeck & Co., Neuss. Erfüllungsort und Gerichtsstand ist Köln.
Das Jahresregister erscheint jeweils im Dezemberheft. Heft 4/1982 der „Blätter" wird am 19. 4. 1982 ausgeliefert. ISSN 0006-4416